Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEIT GESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts
Band 12

ASCHENDORFF VERLAG

Mit Beiträgen von

Jörg Althammer
Jürgen Aretz
Winfried Becker
Günter Buchstab
Renate Höpfinger
Karl-Joseph Hummel
Gotthard Klein
Stefan Marx
Rudolf Morsey
Wolfgang Ockenfels
Anton Rauscher
Christiane Reuter-Boysen
Alois Rummel
Birgit Sack
Peter Walter

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 12
Aus dem deutschen Katholizismus
des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

ASCHENDORFF MÜNSTER

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06124-4
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17587-3



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

11 *Winfried Becker*

Hermann von Grauert (1850–1924)

23 *Winfried Becker*

Hermann Platz (1880–1945)

35 *Birgit Sack*

Amalie Lauer (1882–1950)

49 *Christiane Reuter-Boysen*

Thusnelda Lang-Brumann (1880–1953)

63 *Rudolf Morsey*

Paulus van Husen (1891–1971)

77 *Jörg Althammer*

Wilfrid Schreiber (1904–1975)

87 *Anton Rauscher*

Wilhelm Weber (1925–1983)

101 *Peter Walter*

Hermann Kardinal Volk (1903–1988)

115 *Renate Höpfinger*

Richard Jaeger (1913–1998)

129 *Gotthard Klein*

Johannes Dyba (1929–2000)

143 *Wolfgang Ockenfels*

Arthur F. Utz (1908–2001)

157 *Stefan Marx*

Franz Meyers (1908–2002)

173 *Jürgen Aretz*

Alfred Dregger (1920–2002)

187 *Günter Buchstab*

Josef Stingl (1919–2004)

201 *Karl-Joseph Hummel*

Otto B. Roegele (1920–2005)

215 *Alois Rummel*

Rainer Barzel (1924–2006)

229 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*

245 *Personenregister*

251 *Verzeichnis der in den Bänden 1 bis 12 behandelten Persönlichkeiten*

Vorwort der Herausgeber

Mit diesem Band endet die Reihe „Zeitgeschichte in Lebensbildern", in der insgesamt 215 Lebensbilder veröffentlicht worden sind. Sie gelten Persönlichkeiten, die von ihrer christlichen Überzeugung her Verantwortung übernommen und in je ihrer Epoche das geistige oder kirchliche, das politische oder soziale Leben in Deutschland maßgeblich mit bestimmt haben. Das gilt für Politiker und Wissenschaftler, Bischöfe und Priester, Unternehmer und Gewerkschaftler, Repräsentanten des Verbandskatholizismus und des sozial-karitativen Wirkens, für Publizisten und Dichter. Diese Reihe möchte durch historische und kirchlich-religiöse Wissensvermittlung dazu beitragen, die Erinnerung an das Wirken solcher Persönlichkeiten lebendig erhalten. Die Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert besteht gewiss nicht aus einer Abfolge von „Helden und Heiligen", kennt jedoch genügend Namen von überregionaler Bedeutung bis hin zu historischer Größe.

Der vorliegende Band enthält 16 Porträts, die chronologisch, nach ihrem Todesjahr, geordnet sind. Dabei liegt der Schwerpunkt des Wirkens dieser Persönlichkeiten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der seit 1884 in München wirkende Historiker Hermann (seit 1916: Ritter von) Grauert besaß internationale Reputation. Nach dem Tod Georg von Hertlings, 1919, übernahm er die Präsidentschaft der Görres-Gesellschaft. Während Grauert Herzensmonarchist blieb, entwickelte sich der Bonner Romanist Hermann Platz nach 1918 zu einem Vernunftrepublikaner. Als Gymnasiallehrer und, seit 1920/24, als Lehrbeauftragter und Honorarprofessor der Universität Bonn für französische Geistes- und Gesellschaftsgeschichte, wurde er zu einem Vorläufer der deutsch-französischen Verständigung. Die spätere Sozialpolitikerin Amalie Lauer in Köln hat neben ihrer Tätigkeit als Lehrerin noch ein staatswissenschaftliches Studium abgeschlossen. Nach praktisch-sozialer Mitarbeit im Katholischen Deutschen Frauenbund verstärkte sie, als Zentrumsabgeordnete des Preußischen Landtags (1919–1925 und 1928–1933), ihren Einsatz zugunsten der Gleichberechtigung beruflich tätiger Frauen. 1932 kritisierte sie in einer eigenen Schrift das vom Nationalsozialismus vertretene Frauenbild.

Auch Thusnelda Lang-Brumann, die für die Bayerische Volkspartei dem Stadtrat von München (1920–1924) und dem Reichstag (1920–

1933) angehörte, zählt zu den Vorkämpferinnen für die sozialen Belange und die berufliche Qualifizierung der Frauen und Mädchen. Der aus Westfalen stammende Jurist Paulus van Husen ist wegen seiner Mitwirkung im Kreisauer Kreis 1944 zum Tode verurteilt, aber in letzter Minute gerettet worden. In Nordhrein-Westfalen erreichte er hohe Richterämter, aber keine politische Spitzenposition, nachdem er 1949 und 1950 das ihm von Bundeskanzler Adenauer angebotene Amt des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt abgelehnt hatte. Der Kölner Sozialökonom und Wirtschaftspolitiker Wilfried Schreiber zählt zu den Mitgestaltern der Sozialen Marktwirtschaft. Mit dem nach ihm benannten Plan wurde er 1957 zum Schöpfer der „Dynamischen Rente". Er trat für eine Einkommensumschichtung aus den Jahren der Berufstätigkeit in die der Jugend- und Altersphase ein, verbunden mit einer familienpolitischen Komponente.

Der seit 1946 in Münster lehrende geistliche Professor für Christliche Gesellschaftswissenschaften, Wilhelm Weber, hat in den Jahren nachkonziliarer Unruhe, als Anwalt des christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses dazu beigetragen, dass die Soziallehre der Kirche wieder attraktiv wurde. Dabei verteidigte er sie auch gegen Angriffe von innen. Ebenfalls in Münster entfaltete 1946–1962 der Dogmatikprofessor Hermann Volk eine erfolgreiche Forschungs-, Publikations- und Lehrtätigkeit. Als Bischof von Mainz (1962–1982) zählte er zu den Förderern der muttersprachlichen Liturgie und des ökumenischen Dialogs. 1973 wurde er von Papst Paul VI. mit dem Kardinalat geehrt.

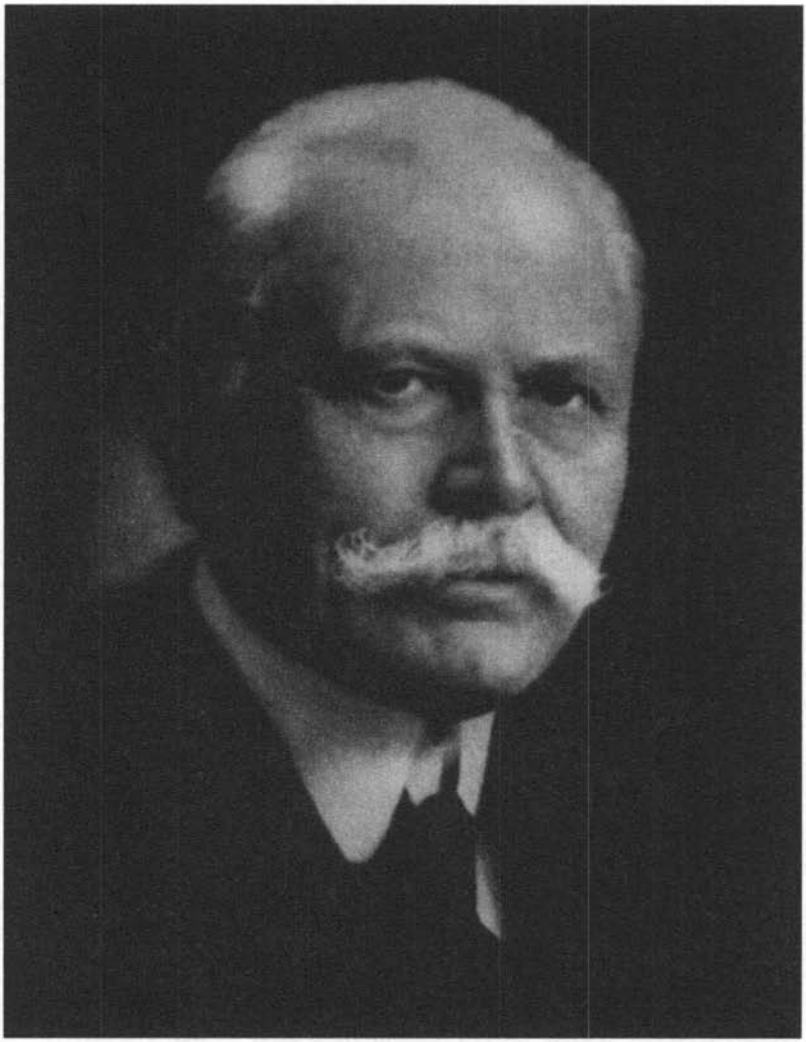
Der als „erzkonservativ" geltende Jurist und CSU-Abgeordnete Richard Jaeger, der von 1949 an 31 Jahre lang dem Bundestag angehörte, davon 21 Jahre lang als Vizepräsident, zählt zu den herausragenden Rechts- und Verteidigungspolitikern der Bundesrepublik Deutschland. Er hat die europäische Einigung ebenso unterstützt wie die Festigung des Atlantischen Bündnisses. Der gebürtige Berliner Johannes Dyba, der erst nach dem Jurastudium zum Priestertum gelangt war, avancierte in der päpstlichen Diplomatie, für die er zuletzt in Westafrika eingesetzt war. Als Bischof von Würzburg (1983–2000) und als Militärbischof der Bundeswehr wurde er zu einem wortgewaltigen, aber nicht unumstrittenen „unverschämt katholischen" Verkünder des Evangeliums.

Der bis in sein hohes Alter hinein wissenschaftlich produktive Dominikaner Arthur F. Utz, der aus Basel stammte und in Fribourg wirkte, gewann internationales Ansehen als Repräsentant der thomasisch-naturrechtlich geprägten katholischen Sozialethik. Sein staunenswertes Werk zur Sozial- und Wirtschaftsethik, zur Rechts- und politischen Philosophie ist in viele Sprachen übersetzt. Als „typi-

scher Rheinländer" galt der Rechtsanwalt Franz Meyers aus Mönchengladbach, der nach erfolgreichem Einsatz als Adenauers Wahlkampfmanager für die Bundestagwahl 1957 ein Jahr später das Amt des Ministerpräsidenten von Nordhrein-Westfalen übernahm.
Der aus Westfalen stammende Jurist Alfred Dregger, Oberbürgermeister von Fulda, führte die CDU in Hessen (1967–1889) aus ihrem politischen Abseits. Er wurde als Mitglied und dann Vorsitzender (1982–1990) der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zur wichtigsten Integrationsfigur der konservativen Unionswähler.
Der Berliner CDU-Abgeordnete Josef Stingl, ein Vertriebener aus dem Sudetenland, zählte im Bundestag seit 1953 zu den führenden Sozialpolitikern. Als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (1968–1984) wandelte er diese Behörde zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb. Der Arzt und Historiker Otto B. Roegele wurde als Chefredakteur des „Rheinischen Merkur" seit 1949 zum bedeutendsten katholischen Publizisten seiner Zeit. Er gehörte zu den Vorkämpfern einer praktischen Ökumene wie einer Verständigung mit Frankreich und einer Aussöhnung mit Polen. Als Ordinarius für Zeitungswissenschaft in München (1963–1985) weitete er dieses Fach zur Kommunikationswissenschaft aus. Der von Ostpreußen über Berlin nach Nordrhein-Westfalen gelangte Jurist Rainer Barzel machte eine steile Karriere bis zum CDU-Vorsitzenden. Als Minister für gesamtdeutsche Fragen (1962/63) leitete er den Freikauf von DDR-Häftlingen ein. Seit 1964 Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, scheiterte er 1972 in einer Abstimmung über die Kanzlerschaft gegen Brandt.
Die Beiträge sind wissenschaftlich fundiert, wenden sich jedoch an einen breiten Kreis interessierter Leser. Anstelle eines Kommentars ermöglicht ein Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur die weitergehende Beschäftigung mit den behandelten Persönlichkeiten. Dem Personenregister ist ein Verzeichnis aller in den Bänden 1 bis 12 enthaltenen Lebensbilder angefügt.
Die Herausgeber danken allen Autoren sowie den Mitarbeiterinnen der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach für die Hilfestellung bei der Vorbereitung des Bandes, ebenso dem Verlag Aschendorff, der die Reihe seit Band 9 betreut.

Erfurt, Speyer und Mönchengladbach, im Juni 2007

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher



Hermann von Grauert (1850–1924)

Die „Deutsche Biographische Enzyklopädie" apostrophiert 1996 Hermann Grauert, der 1914 in den persönlichen (nicht erblichen) Ritterstand erhoben wurde, als „führenden katholischen Historiker seiner Zeit". Der langjährige Münchner Hochschullehrer erhielt allerdings weder in der katholischen Kulturzeitschrift „Hochland", die er mit gewichtigen Beiträgen bereichert hatte, noch in den angesehenen „Stimmen der Zeit" einen Nachruf. Auch die „Neue Deutsche Biographie", herausgegeben von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Grauert seit 1898 angehört hatte, verzeichnet keinen Eintrag über ihn. Der Artikel über die Entwicklung der Wissenschaften in Bayern in Spindlers Handbuch der bayerischen Geschichte (1975) führt ihn nicht auf. Meyers Lexikon (1976) schenkt dem Gelehrten acht Zeilen, ohne Nennung seiner Arbeitsgebiete. Auch Heinrich Finke, Grauerts unmittelbarer Nachfolger als Präsident der Görres-Gesellschaft, erwähnte in seinen 1926 und 1936 vorgetragenen Rückblicken auf die Geschichte der Gesellschaft seinen Vorgänger nicht.

Doch das Bild ist nicht ganz so einseitig. Georg von Hertling hat den Freund und Weggefährten langer Jahre im zweiten Band seiner „Erinnerungen" mehrfach aus persönlicher Nähe gewürdigt. Historiker vom Format eines Heinrich Günter, Grauerts Nachfolger in München, Karl Alexander von Müller, Michael Döberl, Kurt Wenck und Walter Goetz schlugen ehrende Erinnerungsblätter auf. Erstaunlich zäh scheint ein Monitum nachgewirkt zu haben, das die freisinnigliberalen „Münchner Neuesten Nachrichten" schon 1893 vor ihrem Publikum ausbreiteten: dass Grauert nach vielen kleineren Veröffentlichungen endlich das „lang erwartete große wissenschaftliche Werk" vorlegen müsse. Mehr noch: Die einschneidende Krise der ersten Nachkriegszeit, die den Staat und die Gesellschaft, die Wissenschaft und mit ihr die Historie erfasste, warf ihre Schatten über das gesamte Wirken des zuvor in die politische Kultur der bayerischen Monarchie und des Kaiserreichs fest einbezogenen Historikers.

Grauert wurde am 7. September 1850 in Pritzwalk (Ostpriegnitz) in der preußischen Provinz Brandenburg geboren. Seine Eltern waren aus Westfalen eingewandert und hatten in der Diaspora ihren katholischen Glauben bewahrt. Nach dem Abschluss der Realschule in Wittstock 1868 und einem Aufenthalt am französischen Institut Maison de Melle bei Gent arbeitete der junge Mann vier Jahre im Manufakturgeschäft seines Vaters. Sein historischer Sinn war im Geschichtsunterricht und vom romantischen Bild der Stadtmauern und Burgen seiner heimatlichen Umgebung geweckt worden. Er äußerte den Wunsch zu studieren. Der Vater willigte ein, und so legte er 1873 mit hervorragendem Erfolg eine Ergänzungsprüfung in den alten Sprachen und in Alter Geschichte ab. Von 1873 bis 1876 studierte er in Göttingen Geschichte bei dem bedeutenden Ranke-Schüler Georg Waitz. Er legte sein Studium breit an. Unter anderen hörte er den Juristen Rudolf von Ihering und den (gläubigen) Philosophen Hermann Lotze. Waitz beeindruckte ihn mit seinen „kritischen Seminarübungen" und seiner „ganzen imponierenden Persönlichkeit."
Am 15. August 1876 wurde Grauert mit „summa cum laude" promoviert. Die Dissertation behandelte die „Herzogsgewalt in Westfalen seit dem Sturze Heinrichs des Löwen" 1180, vor allem die neue Grenzziehung im Sachsenland zwischen dem Kölner Herzogtum Westfalen und dem askanischen Herzogtum Westfalen und Angeln. Der Schüler folgte im Wintersemester 1876/77 seinem Lehrer Waitz nach Berlin und hörte dort rechtshistorische Vorlesungen. Von einem Gesuch um die Aufnahme in den preußischen Archivdienst sah er ab, denn der Kulturkampf warf seine Schatten auch auf dieses Feld eher stiller Berufstätigkeit. Der Leiter der preußischen Archivverwaltung, der bekannte Historiker Heinrich von Sybel, pflegte die Kandidaten zu fragen, ob sie die Maigesetze des Kulturkampfs anerkennen würden. Grauert hätte offenbar ungern eine bejahende Antwort gegeben. Jedenfalls suchte er in Berlin den jungen Zentrumsabgeordneten und Bonner Privatdozenten der Philosophie Georg von Hertling auf, meldete sich nach dessen Zeugnis bei der Görres-Gesellschaft an und sprach mit ihm über mögliche Berufsaussichten. Schon 1875 in Göttingen war Grauert der katholischen Studentenverbindung (KV) Winfridia beigetreten. 1876 wurde er Mitglied des Katholischen Lesevereins in Berlin und 1877 der Verbindung Ottonia in München. Seiner Studentenverbindung und benachbarten Korporationen hielt er lebenslang die Treue. Immer wieder trat er als begehrter Redner auf deren Festkommersen auf.

Vermutlich begünstigte die Berliner Besprechung mit Hertling Grauerts Entscheidung, sich nach München zu wenden. Seit dem Sommersemester 1877 hörte er an der Universität deutsches Privatrecht bei Paul von Roth und besuchte die historisch-archivalischen Übungen Franz von Löhers. Dieser, seit 1864 Direktor des bayerischen Reichsarchivs, gewann von dem Waitz-Schüler einen vorzüglichen Eindruck und forderte ihn zum Eintritt in den bayerischen Archivdienst auf. Grauert folgte unverzüglich und legte im Dezember 1882 den archivalischen Staatskonkurs mit der Bestnote ab. Im Sommersemester 1880 belegte er als Stipendiat historische und juristische Vorlesungen an der Universität Straßburg. Von Januar bis Mai 1882 und 1883 sichtete er gemeinsam mit Sigmund Riezler im Auftrag der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften die Materialien zur Geschichte Ludwigs des Bayern in den soeben von Papst Leo XIII. geöffneten Vatikanischen Archiven. Die reichen Denkmäler und „wissenschaftlichen Schätze" Roms erschlossen ihm nach eigenen Worten „eine neue Welt". Neben dem Kaisertum, der Reichstheorie und der Friedensidee wurde seither das Papsttum eines der Hauptarbeitsgebiete Grauerts. 72-jährig hat Grauert im Jahr 1922 Rom letztmals besuchen können.

Am Anfang seiner Münchner Zeit machte Grauert zunächst mit Aufsätzen in Löhers „Archivalischer Zeitschrift" und im „Historischen Jahrbuch der Görres-Gesellschaft" auf sich aufmerksam. Zu einer Jubiläumsschrift für die Wittelsbacher steuerte er die Edition des Traditionskodex' von Kloster Gars am Inn (mit einem rechts- und sozialhistorischem Diskurs) bei. Seine Studie über das Dekret Papst Nikolaus' II. von 1059 sah den Rechtsentscheid über die Papstwahl bei den Kardinälen und Kardinalbischöfen liegen. 1883 wurde Grauert auf eigenen Antrag an der Ludwig-Maximilians-Universität im Fach Geschichte habilitiert. Er wählte für die Habilitationsschrift ein Thema aus der Kaisergeschichte des Mittelalters, also aus dem Interessengebiet von Sybels Nachfolger in München, des aus Mecklenburg gebürtigen Ranke-Schülers Wilhelm von Giesebrecht. Die Studie über die Konstantinische Schenkung, die abschnittweise in Aufsatzform veröffentlicht wurde, arbeitete sehr pointiert als Absicht (oder Programm) dieser Fälschung heraus, das westfränkische gegenüber dem griechischen Kaisertum aufzuwerten. Grauerts Habilitationsstudie, dann auch sein Vortrag und seine Diskussionsbeiträge in dem lebhaft geführten Habilitations-Kolloqium fanden die uneingeschränkte Anerkennung der Philosophischen Fakultät.

1884 stand die Wiederbesetzung der Stelle des siebzigjährigen Giesebrecht an; er war Protestant wie schon sein Vorgänger Sybel. Die Mehrheit der bayerischen Kammer der Abgeordneten, gestellt

von der Bayerischen Patriotenpartei, und der Finanzausschuss des Landtages forderten nun einen Historiker katholischer Konfession. Der Kultusminister Johann Freiherr von Lutz sah die Einmischung des bayerischen Parlaments höchst ungern und beschloss, zwei Professuren zu bewilligen, von denen eine mit einem Katholiken zu besetzen sei. Die Philosophische Fakultät musste sich fügen, bekundete aber ihren Unmut durch die Formulierung, nun seien „eine vorurteilslose und eine katholische" Professur zu besetzen.

Da griff der erst vor kurzem berufene Philosoph Hertling in die Debatte ein. Er hielt es für methodisch geboten, zwischen der nur die Fakten und Vorgänge ermittelnden Arbeit des Historikers und der Bewertung der historischen Phänomene zu unterscheiden. Zur Bewertung der Ereignisse werde auch der Historiker legitimerweise weltanschauliche Maßstäbe heranziehen. Deshalb lasse sich das Verlangen katholischer Kreise, unter den Universitätsprofessoren auch solche katholischer Überzeugung zu haben, nicht als unwissenschaftlich abqualifizieren. Da Hertling Grauerts ausgedehntes Wissen schätzte und auch dessen „kirchliche Gesinnung" kannte, empfahl er diesen Kandidaten nachdrücklich seinen Fakultätskollegen. Einerseits konterkarierte er dadurch die provokative Äußerung des altkatholischen Kollegen Carl Adolf Cornelius, er kenne gar keine katholischen Historiker, andererseits die – in seinen Augen unprofessionellen – Hinweise des Bayerischen Landtags auf den schon älteren Frankfurter Historiker Johannes Janssen, einen Geistlichen, und den Fürstenbergischen Archivar und Landeshistoriker Franz Ludwig Baumann.

Die Fakultät entschied sich schließlich für Baumann und Grauert, dem sie allerdings bescheinigte, er müsse „seiner Religion wegen" den älteren und verdienteren Privatdozenten Felix Stieve und August Druffel (einem Altkatholiken) vorgezogen werden. Darauf strich der Senat Grauert von der Liste. Über einen der wenigen ihm bekannten Landtagsabgeordneten erreichte Hertling, dass er von Kultusminister Lutz zu einer längeren, sehr offen geführten Unterredung empfangen wurde. Danach beschloss Lutz, Grauert zu berufen. Nach Hertlings Interpretation war ihm die Berufung Baumanns aus dem Grund nicht geheuer, weil dieser mit dem bekannten Kammermitglied Georg Orterer verschwägert war und dadurch die Kammermajorität Einfluss auf die Regierung und die Universität gewinnen könne.

Liberale Pressestimmen prophezeiten, durch Grauert werde die Münchner Geschichtswissenschaft in eine „ultramontane Richtung" gedreht. Darauf ernannte König Ludwig II. Grauert im Dezember 1884 nur zum ordentlichen Professor „in provisorischer Eigenschaft". Glücklicherweise wurde dieser erstaunliche Vorbehalt für

den unter schwierigen Umständen Berufenen nie wirksam. Mit Hertling und Grauert war eine Vertretung katholischer Wissenschaftler an der Universität München eröffnet, die auf der Höhe der erreichten wissenschaftlichen Standards forschen und lehren wollten, ohne ihre konfessionelle Identität zu verleugnen (Luise Schorn-Schütte). Da war es nicht hilfreich, wenn ausgerechnet ein Artikel des von Dr. Johann Baptist Sigl herausgegebenen katholisch-partikularistischen Blattes „Bayerisches Vaterland" verkündete, die Neuberufung lasse eine Verpreußung der Universität befürchten.

II

Grauert hat während seiner vierzigjährigen Tätigkeit als Hochschullehrer über 70 Abhandlungen, Aufsätze und Vorträge, die sich teils zu Buchumfang auswuchsen, vorgelegt. Regelmäßig publizierte er gut lesbare Studien im „Historischen Jahrbuch". Seit 1884 bzw. 1891 war er – mit ihm zur Seite tretenden wechselnden Redakteuren – Herausgeber der Zeitschrift. Unter seiner Ägide gelangte die Zeitschrift, die als Konkurrenzorgan zur preußisch-protestantisch orientierten „Historischen Zeitschrift" Sybels (von 1859) antrat, zu verdienter wissenschaftlicher Anerkennung. Grauert belieferte außerdem mit seinen Beiträgen die Vereinsschriften und Jahresberichte der Görres-Gesellschaft, Carl Muths „Hochland", Joseph Edmund Jörgs angesehene „Historisch-politische Blätter", die „Allgemeine Rundschau", die Wissenschaftliche Beilage der Zentrumszeitung „Germania", die Sitzungsberichte und Publikationsreihen der Kgl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Als Vertreter der Akademie fungierte er bei der Aufgrabung der Kaisergräber im Speyerer Dom und berichtete darüber in den Sitzungsberichten.
Seine bedeutendste selbständige Arbeit im Umfang von über 500 Seiten erschien 1912 in der Reihe der Philosophisch-philologischen Klasse der Akademie: „Magister Heinrich der Poet in Würzburg und die römische Kurie". Sie erschloss an Hand vorbildlicher Quellen-Interpretation den literarischen Diskurs und das bewegte, nach Studien in Italien schließlich auf einer Kanonikerstelle am Neumünster in Würzburg endende Lebensschicksal des Magisters (+ vor 1277). Das Einzelleben wurde aber transparent für Strukturen und Ideen-Entwicklungen der Zeit – so für die Organisation und das Personal der Kurie oder für den Aufstieg des „monarchischen Gedankens" im Papsttum vor dem Hintergrund des Niederganges des staufischen Hauses.

Grauert war ein vielseitiger und aufnahmebereiter Gelehrter, der Anregungen gerne empfing, in seinen Schriften aufgriff und behandelte, der aber auch selbst viele Anstöße gab. Sein großes Werk über den Magister Heinrich hat er, eine lange Wissenschaftstradition anscheinend bewusst aufgreifend, seinen Münchner Kollegen Karl Theodor von Heigel und Sigmund von Riezler gewidmet. Zusammen mit Heigel gab Grauert die „Historischen Abhandlungen aus dem Münchner Seminar" (1891–1900) heraus, für die Görres-Gesellschaft seit 1900 die „Studien und Darstellungen aus dem Gebiet der Geschichte". Seine romanistischen Kollegen schätzten das fachliche Urteil des mit dem italienischen Kulturkreis sehr vertrauten Historikers. Sie erbaten von ihm mehrfach Gutachten über philologische Schülerarbeiten.

Wie Hertling klein von Statur, besaß Grauert verbindliche Umgangsformen. Seine Reden und Vorlesungen trug er mit sonorer, klang- und ausdrucksvoller Stimme ernst und zuweilen pathetisch vor. Mit Münchens wachsenden Studentenzahlen erwarb er sich einen ansehnlichen Hörer- und Schülerkreis. Die ihm 1910 dedizierte Festschrift umfasste 28 Arbeiten von Schülern und Freunden. Die Korrespondenz und sonstige Tätigkeit für die Görres-Gesellschaft verschlang einen großen Teil seiner Arbeitskraft. Dennoch nahm er sich die Zeit, in München ein reicher Geselligkeit offen stehendes Haus zu führen. Dabei unterstützte ihn seine aus Karlsruhe stammende Frau Anna von Regenauer. Grauert heiratete sie 1888. Das Ehepaar hatte fünf Kinder.

Ein „Mann der tiefgründigen Einzelforschung" (Walter Goetz), der das Streben nach Objektivität und den Austausch im wissenschaftlichen Diskurs schätzte, gelangte Grauert doch zur Erkenntnis allgemeiner Zusammenhänge. Er platzierte sie in seinen Spezialstudien eher unauffällig. So schilderte er Dante und Petrarca als erste Impulsgeber der Wissenschaft vom klassischen Altertum, zugleich als Entdecker einer Bildungsauffassung, die aus philosophischer Reflexion positive Bezüge von Wissenschaft und Glauben voraussetzte. Er lenkte den Blick auf tragende Grundlagen und Kulturmächte der abendländischen Zivilisation, von denen die Geschichte Europas ihren Ausgang genommen hatte: Das waren für ihn Staat und Kirche, Papsttum und Kaisertum, verschlungen nicht nur in universalen Ansprüchen, sondern auch in einem beständigen Dialog um die Entflechtung der Temporalien und Spiritualien, wobei die Kurie zunehmend auf die Entwicklung einer eigenen integren kanonistischen Rechtsauffassung angewiesen war. Unterschwellig nahm das auch Bezug zu umstrittenen politischen Orientierungsproblemen der Zeit: So konnte ein historisch zutreffendes Verständnis vom Kaisertum,

das die weltlichen Herrscher im beständigen, doch gemeinsame Wertegrundlagen voraussetzenden Ringen mit den Vertretern des selbst in historischen Prozessen befangenen Papsttums sah, die säkularisiert national-deutschen Vorstellungen vom Kaisertum relativieren, die von hehren Horten der Wissenschaft verfänglich und populistisch in breite Massen des Wilhelminischen Reiches ausstrahlten.
Grauerts Forschungen hoben – unter zugegeben ausgewählten Einzelaspekten – immer wieder die großen historischen Wirkkräfte ins Bewusstsein: die Spannungen zwischen Ostrom und dem West- und Mitteleuropa prägenden Frankenreich, zwischen kirchlicher Reform und kirchlichem Institutionalismus, zwischen der voranstürmenden mohammedanischen und der eher defensiven frühen christlichen Kultur, zwischen heute modern anmutenden Faktoren einer sich in ersten Umrissen bereits abzeichnenden öffentlichen Meinung im Mittelalter, wenn er die Vertreter von Erlösungshoffnungen und Untergangsprophetien vorstellte – nicht zu vergessen die Geschichte der Entdeckungen in unvermuteten Zusammenhängen mit der damaligen deutschen Gelehrtenwelt.
Von dem neuen Aspekt der Wirkungsgeschichte fasziniert zeigte sich Grauert auch bei seinem ausgewogenen und verständigen Urteil über die Reformationsgeschichte und besonders über den deutschen Reformator, vorgetragen anlässlich eines Nachrufs auf den bedeutenden katholischen Luther-Forscher Heinrich Denifle O.P. – einem einigermaßen delikaten Unterfangen: Es könne nicht mehr die Aufgabe sein, so führte er aus, die Reformation „vom Standpunkte des korrekt katholischen Ordensmannes zu beurteilen", sondern eine „unbefangene Würdigung" müsse bedenken, dass Luthers „religiöse Weltanschauung" „auf Jahrhunderte hinaus in epochemachender Weise in die geschichtliche Entwickelung der Menschheit eingegriffen, alte Ordnungen weithin zertrümmert und neue Einrichtungen ins Leben gerufen hat", dabei „für Millionen unserer Mitbürger maßgebend geworden ist". Damit machte Grauert ein Zugeständnis an die moderne Einheit der Nation, zugleich gewann er Spielraum, der Ausklammerung weltanschaulicher Gesichtspunkte aus der Geschichtsbetrachtung zu widersprechen: Die reine Kategorie des Verstehens aus der Zeit nach den Maßstäben der untergegangenen Epochen, die Waitz von seinem Lehrer Ranke übernommen habe, reiche nicht mehr aus, die „großen welthistorischen Erscheinungen" zu begreifen. Man benötige Maßstäbe aus der Religionswissenschaft und der Philosophie, um solchen historischen Schichten wie dem Altertum und der arabischen Welt, dem Christianisierungsprozess, der Renaissance und der Reformation gerecht werden zu können.

Mit zeitgeschichtlichem Einfühlungsvermögen begleitete Grauert im „Hochland" das Ende der Prinzregentschaft Luitpolds und den Regierungsantritt seines Freundes Hertling (1912). Für ihn fanden nun endlich die „politischen Ideen" der Zentrumspartei den verdienten Wirkungskreis. Zu beflissen hat Grauert dabei allerdings die bayerischen Bezüge in der Geschichte der Familie Hertling herausgestellt. Aus betont und verengt rechtshistorischer Perspektive feierte er das in seinen Augen ideale Gleichgewicht, das die auf Bismarck zurückgehende Reichsverfassung zwischen „der Einheit und Kraft des Gesamtstaates" und „der berechtigten Sonderart der Teilstaaten" und „deutschen Stämme" geschaffen habe.

Harmonisierend wirkt auch der Rückblick auf die deutsche Bündnispolitik und das deutsch-englische Verhältnis vor 1914 („Hochland", 1915). Grauert verteidigte die Außenpolitik der freien Hand, die weder gegenüber England noch Russland eine definitive Verpflichtung eingegangen war, weil nur auf solche Weise die „deutschen Interessen" hätten gewahrt werden können. Ausgewählte Äußerungen führender Presseorgane und Staatsmänner untersuchte er auf die Stationen der – ihm allerdings als Schlüsselelement erscheinenden – deutsch-englischen Entfremdung: den Burenkrieg, die fehlgeschlagenen Bündnisverhandlungen um die Jahrhundertwende. Den Keim der Entzweiung und damit des Weltkrieges entdeckte er indes in der ersten Annäherung Englands an Russland: Das zivilisierte Britannien habe diese 1894 vollzogen, um auf die „schrecklichen Gräuel" der Türkei, verübt an den christlichen Armeniern, zu reagieren. Die (umstrittene) Mitwirkung des Zentrums an der Flottenpolitik erschien ihm als Dienst an der Nation notwendig. Grauert wird sich der in Hertlings Memoiren mitgeteilten Überzeugung angeschlossen haben, dass jene Befürworter dieser verhängnisvollen Politik, die aus der Zentrumspartei kamen, aufgrund des ihnen vorgelegten Materials das aufstrebende Deutschland nur mit einer „maritimen Schutzwehr" ausgestattet wissen wollten und dass ihnen „aggressive und imperialistische Absichten" völlig fern gelegen hätten.

„Noch in der Erwartung des deutschen Enderfolges" geschrieben war der erste Text einer angesichts der Niederlage eingreifend veränderten und vermehrten Untersuchung über die Ideengeschichte des Völkerfriedens und einer Liga der Nationen („Hochland", 1919). Sie setzte historisch tiefer an als Matthias Erzbergers vergleichbare Studien über den Völkerbund von 1918 und 1919, lässt sich diesen aber intentional an die Seite stellen. Zentraler Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die Völkerbundsidee schon seit dem 15. Jahrhun-

dert im Denken der Völker die Vorstellung einer monarchisch geleiteten Weltgemeinschaft ersetzt habe. Die Ursprünge der zugrunde liegenden Universalidee, die auf der Vorstellung der Wesenseinheit vernunftbegabter Menschenwesen aufbaute, sah Grauert in vorchristlicher Zeit. Er verfolgte die Ausprägung der neuzeitlichen Völkerbundsidee von den Anfängen, bei Autoren wie Antonius Marini und Erasmus, über Novalis und Adam Müller bis hin zu Akteuren der Gegenwart wie Léon Bourgeois und Woodrow Wilson. Ihn trieb anscheinend die Hoffnung, dass der Einfluss englischer Pazifisten und des US-Präsidenten Wilson dazu beitragen werde, Deutschland einen erträglichen Frieden zu gewähren. Noch 1915 hatte er sich zum Streben nach gesicherter „Weltstellung und Weltgeltung" des Deutschen Reiches bekannt.

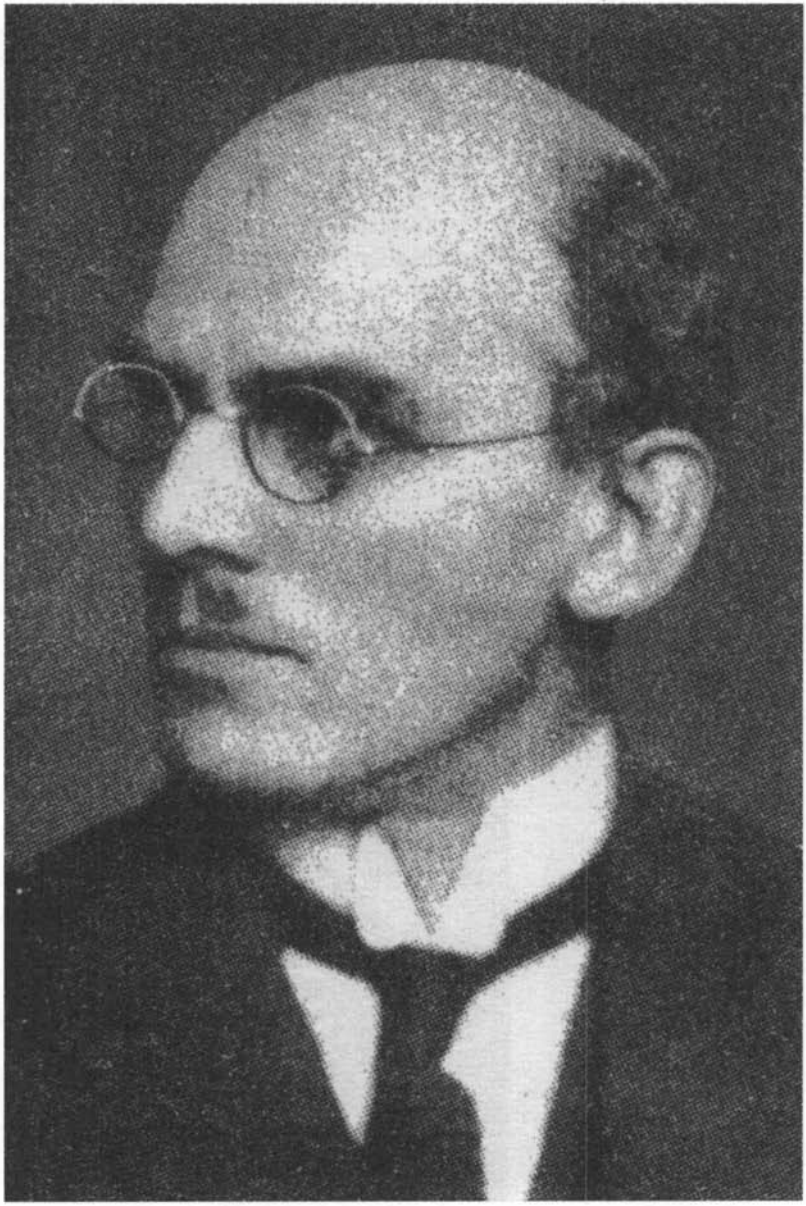
Allerdings schlug er in Kriegszeiten auch schon vor, eine „friedliche, freie Kulturgemeinschaft der ganzen Menschheit" heraufzuführen, die ausgleichend auf den Konkurrenzkampf der großen Mächte wirken sollte. Wie die Anfänge einer solchen Kulturgemeinschaft aussehen konnten, ließ sich seinem eigenen Erfahrungsschatz entnehmen. Grauert hatte repräsentative Funktionen auf den internationalen Kongressen katholischer Gelehrter übernommen, die 1891 in Paris und 1900 in München tagten. Führende Redner stellten sich hier in den Dienst der Idee, durch ihr Wirken für Wissenschaft und Freiheit ein einigendes Band um die Nationen zu schlingen. In München begegnete Grauert dem Mailänder Präfekten Dr. Achille Ratti, dem späteren Papst Pius XI. Eine bodenständigere Variante des Kultur-Universalismus entwickelte Grauert, als er für die Monumenta Germaniae historica den großzügigen Plan einer „Deutsch-Österreichischen Zentralkommission" für die Geschichtsforschung entwarf (1903). Dabei schwebte ihm die umfassende Verzeichnung der Quellenmaterialien zur deutschen Geschichte in den in- und ausländischen Archiven vor.

Den Weg der Integration der deutschen Katholiken ins Kaiserreich ist Grauert bis in den Weltkrieg mitgegangen, aber da blieben doch eigene Orientierungsmarken am Wegesrand: eine kulturell-großdeutsche, zum Universalismus tendierende Offenheit (von Walter Goetz noch 1925 tadelnd angemerkt), die Reserve gegenüber dem betonten Preußentum seines Lehrers Waitz. Sicherlich hat er dem untergegangenen Hohenzollernreich nicht so nostalgisch nachgetrauert wie sein jüngerer katholischer Historiker-Kollege Max Buchner. Aus seinen Forschungen wusste er, dass die Kaiseridee als internationales Ordnungsprinzip schon in der Frühen Neuzeit brüchig geworden war.

Nach dem Tod Hertlings am 4. Januar 1919 übernahm Grauert als amtierender Vizepräsident vorläufig die Leitung der Görres-Gesellschaft. Rasch wurden Vorbehalte gegen seine zu lasche Geschäftsführung laut und verstummten auch nicht. Doch wählten ihn der Beirat und der Vorstand der Gesellschaft, die im April 1920 in Würzburg zu einer geheimen Sitzung zusammentraten, auf Zuruf einstimmig zum Präsidenten. Bis September 1922 stand ihm ein äußerst tüchtiger Generalsekretär zur Seite, der Bonner Fundamentaltheologe Arnold Rademacher (in diesem Amt von 1914 bis 1922). Während der Finanzierungsbedarf, z. B. für Stipendien und neue Publikationsvorhaben, so die Neuauflage des Staatslexikons, stark anstieg, geriet der Haushalt in schwere Turbulenzen, besonders während der Hyperinflation 1923. Der Kulturpolitiker des Zentrums, Georg Schreiber, vermittelte beträchtliche Zuwendungen seitens der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Deren Mittel waren im Haushalt des Reichsministeriums des Innern etatisiert, dessen Aufstockung der Reichstagsabgeordnete Schreiber im Parlament nachdrücklich forderte. Aber es bewährten sich nicht nur die von Grauert früher schon aufgebauten politischen Loyalitäten zur Zentrumspartei. Im „düsteren Jahr" 1922 erhielt die Gesellschaft „eine Zuwendung besonderer Art" (Rudolf Morsey), 50 000 Lire, von Papst Pius XI. Grauert hatte sich persönliches Ansehen bei Ratti erworben, der ihn seinen „treuen Freund" nannte. Dank des geschickten Finanzgebarens des Vorstandes, den Grauert mehr gewähren ließ als leitete, konnte die durch die ungeheure Geldentwertung hervorgerufene Haushaltskrise überwunden werden. Die Gesellschaft verzeichnete Ende 1923 einen hohen Mitgliederstand (3862) und auch überfüllte Generalversammlungen. Nach den Diskriminierungen der Vergangenheit galt sie nun als „wertvoller Faktor im deutschen Kulturleben" (Konrad Beyerle).

Mehrmals hatte Grauert das Amt des Dekans seiner Fakultät übernommen, 1915/16 auch das des Rektors seiner Universität. Orden und Auszeichnungen der bis 1918 regierenden Häuser Wittelsbach, Hohenzollern und Habsburg waren dem bekannten Wissenschaftler reichlich zu Teil geworden. Im Winter 1923/24 erkrankte Grauert schwer, nachdem er schon im Sommersemester seine Vorlesungen abgebrochen, dann aber wieder aufgenommen hatte. Am 12. März 1924 starb er an einer schweren Bronchitis. Unter denen, die ihm zahlreich die letzte Ehre erwiesen, befanden sich Michael Kardinal von Faulhaber, Eugenio Pacelli, der noch in München weilende Berliner Nuntius, und die KV-Verbindung Ottonia-München.

Das Spektrum der Schriften Grauerts reicht vom Altertum bis zur Zeitgeschichte. Der mit Akribie quellenkritisch arbeitende Gelehrte exzellierte vor allem auf dem Gebiet der mittelalterlichen Geschichte, er griff aber auch, vor dem Hintergrund des von ihm als notwendig empfundenen weltanschaulichen Engagements, politische und zeitgeschichtliche Fragen auf. Grauert behandelte indes weniger die Frühe Neuzeit (16. bis 18. Jahrhundert); das hing vielleicht mit den noch vorherrschenden kleindeutschen Betrachtungsweisen zusammen. Aus der historischen Betrachtung der Politik der Mächte, mehr aber noch aus tief reichenden ideengeschichtlichen Ansätzen, suchte er Antworten auf schwierigste Gegenwartsprobleme zu finden. Sein unermüdlicher, wenn auch zuletzt intern umstrittener Einsatz für die Görres-Gesellschaft nahm manche Tendenzen moderner Wissenschaftsentwicklung vorweg, unter Nutzung der Freiheit als des Bodens jeder wahren Forschung.



Hermann Platz (1880–1945)

„Sein Wirken reicht weit über die Grenzen seines Fachgebietes hinaus. Es war getragen von einer aus tiefsten Quellen gespeisten Frömmigkeit, die ihm vor allem die Sorge um die Jugend, um den Ausgleich der sozialen Gegensätze und um die Zukunft des Abendlandes zu einer Herzensangelegenheit machte. Das Ergebnis seiner Forschungsarbeit war daher nie totes Wissen, sondern stets lebenzeugend, gegenwartsnah und richtungweisend für die Zukunft."
So würdigten Rektor und Senat der Universität Bonn am 12. Dezember 1945 den jüngst verstorbenen Honorarprofessor Hermann Platz. Pädagogische Zuwendung zur Jugend, das Streben nach dem Ausgleich sozialer Gegensätze waren diesem Romanisten ebenso angelegen gewesen wie die engere Tätigkeit auf seinem Fachgebiet. Auf Probleme der Gegenwart und der Politik hatte er seine Abhandlungen über Frankreichs Geistesleben bezogen, dabei für seine deutschen Leser besonders die philosophischen Strömungen und mentalitätsgeschichtlichen Entwicklungen der Dritten Republik ins Bild gesetzt.

I

Geboren wurde Hermann Peter Platz (Pseudonym: Hermann Queich) in Offenbach an der Queich, in der bayerischen Rheinpfalz unweit Speyer und Neustadt gelegen, am 19. Oktober 1880. Der Vater Heinrich war gelernter Bierbrauer und Landwirt. Er hatte eine harte Lehrzeit in Bergerac und Bordeaux mitgemacht. Die Mutter Maria geb. Ullrich stammte aus einer alten Winzerfamilie des benachbarten Maikammer. Hermann, der 1900 am Gymnasium in Landau Abitur machte, wuchs in der Geborgenheit eines weltoffenen Elternhauses auf. Viele Kontakte mit den Angehörigen einer großen Verwandtschaft, mit Bekannten und Durchreisenden, die Lektüre des „Courrier de Metz", vom Vater abonniert, sowie der Werke der französischen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts, die er in der Bibliothek seines Onkels studierte, ließen den Heranwachsenden breitere Horizonte erahnen. Früh begann Hermann Platz Spanisch und Italienisch

zu lernen, entwickelte er eine Vorliebe für die romanischen Kulturen.
Seinen Werdegang prägte aber auch die in Kindheit und Jugend grundgelegte religiöse Erziehung. Bewusst erlebte er die Stationen und Feste des Kirchenjahres mit, erkannte den Wert und Sinn der Zehn Gebote, ließ sich von der eindringlich-klaren und zugleich symboltiefen Botschaft der Psalmen beeindrucken. Platz hat sein frühes Hineinwachsen in eine katholisch geprägte Lebenswelt rückblickend ausführlich beschrieben. 1948 erschien sein Büchlein „Die Welt der Ahnen". Es setzte dem neuheidnischen Ahnenkult des Nationalsozialismus eine andere „Welt" entgegen: den Traditionsstrom katholischen Glaubens, wie er von den Vorfahren überliefert war und von der älteren Generation an die jüngere weitergegeben wurde.
Sein erstes politisches Erleben hing mit dem kirchlichen zusammen. Er bemerkte, dass die „besseren Leute", sog. Liberale, der Kirche fernblieben. In der Industriestadt Ludwigshafen bildete sich „eine Front der Arbeiter mit kirchenfeindlichen Neigungen". Dagegen setzte auf dem Land eine konservativ bäuerliche Reaktion ein. Um die Jahrhundertwende zeigte die festgefügte Welt der Kindheit, trotz voranschreitender wirtschaftlicher Prosperität, Auflösungserscheinungen. Zugleich verließ Platz die Heimat, und er trat, wie er es poetisch umschrieb, die Pilgerreise seines Lebens an. Eine von Verwandten finanzierte Romreise verschaffte ihm schicksalhafte Begegnungen: Er lernte an der Gregoriana den späteren „Großstadtapostel" und Gründer der „Sozialstudentischen Bewegung", Carl Sonnenschein, kennen. Zwei jugendliche Gestalten traten ihm entgegen, die zu den maßgeblichen Gründerkräften der „christlichen Demokratie" zählten: Marc Sangnier, der die Zeitschrift und den Freundeskreis des „Sillon" inspirierte, und der frühe Vorkämpfer der katholischen Bewegung in Italien, der Priester Romolo Murri.
Vom Wintersemester 1900/01 bis zum Sommersemester 1902 studierte Platz in Würzburg Philosophie und Theologie. Er wurde Mitglied der Studentenverbindung Markomannia. Besonders beeindruckten ihn der Kirchenhistoriker Sebastian Merkle und mehr noch Herman Schell, Professor für Apologetik, christliche Kunstgeschichte und vergleichende Religionswissenschaft. Platz befreundete sich mit dem gleichaltrigen Theologen Theodor Abele. Schell vermittelte diesen Studierenden eine theistische Grundanschauung, auch die Vorstellung einer geschichtlich voranschreitenden Schöpfungsordnung. Er lehrte sie, geistesgeschichtliche Entwicklungen aus christlichen Bezügen zu begreifen.

Platz enttäuschte allerdings die Hoffnung seiner Verwandten, dass er Priester werde. Ihn faszinierte mehr die Wissenschaft, für die ihm eine geistliche Laufbahn zu wenig Zeit zu lassen schien. In Würzburg lernte er zudem seine zukünftige Frau Paula Kurtz kennen, die Tochter eines Fabrikanten aus dem Odenwald. 1902 nahm er das Studium der neueren Sprachen in München auf und setzte es 1904 in Münster fort. 1905 schloss er dieses Studium mit dem Staatsexamen und mit einer philologisch-sprachwissenschaftlichen Promotion über die Volksetymologie des Rheinfränkischen ab. Von 1907 bis 1919 (mit Kriegsunterbrechung) unterrichtete er die Fächer Französisch, Englisch und Deutsch an der Oberrealschule Düsseldorf. 1907 heiratete er, der Ehe entstammten drei Söhne und eine Tochter.

II

Carl Muth, um die Versöhnung moderner Geisteskultur mit dem Katholizismus bemüht, öffnete Platz 1911 die Spalten seiner Zeitschrift „Hochland" für eine Würdigung des „Sillon"-Kreises in Frankreich, kurz nach dem Verbot der gleichnamigen Halbmonatsschrift durch Papst Pius X. Die achtteilige Artikelserie geriet zu einer Pionierleistung der Vermittlung französischen Geisteslebens an ein deutsches Publikum. Platz beginnt mit einer Bestandsaufnahme der geistigen Situation der frühen Dritten Republik: Bald nach deren Begründung breitete sich ein Ungenügen am Opportunismus und weltanschaulichen Positivismus des herrschenden nationalistisch-wirtschaftsliberalen Republikanertums aus.
Er resümiert das zunehmende Unbehagen nicht-angepasster Kreise in Frankreich an der geistigen Entwicklung des Landes. „Der metaphysische Skeptizismus und Agnostizismus, die kritische Methode geben dem nach Lösungen der Welt- und Lebensrätsel verlangenden Menschen keine Ideale, der Liberalismus und Individualismus der Gesellschaft keine Dauer und keine Kraft." Eine aufbruchsbereite Jugend suchte in der Tat und im Glauben die Antworten auf die grundlegenden Fragen des Menschseins, denen sich der vordergründige liberale Rationalismus der Älteren verschlossen hatte. Platz meint, einen tiefgreifenden Stimmungswandel bemerken zu können: Eine neu belebte „christliche Philosophie" versucht, Wissenschaft und Religion, „Vernunft und Glaube zu versöhnen". Sie setzt der „entnervenden Analyse des Ichs" die objektive Wahrheitsfülle des Glaubens entgegen.
Platz bezieht sich auf Léon Ollé-Laprune, Maurice Blondel, Georges Fonsegrive und andere. Leo XIII. gab mit seinem Aufruf zum

Ralliement diesen Bestrebungen eine Richtung ins Allgemeine. Er rief die französischen Katholiken zur Zusammenarbeit mit allen rechtschaffen Gesinnten auf, jener Gemeinsamkeit vertrauend, die die „von Natur aus christliche Seele" ausstrahle. Aus diesem Hintergrund sieht Platz den Freundeskreis des „Sillon" 1894 und 1899 herauswachsen: Diese Jugend, ähnlich die Association de la Jeunesse Française (von 1886), widersprach sowohl den „Halbheiten der Ralliierten" als auch den „unversöhnlichen Monarchisten", suchte die Verbindung mit der Republik und dem Staat, gerade um dort ihre Werte einzubringen, um nicht durch Abseitsstehen und die grundsätzliche Ablehnung der Verhältnisse sich selbst ins Unrecht zu setzen.
Zusammen mit den Abbés démocrates der 1890er Jahre schlugen Marc Sangnier und der „Sillon" den ambitionierten Weg der christlichen Partei- und Gruppenbildung inmitten des laizistisch-republikanischen Staates ein. Sie meinten: Das Bekenntnis zu Entwicklung und Fortschritt, zu bürgerlicher und politischer Freiheit, zu dem Recht, seine Existenz durch Arbeit zu sichern, lasse sich mit dem Evangelium auf ähnliche Weise in Einklang bringen wie mit den Tugenden der Republik. Im Grunde begreift Platz das Verbot des „Sillon" so wenig wie die anscheinend unüberwindliche Reserve der französischen Antiklerikalen gegenüber dem „Sillon". „Die Zeit fühlte sich getroffen in ihren Söhnen, die schon über sie hinausgeschritten waren."

III

Die Bekanntschaften aus der Würzburger und der späteren Studienzeit verzweigten sich, durch die Zäsur des Ersten Weltkrieges unterbrochen, in die Liturgische Bewegung (auch Frankreichs und Belgiens), in den entstehenden Katholischen Akademikerverband, die katholische Jugend (Quickborn) und die Anfänge der christlichen Demokratie. Flüchtige oder länger anhaltende Verbindungen ergaben sich mit den späteren Politikern Heinrich Brüning und Robert Schuman, mit dem Benediktiner Ildefons Herwegen, den Philosophen Paul Simon, Alois Dempf und Romano Guardini, mit dem Generalsekretär des Akademikerverbands Franz Xaver Münch, mit dem Redakteur Carl Muth und mit Maria Schlüter-Hermkes.
Der Erste Weltkrieg versetzte den Studienrat an die russische Front, zwei Jahre an die Beresina, zwei Jahre in die Ukraine. Der Landwehrleutnant lernte russisch, wurde als Regimentsdolmetscher und Eisenbahnoffizier eingesetzt. Platz erhielt das Eiserne Kreuz

II. Klasse und beteiligte sich auftragsgemäß, allerdings mit Noblesse, an der gegen Frankreich gerichteten Abwehrschrift „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg" (1915). Seine Begeisterung für die Liturgie und deren Symbolkraft machte ihn empfänglich für die Begegnung mit der russischen Orthodoxie. Platz blieb also nicht gleichsam auf den Westen fixiert. Seine religiöse Einstellung ließ ihn auch der östlichen und slawischen Kultur aufgeschlossen und aneignend gegenübertreten. Wie viele Zeitgenossen überhöhte er das Gemeinschaftserlebnis des Krieges, doch vernahm man bei ihm keine schwärmerischen Töne wie z. B. bei Walter Flex.

In seinen 1913/14 bei der Studenten-Bibliothek Mönchengladbach verlegten Schriften über die „sozialstudentische Bewegung" Frankreichs hatte sich Platz mit der französischen Kulturgeschichte vom 17. bis 19. Jahrhundert und den neuesten „sozialkatholischen" bzw. parteipolitischen Entwicklungen der Dritten Republik auseinandergesetzt. Er erkannte die soziale Dimension geistesgeschichtlicher Umbrüche, wenn er das Denken der Aufklärung auch auf die Entstehung eines neuen Standes von Intellektuellen, der den geistig produzierenden Klerikerstand abgelöst habe, zurückführte. 1920 erhielt er ohne eigenes Zutun oder außerwissenschaftliche Mitwirkung, angeregt durch Ernst Robert Curtius, einen Lehrauftrag für französische Geistesgeschichte an der Universität Bonn. Seit 1920 konnte Platz auch als Studienrat am renommierten Beethoven-Gymnasium in Bonn unterrichten. 1922 erschien ein erstes großes Werk: „Geistige Kämpfe im modernen Frankreich". Am 11. März 1924 wurde ihm die Honorarprofessur für französische Geistes- und Gesellschaftsgeschichte, speziell Frankreichkunde, an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität verliehen. Platz wurde ein bei seinen Schülern und Studenten beliebter Lehrer. Die Gelegenheit zu Vorträgen, auch im Ausland, die freilich der Genehmigung der preußischen Kultusverwaltung bedurften, nahm er gerne wahr.

Platz ließ sich nun besonders vom Renouveau catholique inspirieren, von den Schriften eines Henri Brémond (Académie Française), Francis Jammes, Léon Bloy, Joseph Lotte, Charles Péguy, Georges Huysmans, auch wohl von den neuthomistischen Denkansätzen Jacques Maritains und Étienne Gilsons. Er war ein prominenter Besucher des 1926 von Marc Sangnier in Bierville bei Paris veranstalteten internationalen Jugend- und Friedenskongresses. Sangniers internationale Kongresse suchten während der Zwischenkriegszeit die Jugend verschiedener Nationen, Konfessionen und Weltanschauungen im Bekenntnis zur Friedensidee zu vereinen. Platz teilte Sangniers Ideale voll und ganz.

Anstöße zur internationalen kulturellen Begegnung gingen von den Zeitschriften „Abendland" (1925–1929), „Una Sancta" (1925–1927) und „Das Wort in der Zeit" aus, an denen Platz als Herausgeber mitwirkte. Allerdings war diesen Periodika langfristig kein Erfolg beschieden. Die Beiträge des späteren Reichskanzlers Heinrich Brüning, des österreichischen Bundeskanzlers Ignaz Seipel und des Anführers des Partito popolare italiano, Luigi Sturzo, ließen die europäische Orientierung einer zukünftigen christlichen Demokratie erkennen. Platz verströmte sein zupackendes geistiges Interesse in einer Fülle tiefgründiger Essays über Themen der französischen und deutschen Literatur- und Kulturgeschichte. Dazu behandelte er auch aktuelle Vorgänge, die in wissenschaftlichen Zeitschriften oder Tageszeitungen, z. B. in der Zentrumszeitung „Germania" in Berlin, erschienen. 1930 publizierte er das Werk „Deutschland und Frankreich", 1937 (und 1944) sein Buch über den französischen Philosophen Blaise Pascal. Fachlich hervorragend, übertraf er vielleicht an Gegenwartsnähe den heute weitaus bekannteren damaligen Bonner Romanisten, den in Bonn 1914 bis 1920, dann wieder von 1929 bis 1951 lehrenden Ernst Robert Curtius.

IV

Angesichts der Krise der Weimarer Republik übernahm Platz als Intellektueller eine positive Rolle in seiner Zeit. 1924 veröffentlichte er im Verlag Deutsches Quickbornhaus, Burg Rothenfels, seine Schrift „Um Rhein und Abendland". In der Reihe der Flugschriften der rheinischen Zentrumspartei erschien im gleichen Jahr die inhaltsreiche Studie „Deutschland-Frankreich und die Idee des Abendlandes".

Der Begriff „Abendland" ist für Platz „ein landschaftlich gebundener Geistes- und Gefühlsinhalt", lebendig aus der „Kraft alter Geisteswerte und Menschenbildungen". Das Wort steht für eine zur kulturstaatlichen Tradition verdichtete Synthese aus hebräischem, griechischem, römischem, christlichem, romanisch-germanischem und slawischem Geist: Diese „geistige Ur- und Kernsubstanz" begründete den Universalismus des Mittelalters, der in einem von Karl dem Großen abgemessenen „Lebensraum" entstand. Die nachfolgende Entwicklung begreift Platz unter der Prämisse einer Dekadenztheorie: Während England, Amerika, Russland eigene Wege gingen und sich zu Weltreichen ausbildeten, verloren die abendländischen Völker ihre geistige Mitte, die Bindung an das Übernatürliche, damit z. B. das Bewusstsein für die Vorläufigkeit aller weltlichen Kultur.

Auf den Trümmern des „corpus christianum" erhoben sich die Absolutsetzungen staatlichen Interesses und staatlicher Macht. Das 19. Jahrhundert erlebte den Austausch oder die inhaltliche Neubestimmung vorher bereits säkular gewordener Werte: Die Vorstellungen der Dominanz von Nation, Rasse, Volk, eine neue Anfälligkeit für „Machtverherrlichung" eroberten das geistige Terrain. Platz nennt besonders Johann Gottlieb Fichte und Charles Maurras; er parallelisiert diese beiden Herolde eines neuen nationalen Zeitalters, die den Kulturbegriff zu sehr an einen ausgrenzend verstandenen Nationbegriff banden: Für den, der diese ideengeschichtliche Analyse teilte, brach die Katastrophe des Weltkrieges nicht zufällig aus.
Innere Anwendungsbezüge ansprechend, wollte Platz durch die Rückschau auf die Genese und Kulturform des Abendlands ein neues Wertebewusstsein wecken: Das alte Griechenland und das in der Zweiheit von Kirche und Staat organisierte Alteuropa lehrten das Verständnis für Wesen und Form, für Zweck, Substanz und Telos: Die Orientierung an solchen Zielen und Begriffen konstituierte die abendländische Lebensform und ist ihr auch heute gemäß. Der Verführung durch die Sendungsidee des modernen Nationalismus setzt Platz die abendländische Idee des „Dienstes" am gemeinsamen Ganzen entgegen, auch basierend auf der bewussten Zurücknahme des Geltungsbedürfnisses der Einzelpersönlichkeit. Er bedenkt zudem die typisch europäische Vielfältigkeit in der Einheit. Doch hielt Platz das christliche Abendland nicht für die einzige und ausschließliche Gestaltungsform des Christentums, vielmehr unterstrich er dessen universelle Botschaft.
Platz vertrat indes keinen ideologischen Internationalismus, sondern bekannte sich zur je eigenen Entwicklung der Völker. Die deutschen Interessen am Rhein hat er während der 1920er Jahre vertreten, französische Annexionsgelüste zurückgewiesen. Seine Rede zum Weimarer Verfassungstag am 11. August 1925 in Berlin, die er auf den – turnusgemäßen – Vorschlag der Zentrumspartei hielt, betonte den inneren Zusammenhalt und die demokratische Ordnung der Nation. Platz sagt hier der inneren Emigration aus dem Verfassungsstaat, die viele Zeitgenossen vollziehen, den Kampf an, rät zum gemeinsamen Einsatz für das Gute, ob im kulturellen Zusammenleben oder im mühseligen politischen Alltagsgeschäft. Denn ihn verlässt nicht der Glaube „an die gesunden Kräfte unseres Volkes und seine politische Erziehbarkeit".
Trotz der Orientierung am „christlichen Naturrecht" hält der Redner sich allerdings nicht von der Sonderwegsidee frei, sieht er sein Land doch in die Mittellage „zwischen östlichen Kommunismus und westlichen Individualismus" gestellt. Aber die deutsche (und rheinische)

Eigenart und Entwicklung ist durch den abendländischen Bezug und eine organische Geschichtsauffassung gemildert. Platz fordert Deutschlands gliedhafte Einfügung in die „Ganzheiten" Europas und der Welt. Er widerrät allerdings einer einseitigen Ostanlehnung (1924). Die verwandte liberale Europaidee eines Richard Nikolas Graf Coudenhove-Kalergi schien ihm zur wahren Begründung der Europa- und Abendland-Idee nicht tief genug zu gehen.

V

Am 7. März 1935 verlor Platz auf Anordnung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung seinen Lehrauftrag und praktisch seine Honorarprofessur. Zuvor hatte sich die NSDAP-Gauleitung Köln an das Ministerium gewandt und ein sehr deutliches Verdikt über Platz gefällt. Mit diesem sei zum Staunen der Bonner Bevölkerung noch ein typischer „Vertreter des Novembersystems" im Amt, ein „fanatischer politischer Katholik", nationalsozialistischem Gedankengut unzugänglich, angesehen beim „politischen Katholizismus" des Saargebiets, Luxemburgs und Frankreichs. „In Bonn trägt er, sehr zu Recht, den Spitznamen ‚der Platz der Republik'". Auf diese per Ministerialerlass der Universität zur Stellungnahme vorgelegte „Auskunft" der Kölner Gauleitung reagierte der amtierende Dekan der Philosophischen Fakultät, Erich Rothacker, ziemlich zaghaft und nicht gerade im Sinne des Angegriffenen. Er bestätigte die „seitens der Gauleitung" gegebene politische „Charakteristik" des Honorarprofessors, widersprach aber immerhin, auf die Bedeutung der Romanistik-Studien in Bonn hinweisend, dem Standpunkt der Gauleitung, die Amtsenthebung von Platz werde „keinerlei wissenschaftliche Lücke" hinterlassen.
Vergeblich bat der Fachkollege Curtius am 28. Juni 1935 den Rektor, von Seiten der Universität, falls möglich, für Platz einzutreten. Vergeblich blieb auch das Gesuch des Betroffenen selbst vom 20. Februar 1936, die Amtsenthebung wieder rückgängig zu machen. Der im Zuge eines raschen Ämterwechsels an der Universität nun amtierende Dekan, der Althistoriker Friedrich Oertel, bat Platz sogar, seinen Antrag wegen Aussichtslosigkeit schriftlich zurückzuziehen und nahm den zuständigen Minister Rust in Schutz, denn dieser habe das Recht, die stets widerruflich erteilten Lehraufträge aufzuheben. Eine formale Diskriminierung sei auch nicht erkennbar, habe der Minister doch Platz für dessen Lehrtätigkeit gedankt. Platz wies in seinem Antrag auf vorzügliche Rezensionen seiner Bücher hin; gegen die Verdächtigungen seines „deutschen Standpunkts" sprächen

sein vierjähriger Kriegsdienst, die Auszeichnungen, die er mit dem EK II und mit dem Verwundetenabzeichen erhalten habe, und einige seiner Werke. Das vermochte weder die Staats- noch die Universitätsstellen zu rühren.
Dem Lehrverbot an der Universität folgte die Heraufsetzung seines Lehrdeputats (Stundenzahl) am Gymnasium. Platz musste nun ohne Honorar (zuletzt 1500 RM pro Semester, dazu Vorlesungshonorare) seine sechsköpfige Familie durchbringen. Seine Publikationen wurden seltener. Immerhin veröffentlichte er weiterhin Studien und Rezensionen unter seinem Titel und attackierte verdeckt die nationalsozialistische Ideologie bzw. deren Vorläufer. Die Verfolgung traf auch seine Familie. Sein 1915 geborener (dritter) Sohn Günther musste 1943 das Medizinstudium abbrechen, weil er vom Volksgerichtshof wegen „bündischer Umtriebe" und Verbindungen zur katholischen Jugendarbeit in Deutschland und Frankreich zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde.
Allerdings entging den Behörden, dass Platz in einem meist von Theologen gebildeten Widerstandskreis mitarbeitete, der 1934 mit bischöflicher Autorisierung eine Gegenschrift gegen Alfred Rosenbergs bekanntes Werk herausbrachte: die „Studien zum Mythus des 20. Jahrhunderts". Die „Studien" wurden in 200 000 Exemplaren verbreitet und in ganz Deutschland von katholischen und evangelischen Pfarrämtern verteilt. Das Haus von Platz in der Bonner Goethestraße diente dem Kreis als geheime Anlaufstelle. Mitarbeiter waren neben Platz der Bonner Kirchenhistoriker Wilhelm Neuss, Alois Dempf, Joseph Steinberg, Bernhard Lakebrink, Werner Schöllgen, Anton Antweiler, Karl Theodor Schäfer, Erik Peterson und Karl Barth. Die meisten von ihnen blieben unerkannt. Platz nahm so mit einer ganzen Anzahl von Universitätskollegen am „geistigen Widerstand" (Konrad Adenauer) gegen den Nationalsozialismus teil, obwohl es für den Familienvater nahe gelegen hätte, sich nach der deplorablen Erfahrung der Amtsenthebung ins innere Exil zurückzuziehen.

VI

Am 28. Mai 1945 erhielt Platz auf Anregung Robert Schumans die Ernennung zum Leiter der Kulturabteilung im Oberpräsidium der Nordrhein-Provinz am Stahlhof in Düsseldorf. Dieses Amt bildete immerhin die Keimzelle des späteren Kultusministeriums von Nordrhein-Westfalen. Wie viele Zeitgenossen empfand Platz den Ruin Deutschlands als Tragödie. Die niederdrückend schweren Aufgaben

des Wiederaufbaus drängten seine persönlichen Befindlichkeiten und jüngsten Erlebnisse offenbar in den Hintergrund. Neben anderen Aufgaben oblag ihm nun die Aufsicht über und die Obsorge für die Universität Bonn, die einige Jahre zuvor seine Entfernung widerspruchslos hingenommen hatte. Platz suchte ohne jedes Ressentiment, mit innerer Vornehmheit, ohne jede Vergeltungsabsicht, das Beste für seine alte Alma Mater zu tun. Damit nicht genug: Zusammen mit dem Naturwissenschaftler Josef Schnippenkötter aus Essen plante Platz sogleich eine Schulreform. Aus seiner Sicht wollte er die Humanoria, die Geschichte der Antike und des Christentums, auch den Religionsunterricht besonders gefördert wissen.
Am 4. Dezember 1945 verstarb Hermann Platz in Düsseldorf unerwartet an den Folgen einer Halsoperation. Den Nachruf auf der Trauerfeier der Universität hielt auf Bitte des Rektors, des ehemals dem Zentrum nahestehenden Physikers Heinrich Konen, der verbliebene Romanist, statt des Dekans Oertel. Curtius würdigte vor allem die quellenbezogene Methode des Fachkollegen und dessen religiöse Haltung. Er schloss „mit einem Bibelwort, das in Pascalscher Weise an die Größe und die Vergänglichkeit des Menschen erinnert: Multi pertransibunt, et augebitur scientia."

VII

Die Summe eines Gelehrtenlebens ist selten an ostentativen Erfolgen zu messen. Aus der Fülle seines fachlichen Wissens hat Platz nicht nur versucht, die Kenntnis weiterzugeben und zu mehren, sondern auch Ortsbestimmungen seiner Gegenwart vorzunehmen. Schon seine Erziehung legte die Grundlage für sein Interesse an der Nachbarkultur Frankreichs. Um die Vermittlung französischer Kultur in Deutschland hat er sich besonders verdient gemacht. Dabei beachtete er nicht nur einzelne Denker und Denkschulen, sondern komparatistisch und nationübergreifend auch die Äußerungen und das Verhalten gesellschaftlicher und politischer Gruppen. Er war ein bedeutender geistiger Vorläufer der deutsch-französischen Verständigung. Unter diesem Aspekt hätte er mehr Würdigung im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs verdient, als ihm bisher zuteil wurde. Zugleich bekannte er sich zu einem gleichsam geläuterten Patriotismus, bezogen auf die tieferen Berührungspunkte, die in historischer Perspektive die Völker Europas, die sich im 19. und 20. Jahrhundert auseinander entwickelt hatten, letztendlich einten.
Diese Sichtweise gründete im katholischen Glauben. Platz beurteilte geistesgeschichtliche Prozesse nach dem Maßstab christlicher

Grundwahrheiten. Das Christentum betrachtete er seit seinem Unterricht bei Herman Schell als eine die Geschichte bewegende Kraft. Diese Religion selbst war für ihn aber wieder in spezifisch historische Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen eingebettet. Die Geschichte Europas und des Christentums entfaltete sich aus seiner Sicht im Rahmen einer langfristigen symbiotischen Beziehung. Aber seine synthetische Betrachtungsweise ließ auch für andere die europäische Geschichte seit der Antike steuernde Grundkräfte Raum. Bewusst oder unbewusst in einem gewissen Traditionsfluss romantischen Denkens stehend, aber diesen erweiternd, bestimmte er die Identität des Abendlandes oder Europas aus der Vereinigung hebräischer, griechischer, römischer, christlicher, romanisch-germanischer und slawischer Elemente. Die universalistische Weite seines Blicks verdankte sich religiöser Fundierung. Sein Denken verlor sich indes nicht ins Unbestimmte, sondern die universelle Dimension ermöglichte den dialektischen Rückbezug zur eigenen Standortbestimmung.

Die Anerkennung der Transzendenz des Christentums, so eine zentrale Botschaft, sollte die Menschen zum Eingeständnis der Vorläufigkeit jeder Weltordnung und Staatsveranstaltung befähigen. Die Abendland-Idee von Platz war dem nationalistischen wie jedem Totalitarismus, der auf den ganzen Menschen zugriff, diametral entgegengesetzt. So erklärte sich die Abneigung, die seine nationalsozialistischen Verfolger ihm entgegenbrachten, wenn sie ihre Kritik an dem unbequemen Abendländer, Frankreichkenner und Weimarer Demokraten auch nur eher vordergründig zu artikulieren imstande waren.

Platz erlebte wie viele Verfolgte des NS-Regimes, dass in der Stunde der Not die Berufskollegen ihn im Stich ließen. Für sein menschliches Format zeugt, dass ihm nach der (zu erwartenden) Katastrophe bewusst blieb, was ihn dennoch mit den Landsleuten, aus einer weit vor 1933 zurückreichenden Gemeinsamkeit, verband und dass er offenbar keinen Gedanken an Vergeltung wandte. Die Vergeltung wollte er, der Kulturphilosoph und gelernte Geisteswissenschaftler, offenbar zur Versöhnung und Zukunftsgestaltung wandeln: Die zukünftige Generation sollte dazu angeleitet werden, Neuorientierung in der Besinnung auf die eigentlichen Grundlagen, nicht die soeben erlebte Perversion ihrer Kultur zu suchen. Die politische Zusammenarbeit und der geistige Austausch der europäischen Völker sollte aus den Grundkräften ihrer gemeinsamen Geschichte erwachsen.



Amalie Lauer (1882–1950)

„Ich war von 1919–1933 Landtagsabgeordnete des Zentrums für den Wahlkreis Köln-Aachen. In dieser Eigenschaft habe ich im Auftrage der Partei an vielen Orten meines Wahlkreises gesprochen, in Wahlkampfzeiten manchmal 3–4 mal am Tag, und zwar über alle Fragen der Wirtschaft und Politik. Als Mitglied des kath. Frauenbundes u. des allg. Deutschen Frauenvereins habe ich oft auf Tagungen u. Versammlungen gesprochen, auch Artikel für die Zeitschrift ‚Die christliche Frau' geschrieben. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus gab ich im Herbst 1932 die Broschüre ‚Die Frau in der Auffassung des Nationalsozialismus' [...] heraus."
Der kurze Abriss über ihr politisches und publizistisches Wirken, den Amalie Lauer den britischen Militärbehörden im Februar 1947 gab, wirft ein Schlaglicht auf die Leitlinien ihres Handelns: das Engagement für die Emanzipation der Frau und ein durch den Sozialkatholizismus geprägter christlicher Glaube. Dieses Fundament bot eine tragfähige Grundlage für die kritische und mutige Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Frauenbild. Es gehört zu den bleibenden Verdiensten der am 29. März 1882 als ältester Tochter eines Kaufmanns in Frankfurt am Main geborenen Amalie Lauer.

I

Nach dem Abschluss der Volksschule und einer höheren Mädchenschule besuchte die junge Katholikin in ihrer Geburtsstadt ein Lehrerinnenseminar, das sie 1901 mit dem Examen vor der Königlichen Prüfungskommission in Wiesbaden abschloss. Die 19-Jährige war nun berechtigt, an Mädchenvolksschulen zu unterrichten. Mit der Tätigkeit als Lehrerin übte Amalie Lauer in den folgenden Jahren einen Beruf aus, der seit dem frühen 19. Jahrhundert eine der wenigen standesgemäßen Erwerbsmöglichkeiten für Frauen aus dem Bürgertum bot. Der Wunsch, sich neue berufliche Perspektiven zu erschließen, veranlasste sie 1905, neben ihrer aushilfsweisen Lehrtätigkeit an der Brentano-Schule sowie der anschließenden Anstellung in Sekretariat und Bibliothek der „Frankfurter Zeitung", die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt zu besu-

chen. Kaum hatte sie 1909 als erste Frau in Deutschland das Handelslehrerdiplom in der Tasche, nahm Amalie Lauer zum Wintersemester 1910/11 ein Studium der Staatswissenschaft an der Universität Gießen auf, das sie 1913 mit einer staatswissenschaftlichen Dissertation über „Landwirtschaft und Heimarbeit in Deutschland" an der Tübinger Universität abschloss. Sie nutzte damit die Möglichkeit eines regulären Studiums, das Frauen erst seit Anfang des Jahrhunderts (1900 in Baden, 1908 in Preußen) erlaubt war. Ihren Lebensunterhalt bestritt sie seit 1912 als Lehrerin an den obligatorischen Fortbildungsschulen Frankfurts.

In jenen Jahren engagierte sich die allein stehende Lehrerin darüber hinaus ehrenamtlich als eine der ersten Armen- und Waisenpflegerin ihrer Geburtsstadt in der kommunalen und kirchlichen Wohlfahrtspflege. Durch diese Tätigkeit eröffnete sich ihr ein neues Wirkungsfeld, die soziale Arbeit, das sie einige Jahre später zum Beruf machen sollte. Auch in Wort und Schrift setzte sich die Katholikin mit sozialen Fragen auseinander, so 1908 mit dem Reichsgesetz zum gewerblichen Kinderschutz aus dem Jahr 1903, ein Beitrag, der im Verlag des Volksvereins für das katholische Deutschland in der Reihe „Soziale Tagesfragen" erschien. Darin forderte sie dessen Ausdehnung auf Kinderarbeit in Landwirtschaft und Heimindustrie.

In dieser Zeit trat Amalie Lauer dem Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) bei, der sich 1903 in Köln als „Organisation" der katholischen Frauenbewegung gegründet hatte. Der KDFB sah seine Aufgabe darin, die „allgemeinen Fraueninteressen auf sittlichem, sozialem, beruflichem, wirtschaftlichem und rechtlichen Gebiet" zu vertreten, die „katholischen Frauen aller Betätigungskreise und sozialen Schichten" zusammen zu fassen und „über Fragen und Probleme, welche die Entwicklung der Gegenwart mit sich bringt, insbesondere soweit sie die Frauenwelt betreffen", zu unterrichten sowie „wissenschaftliche, soziale und karitative Gemeinschaftsarbeit" zu leisten.

Auslösendes Moment und *ein* Motor für Amalie Lauers lebenslanges Engagement in der Frauenbewegung waren geschlechtsspezifische berufliche Diskriminierungen. So betrug ihr Lehrerinnengehalt nur die Hälfte dessen, was ihre männlichen Kollegen verdienten. Die Beschränkungen und Zurücksetzungen, die Amalie Lauer als berufstätige Frau im Beruf erfuhr, legten ein Engagement in der Frauenbewegung nahe. Ihre dortigen Aktivitäten beschränkten sich jedoch nicht auf die Verbesserung der eigenen beruflichen Situation, sondern ließen ein ausgeprägtes soziales Gewissen erkennen. Der erste Beitrag, den sie 1910 für das KDFB-Verbandsorgan „Die christliche Frau" schrieb, widmete sich der „Kellnerinnenfrage". Die elende

Lage dieser Berufsgruppe zwischen Ausbeutung und Prostitution war in jenen Jahren ein viel erörtertes Thema innerhalb der Frauenbewegungen aller weltanschaulichen Richtungen, die sich in dieser Zeit verstärkt der „sozialen Frage" zuwandten und sich für eine Professionalisierung der Sozialarbeit einsetzten. Die Verfasserin führte darin unter anderem aus, dass es zu den „vornehmsten Zielen der Frauenbewegung" gehöre, „der erwerbstätigen Frau würdige und günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen". Es könne „deshalb nicht allein ihre Aufgabe sein, der Frau neue Berufsmöglichkeiten zu erschließen, sondern sie muss auch diejenigen Berufe, in denen die Frau nach althergebrachter Sitte ein Heimatrecht hat, ihrer Kritik unterziehen und Reformen darin anstreben".
Trotz ihrer festen Verankerung im Berufsleben und ihres frauen- und gesellschaftspolitischen Engagements erwog die gläubige Katholikin noch um 1913, sich einer Ordensgemeinschaft anzuschließen.

II

Die inzwischen 31-Jährige entschied sich letztlich für die Fortsetzung ihres „weltlichen" Lebens. Dessen berufliche Weichen wurden während des Ersten Weltkriegs neu gestellt, als das gesamte Wohlfahrtswesen den im „Nationalen Frauendienst" zusammen geschlossenen Frauenbewegungen übertragen wurde. Diese forderten angesichts der erweiterten Handlungsspielräume offen ihr Recht auf Mitsprache in Politik und Gesellschaft ein. Auf der sechsten Generalversammlung des KDFB, die im Januar 1916 im Berliner Reichstagsgebäude unter dem programmatischen Titel „Die Frau als Mitgestalterin des neuen Deutschland" stattfand, referierte Amalie Lauer über „Die Mitarbeit der Frau im kommunalen Wohlfahrtsdienst". Im selben Jahr wurde sie als eine der wenigen juristisch Versierten innerhalb der katholischen Frauenbewegung zur Vorsitzenden der „Kommission zum Studium von Frauenrechtsfragen" im KDFB gewählt.
Wenige Monate später bat sie die damalige Verbandsvorsitzende Hedwig Dransfeld, hauptberuflich an der neu gegründeten Sozialen Frauenschule der KDFB-Zentrale zu arbeiten. Die Sozialen Frauenschulen, deren erste 1908 aus Jahreskursen für Wohlfahrtspflege hervorging, bildeten weibliche Fachkräfte für die Sozialarbeit als Beruf aus. Amalie Lauer, die zu diesem Zeitpunkt noch im Schuldienst der Stadt Frankfurt beschäftigt war, lehnte die Stelle ab, da die KDFB-Vorsitzende sie nicht auf Lebenszeit anstellen konnte. Besser abgesichert war sie als Beamtin an der im Aufbau befindlichen

„Wohlfahrtsschule der Stadt Cöln", deren Leitung sie zum 1. April 1917 anvertraut bekam.
Die Schule bildete „für sozialhygienische, sozialrechtliche und sozialpädagogische Berufe der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsarbeit z.B. für Stadt- Kreis- und Regierungsbezirksfürsorgerinnen, Tuberkulose-, Säuglings- und Wohnungsfürsorgerinnen, Armen- und Waisenpflegerinnen, Polizeiassistentinnen, Fabrikpflegerinnen, Leiterinnen und Sekretärinnen für Fürsorgestellen und gemeinnützige Vereine, Schulpflegerinnen, Jugendpflegerinnen und ähnliche Berufe" aus (Wohlfahrtsschule der Stadt Cöln, Cöln 1917). Diese und andere kommunale Schulen waren ein Kind der Weimarer Republik, in der das Sozialstaatsprinzip erstmals Verfassungsrang erhielt. Neue Ministerien auf Reichs- und Länderebene in den Bereichen Arbeit und Wohlfahrt standen für die neue soziale Ausrichtung des Staates. Der Weimarer Wohlfahrtsstaat bot bisher unterrepräsentierten politischen Kräften Gestaltungsmöglichkeiten: der Sozialdemokratie, dem politischen Katholizismus und den Frauen.

III

Ihrer Direktorinnenstelle konnte Amalie Lauer jedoch nur kurze Zeit ihre ungeteilte Aufmerksamkeit schenken. Nach zwei Mandatsniederlegungen rückte sie im Juni 1919 in die Zentrumsfraktion der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung nach. Sie gehörte damit zu der kleinen Schar weiblicher Abgeordneter, die infolge des aktiven und passiven Wahlrechts, das Frauen in der Weimarer Republik erstmals erhielten, in den Reichstag und die Länder- und Kommunalparlamente einzog. Fortan pendelte sie zwischen ihrem Kölner Wohn- und Arbeitsort und Berlin, wo der Landtag sich in den Sitzungswochen versammelte. Für die Wahlen zum ersten Preußischen Landtag 1921 erhielt Amalie Lauer einen sicheren zweiten Listenplatz in ihrem Köln-Aachener Wahlkreis, einer Zentrumshochburg. Bei den Wahlen zum zweiten Preußischen Landtag 1925 jedoch verfehlte sie die Wiederwahl knapp, da sie an – aussichtsloser – 13. Stelle auf der Wahlkreisliste platziert war und zugleich an unsicherer 7. Stelle des Landeswahlvorschlags (die ersten sechs Kandidaten wurden gewählt). Den zweiten Listenplatz im Wahlkreis Köln-Aachen hatte die Königswinterer Abgeordnete Emma Bachem bekommen. Bei den Wahlen der Jahre 1928, 1932 und 1933 erhielt Amalie Lauer wieder „ihren" sicheren Listenplatz.
Amalie Lauers politische Karriere verweist auf die geringe Bereitschaft der Zentrumspartei, weibliche Kandidaten an aussichtsreicher

Stelle zu positionieren. Selbst in Zentrumshochburgen gestand man Frauen allenfalls *einen* sicheren Listenplatz zu. Das erschwerte eine kontinuierliche politische Arbeit. Amalie Lauer war sich darüber im klaren, dass die Männer ihre angestammten Machtpositionen nicht freiwillig räumen würden. Gegenüber der weiblichen Wählerschaft warb sie um Verständnis, dass eine „Revolution und ein Verfassungsparagraph [...] die Meinung einer Generation nicht auf einen Schlag ändern" können.

Dieses Verständnis hatte für sie jedoch seine Grenzen. Daher gehörte sie zu einer Gruppe von im Katholischen Frauenbund aktiven Zentrumspolitikerinnen, die sich am 8. August 1920 in Köln traf, um auf die schlechte Platzierung von Frauen auf den Zentrumswahllisten für die ersten Reichstagswahlen im Juni 1920 zu reagieren. Die Frauenmandate hatten sich von fünf in der Nationalversammlung auf drei im ersten Reichstag verringert. Hedwig Dransfeld, Agnes Neuhaus und Christine Teusch behielten ihr Mandat; Helene Weber, Zentrumskandidatin im Wahlkreis Düsseldorf-Ost, wurde nicht wieder gewählt. Die Vorsitzende des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, Maria Schmitz, verzichtete auf ihren Listenplatz im Wahlkreis Koblenz-Trier, der wegen einer Verkleinerung der Wahlkreise unsicher geworden war.

Aus der Initiative dieser Katholikinnen, zu denen neben Amalie Lauer unter anderem Hedwig Dransfeld und die damalige KDFB-Generalsekretärin Albertine Badenberg gehörten, ging zunächst ein zwölfköpfiger „Vorläufiger Ausschuss der Zentrumswählerinnen Deutschlands" unter dem Vorsitz der Kölner Stadtverordneten und stellvertretenden KDFB-Vorsitzenden Minna Bachem-Sieger (1870–1939) hervor. Letztlich mündete sie in die Bildung der „Frauenbeiräte innerhalb der Deutschen Zentrumspartei", die Frauen als eigenen „Stand" neben Arbeitern und anderen Berufsgruppen innerparteilich organisierten. Mit den „Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei" verfügten die Zentrumsfrauen über ein eigenes Publikationsorgan. Als Landtagsabgeordnete zählte Amalie Lauer zu den „geborenen Mitgliedern" des Frauenbeirats auf Reichs-, Landes-, Wahlkreis-, und Ortsebene. So gehörte sie dem Provinzialfrauenbeirat der Rheinischen Zentrumspartei ebenso an wie dem Geschäftsführenden Ausschuss (Arbeitsausschuss) des Frauenbeirats der Kölner Zentrumspartei, deren Vorstandsvorsitzende sie war. Mit beratender Stimme war sie im Parteivorstand der Kölner Zentrumspartei selbst vertreten. 1928 wurde sie als rheinische Delegierte zum Reichsparteitag entsandt.

Amalie Lauers parlamentarisches Wirken war eng mit ihren alten und neuen beruflichen Tätigkeitsfeldern als diplomierte Handelsleh-

rerin und Direktorin einer kommunalen Berufsschule auf dem Gebiet der sozialen Arbeit verknüpft. Zu ihren Spezialgebieten zählten Bevölkerungspolitik, Jugendpflege und -fürsorge, Fach- und Berufsschulen, Ehe- und Familienrecht sowie weibliche Bildung und Berufstätigkeit. So war sie im Ausschuss für Leibesübungen für Berufsschulfragen zuständig, wurde 1923 für die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Landesgesundheitsrat Mitglied des Ausschusses für die Schulgesundheitspflege und im gleichen Jahr auf Vorschlag der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags für drei Jahre zum Mitglied der Allgemeinen Abteilung des Landesgewerbeamtes berufen. In der Preußischen Landesversammlung berichtete sie „über die Stellung der Landesversammlung in Fragen der Gefährdetenfürsorge" und über „die Ausschussverhandlungen für den Gesetzentwurf betr. die öffentliche Krüppelfürsorge", vorgetragen im Plenum am 5. Mai 1920.

Aufgrund der geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarktes, der fortdauernden Diskriminierung weiblicher Erwerbstätiger und der Geschlechtertrennung in der schulischen Ausbildung war es nicht verwunderlich, dass sich Amalie Lauer im Preußischen Landtag insbesondere für die Interessen von berufstätigen Frauen und Mädchen einsetzte. So forderte sie anlässlich der Etatberatungen im Preußischen Landtag 1929 die Einführung einer allgemeinen Berufsschulpflicht und die weibliche Schulaufsicht und Schulleitung an Fach- und Berufsschulen für Frauen und Mädchen.

Als gläubige Katholikin engagierte sich Amalie Lauer darüber hinaus für eine umfassende Verankerung von Religion und Kirche im öffentlichen Raum. So dankte ihr der Kölner Kardinal Schulte 1922 für ihre „Bemühungen um die Verbesserung der Gesetzesvorlage" für eine Erweiterung der Berufsschulpflicht und teilte ihr auf ihre mündliche Anfrage mit, er anerkenne „Ihre Gründe, weshalb es unter den gegenwärtigen Umständen ratsam sei, Religion als Pflichtlehrfach der Berufsschulen nicht zu urgieren, vollauf".

Im Unterschied zu anderen ledigen berufstätigen Katholikinnen, die eine übergeordnete katholische Fraueninteressenvertretung angesichts der neuen Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie für nicht mehr notwendig hielten, blieb Amalie Lauer auch in der Weimarer Republik im KDFB aktiv.

Im Mai 1930 ließ sich die Politikerin von ihrer Direktorinnenstelle beurlauben, um eine Professur für Sozialpädagogik und Sozialpolitik am Staatlichen Berufspädagogischen Institut (BPI) in Köln wahrzunehmen. Der Lehrauftrag an der im Aufbau befindlichen Ausbildungsstätte für Berufsschullehrerinnen und -lehrer war ihr vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, das die Gewerbe-

lehrerausbildung ausbauen wollte, auf Veranlassung der Zentrumspartei angetragen worden. Sie wolle an einer Sache mitgestalten, die „mir am Herzen liegt und die ich für die Zukunft unseres Volkes für wichtig halte. Aber ebenso wichtig ist mir mein Mandat, das ich mir durch die Übernahme nicht gefährden will". Zuvor war es ihr gelungen, die wegen hoher Fehlbeträge im Haushaltsplan drohende Schließung der Wohlfahrtsschule abzuwenden. In einer Stellungnahme konnte die Direktorin 1924 darauf verweisen, dass die Schule mit Erfolg versucht habe, „bei neuauftauchenden Fragen der Wohlfahrtspflege Köln zu einem Mittelpunkt informatorischer und richtungsgebender Tagungen für Fachkreise zu machen". So habe 1921 ein bevölkerungspolitischer Kongress, 1923 ein Jugendwohlfahrtslehrgang und 1924 die „Kölner Soziale Fortbildungswoche" in Köln statt gefunden.
Anfang 1925 bekam Dr. Luise Bering die stellvertretende Leitung der Schule übertragen, um die durch ihr politisches Mandat stark in Anspruch genommene Amalie Lauer zu entlasten. Ende April 1931 legte Amalie Lauer die Professur nieder. Ausschlaggebend dafür war, dass sich „die Haltung des Handelsministeriums gegenüber dem Zentrum in Paritätsfragen, die Aufsichtsstellen und die Besetzung der Lehrkörper der berufspäd. Institute betr. nicht nur nicht geändert, sondern weiter verschärft" habe.

IV

Dass die Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter keineswegs unumstößlich waren, wurde Anfang der 1930er Jahre deutlich. Jene Jahre markierten eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Weimarer Republik. Der dramatische Vorgang der Auflösung des Parteiensystems begann. Die organisierten Frauenbewegungen aller Richtungen gerieten angesichts eines konservativen und frauenfeindlichen Klimas in einem bisher nicht gekannten Ausmaß in die Defensive. Am schärfsten wurde die Frauenbewegung von den Nationalsozialisten angegriffen, die Ziele und Ergebnisse der Frauenemanzipation offen ablehnten und eine Revision der verfassungsmäßig verankerten politischen und rechtlichen Gleichberechtigung der Geschlechter wünschten. In dieser Situation lehnte sich die katholische Frauenbewegung stärker an die Kirche an, schlug aber auch ungewohnt kämpferische Töne an. Für dieses „frauenbewegte", kämpferische Element steht ein Aufsatz zur „Reform des Familienrechts", den Amalie Lauer 1931 verfasste.

Hintergrund ihres Beitrags war die fortdauernde Entrechtung der verheirateten Frau durch das 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch. Im Widerspruch zur verfassungsmäßig verankerten Gleichberechtigung der Geschlechter oblag dem unterhaltspflichtigen Ehemann das Entscheidungsrecht „in allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten". Die nur in Ausnahmefällen unterhaltspflichtige Ehefrau war zur gemeinsamen Haushaltsführung verpflichtet. Ging sie einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nach, hatte der Ehemann das Recht, den Arbeitsvertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen. Ferner gestand das eheliche Güterrecht dem Mann ein „Verwaltungs- und Nutznießungsrecht am Vermögen der Frau" zu. Ihm oblag in allen Sorge und Erziehung der Kinder betreffenden Fragen ein letztes Entscheidungsrecht.
In der Weimarer Republik traten bürgerlich-liberale wie sozialdemokratische Frauenbewegung für eine umfassende Reform des Ehe- und Familienrechts ein. Ende der 1920er Jahre hatte auch die von Amalie Lauer geleitete Rechtskommission des KDFB „Richtlinien zur Reform des Eherechts und des ehelichen Güterrechts" erarbeitet, die auf die Einführung der Gütertrennung als gesetzlichem Güterstand zielten, wie sie von weiten Kreisen der Reformbefürworter propagiert wurde. Die Stellungnahmen der Rechtskommission des KDFB bildeten die Grundlage für Lauers Beitrag. Ihre Ausführungen zwei Jahre später standen jedoch spürbar unter dem Eindruck der Angriffe auf Frauenbewegung und Frauenrechte.
Die Zentrumspolitikerin hielt zwischenzeitlich eine Reform für umso dringlicher, als infolge der Massenarbeitslosigkeit Ehefrauen zunehmend erwerbstätig und darüber hinaus häufig Alleinverdiener der Familie waren. In diesem Zusammenhang übte sie scharfe Kritik an der „fast psychosenhaften Hetze" gegenüber erwerbstätigen Frauen in der Öffentlichkeit. Die Verfasserin distanzierte sich von einem zunehmenden Individualismus, der familienzerstörend wirke und an den Grundfesten von Staat und Gesellschaft rüttele. Im Mittelpunkt ihrer Darlegungen stand jedoch ihre scharfe Kritik am überholten „Patriarchalismus" des ehelichen Güterrechts. Dieses werde zur finanziellen Entrechtung der Frau missbraucht. Die Stellung verheirateter Frauen sei eine „rechtlich und menschlich unklare".
Ausdrücklich berief sie sich auf die Jahrzehnte alten Forderungen innerhalb und außerhalb der Frauenbewegung und die Rechtspraxis anderer europäischer Ländern, die auf der Verantwortlichkeit beider Ehepartner basiere. Auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Schlüsselgewalt, die Wahl des Wohnortes, die Führung eines Bankkontos sowie über Kündigung und Vertrag im Arbeitsleben hielt die Verfasserin für revisionsbedürftig. Der „Zwiespalt" auf diesem

Gebiet rühre „ganz ernst an die Vertrauensbasis zwischen Mann und Frau" und werde „leicht zum Zündstoff für fortschreitenden Verfall und Zerrüttung der Ehe". Lauers Plädoyer für eine gleichberechtigte Mitsprache der Frau als die Ehe stabilisierende Maßnahme ließ eine partnerschaftliche Eheauffassung erkennen, die deutlich von der im katholischen Milieu vorherrschenden Orientierung an einer patriarchalischen Ehe- und Familienordnung abwich. Mit ihren Forderungen zur Reform des Ehe- und Familienrechts grenzte sich Amalie Lauer auch von Positionen ab, die die damalige KDFB-Vorsitzende Hedwig Dransfeld noch 1919 im Zusammenhang mit ihrer Ablehnung der ehelichen Gleichberechtigung vorgebracht hatte.

Auch den ledigen, berufstätigen Frauen galt weiterhin Amalie Lauers Aufmerksamkeit. In den Hauptausschussberatungen des Preußischen Landtags über den Wohlfahrtsetat des Jahres 1929 kritisierte sie deren unzureichende Wohnverhältnisse. Die Wohnungsfürsorge erwecke den Eindruck, dass allein stehende Berufstätige „Menschen zweiten Ranges" seien. Die Politikerin war selbst von der sich verschärfenden Diskriminierung betroffen. Die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst infolge der Weltwirtschaftskrise richteten sich nämlich insbesondere gegen die Gruppe der ledigen, überwiegend weiblichen Beamten. Lauers Direktorinnengehalt, das sich bis Ende Januar 1931 auf 936 Mark belaufen hatte, betrug ab März 1932 nur noch 663,99 Mark.

Die öffentlichen Anfeindungen und die Furcht vor einer Verdrängung vom immer enger werdenden Arbeitsmarkt verstärkten in jenen Jahren das Bedürfnis weiblicher Berufstätiger nach Austausch und Solidarität untereinander. Amalie Lauer lud erstmals im Winter 1928 an jedem ersten Donnerstagabend im Monat berufstätige Katholikinnen in ihre Kölner Wohnung ein. Der „Donnerstagszirkel", im Winter 1929 „in ganz zwangloser Weise als Treffpunkt und Aussprachegelegenheit eines Kreises katholischer berufstätiger Frauen" wieder aufgenommen, wurde zu einer festen Einrichtung. Die Eingeladenen waren zum Teil im Frauenbeirat des Kölner Zentrums oder als Dozentinnen an der Wohlfahrtsschule tätig.

Ein Schlaglicht auf die Stimmung unter den befreundeten Katholikinnen wirft eine (von einem Mitglied des Kreises verfasste) Nikolausansprache am 11. Dezember 1932, in der es unter anderem heißt: „Zwar lang' hab' überlegt ich, ob's angängig, dass ich komme / Ein Mann in die Versammlung von Frauen / Die jetzt sind erkannt von hohen und höchsten Stellen / Als unzulänglich, entbehrlich, leicht zu ersetzen / In allen nur möglichen Ämtern. / Die geplante Verwaltungsreform, von klugen Männern erdacht, / Wird zeigen, das Eure goldene Zeit ist vorüber. / Und die Zukunft wird's lehren, dass die

Frauen / Hatten der Rechte und Stellen zuviel. / Gar manchmal machte die drohende Gefahr Eurer berufenen Führung, Dr. Amalie Lauer, schwere Gedanken und Sorgen. [...] Doch soll das Jenseits Entschädigung bieten Euch allen [...] So hört: Der Frau soll im Himmel noch mehr als bisher Ehre zuteil werden und führende Ämter und Würden".

V

Im März 1932 erschien beim Verlag Kölner Görreshaus in einer Auflage von 10.000 Stück die Broschüre „Die Frau in der Auffassung des Nationalsozialismus". Die Schrift war aus Vorträgen hervorgegangen, die Amalie Lauer in bürgerlich-liberalen und katholischen Frauenorganisationen sowie in Ausbildungsstätten im rheinisch-westfälischen Raum gehalten hatte und sollte insbesondere die gebildete weibliche Wählerschaft gegenüber dem Nationalsozialismus immunisieren. Als Quelle dienten der Verfasserin Stellungnahmen offizieller Parteiorgane und Schriften führender NS-Größen. Wenige Wochen nach Erscheinen der Schrift, zum 1. Juli 1932, versetzte der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer Amalie Lauer auf eigenen Antrag in den Ruhestand. Einem amtsärztlichen Gutachten zufolge war sie „dauernd dienstunfähig". Inwieweit Amalie Lauer damit ihrer Entlassung lediglich zuvorkam, kann nur vermutet werden.

Um die Jahresmitte 1932 bemühte sich die Zentrumspartei um Kontakte mit der NSDAP auf politisch-parlamentarischer Ebene. Lauers oberster Dienstherr, Konrad Adenauer, gehörte einer Kommission seiner Partei an, die mit der NSDAP Koalitionsverhandlungen aufnehmen sollte. Die Zentrumspolitikerin Helene Weber schrieb der befreundeten Kollegin im März 1932, dass „die Stadt Köln [nicht näher erläuterte] Schwierigkeiten wegen Ihrer Direktorinnenstelle" mache und forderte sie auf, „Berichtigung" bei den maßgebenden Stellen zu schaffen. Lauer selber schrieb dem ehemaligen sozialdemokratischen Kollegen Wilhelm Sollmann im Juli 1947, sie „habe nie die Hand zum faschistischen Gruss erhoben, nie ist ein ‚Heil H.' über meine Lippen gekommen, u. als ich das Unheil unabwendbar herannahen sah, liess ich mich pensionieren u. kalt stellen".

„Die Frau in der Auffassung des Nationalsozialismus" ist eine politische Aufklärungsschrift im besten Sinn. Amalie Lauer setzte sich darin mit dem Nationalsozialismus als politischem Herrschaftssystem unter geschlechtsspezifischen Aspekten auseinander. Als negatives Beispiel eines etablierten faschistischen Regimes „ohne die Ver-

stiegenheiten des nationalsozialistischen Rassefanatismus" verwies sie mehrfach auf Italien.
Die Verfasserin entlarvte differenziert und quellennah die Widersprüche und den frauen- und menschenverachtenden Charakter der nationalsozialistischen Ideologie. Sie überschritt die übliche Form der zeitgenössischen Auseinandersetzung, da sie die Interessen und Bedürfnisse potentieller NSDAP-Anhängerinnen ernst nahm und argumentativ zu widerlegen suchte. Amalie Lauer wandte sich ausdrücklich an ein weltanschaulich übergreifendes Publikum und zielte auf einen gemeinsamen antinationalsozialistischen Konsens: Die nationalsozialistische Stellung zur Frau wollte sie „messen an dem gemeinsamen Standpunkt der heutigen Frauen", die „*positiv* zur aktiven Teilnahme der Frau am Wirtschafts- und öffentlichen Leben stehen" (Hervorhebung im Original).
Dreh- und Angelpunkt der Lauerschen Kritik am nationalsozialistischen Frauenbild war die Reduzierung von Frauen auf ihre Reproduktionsaufgaben und ihre Funktionalisierung durch den NS-Staat. Die konstitutiven Elemente der nationalsozialistischen „Weltanschauung", die Rassen- und die Raumdoktrin, erkannte und kritisierte sie. So sah Amalie Lauer die „rassische Züchtigungspolitik" klar voraus, die Frauen je nach Blut und Rasse als Mütter zuließ oder ablehnte (und der gängigen Auffassung vom pronatalistischen nationalsozialistischen Frauenbild widersprachen). Als äußerste Konsequenz nationalsozialistischer Macht- und Gewaltpolitik prognostizierte Lauer, dass „die Köpfe [...] in einem ungeahnten Ausmaß fallen" würden. Der Kontext zeigt, dass sie neben politischen Gegnern insbesondere die Juden als Opfer nationalsozialistischer Vernichtungspolitik erkannte. Abgesehen von der drohenden Massenvernichtung im Inneren prognostizierte sie den Krieg als unabweisliche Folge gegenwärtiger nationalsozialistischer Kriegstreiberei.
Die Leserinnen der Lauerschen Schrift waren gewarnt vor einem drohenden Krieg, vor staatlicher Willkürherrschaft, vor Antisemitismus bis hin zur Judenvernichtung, vor Rassismus und Eugenik, vor dem Verlust der staatsbürgerlichen Rechte und elementarer Persönlichkeitsrechte als potentiellen Folgen eines nationalsozialistischen Regimes. Fehl eingeschätzt wurde von Lauer dagegen das Schicksal lediger beziehungsweise kinderloser Frauen, denen sie voraussagte, zusammen mit „Rassefremden" und unheilbar Kranken nur den Status von weitgehend entrechteten Staatsangehörigen zu erhalten. Amalie Lauer ging in wesentlichen Punkten über die Kritik des deutschen Episkopats hinaus, die sich auf diejenigen Aspekte des nationalsozialistischen Parteiprogramms konzentrierte, die mit der Glaubens- und Sittenlehre der Kirche unvereinbar waren.

In auffallendem Gegensatz zu ihrer entschiedenen Verurteilung des Nationalsozialismus äußerte sich Amalie Lauer nur zurückhaltend zu dem, was die Frauenbewegung dem nationalsozialistischen Frauenbild entgegenzusetzen habe. Darin drückte sich die resignative Stimmung aus, die für führende Repräsentantinnen der katholischen Frauenbewegung insbesondere angesichts der krisenhaften Entwicklung der Frauenberufsarbeit charakteristisch war. Zu der Verunsicherung über den eingeschlagenen Weg trug neben der öffentlichen Anfeindung und der objektiven Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt der Umstand bei, dass die nachfolgende Frauengeneration die eigenen Ideale nicht aufgriff. So äußerte Amalie Lauer Verständnis für den Wunsch gerade junger Frauen nach „Befreiung" von der Erwerbstätigkeit: Durch die „wirtschaftliche Zuspitzung der Gegenwart mit ihrer Arbeits- und Hoffnungslosigkeit für die Zukunft" wirke sich die von der Frauenbewegung „so heiß erkämpfte Berufsberechtigung" für viele „beinahe wie ein Fluch" aus. Im Unterschied zu den 1920er Jahren, als die katholische Frauenbewegung die Rede vom „Frauenüberschuss" aus dem Wortschatz verbannen wollte, beklagte nun auch Amalie Lauer den „Frauenüberschuß der Kriegsgeneration, der unser Erwerbsleben erschwert".
Die distanzierte Haltung gegenüber vormaligen Idealen und neuen Rechten kam auch darin zum Ausdruck, dass die Zentrumspolitikerin nachträglich denjenigen Kreisen Recht gab, die eine etappenweise Einführung des Frauenwahlrechts befürwortet hatten. Ihr Erschrecken darüber, dass viele Frauen sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht als „reif" erwiesen hätten, manipulierbarer und anfälliger für Ideologien seien, verband sich mit Schuldgefühlen, als Frauenbewegung versagt zu haben. Was die unterstellte besondere Affinität von Frauen zur NSDAP anbelangt, unterlag Amalie Lauer einer zeitgenössischen Fehleinschätzung.
Amalie Lauers letzte öffentliche politische Meinungsäußerung war ein gemeinsam mit Gussie Adenauer, Antonie Hopmann, Barbara Joos, Christine Teusch und Katharina Zinnicken verfasster Wahlaufruf für die Zentrumspartei am 25. Februar 1933.
Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" zog sich Amalie Lauer gemeinsam mit ihrer Lebenspartnerin, der Rechtsanwältin Dr. Margarethe Esch (1899–1966), in ihr im Juni 1932 erworbenes Wochenendhaus in Bensberg zurück. Ihren Lebensunterhalt bestritt sie von ihrer Direktorinnenpension. In diesen Jahren sammelte sie Bild- und Textquellen für Publikationen über Madonnenbildnisse und die hl. Ursula, widmete sich der Rosenzucht und kümmerte sich um die Kinder ihrer Schwester Anna, einer in Berlin verheirateten Ärztin. 1942 musste sie das Bensberger Domizil verlassen und kam

zeitweilig in den Räumen der KDFB-Zentrale in Köln unter. Im August 1944 entging sie der Verhaftung durch die Gestapo im Rahmen der Verfolgungsaktion „Gewitter" infolge des gescheiterten Staatsstreichs vom 20. Juli, weil Margarethe Esch sich weigerte, der Gestapo ihre Anschrift mitzuteilen und sie warnte. Bei der Bombardierung Kölns gingen ihre Madonnensammlung und die gesammelten Studienunterlagen mit einem Großteil ihres Besitzes verloren.

VI

Unmittelbar nach Kriegsende stellte sich die 62-jährige der Stadt Köln erneut zur Verfügung. Dort sah man sich nicht in der Lage, ihr eine adäquate Beschäftigungsmöglichkeit anzubieten. Da sie unverschuldet nicht wieder eingestellt wurde, erhielt sie weiter ihre Pensionsbezüge. In die Politik kehrte sie, desillusioniert über den politischen Betrieb und angesichts der Verführbarkeit der „Massen", nicht mehr zurück: „Ich stehe heute äusserlich dem politischen u. öffentlichen Leben fern. Es war schon damals rauh, voll Widerspruch u. Unehrlichkeit, aber nach dem totalen Zusammenbruch ist die Entfesselung aller Instinkte noch lange nicht beendet. [...] Wenn ich heute meine im Herbst 32 erschienene Broschüre „Die Frau in der Auffassung des Nationalsozialismus" nachlese, dann muss ich sagen, dass ich doch eine sehr klare Sicht hatte – aber trotzdem konnten wir nicht überzeugen u. nicht aufhalten. Die Masse lässt sich in ihren Eigensüchten, Suggestionen u. Forderungen nicht beschwören." (An Wilhelm Sollmann, 12. Juli 1947.)

Die Pensionärin nahm ihre Nichte bei sich auf und ermöglichte ihr ein Medizinstudium. Am 15. Oktober 1950 starb Amalie Lauer während eines Besuchs bei ihrer Schwester Therese in einem Fuldaer Krankenhaus an Leberzersetzung. Bestattet wurde sie im Grab der Familie in Frankfurt.

Im Februar 1993 schuf die Kölner Bildhauerin Katharina Hochhaus ein Standbild Amalie Lauers als letztes der insgesamt 106 neuen Kölner Ratsturmfiguren. Ihre Figur stifteten der Zweigverein Köln des KDFB und der Arbeitskreis der Katholischen Frauenverbände in der Stadt Köln.



Thusnelda Lang-Brumann (1880–1953)

„Sind Frauen zur politischen Tätigkeit geeignet?" fragte, schon bevor die Frauen überhaupt das Wahlrecht hatten, Thusnelda Lang-Brumann und beantwortete diese Frage mit einen eindeutigen „Ja." „Ich bemerkte bald, dass die Frau ein bestimmtes Fingerspitzengefühl für Ereignisse und Möglichkeiten, die in der Luft liegen, hat, dass sie die Dinge kommen sieht, wenn die Männer noch im Beraten begriffen sind, und dieses Vorausfühlen hat mich bis heute noch niemals getäuscht."

Thusnelda, Babette, Franziska Lang-Brumann gehört zu den katholischen Politikerinnen, die seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und in der Zeit der Weimarer Republik für die Geschicke der Frauen eingetreten und damit für die Grundlegung politischen Engagements von Frauen in Deutschland überhaupt von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Sie kann ohne weiteres in einem Atemzug mit Helene Weber, Christine Teusch, Agnes Neuhaus u. a. genannt werden. Zwar hat sie sich auch und in hohem Maße für die sozialen Belange der Frauen und Mädchen, ihren Schutz gegen Mädchen- und Kinderhandel, gegen Schund- und Schmutzliteratur, gegen Drogenmissbrauch und Prostitution eingesetzt. Ihr hauptsächliches Anliegen aber war es, den Frauen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, sie zu politischem Engagement und Streben nach Bildung und Ausbildung als Voraussetzung für größeres Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen zu ermutigen – nicht gegen, aber gegenüber den Männern.

Immer wieder führte sie ihnen vor Augen, welche enormen neuen Perspektiven sich ihnen mit dem Recht auf aktives und passives Wahlrecht boten – dass sie jetzt mitreden, mitbestimmen, mitentscheiden und sich in öffentliche Ämter wählen lassen konnten. Dabei wollte sie ausdrücklich nicht die Frauen von Haus und Herd weglocken, wenn diese es für wichtiger erachteten, sich ausschließlich um Familie und Kinder zu kümmern. Sie wollte ihnen nur klar machen, dass sie die Möglichkeit hatten, in die Öffentlichkeit zu gehen, wenn sie das mit Ehemann und Haushalt vereinbaren konnten. In erster Linie sprach Thusnelda Lang-Brumann die Frauen an, die alleinstehend waren oder keine Kinder hatten. Diese sollten ihre Fähigkeiten und ihre Kenntnisse nutzen und der Allgemeinheit, ins-

besondere den Frauen zur Verfügung stellen. Überhaupt nicht in Frage kam für sie eine Position „von Mannes Gnaden."
Foren zur Verbreitung ihrer Anliegen waren Wahlversammlungen, Veranstaltungen des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) oder publizistische Organe verschiedener Provenienz. Ihre Mandate im Münchner Stadtrat, im Reichstag und im Völkerbund in Genf kamen ihr da ganz besonders zugute. Zahlreiche Reisen ins Ausland bis nach Amerika und Kanada erweiterten ihren Horizont. Dass Thusnelda Lang-Brumann dennoch in erstaunlichem Ausmaß in ihrer Persönlichkeit wie auch in ihrer Bedeutung für die Sache der Frauen und für die christlich fundamentierte Politik der Weimarer Zeit verkannt wurde und bis heute wird, liegt im Wesentlichen an der äußerst spärlichen Überlieferung.

I

Am 15. März 1880 wurde Thusnelda Lang-Brumann in Augsburg als voreheliches Kind der Haus- und Anwesensbesitzerstochter aus Rettenbach, Regierungsbezirk Memmingen, Marie Birk und des Sergeanten I. Klasse, Friedrich Brumann aus Augsburg, geboren. Im August des darauf folgenden Jahres brachte ihre Mutter noch ein zweites Kind zur Welt – Friedrich Georg. Vielleicht waren geringer Status und entsprechend geringes Einkommen des leiblichen Vaters der Grund dafür, dass die Kinder zunächst bei ihrer Mutter und den besser situierten Großeltern, Karl und Walburga Birk, aufwuchsen. Es könnte aber auch sein, dass die Eltern Birk sich gegen eine Verheiratung ihrer Tochter mit dem als nicht standesgemäß erachteten Erzeuger sträubten und die Heirat daher erst nach deren Tode erfolgen konnte. Ungewöhnlich ist immerhin, dass Marie Birk sechs Jahre mit dem „Makel" der ledigen Mutter leben musste. Jedenfalls wurden beide Kinder in der Folge der Eheschließung zwischen ihr und Friedrich Brumann, der inzwischen zum königlich-bayerischen Kasernen-inspektor avanciert war, am 7. April 1886 legitimiert und erhielten seinen Namen.
Friedrich Johann Lorenz Brumann wurde am 7. Juli 1853 in Augsburg geboren, durchlief eine Karriere als Soldat, bis er 1885 zum Kaserneninspektor bei der Garnisonsverwaltung Ingolstadt befördert wurde. Friedrichs Mutter, Franziska, verstarb bereits, als der Knabe erst 10 Jahre alt war. Der Vater heiratete wieder und zog mit seiner zweiten Frau nach München. Beide hatten noch einen gemeinsamen Sohn, Lorenz, geboren 1875, für den Friedrich nach dem Tod des Vaters 1885 die Vormundschaft übernahm.

Thusnelda hat im Laufe ihres Lebens immer wieder betont, dass ihr Vater seinen Kindern eine „großzügige Gesinnung und vaterländische Haltung" und speziell ihr ein ausgeprägtes Interesse an Geschichte und an historischen Zusammenhängen vermittelt hätte. Er schickte seine Kinder auf gute Schulen: Friedrich besuchte das Gymnasium und Thusnelda die „Höhere Töchterschule im Kloster Gnadenthal" in Ingolstadt. Das wurde für ihn zum finanziellen Problem, als er im November 1891 an die Garnisonsverwaltung nach Sulzbach versetzt wurde, das keine Mittelschule besaß und er seine Kinder nicht auf das Gymnasium bzw. das Institut der Englischen Fräulein in Eichstätt schicken und sie dort ins Internat geben konnte. Zwar wurde ihm immer mal wieder von seinem Dienstherrn finanzielle Unterstützung bewilligt, aber es reichte hinten und vorne nicht. Es kann angenommen werden, dass ihn diese schier ausweglose Lage dazu verführte, Gelder, die ihm als Kaserneninspektor leicht zugänglich waren, unrechtmäßig an sich zu bringen.
Die Folgen dürften für ihn selbst und für seine Familie verheerend gewesen sein. Im Mai 1895 bat er um „Entlassung mit möglichst gnädiger Rücksicht auf Pensionsverhältnisse". Daraufhin wurde Friedrich Brumann „mit Pension – ohne Erlaubnis zum Tragen der Uniform (vor allem dies für einen Soldaten eine enorme Schande!) – aus „administrativen Rücksichten" in den Ruhestand versetzt. Er war 45 Jahre alt, Thusnelda zu diesem Zeitpunkt 15 Jahre. Ihre spätere kurze Erzählung „Ein armes Kind", in der sie offenbar versucht hat, das Trauma zu verarbeiten, zeigt, wie sehr sie die unglückliche Geschichte umgetrieben und wie entsetzlich sie darunter gelitten hat.

II

Zum Zeitpunkt der Niederschrift der Erzählung befand Thusnelda sich wohl schon in der Ausbildung zur Lehrerin oder war bereits als Hilfslehrerin tätig. Frühzeitig hatte sie sich für diesen Beruf entschieden – zum einen weil sie selbst Lehrer hatte, die sie begeisterten und motivierten – zum anderen, weil sie das Bedürfnis verspürte, die ihr von ihrem Vater vermittelten historisch-politischen Zusammenhänge an Kinder und Jugendliche, vor allem an Mädchen, weiter zu geben. „Ich verdanke meiner eigenen Lehrerin sehr viel. Sie lehrte mich, glücklich zu sein und andere glücklich zu machen. Sie zeigte mir den Weg zu mir selbst. Sie erweckte in mir den Wunsch, jungen Menschen das zu sein, was sie mir gewesen war: eine Hand zum erfüllten Leben", äußerte sie einmal. Nach Beendigung ihrer Schulausbildung bei den Englischen Fräulein in Eichstätt

besuchte sie zwei Jahre das Lehrerinnenbildungsseminar in Lauingen bei Dillingen. In der Seminarabschlussprüfung 1898 erhielt die aus streng katholischem Hause stammende Thusnelda Brumann in Religionslehre eine Eins. Auch die meisten anderen Fächer schließt sie mit guten Noten ab. Es folgte ein Praktikum an der Lehrerinnenbildungsanstalt in Bad Wörishofen.
Möglicherweise konnte sie noch bei ihren Eltern wohnen, denn jetzt begann für die junge Lehrerin eine Zeit unterbezahlter Tätigkeiten als Aushilfe in einer Mindelheimer Volksschule, als Hilfslehrerin im ebenfalls nahe gelegenen Wiedergeltingen und darauf erneut in Mindelheim. Von September 1901 bis April 1905 war sie Schulverweserin in Betzigau. Zwischendurch schaffte sie es endlich 1902, in Augsburg die Anstellungsprüfung für Lehrer abzulegen. Auch hier schloss sie mit guten Noten ab. Offenbar nutzte sie die Möglichkeit, die es für Frauen ab 1903 offiziell gab, sich ohne Abitur als Gasthörerin an Universitäten einzuschreiben. An verschiedenen Stellen berichtet Thusnelda, dass sie an der Münchener Universität Philosophie, Staatswissenschaften und Volkswissenschaft hörte und dass hier unter ihren Lehrern der Nationalökonom Lujo Brentano war.
1911, im Alter von 31 Jahren, bekam sie endlich eine Lehrerinnenstelle in Kaufbeuren. Dieses berufliche Glück war aber nur von kurzer Dauer, denn inzwischen hatte sie den sechs Jahre jüngeren Kollegen, Eduard Lang, kennen gelernt, und am Tage ihrer Hochzeit, am 15. April 1913, wurde sie aus dem Dienst entlassen – ein für damalige Verhältnisse völlig normaler Vorgang. Was sie immerhin aus der Zeit als Hilfslehrerin auf dem Lande und in Kleinstädten als interessante und wichtige Erfahrung mitnahm, war eine gute Kenntnis der sozialen Lage der ländlichen Bevölkerung und vor allem der Qualität der Schulausbildung – insbesondere für Mädchen.
Eduard Lang stammte aus Zell, Gemeinde Eisenberg, Landkreis Füssen. Hier kam er am 4. März 1886 zur Welt. Auch sein Vater, Edmund Lang, war Volksschullehrer. Bei Ausbruch des Krieges meldete Eduard sich als Freiwilliger. Am 24. Juni 1916 fiel er vor Verdun.
Nach nur drei Jahren Ehe stand Thusnelda nun alleine da. Auch sie hatte sich am 1. September 1914 als „Kriegsfreiwillige" für den Schuldienst an einer Höheren Mädchen- und Frauenschule in München gemeldet. Die sechs Jahre und 11 Monate, die sie an dieser Stelle bis 1921 Dienst tat, wurden ihr „nicht angerechnet". Erst im Zuge ihrer Wiedereinstellung in den Volksschuldienst 1921 wurden die Hinterbliebenenbezüge bei Anrechnung der Kriegsdienstzeit ihres Mannes endgültig berechnet.

Die Ereignisse während und in der Folge der Räterepublik 1918/19 in München versetzten Thusnelda Lang-Brumann, wie viele Andere im bürgerlich-konservativen Umfeld der Gesellschaft, in eine Art Schockzustand, der eine Neupositionierung ihres politischen Weltbildes und den unbedingten Wunsch, an der Stabilisierung der Verhältnisse mitwirken zu können, zur Folge hatte. „Vor dem Kriege haben wir Frauen uns wenig um die Politik gekümmert. Zum Ersten hat es uns selber nicht interessiert. Zum Zweiten hat man uns nicht gewollt. Man hat geglaubt, daß die Frau dazu gar nicht passe." Dann aber hätte sie, so erinnert sie sich später, am Morgen des 18. November, auf dem Weg zu ihren Schülerinnen in der Höheren Mädchenschule, im Münchner Stadtteil Lehel „am Eck ein riesenhaftes Plakat" entdeckt. „Der erste Satz lautete: ‚Bayern ist ein Freistaat' (...) weiter unten stand zu lesen: Alle Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, besitzen das Wahlrecht." Die Dramatik ihrer weiteren stichwortartigen Notizen für eine Rede machen die Atmosphäre des Ausnahmezustandes deutlich: „Revolution in München. König verjagt. Mit der kranken Königin die Stadt verlassen. Rote Machthaber in der Residenz. Rote Fahne. Nicht mehr die Möglichkeit, unbelästigt durch die Straßen zu gehen. Straßenbahnwagen standen still. Keine Zeitungen. Überall Straßenredner. Raub und Mord und Todschlag. Kinder und junge Leute kamen heim und benahmen sich auf eine unerhörte Weise gegen ihre Eltern."
Noch zehn Jahre später schreibt sie in der Rückschau: „Bald wusste man, daß revolutionäre Machthaber im Königshaus die Herrschaft ergriffen hatten, daß Fahnen- und Beamteneid gelöst seien – und daß kopflos gewordene Diener des alten Staates die neuen Gewaltträger mit untertäniger Verbeugung nach ihren Wünschen fragten. Niemand kann ermessen, was in starken Frauenseelen (...) vorgegangen und gewachsen ist. Es war eine Geburtsstunde schmerzlichster Art. (...) Die Frauen haben damals das deutsche Vaterland gerettet. (...) So ging die Frau ins Parlament, auch die Frau, die niemals diesen Wirkungskreis gesucht hatte." Sie hatte schon früher erste politische Erfahrungen in der katholischen Frauenbewegung gesammelt. In Bayern war sie 2. Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) und Präsidentin des süddeutschen Verbandes katholischer weiblicher Jugendvereine gewesen. Auch auf Katholikentagen war sie als Vertreterin der Frauen hervorgetreten. Es war daher für sie folgerichtig, dass sie sich in diesen wirren Zeiten der Partei anschloss, die die christlichen Werte in Bezug auf Ehe, Familie und Erziehung der Jugend, gepaart mit dem Bild von einem speziell

bayerisch geprägten Staatswesen, offensiv vertrat. Und das tat die Bayerische Volkspartei (BVP), die sich gerade erst, als bayerischer Flügel des Reichszentrums, von diesem getrennt hatte und sich nun als selbständige Partei konstituierte. Thusnelda Lang-Brumann engagierte sich in zahlreichen Wahlversammlungen.
Über die Liste der BVP gelangte sie 1920 als Abgeordnete sowohl in den Münchner Stadtrat als auch in den Reichstag, wo sie das Mandat der bayerischen Abgeordneten Marie Zettler übernahm, die die BVP in der Nationalversammlung vertreten hatte und aus Gesundheitsgründen nicht mehr für den Reichstag kandidieren konnte. Vier Jahre hat sie die Doppelbelastung der beiden Mandate durchgestanden. 1924 kandidierte sie nicht mehr für den Stadtrat, aber auf Platz eins der Reichswahlliste der BVP. Von nun an widmete sie ihre ganze Kraft der Reichstagsarbeit. Insgesamt 13 Jahre lang hatte sie dort als einzige weibliche Vertreterin ihrer Partei das Mandat inne.
Insbesondere Frauen mussten auf allen Gebieten Bescheid wissen, um überhaupt ernst genommen zu werden, während die Männer sich auf ihre Spezialgebiete konzentrieren konnten. „Von den Frauen im Reichstag werden sehr allseitige Kenntnisse verlangt. Während man es ganz selbstverständlich findet, daß bei den männlichen Abgeordneten ausgesprochene Spezialisten sich befinden, die sich vorzugsweise mit einer Sache, Beamtenfrage, Bauernfrage, Arbeiterfrage, befassen, wird von der Frau verlangt, daß sie sich in allen vorkommenden Fragen, Finanz- vielleicht ausgenommen, ohne weiteres zurechtfindet." Ihre Spezialgebiete waren Frauen-, Jugend- und Kinderangelegenheiten sowie kulturpolitische Fragen, das Schulsystem oder das Bildungssystem, insbesondere im Hinblick auf den weiblichen Teil der Bevölkerung.
Regelmäßig schrieb Thusnelda Lang-Brumann zu den verschiedensten Themen Beiträge in Verbandszeitschriften – so z. B. im Organ des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Frauenbundes, „Bayerisches Frauenland" oder in „Die christliche Frau", ebenfalls vom KDFB herausgegeben. Das gab ihr die Möglichkeit, weite Kreise der Frauenschaft, auch außerhalb der Partei oder des Reichstags, anzusprechen. Artikel wie „Milchnot und ihre Folgen in Deutschland", „Muttersorgen und Politik", „Die berufstätige Frau in den Vereinigten Staaten von Nordamerika", aber auch eine ganze Serie „Staatsbürgerlicher Abhandlungen" in dem für die BVP politisch so schwierigen Jahr 1932, sollten katholische Frauen, die nicht im politischen Tagesgeschäft aktiv waren, an die Probleme der Zeit heranführen. In „Ursachen der Reichstagsauflösung. Was jede Wählerin am 14. September wissen muß" erklärte sie ihren Leserinnen die Hintergründe für die große Regierungskrise, die Zusammenhänge

zwischen dem Bruch der Großen Koalition im März, der Reichstagsauflösung im Juli und den nun erneut notwendig gewordenen Neuwahlen im September. Immer wieder warb sie dafür, dass die Frauen ihr Wahlrecht nutzten und dass sie auch inhaltlich wussten, wofür oder wogegen sie ihre Stimme abgaben. Und sie beklagte sich darüber, dass die Frauen, die im Reichstag mit ihrer ganzen Kraft kämpften, sich häufig „von den Frauen im Lande" allein gelassen fühlten.

Über diese rege publizistische Tätigkeit hinaus hielt sie Vorträge, in denen sie über die Arbeit des Reichstages oder des Völkerbundes berichtete. Und sie nahm in Berlin, in sitzungsfreien Zeiten, ihre Lehrtätigkeit wieder auf. Als Dozentin an der „staatlich unterstützten Lehranstalt für technische Assistentinnen an medizinischen und wissenschaftlichen Instituten", dem „Lette-Verein", erhielt sie regelmäßig Lehraufträge zu den Themen „Öffentliches Recht", „Sozialpädagogik" und „Vortragskunst".

Als Lehrerin mit langjähriger praktischer Erfahrung im Mädchenbildungswesen und als Mitglied des Reichstags-Ausschusses für das Bildungswesen schrieb Thusnelda Lang-Brumann ihre pädagogischen Vorstellungen in einem umfangreichen Exposé für den „Bayerischen Landesverein für das höhere Mädchenschulwesen (BLM)" nieder. Nach „langjähriger Erfahrung" empfahl sie eine, auf die 4-jährige Grundschule aufbauende, höhere Mädchen-Mittelschule mit jeweils einem mehr allgemeinbildenden und einem eher praktisch ausgerichteten Zweig.

Lang-Brumanns Plädoyer für eine sorgfältige Auslese lief darauf hinaus, dass das Hochschulstudium für Mädchen eher die Ausnahme bleiben sollte. Nur echte Talente, eine sehr gute Gesundheit und wirklich ideale Berufsziele könnten die hohen Kosten dieser Ausbildung rechtfertigen. Sie war keine Verfechterin der Koedukation, aber es war ihr wichtig, dass der Abschluss mit dem „der Realschule für Knaben als ebenbürtig und gleichwertig, wenn auch nicht als gleichartig (!) bezeichnet werden kann". Auch schlug sie für diese Schulart den bereits in Österreich und in Norddeutschland üblichen Namen „Mädchen-Lyzeum" bzw. „Oberlyzeum" vor, da die Bezeichnung Höhere Mädchenschule in weiten Teilen des Landes als „entschieden minderwertig" gelte.

Immer wieder setzte sie sich in den folgenden Jahren für ein einheitliches Reichsschulgesetz ein, denn ihrer Ansicht nach war die Schule „mehr noch als alles andere ein Kulturfaktor und ein Kulturmaßstab für ein Volk". Ihr Hauptanliegen galt der Beibehaltung der Bekenntnisschule und der 4-jährigen Grundschule wie dem Recht der Eltern auf Wahlfreiheit der Schulart.

Über ihr Reichstagsmandat gelangte Thusnelda Lang-Brumann in den Völkerbund in Genf, der seit 1920 jedes Jahr im September vier Wochen lang tagte. Sie arbeitete dort, neben ihrer regelmäßigen Teilnahme an den Plenarsitzungen, in der, wie sie es nannte, „sensationslosen und daher unbeachteten", aber außerordentlich bedeutsamen und effektiven Fünften Kommission mit, die sich in erster Linie mit humanitären Fragen befasste.

In Berlin wie auch in Genf setzte sie sich vehement für den Schutz der Jugend, besonders der weiblichen Jugend, vor „Schund und Schmutz" ein. Es ging hier sowohl um die Verschärfung der Zensur von Kinofilmen als auch um die Verhinderung von bestimmten „Schrift- und Bildwerken, die wegen ihres obszönen oder abenteuerlichen Inhalts geeignet (seien), die Jugend für Verbrechen zu disponieren". Ebenfalls seien die Nützlichkeit bzw. die „unverkennbaren Gefahren" diesbezüglicher Aufklärungsfilme noch nicht eindeutig geklärt. Am 27. November 1926 forderte sie im Reichstag eine strengere Zensur für „sittenwidrige Schriften".

Weitere Themen, die nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder auf der Tagesordnung standen und die sie ganz besonders umtrieben, waren „Kinderschutz", „Mädchenhandel" und „Handel mit Opium". Sie wurden auch in der Fünften Kommission des Völkerbunds behandelt. Hier bestand eine Einmütigkeit der Frauen über alle politischen und weltanschaulichen Gegensätze hinweg. Beim Thema Kinderschutz ging es um die Frage, was mit minderjährigen Kindern geschehen sollte, die von Heimat und Elternhaus getrennt worden waren. Hier musste die Kommission in jedem einzelnen Fall prüfen, ob das Kind zurückgegeben werden sollte oder ob es in den Schutz des Aufenthaltsstaates genommen werden musste. Erschütternd war auch das globale Problem des „Mädchenhandels", das u. a. die Frage des Bordellwesens berührte.

Insgesamt muss die Arbeit im Völkerbund für Thusnelda Lang-Brumann von großer positiver Bedeutung gewesen sein. Zahlreiche Berichte hat sie über diese Institution verfasst und die Geschichte seiner Entstehung und seiner Idee sowie seine Strukturen beschrieben. So schrieb sie z. B. für den Bayerischen Rundfunk ein Interview mit dem Titel: „Frauen unterhalten sich über den Völkerbund".

Das Aufkommen des Nationalsozialismus und den damit verbundenen zunehmend schärfer werdenden Ton der Auseinandersetzung der Parteien im Reichstag beobachtete Thusnelda Lang-Brumann mit wachsender Sorge. Ganz auf der Linie ihrer Partei, lehnte sie vor allem die antireligiöse Grundhaltung der Nationalsozialisten ab. „Was will eine katholische Frau bei Hitler, der mit seinen maßgebenden Parteimitgliedern die Rasse über allen christlichen Glauben und über alle christliche Sitte setzt, die zehn Gebote und wesentliche Teile der Heiligen Schrift verleugnen lässt, dessen Parteiorgane dem Papsttum feindlich gegenüber stehen und die Bischöfe bedrohen, der die Bekenntnisschule (...) abschaffen will." Auch die wirren weltanschaulichen Positionen widerstrebten ihr zutiefst. „Die Nationalsozialisten wirbeln Deutsches und Fremdes, Heidnisches und Christliches, Nationales und Sozialistisches, Auferstehungs- und Mordgedanken, Aufstiegs- und Vernichtungsideen wirr durcheinander und breiten einen Nebel über all ihr Treiben und einen demagogischen Geistesterror über all ihre Methoden, die für ein gequältes Volk nur verderblich wirken können, wenn es uns nicht glückt, die Atmosphäre zu reinigen."

Vor allem aber als Frau, die sich den Kampf für die Sache der Frauen auf die Fahne geschrieben hatte, sträubte sie sich gegen die Rolle, die der Frau in der „neuen Bewegung" zugedacht war.

Was sie ebenfalls verabscheute, war das ungehobelte Benehmen der NSDAP-Abgeordneten im Reichstag. Die Schonungslosigkeit, mit der Thusnelda Lang-Brumann mit den Nationalsozialisten ins Gericht ging, zu einer Zeit, als die NSDAP bereits in den Landtagen – auch im bayerischen – und im Reichstag ihren Siegeszug angetreten hatte, ist bemerkenswert, auch die Courage, mit der sie noch im Frühjahr 1932, im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl, Hitler und seine Parteiredner frontal angriff. Sie hat sich nicht an den Versuchen einzelner Mitglieder der Landesleitung ihrer Partei ab August 1932 beteiligt, „eine parlamentarische Verständigung" zwischen Zentrum und BVP mit der NSDAP anzustreben.

Umso unverständlicher ist ihre kurzfristige politische Kehrtwendung im Juli 1933, nachdem sich die BVP bereits aufgelöst hatte und viele ihrer Anhänger verhaftet worden waren. Am 10. Juli wandte sie sich in einem Brief an den bayerischen Wirtschaftsminister, Eugen Graf Quadt zu Wykradt und Isny, und bat – unerträglich devot – darum, als Hospitantin der NSDAP weiterhin im Reichstag aktiv sein zu dürfen. Trotz der völlig neuen politischen Rahmenbedingungen und des demütigenden Endes, das die Nationalsozialisten ihrer Partei

bereitet hatten, erniedrigte sich die einst so beherzte Politikerin und Lehrerin in dieser Weise – wahrscheinlich, um noch ein Minimum an Einfluss auf den weiteren Gang der Dinge nehmen zu können, für die sie 13 Jahre gekämpft hatte – wie z. B. für die Sache der Frauen. Eine Antwort des Grafen Quadt liegt nicht vor. Thusnelda Lang-Brumann tauchte aber auch nicht als Hospitantin im neuen Reichstag auf. Vielmehr brach sie ihre Zelte in Berlin ab und nahm wieder ihren Hauptwohnsitz in München. Hier musste sie zunächst den Nachlass ihrer Mutter, Marie Brumann, geb. Birk, ordnen, die am 25. März 1933 im Alter von 76 Jahren verstorben war. Dann ließ sie sich, zusammen mit ihrer Freundin, Carola Lohde, der „ehemaligen 2. Direktorin der Photographischen Lehranstalt des Lettehauses in Berlin", ein Häuschen in Waldtrudering bauen, das sie 1934 bezog und bis zu ihrem Tode 1953 bewohnte. Ihre Tätigkeit als Lehrerin, die sie während ihrer Reichstagsmitgliedschaft nur zu 52 % hatte ausüben können, nahm sie dort wieder auf.
Die Beurteilungen ihres Unterrichts bei den regelmäßig durchgeführten Schulbesichtigungen waren leidlich gut. Den neuen weltanschaulichen Anforderungen hatte sie wohl auch Genüge getan, indem sie am Staatsjugendtag „tatenfrohes Eintreten für das Erziehungswerk unseres Führers" zeigte. Jedenfalls war der Bezirksschulrat sehr angetan von Lang-Brumann. In den nächsten Jahren kam es zu Schwierigkeiten bei der Beförderung zum Oberlehrer (1937), der Verleihung einer „Urkunde des Führers" (1938) oder der Versetzung in eine niedrigere Besoldungsgruppe (1940). Lang-Brumann hatte sich aktiv in der Katholischen Aktion betätigt und war von dem regimetreuen Rektor ihrer Schule, Lex, denunziert worden. Bei Kriegsende setzten sich dann das Pfarramt in Waldtrudering und „einige Prominente" im Stadtrat dafür ein, dass sie zur Rektorin der Schule befördert wurde. Dem wurde am 1. August 1946 stattgegeben. Da sich aber die neue Stelle an einer von ihrer Wohnung weit entfernten Schule befand, bat Lang-Brumann um Versetzung an die Turnerstraße. Hier wurde nun, da keine Stelle frei war, für sie eine geschaffen.

VI

Kaum vorstellbar, dass jemand wie Thusnelda Lang-Brumann die letzten zwei Jahre ihres Berufslebens geruhsam als Rektorin einer „halben" Schule in Waldtrudering am Rande Münchens ausharren würde – zu einem Zeitpunkt, als Deutschland in Trümmern lag, als alles auf einen Neuanfang hinauslief, als jeder einzelne, politisch

denkende, engagierte Deutsche dringend gebraucht wurde. Und tatsächlich, am 24. Mai, gut drei Monate vor ihrer Beförderung, wurde Lang-Brumann wegen ihrer politischen Arbeit weitgehend vom Schuldienst befreit.

Bereits im Sommer 1945 hatte sie versucht, den ehemaligen Vorsitzenden der BVP, Fritz Schäffer, der von den Amerikanern als Ministerpräsident in Bayern eingesetzt worden war, zu besuchen. Am 1. August bot sie Schäffer nicht nur ihre Bereitschaft zur Mithilfe an, sondern berichtete auch aus dem politischen Geschehen, dass die Gewerkschaften überall offensiv in Erscheinung träten, die SPD „mit Hochdruck" arbeite und ob es gut wäre, „dass die BVP stilliegt".

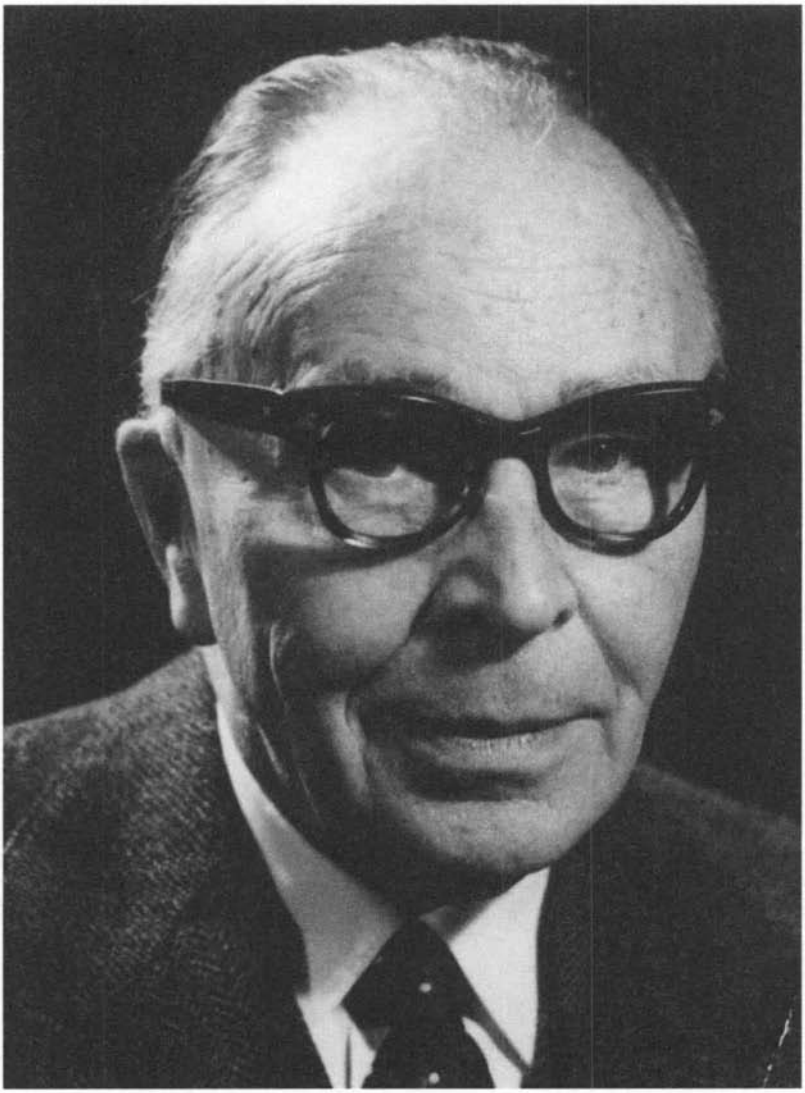
Im Auftrag Schäffers informierte sie der Leiter seiner Staatskanzlei, Anton Pfeiffer, über Vorbereitungen zum Aufbau einer neuen Partei und bat Lang-Brumann, ihm dafür „Gedankengut" zuzuleiten, das über Aufgabe und Mitwirkung der Frauen beim Aufbau eines neuen Deutschland „in das Grundmaterial aufzunehmen" sei. Sehr wichtig wäre es dem Ministerpräsidenten, wenn Lang-Brumann sich für Vorträge im Rundfunk zur Verfügung stellen würde – ein Vorschlag, der von ihr selbst stammte.

Unverzüglich entwarf Lang-Brumann das von Pfeiffer erbetene Exposé unter der Überschrift: „Gedankengänge deutscher Frauen im September 1945." Darin hieß es mit, nur aus der Euphorie angesichts des Kriegsendes erklärbarem Pathos: „Wenn wir heute die deutschen Frauen fragen: was „wollt" ihr nun mit eurem neu geschenkten Willen? – und ich habe viele gefragt – so antworten die meisten von ihnen: „helfen und heilen!" – der „ewigen Aufgabe der Frau. (...) Ohne tatenlähmende Bitterkeit begibt sie sich an die Arbeit und hilft und sucht zu heilen, weil es nottut." Die Familie, „Urzelle des Staates", müsse von den Müttern und Töchtern zusammengehalten werden.

Am Ende stand ein politisches Programm der Frauen: „Die bayerischen Frauen sind Staatsbürgerinnen mit aktivem und passivem Wahlrecht. I. Als solche wünschen sie für Bayern eine demokratische Staatsform. II. Bayern ist ein christlicher Staat, wie er es von je gewesen ist." Wie schon vor 1933, forderte sie die Bekenntnisschule mit bekenntnistreuer Leitung, allerdings war jetzt von den *beiden* christlichen Bekenntnissen, die für das Schulwesen bestimmend seien, die Rede.

In der Folgezeit gehörte Thusnelda Lang-Brumann zu den Mitgliedern der Gründungszirkel der CSU. Am 29. August 1947 konstituierte sich die „Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen der CSU in Bayern (FAG in der CSU)". Das Ziel, eine im Sinne des Landesvorsitzenden, Josef Müller, interkonfessionelle Arbeitsgemeinschaft,

die nicht im „Kielwasser katholischer Frauenverbände“ mitschwamm, wurde zwar angestrebt, jedoch in der Folgezeit nicht erreicht. Vielmehr blieb die FAG einflusslos.
Aber die CSU hatte noch wichtigere Aufgaben für die Rektorin, die von dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ nicht betroffen war. Man entsandte sie vom 24. Februar 1948 bis zum 7. September 1949 (Mandatszeit) als Abgeordnete in den Frankfurter Wirtschaftsrat, in dem ab 1. Januar 1947 die neue Wirtschaftsordnung, zunächst der Bizone, dann der Trizone und schließlich der Bundesrepublik Deutschland grundgelegt wurde. Auch mit Verfassungsfragen scheint sie sich beschäftigt zu haben, denn sie wird beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof in München für den Zeitraum vom 17. Juli 1947 bis zu ihrem Tode am 10. Juni 1953 als „stellvertretendes Mitglied“ geführt.
Aber ihre zunehmend schlechter werdende Gesundheit ließ ihr nicht mehr viel Freiraum. Ihr aufopferndes Engagement während vieler Jahre und besonders in der Nachkriegszeit zehrte an ihrer Gesundheit. Schon seit ihrer Pensionierung am 1. August 1948 musste sie sich immer wieder krank schreiben lassen. Sie litt an einer Neuritis und hatte auch Herzbeschwerden. Die anstrengenden Fahrten über eineinhalb Jahre von München nach Frankfurt und zurück überstand sie nur, weil ihre Freundin, Carola Lohde, sie chauffierte.
Am 10. Juni 1953 starb Thusnelda Lang-Brumann in München.



Paulus van Husen (1891–1971)

Unter dem Aufruf zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, den 35 Personen am 26. Juni 1945 in der Trümmerwüste Berlins unterzeichneten, findet sich auch ein der Öffentlichkeit unbekannter Name: Paulus van Husen. Er gehörte zu denjenigen Gründervätern der neuen Union, die als aktive Gegner des Hitler-Regimes nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet, misshandelt und vom Volksgerichtshof verurteilt worden waren. Der erfahrene Jurist van Husen stand nach dem Untergang des Terrorregimes zur Mitarbeit am politischen und moralischen Wiederaufbau eines demokratisch und christlich fundierten Deutschlands bereit. Dafür hatte er sich im Kreisauer Kreis, von 1942 an, an der Ausarbeitung von Zukunftsprogrammen beteiligt. Nach 1945 erreichte er die höchsten Richterämter in Nordrhein-Westfalen, nicht jedoch eine Position, die seiner Neigung entsprochen hätte.

I

Paulus van Husen entstammte einer wohlhabenden westfälischen Arztfamilie, deren Vorfahren aus dem holländischen Grenzland kamen. Er wurde am 26. Februar 1891 als Sohn des Sanitätsrats Johann Theodor van Husen (1848–1928) und seiner Ehefrau Luise Friederike geb. Tenkotten (1861–1942) in Horst (Kreis Recklinghausen) geboren und, zusammen mit drei Geschwistern, streng katholisch erzogen. Nach der Schulzeit und dem Abitur (1909) am traditionsreichen humanistischen Gymnasium Paulinum in Münster, wo die Familie seit 1893 wohnte, studierte er bis 1912 Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten von Oxford, wo er den angelsächsischen Rechtskreis kennen- und schätzen lernte, Genf, München und Münster. Nach seinem kostspieligen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger, 1912/13, beim Husarenregiment Nr. 8 in Paderborn, begann er Ende März 1914 seine Verwaltungslaufbahn als Referendar bei der Regierung in Münster und beim Landratsamt im westfälischen Lüdinghausen. Die Aufnahme in den exklusiven preußischen Verwaltungsdienst war dem katholischen Bewerber, noch dazu

nichtadliger Herkunft, nur unter Einsatz gesellschaftlicher Beziehungen seiner Familie gelungen.
Am Ersten Weltkrieg nahm van Husen von Anfang an teil. Zunächst war er in Belgien eingesetzt und wurde bereits Ende September 1914, inzwischen Leutnant seines Paderborner Husarenregiments, mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet. Anschließend erlebte er bis Oktober 1916 in Nordfrankreich das „Grauen des Verzweiflungskampfes". Er überstand eine schwere Typhuserkrankung und wurde, nach Auflösung seines Reserve-Husarenregiments 5, der 213. Infanteriedivision zugeteilt. Mit ihr blieb er weiter an der Westfront und erhielt bei einem erneuten Einsatz vor Verdun das Eiserne Kreuz I. Klasse.
Auf eigenen Wunsch kam van Husen Anfang Januar 1918 zu seinem alten Husarenregiment 8, das in Russland kämpfte, und, nach entsprechender „Umschulung", zurück an die Westfront. Im Juli 1918 erlebte er den letzten Großangriff der Obersten Heeresleitung an der Westfront, nach dessen Scheitern sie die neue Reichsregierung zu Waffenstillstandsverhandlungen zwang. Mit seiner Elitedivision, die inzwischen nach Kassel verlegt war, zog van Husen im Dezember 1918 in Berlin ein, als „Ordnungstruppe" für die Übergangsregierung des „Arbeiter- und Soldatenrats". In seinem „konservativen bäuerlichen Paternalismus" erlebte er das Verschwinden der Monarchie als „schmerzlichen" Prozess.
Ende Dezember entschloss er sich zur Rückkehr in seinen Beruf, und erholte sich in Münster ein paar Tage im Elternhaus. Anfang 1919 saß er wieder an seinem Schreibtisch im Landratsamt in Lüdinghausen, den er 1914 verlassen hatte. Als Regierungsreferendar bezog van Husen weiterhin kein Gehalt, sondern lebte weiter von elterlichen Subsidien. Das Assessorexamen, in Berlin, absolvierte er mit dem seltenen Prädikat „gut". Als er im Frühjahr 1920 für sechs Wochen den Landrat in Lüdinghausen vertrat, erlebte er dort die im nördlichen Ruhrgebiet im Gefolge der Wirren des Kapp-Putsches in Berlin teilweise blutig ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen der Roten Armee und Einheiten der Reichswehr.
Noch im selben Jahr wurde der Rechtsassessor an der Universität Münster zum Dr. jur. promoviert. Seine schmale Dissertation behandelte die staatsrechtliche Organisation des Deutschen Reiches von der November-Revolution 1918 bis zum Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung im Februar 1919. Sie erschien noch im gleichen Jahr im Druck. Van Husen beurteilte seine Arbeit später, wegen zu großer Rücksichtnahme auf die Ansichten seines österreichischen „Doktorvaters", als eine „ziemlich formaljuristische Untersuchung des Ordnungsbegriffs", in der aber wenigstens das

Material über den Ablauf dieses „Zwischenstadiums vor der Weimarer Verfassung zusammengestellt" worden sei.

II

Ende Oktober 1920 begann der Regierungsassessor seine Karriere im preußischen Verwaltungsdienst, in dem Katholiken immer noch „Mangelware" waren, bei der Regierung im oberschlesischen Oppeln. Anfang 1921 erhielt er die kommissarische Leitung des Landratsamts in Rybnik übertragen, einem der größten preußischen Kreise, mit einer überwiegend polnisch sprechenden Bevölkerung. Dort war der ihm aus der Kriegszeit bekannte Hans Lukaschek (1885–1960) als Landrat ausgeschieden, nachdem ihm die Leitung des Abstimmungskampfes übertragen worden war. Er blieb weiterhin van Husens Förderer. Entgegen dem Ausgang der Volksabstimmung vom März 1921 zugunsten des Reiches schlug der Völkerbundsrat im Oktober 1921 in Genf Oberschlesien zum überwiegenden Teil Polen zu. Diese Entscheidung traf auch den größeren Teil des Kreises Rybnik.

Daraufhin wurde van Husen, der dem Zentrum angehörte und sich in dem erbittert ausgetragenen Abstimmungskampf bewährt hatte, im Juni 1922 nach Oppeln versetzt, als politischer Dezernent des Regierungspräsidenten. Da das preußische Innenministerium nicht bereit war, van Husen ein Landratsamt in Westdeutschland anzuvertrauen – wo seine Eltern durch die fortschreitende Inflation ihr Vermögen schon weitgehend verloren hatten –, quittierte er Anfang 1923 den Staatsdienst. Er übernahm die glänzend dotierte Position des Generalbevollmächtigten („Generaldirektor") von Karl Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, dessen großer Grundbesitz (Fideikommiss Koschentin, ca. 25.000 ha, davon dreiviertel Forst) nach der neuen Grenzziehung zu zwei Dritteln auf polnischem Gebiet lag. In seine geräumige Wohnung im Schloss Tworog (Kreis Gleiwitz), 17 km von Hohenlohe-Ingelfingen in Koschentin entfernt, konnte er neben seiner ebenfalls unverheirateten Schwester Luise im Oktober 1923 auch seine Eltern aufnehmen. Der Polonisierung des Gebiets des neuerworbenen Gebiets arbeitete er erfolgreich entgegen.

Im April 1927 übernahm van Husen „auf politischer Zentrumsbasis" erneut ein Staatsamt, das der ihm befreundete Lukaschek hatte niederlegen müssen. Er wurde deutsches Mitglied der 1922 auf Grund des „Genfer (deutsch-polnischen) Abkommens" errichteten fünfköpfigen Gemischten Kommission für Oberschlesien. Sie hatte ihren Sitz in Kattowitz und wurde von dem schweizerischen Altbundesrat

Felix Calonder geleitet. Dabei handelte es sich um eine Art zwischenstaatliche verwaltungsgerichtliche Tätigkeit unter Kontrolle des Völkerbunds zur Sicherung der in den zerschnittenen Gebietsteilen strittigen Bestimmungen über die jeweiligen Minderheitenrechte. Als engagierter Vorkämpfer für einen Ausgleich zwischen Deutschen und Polen vertrat van Husen, auch literarisch – dies allerdings unter Pseudonym –, das neue Minderheitenrecht und den Minderheitenschutz.

Dabei unterstützte er das deutsche Volkstum in Polnisch-Oberschlesien, auch die deutsche Katholische Volkspartei unter Führung von Eduard Pant (1887–1938) im Kampf gegen die anwachsende NSDAP. In seiner Tätigkeit in Kattowitz, wo er „sorglos und großzügig" wohnte, hat sich van Husen „recht wohl gefühlt", wenngleich die Arbeit in der Gemischten Kommission kein eigenverantwortliches Handeln ermöglichte. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Berlin musste er mit seiner Entlassung rechnen. Bereits im März 1933 bezeichnete er es – in einem Schreiben an Franz Graf von Galen (1869–1971) – als ein „Glück, dass wir Katholiken wieder einmal in den Sturm des Hl. Geistes gestellt werden". Eine Denunziation des nationalsozialistischen Oberpräsidenten von Ober- und Niederschlesien, Helmuth Brückner, vom November 1933 in Berlin gab den Ausschlag für die Abberufung des als „romhörig" und „judenfreundlich" geltenden Beamten.

Sie folgte mit Schreiben des Reichsaußenministers Konstantin Frhr. von Neurath vom 19. Januar 1934. Dabei sprach er van Husen jedoch seinen „aufrichtigsten Dank für die verantwortungsbewusste Art" aus, mit der er sich den „schwierigen Aufgaben" seines Amtes unterzogen habe, und für die „erfolgreiche Förderung" der deutschen Belange.

III

Dem entlassenen Beamten wurde die ihm früher zugesicherte Übernahme in den Reichs- oder preußischen Staatsdienst bei Abberufung aus dem Amt, mindestens im Range eines Ministerialrats, verwehrt. So lebte er einige Monate lang, unter starker nervlicher Belastung, ohne Arbeit und Gehalt in Kattowitz. Er konnte sich nicht entschließen, eine ihm durch Vermittlung von Eduard Pant von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg (1897–1977) angebotene Stelle im österreichischen Staatsdienst anzunehmen. Erst Anfang Juni 1934, nachdem sich auch polnische Stellen zu seinen Gunsten eingesetzt hatten, er-

reichte van Husen seine Ernennung zum Oberverwaltungsgerichtsrat am Preußischen Oberverwaltungsgericht (OVG) in Berlin.
Die neue Tätigkeit bedeutete für ihn die Zurücksetzung in ein „niedrigeres, unpolitisches Amt", verbunden mit einer Halbierung seines Einkommens, allerdings eine existenzielle Sicherung. Van Husen wurde in den folgenden Jahren in verschiedenen, überwiegend unpolitischen Fachsenaten eingesetzt. 1941, bei der Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts – in dem das OVG und andere Gerichte aufgingen – wurde er dorthin überwiesen, aber nicht zum Reichsgerichtsrat befördert, da er seine religiöse Einstellung offen vertrat und sich weiterhin weigerte, der NSDAP beizutreten. Er informierte sich auch durch die holländische Zeitung „Telegraaf" und Abhören der Nachrichtensendungen des Londoner Rundfunks über die internationale Lage. Dem Kirchenvorstand seiner Grunewald-Pfarrei St. Carolus gehörte der Jurist als einziger aktiver Beamter an.
Noch vor der Aufhebung des OVG war van Husen im Mai 1940 zur Wehrmacht einberufen und der Standortstaffel des Führungsstabs des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) in Berlin zugeteilt worden. Dieses Amt hielt die Verbindung zu den anderen dort verbliebenen Dienststellen des OKW, auch zu den Ministerien. So blieb van Husen, der als Rittmeister der Reserve reinen „Bürodienst" leistete, dem unmittelbaren Zugriff der NSDAP entzogen. Zu seinen Aufgaben gehörte die Bearbeitung der Entwürfe von Gesetzen und „Führererlassen", denen das OKW zustimmen musste, ebenso solchen für das Reichsleistungsgesetz und das Kriegsschädenrecht. So konnte er die Abschaffung der unmittelbaren Verwaltungsgerichtsbarkeit verhindern, auch wenn sie in der Praxis keine Bedeutung mehr besaß. Im Zusammenwirken mit Bischof Heinrich Wienken (1883–1961), dem Vertreter der Fuldaer Bischofskonferenz und des Caritasverbands bei der Reichsregierung, gelang es ihm, in einem „Partisanenkrieg mit der NSDAP" die Beschlagnahme mancher Klöster und kirchlicher Anstalten zu verhindern.
Seine Position in der Quartiermeisterabteilung verschaffte van Husen Querverbindungen und dienstliche Kontakte mit vielen anderen militärischen Dienststellen, auch mit aktiven Regimegegnern. So begegnete er in der Auslandsabteilung des OKW Helmuth James Graf von Moltke, den er aus einer früheren Begegnung in Kattowitz flüchtig kannte. Auf seine Anregung hin beteiligte sich van Husen seit 1942 an den Beratungen des engeren Kreisauer Kreises für einen inneren Wiederaufbau und eine territoriale Neuordnung Deutschlands. Zu ihren programmatischen Ausarbeitungen, an denen auch Hans Lukaschek mitwirkte, trug van Husen vor allem Überlegungen zum Minderheitenschutz und zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit

bei – so zur innerstaatlichen Verfolgung und Bestrafung von „Rechtsschändern" wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Kriegsverbrechern jedoch durch die Völkergemeinschaft –, auch zum Neubau der Justiz im weitesten Sinne. NSDAP-Mitglieder sollten für eine bestimmte Zeit aus allen öffentlichen Stellungen und Wirtschaftspositionen ferngehalten werden.

Vom Erziehungsideal der katholischen Naturrechtslehre geprägt, war van Husen ein Verfechter der Bekenntnisschule. Als solchen hat ein Mitstreiter im Kreisauer Kreis, Eugen Gerstenmaier (1906–1986), den „standfesten katholischen Westfalen" mit seinem „trockenen Charme" in Erinnerung behalten (Streit und Friede hat seine Zeit. Frankfurt a. M. 1981, S. 160). In diesem Einsatz sah sich van Husen durch den Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen (1878–1946), bestätigt, den er 1942 und 1943 „in Uniform" dreimal aufsuchte – eingeführt durch dessen (schon erwähnten) jüngeren Bruder Franz, den er gut kannte. Der uniformierte Jurist hat den Bischof über die Ziele der Kreisauer Verschwörer informiert.

In seinen Memoiren heißt es dazu: „Mein letzter Besuch erfolgte übrigens nur wenige Tage vor der Zerstörung des Palais [10. Oktober 1943] ... Ich erläuterte dem Bischof den Zweck der Kreisauer Bestrebungen mit ihrem ursprünglichen Ziel. Später deutete ich auch die Wehrmachtbestrebungen in der Art an, daß er zwar nicht als Mitwisser von geplanter Gewalt gelten konnte, aber ahnen mußte, daß gewisse Dinge im Reifen waren, was er auch vollauf verstanden hat. Ich orientierte ihn über die Einzelheiten des Kreisauer Programms und dessen Unterscheidungen von den Plänen [Carl] Goerdelers [1884–1945]. Auch Personalfragen, insbesondere Landesverweser für Westfalen, wurden besprochen. Dabei war die Schärfe bemerkenswert, mit der er jedweden ablehnte, der irgendwie Zusammenhang mit [Franz von] Papen [1879–1969] gehabt hatte. Als der Bischof mich an die Treppe begleitete, sagte er: ‚Jetzt will ich Ihnen noch meinen bischöflichen Segen für Sie und Ihre Freunde geben'. Als ich danach die Treppe hinunterstieg, kam er nochmals bis an den Treppenrand hinter mir her und rief: ‚Ich bete auch, daß der Kopf drauf bleibt.'"

IV

Bereits im Herbst 1945 hat van Husen erstmals über die ihm bekannten Vorbereitungen zum Attentat auf Hitler und über sein letztes Zusammentreffen mit Oberst Klaus Graf Schenk von Stauffenberg

(1907–1944) am Abend des 14. Juli 1944 berichtet. Später ergänzte er diesen Bericht in seinen Memoiren: In seinem Haus habe Stauffenberg, in Anwesenheit von Lukaschek und Peter Graf Yorck von Wartenburg (1904–1944), die Lage umrissen, „ihre Gefahren und die Notwendigkeit zum schnellen Handeln. Dann ging das Gespräch auf die sittliche Berechtigung der Anwendung von Gewalt über und deren Möglichkeiten. Stauffenberg war ernster als sonst, aber gelassen und sicher. Niemand hätte bei seiner äußeren Unbefangenheit ahnen können, vor welcher geschichtlichen Tat er stand. … Als er fortging, wurde der Atem des Schicksals spürbar bei den letzten Worten, die ich von ihm hören sollte: ‚Es bleibt also nichts übrig, als ihn umzubringen.' Er war eben durch und durch Soldat. Von den Einzelheiten der Planung – wer, wie, wann – war an dem Abend mit keinem Wort die Rede gewesen. Wir wußten nur, dass Stauffenberg den von der Wehrmacht geplanten Schlag nunmehr starten werde. Ich bin überzeugt, daß er sich in dem Gespräch die innere Rechtfertigung suchte und hierfür geistigen Beistand haben wollte. … Als Stauffenberg fortgegangen war, haben wir kein weiteres Wort über die Art seines Vorhabens verloren, weil das der Kreisauer Übung von Diskretion und Zurückhaltung widersprochen hätte."

Das geräumige Haus van Husens in Berlin-Grunewald (Joseph-Joachim-Straße 32, noch kurz vor Kriegsende umbenannt in: Oberhaardterweg), das er 1935 erworben hatte, bildete längst einen der Treffpunkte der „Kreisauer". In deren Planungen für eine Übergangsregierung war der Jurist als Staatssekretär im Reichsministerium des Innern vorgesehen. Er stand am Tage des Attentats auf Abruf bereit, wurde aber nicht, wie verabredet, zu einem Treffen der Verschwörer in der Nähe der Bendlerstraße abgeholt. So tat er weiter seinen Dienst im OKW, inzwischen in einer Kaserne in Eiche bei Potsdam. Er erfuhr zuverlässig, dass „die Juden in Polen von der SS systematisch und in Kenntnis der Wehrmachtstellen ermordet" würden: „Niemand wagte es, die Mordanklage gegen die SS zu erheben, und ob ich selber es fertiggebracht hätte, kann ich auch nicht sagen. Das gehört zur unbewältigten Vergangenheit."

In seinem Haus bot der Junggeselle seiner ebenfalls unverheirateten Schwester Luise, die ihm den Haushalt führte, und einer zweiten Schwester, Maria Quernheim – Kriegerwitwe mit sechs Kindern –, ebenso Wohnung und Unterstützung wie seiner verwitweten Mutter, die 1942 starb.

Nach dem fehlgeschlagenen Attentat hatte van Husen seine „Rechnung mit dem Himmel" gemacht: „Ich fuhr nach Potsdam in die Kirche zum Sakramentenempfang. Ich sprach bei der Beichte über mein Mitwissen, Anstiften und Zustimmen zu der Mordtat. Den jungen

Kaplan regte das aber gar nicht auf und ich ging beruhigt von dannen." Er rechnete längst mit seiner Verhaftung. Am 17. August 1944 wurde der Rittmeister d.R., unter dem Vorwand der Verabschiedung älterer Reserveoffiziere, von seiner Tätigkeit im OKW suspendiert und vom Wehrkreiskommando Berlin aus der Wehrmacht entlassen. Er erhielt die von ihm erbetenen sechs Wochen Urlaub („zum Ausruhen") bewilligt, und nahm Anfang Oktober seinen Dienst im Reichsverwaltungsgericht wieder auf. Dazu quartierte er sich in Torgau ein, wohin der Senat des Gerichts nach der Zerstörung des Gebäudes in Berlin verlagert worden war.

Hier wurde er am 12. Oktober 1944 von drei Gestaposchergen verhaftet und in Handschellen nach Berlin gebracht, zunächst in das Gefängnis an der Lehrter Straße in Moabit. Am 23. Oktober kam er in das KZ Ravensbrück, wo er auch gefoltert wurde. An Sylvester 1944 erhielt er ein vom Chef der Reichskanzlei, Hans-Heinrich Lammers, unterzeichnetes Dokument, wonach er auf „besonderen Befehl" Hitlers „wegen Unwürdigkeit aus dem Richterstande ausgestoßen worden" sei. Daraufhin bezog er kein Gehalt mehr, nachdem sein Konto bereits seit seiner Verhaftung gesperrt worden war. Aus finanziellen Schwierigkeiten, in die seine Schwester dadurch bereits geraten war, half ihr Bischof Wienken.

Die Tatsache, dass sich das gegen van Husen angestrengte Verfahren vor dem Volksgerichtshof verzögerte, wirkte sich zu seinen Gunsten aus. Am 6. Januar 1945 wurde er in das Gefängnis in der Lehrter Straße in Berlin zurückverlegt. Dort traf er Lukaschek und eine Reihe anderer Mitverschwörer, auch Augustin Rösch (1893–1961). Der „heiligmäßig fromme" Jesuit konnte mit Hilfe von eingeschmuggelten Hostien und Messwein jeden Tag in seiner Zelle still das Messopfer feiern und Mithäftlingen die hl. Kommunion zukommen lassen. 1962 erinnerte sich van Husen, wie er die Leidenszeit in diesem Gefängnis bei „Grabeskälte", ständigen Luftangriffen und Granateneinschlägen „hingebracht" habe: „mit unendlich aneinandergereihten Rosenkränzen", und pries die „hohe übernatürliche Gnadenwirkung dieser, von Torheit und Halbbildung belächelten, vornehmen Hinwendung zur Muttergottes".

Der von seiner Schwester als Pflichtverteidiger gewonnene Rechtsanwalt Boden – ein Schwager Heinrich Himmlers – erwies sich als hilfreich: Er erreichte eine Abtrennung des Verfahrens gegen van Husen von dem gegen Graf Moltke und Genossen. Damit war angesichts des bevorstehenden Kriegsendes kostbare Zeit gewonnen. Sie verlängerte sich noch, nachdem der berüchtigte Präsident des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, bei einem Luftangriff am 3. Februar 1945 getötet worden war und deswegen der „Geschäftsbetrieb der

Mordzentrale rund sechs Wochen still" lag, wie van Husen später schrieb.
Erst am 19. April 1945 kam es zu einer mehr als achtstündigen, durch zweimaligen Luftalarm unterbrochenen Verhandlung vor dem Volksgerichtshof gegen ihn und Lukaschek, wegen „Mitwissens von Hochverrat ohne Anzeige". Im Gerichtssaal des Kammergerichtsgebäudes war bereits das rollende Artilleriefeuer der russischen Kanonen zu hören. Das Urteil lautete: Freispruch für Lukaschek, für seinen Freund hingegen: drei Jahren Zuchthausstrafe und Ehrverlust. Damit hatten, nach van Husens späterem Kommentar, die russischen Kanonen gesiegt und er die „Ehre, das letzte Opfer des Volksgerichtshofs in dessen unwiderruflich letzter Sache" zu sein.
Am 23. April 1945 wurde van Husen in das Zuchthaus in Plötzensee verlegt und dort zwei Tage später von Soldaten der Roten Armee befreit. B ei seinem Versuch, sich nach Westen durchzuschlagen, wurde er von Russen festgenommen und dabei sein rechter Arm gebrochen. Seitdem behielt er eine Behinderung der rechten Hand. Erst am 2. Mai erreichte van Husen sein Haus, das inzwischen zu einem Teil von Russen besetzt und verwüstet worden war. Vollständig entkräftet, an Lungenentzündung erkrankt und ohne finanzielle Mittel, blieb er erneut auf die Hilfe seiner mutigen und lebenstüchtigen Schwester Luise angewiesen. Sie hatte ihn auch während seiner mörderischen Haft, selbst in Ravensbrück, bis zuletzt mit Lebensmitteln versorgt, unter eigener Lebensgefahr und kostspieligem Einsatz von „Bestechungsabgaben".

V

Nach der eingangs bereits erwähnten Mitwirkung bei der Gründung der Berliner CDU am 26. Juni 1945, für die ihn Lukaschek gewonnen hatte, verzichtete van Husen bald auf weitere parteipolitische Betätigung. Den Kurs der neuen Union unter Führung von Jakob Kaiser (1888–1961) hielt er für zu zentralistisch und zu wenig christlich fundiert, aber auch zu sehr auf eine Linkskoalition (plus Einheitsgewerkschaft) gerichtet. Er selbst hatte, zusammen mit Lukaschek und dem früheren Zentrumspolitiker Heinrich Vockel (1892–1968), als Name für die neue Partei „Christliche Demokratische Union Deutschlands" vorgeschlagen und sich damit ebensowenig durchsetzen können wie mit dem Einsatz für die Bekenntnisschule.
Inzwischen betätigte sich van Husen, in dessen Haus vom Juli 1945 an britische Offiziere einquartiert waren, bereits als Berater der Zivilverwaltung der amerikanischen Militärregierung in Berlin, so

beim Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern der amerikanischen Zone. Dabei kamen ihm seine guten englischen Sprachkenntnisse zugute. 1946/47 war er für verschiedene Verwaltungsstellen in Berlin (Rechtsberater des Magistrats), in Hamburg (Generalsekretär des Zonenbeirats) oder Nordrhein-Westfalen (Regierungspräsident) im Gespräch, erhielt aber letztlich nirgendwo den ‚Zuschlag'. Aus Berlin wollte er sich zunächst deswegen noch nicht lösen, weil er andernfalls seinen gesamten Hausrat verloren hätte. So blieb es vorerst bei der „vielseitigen, aber recht mühsamen" Beratertätigkeit für die amerikanische Militärverwaltung, entlohnt mit Ministerialratsbezügen plus zusätzlicher US-Verpflegung. „Care"-Pakete von Bekannten im Ausland kamen auch von Heinrich Brüning (1885–1970) aus den USA.

Die von van Husen wesentlich miterarbeitete Verwaltungsgerichtsordnung wurde 1947 mit geringen Änderungen in den Ländern der britischen Zone übernommen. Im Juli 1948, nach dem Beginn von Stalins Blockade der Berliner Westsektoren, gelang dem Juristen der Wechsel in die britische Zone, nachdem ihn die Militärgouverneure der amerikanischen und britischen Zone zum Obergerichtsrat an dem neu errichteten Deutschen Obergericht in Köln ernannt hatten. Dieses Revisionsgericht mit der Kompetenz eines Verfassungsgerichts- bzw. Staatsgerichtshofs war zuständig für die im Vereinigten Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossene amerikanische und britische Zone („Bizone"). Van Husen hat das neue Amt, das er für den deutschen Wiederaufbau für belanglos hielt, nur „widerwillig und voll Verdrossenheit" angenommen. Ende 1948, während einer vierwöchigen Englandreise, klagte er in London einem alten Bekannten, dass er beruflich nicht so eingesetzt sei, wie es seinen Fähigkeiten entsprechen würde.

Das änderte sich bereits wenige Monate später. Am 15. Juli 1949 erhielt van Husen, und zwar auf Drängen des Zentrums, nicht der CDU, eine „schöne Aufgabe, die seinen früheren Leistungen" entsprach: auf Beschluss der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Ministerpräsident Karl Arnold (1901–1958) leitete, wurde er zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts des Landes in Münster ernannt. Er übernahm das Amt „mit Frohmut und Optimismus". In Münster war der erfahrene und wortgewandte Jurist im Winter 1949/50 neben dem Aufbau seiner Behörde auch an der Ausarbeitung der Landesverfassung beteiligt, in einem privaten „Konvent" des Regierungschefs. Nach deren Annahme im Juni 1950 rechnete van Husen es seiner Mitarbeit zu, dass sie „in den Schul- und Kirchenfragen ordentlich geworden" sei. Als Vorsitzender der Vereinigung der Präsidenten der Verwaltungsgerichte in der Bundes-

republik Deutschland erarbeitete er 1950 einen Entwurf für ein Bundesverwaltungsgerichtsgesetz.
Ende Juni 1950 entschloss sich van Husen zu einem Wechsel in ein politisches Amt in Bonn. Das allerdings tat er erst nach monatelangem Zögern, teilweise bedingt durch noch ungeklärte beamtenrechtliche Fragen beim Überwechseln in den Bundesdienst, teilweise durch Bedenken wegen seines künftigen „Chefs" und der ihm zugedachten Aufgabe; denn Bundeskanzler Adenauer („Er gleicht im Ausdruck Clemencéau und es bedürfte nur des schwarzen Käppchens auf dem bleichen Mongolenkopf") hatte van Husen bereits am 1. Dezember 1949, wiederum auf Rat von Lukaschek, angeboten und dieses Angebot im Juni 1950 bekräftigt, als Staatssekretär im Bundeskanzleramt das Auswärtige Amt aufzubauen.
Der OVG-Präsident zögerte jedoch, ohne berufliche Rückversicherung die politische Herausforderung in Bonn anzunehmen, zumal ihm am 25. Juni 1950 auch der in seiner Heimatstadt Münster zu Besuch weilende Ehrenbürger Heinrich Brüning („Er wirkt wie ein dozierender alter Professor. Widerspruch duldet er nicht. Er lebt stark in der Vergangenheit") abgeraten hatte. Am 11. August zog er seine Zusage zurück, nachdem die elf Tage zuvor neu gebildete Regierung Arnold es abgelehnt hatte, die von van Husen erbetene sechsmonatige Beurlaubung aus dem Landesdienst zu bewilligen. So träumte er der verpassten „höchsten Beamtenstellung in Deutschland" zwar nach, gestand sich aber bald ein, richtig gehandelt zu haben; denn das erstrebte Amt – für das er schon „Frack und Smoking in Ordnung gebracht hatte" – wäre „wohl auch" über seine Kräfte gegangen: „Jetzt bleibt es also bei der provinziellen Langeweile."
Viel Zeit und Kraft kostete van Husen der Bau eines Hauses am Aasee in Münster, das er im Juni 1951 mit seiner Schwester bezog. Dafür hatte er die Ruine des elterlichen Hauses in der Stadt verkauft und ein hochverzinsliches Darlehen aufgenommen. Das Haus in Berlin-Grunewald war an den Caritasverband vermietet. Erst jetzt konnte van Husen auch die Reste seines umfangreichen (zum großen Teil ererbten) Mobiliars aus dem früheren Berliner Haus, die er nach seinem Auszug an 13 Standorten in Westdeutschland ‚geparkt' hatte, wieder zusammenführen.

VI

Im März 1952 wurde van Husen, der ein Jahr zuvor eine Richterstelle am Bundesverfassungsgericht ausgeschlagen hatte, auch zum Präsidenten des neuerrichteten Verfassungsgerichtshofs für Nordrhein-

Westfalen in Münster ernannt. Er arbeitete weiterhin, seit 1950 auch als Mitherausgeber und Autor des „Deutschen Verwaltungsblatts", daran, die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu stärken und bundeseinheitlich zu regeln (was erst 1960 geschah). Es gelang ihm jedoch nicht, die „Dritte Gewalt" auch organisatorisch zu verselbständigen. Mit der Düsseldorfer Staatskanzlei und dem Justizministerium stritt er um Zuweisung von Personal und Sachmittel sowie um Besoldungs-, Rang- und Statusfragen. Er erreichte einen Neubau für das Gericht, ärgerte sich aber über dessen architektonisches Ergebnis. Zu Ministerpräsident Arnold behielt er ein distanziertes Verhältnis.

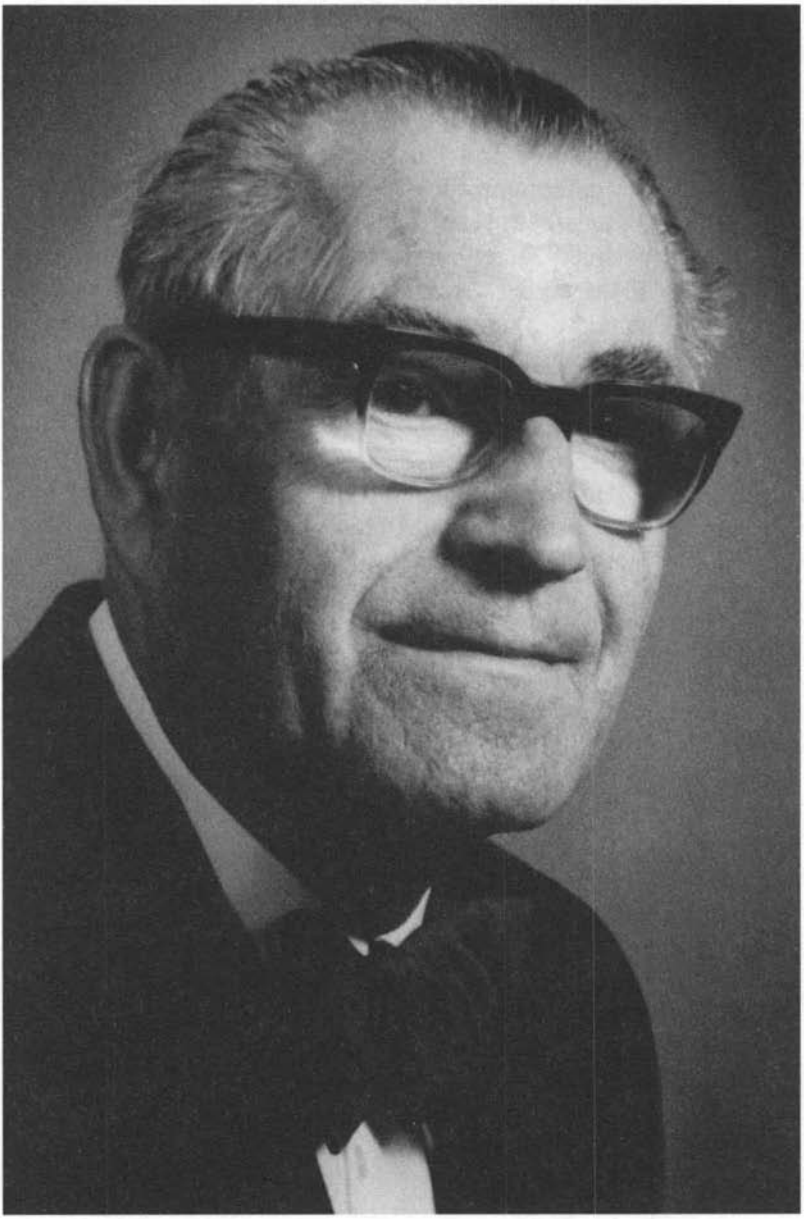
Als im Dezember 1952 der Bundesvorstand der CDU einen Juristen suchte, um zwischen den Vertriebenenpolitikern Lukaschek und Linus Kather (1893–1983) zu schlichten, schlug Lukaschek seinen Freund van Husen vor. Adenauers Reaktion: „Ein sehr ehrenwerter, charaktervoller Mann, aber sehr stark als Richter juristisch gebunden", während er einen Schlichter suchte, der auch politisch tätig sei. Im Juni 1956 bewarb sich van Husen vergeblich um das neuerrichtete Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, zumal dessen Dauer über seine Pensionsgrenze hinausgegangen wäre. Am 1. März 1959 wurde er in den Ruhestand versetzt, nachdem ihm eine Verlängerung seiner Dienstzeit versagt worden war. Vergeblich hoffte er auf eine Richterstelle am Europäischen Gerichtshof. Er war der Ansicht, dass er „gut und gern noch sieben Jahre hätte dienen" können, auch um eine finanzielle Sicherung für den „Lebensabend" seiner Schwester zu erreichen, den er „wegen der ungerechten Junggesellenbesteuerung nicht hinreichend habe schaffen können".

So zog er bei seiner Verabschiedung in Münster „resigniert Bilanz" seines Lebenswerks. Nur die Zeit im Kaiserreich bezeichnete er als „kurze, fette Jahre", während er in seinem Leben bedeutsame Leistungen angestrebt, aber nicht erzielt habe. Von seiner Minderheitenarbeit in Oberschlesien sei kein Erfolg übriggeblieben, der Versuch, Hitler zu stürzen, sei „in Not und Tod geendet" und auch der Aufbau der Verwaltungsgerichte mit Fehlschlägen verbunden gewesen. Schließlich sei es ihm nicht hinreichend gelungen, den Verwaltungsgerichten diejenige Stellung zu verschaffen, die zur Sicherung der Freiheit des Bürgers notwendig sei (F. Schindler, S. 31).

Anschließend zog sich van Husen auch aus dem gesellschaftlichen Leben Münsters, an dem er ohnehin kaum teilgenommen hatte, zurück. Ihn irritierte längst die parteipolitisch bestimmte Entwicklung in der Bundesrepublik. Er konnte sich nicht damit abfinden, dass die „heutige CDU" nicht die „absolute Kreisauer Fundierung" übernommen habe: Die „gleichrangige Nebeneinanderstellung von ‚Christlich' und ‚Demokratisch' im Namen" zeige bereits die bei der

Gründung „klar beabsichtigte Nebeneinanderstellung zweier Geisteshaltungen". Für van Husen blieb die Union „kein Kind ganzheitlichen christlichen Denkens", sondern ein „Enkel des Liberalismus und Lessingscher Werttoleranz", bei der „Goerdeler Pate gestanden hat und nicht Kreisau". Künftig dehnte er seine seit jeher mit seiner Schwester Luise unternommenen Auslandsreisen noch aus, las viel und schätzte Gartenarbeit, vereinsamte aber zusehends.

Die erst vor wenigen Jahren entdeckten umfangreichen Memoiren, die van Husen Anfang der sechziger Jahre geschrieben hat, sind geeignet, die Vita und das ungewöhnliche Lebenswerk dieses bewusst katholischen Christen entschieden positiver zu bewerten, als er das selbst getan hat. Sie werfen zudem neues Licht auf das Leben und Überleben im Hitler-Regime und auf seine Rolle im Kreisauer Kreis und seine Leidenszeit 1944/45, aber ebenso auf den harten Besatzungsalltag im geteilten Berlin der ersten Nachkriegsjahre sowie den von ihm kritisch begleiteten politischen Wiederaufbau in der Bundesrepublik Deutschland. Paulus van Husen starb am 1. September 1971 in Münster, wo er auch sein Grab fand.



Wilfrid Schreiber (1904–1975)

Wohl kaum ein Vertreter der wissenschaftlichen Sozialpolitik hat den Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie der Kölner Sozialökonom, erster Geschäftsführer und langjährige Berater des Bundes Katholischer Unternehmer, Wilfrid Schreiber. Wenngleich die sozialpolitischen Reformvorschläge Schreibers von der Politik nur unzureichend umgesetzt wurden, gilt Wilfrid Schreiber zu Recht als einer der „Mitarchitekten der Sozialen Marktwirtschaft" (A. Habisch). Er ist nicht nur der „Vater" der dynamischen, umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung; seine Vorschläge zur Vermögensbildungspolitik in Arbeitnehmerhand haben ebenfalls die sozialpolitische Programmatik der CDU nachhaltig beeinflusst und ihren Niederschlag in den ersten Vermögensbildungsgesetzen gefunden.

Wilfrid Schreiber war aber nicht nur praktischer Sozial- und Wirtschaftspolitiker, sondern auch Theoretiker. In seinem theoretischen Werk verfolgte er im Wesentlichen zwei Zielsetzungen. Zum einen ging es ihm darum, den historisch gewachsenen Sozialstaat Deutschlands konzeptionell an die Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft anzupassen. Als christlich geprägtem Wissenschaftler war es ihm ein weiteres Anliegen, die katholische Soziallehre mit der modernen Wirtschaftstheorie und dem ökonomischen Liberalismus zu verbinden.

Damit ist Wilfrid Schreiber zum Kreis jener neoliberalen Sozialwissenschaftler zu zählen, die ihre ordnungspolitischen Analysen auf einem klaren Bekenntnis zum christlichen Menschenbild entwickelten. Es ist im Rückblick mehr als bedauerlich, dass es – nicht zuletzt aufgrund der damals noch herrschenden konfessionellen Differenzen – keine intensiveren Kontakte zwischen den ökonomisch orientierten Vertretern der katholischen Soziallehre, dem politisch einflussreichen Kreis protestantischer Sozialökonomen um Alfred Müller-Armack und der „Freiburger Schule" gab. So wurde Schreiber nach eigenen Worten „nie einer von ihnen", blieb stets der „Außenseiter".

I

Wilfrid Schreiber wurde am 17. September 1904 als Sohn des Ingenieurs Friedrich Schreiber und seiner Ehefrau Eva geb. Joos in Brüssel geboren und wuchs in Köln auf. Zwischen 1921 und 1927 absolvierte er an den Universitäten Köln und Bonn sowie an den technischen Universitäten Aachen und München umfangreiche Studien der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, der Geisteswissenschaften (Philosophie und Kunstgeschichte) sowie der Mathematik und der Physik.

1927 unterbrach er seine wissenschaftliche Ausbildung, um als freier Schriftsteller und Journalist tätig zu werden. 1931 wurde er Abteilungsleiter, später Programmgestalter beim Westdeutschen Rundfunk in Köln und später bei der Reichsrundfunkgesellschaft in Berlin. Phillip Herder-Dorneich, ein späterer Schüler Schreibers, bescheinigt ihm eine „spitze Feder, oft in Ironie getaucht". Beide Lebensphasen, die des wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Studiums und die der journalistischen Betätigung, haben das weitere Wirken Wilfrid Schreibers nachhaltig beeinflusst. Durch sein mathematisch-naturwissenschaftliches Studium erschloss sich ihm in späteren Jahren die stark mathematisch orientierte moderne Wirtschaftstheorie, die die wesentliche Grundlage für seine wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeiten darstellt.

Seine Tätigkeit als Journalist stattete ihn mit jener Eloquenz und Plastizität in der Sprache aus, die seine späteren sozialpolitischen Schriften charakterisieren. Seine Art, verständlich und praxisnah zu schreiben, hatte einen maßgeblichen Anteil an der starken Verbreitung seiner Schriften im politischen Raum. Schließlich erhielt er während seiner Betätigung als Journalist auch einen Einblick in politische Abläufe und Mechanismen, die seiner späteren sozialpolitischen Beratungstätigkeit zugute kommen sollten.

Nach dem Krieg nahm Wilfrid Schreiber sein wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Universität Bonn wieder auf und promovierte im Jahr 1948 mit einer wirtschaftstheoretischen Arbeit bei Prof. Erwin von Beckerath. Im darauf folgenden Jahr stieß Wilfrid Schreiber zum damals neu gegründeten Bund Katholischer Unternehmer (BKU), dessen erster Geschäftsführer er wurde. Den Grundstock für diese für Schreiber wie den BKU äußerst fruchtbare Zusammenarbeit legten der Leiter des Sozialen Aussprachekreises von Kardinal Frings, Prälat Dr. Franz Müller, und der damalige Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, Dr. Franz Greiß.

Der Bund Katholischer Unternehmer, ein eher lockerer Zusammenschluss katholischer Unternehmerpersönlichkeiten, verstand sich nie

als unternehmerischer „Interessenverband". Seine Zielsetzung besteht vielmehr darin, mitzuwirken, die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland nach den Ordnungsprinzipien der katholischen Soziallehre auszugestalten. Das Zusammentreffen des ökonomisch wie ethisch ausgewiesenen Wilfrid Schreiber mit dem Bund katholischer Unternehmer war für beide Seiten prägend; tatsächlich sind die weiteren Entwicklungslinien sowohl der Person Schreibers wie des BKU ohneeinander nicht denkbar. Von 1949 bis 1959 war Wilfrid Schreiber Geschäftsführer des BKU. Aber er war mehr als das; er gab dem BKU jene sozialökonomische Orientierung, die für das weitere Wirken des Verbandes konstitutiv werden sollte.

Umgekehrt eröffnete der BKU Schreiber die Möglichkeit, seine wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen einer größeren politischen Öffentlichkeit vorzustellen und ihr so zum Durchbruch zu verhelfen. Wilfrid Schreiber hat die Zeit beim Bund katholischer Unternehmer selbst als die glücklichsten Jahre seines Lebens bezeichnet. Sie ermöglichte ihm das, was er zeitlebens angestrebt hatte: die Verbindung zwischen wirtschaftswissenschaftlicher Theorie und sozialpolitischer Praxis. Er blieb dem BKU auch nach seinem Ausscheiden als Geschäftsführer in der Funktion des wissenschaftlichen Beraters verbunden; eine Funktion, die er zusammen mit dem späteren Kardinal und Erzbischof von Köln, Prof. Dr. Dr. Joseph Höffner ausübte.

Neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des BKU widmete sich Schreiber seiner zweiten Qualifikationsschrift, mit der er sich 1954 in Bonn habilitierte. Anschließend lehrte er zunächst als Privatdozent und später als außerordentlicher Professor an der Universität Bonn Wirtschaftstheorie, Sozialpolitik und Statistik. Im Jahr 1960 erhielt er den Ruf an die Universität zu Köln, zunächst als außerordentlicher Professor, ab 1964 als ordentlicher Professor für Sozialpolitik. Das Seminar für Sozialpolitik, in das Wilfrid Schreiber berufen wurde, entwickelte sich in dieser Zeit zur „Hochburg" der wissenschaftlichen Sozialpolitikforschung in Deutschland. Der wissenschaftliche Rat Wilfrid Schreibers wurde auch von der Bundesregierung gesucht: er war Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium und in den Jahren 1964-1966 Mitglied der Sozialenquêtekommission, in der er insbesondere für das Kapitel zur Reform der Krankenversicherung verantwortlich zeichnete. 1972 wurde Wilfrid Schreiber emeritiert; er verstarb bereits drei Jahre später im Alter von 71 Jahren am 23. Juni 1975 in Köln.

Die zentrale Aufgabe, die sich Wilfrid Schreiber in seinem Werk gestellt hat, bestand darin, den Sozialstaat und die katholische Soziallehre normativ wie praktisch an die neuen Herausforderungen der Industriegesellschaft anzupassen. Der tradierte Sozialstaat, der den abhängig Beschäftigten als sozial schwaches Schutzobjekt behandelte, war mit den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten moderner Industriegesellschaften ebenso wenig kompatibel wie eine Soziallehre, die überwiegend in Kategorien der Umverteilung und des sozialen Ausgleichs dachte und den Voraussetzungen für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung eine eher untergeordnete Bedeutung zumaß. Gefordert war also nicht weniger als ein neues Verständnis von Sozialstaatlichkeit, ein neuer Sozialstaatsentwurf. Denn in einer Gesellschaft, in der mehr als zwei Drittel der Bevölkerung zu den abhängig Beschäftigten zählen, ist der Berufsstand ein untauglicher Anknüpfungspunkt für sozialstaatliche Maßnahmen.
Schreiber geht in seiner Analyse noch einen Schritt weiter: in entwickelten Industriegesellschaften ist der Arbeitnehmer überhaupt nicht mehr auf Leistungen eines benevolenten Sozialstaats angewiesen. Der abhängig Beschäftigte ist nicht mehr „funktional arm", sondern aufgrund seiner produktiven Leistung durchaus in der Lage, eigenständig Daseinsvorsorge zu betreiben und sich eigenverantwortlich gegen soziale Risiken abzusichern. In seiner programmatischen Schrift „Sozialpolitik in einer freien Welt" entwickelte er eine Konzeption freiheitlicher Sozialpolitik, die sich an drei Grundsätzen orientiert: „Freiheit, gezügelt durch das Sittengesetz, Leistungs-Wettbewerb unter gerechten Startbedingungen sowie Selbstverantwortung der mündigen Person".
Damit waren auch die konzeptionellen Grundlagen für seine sozialpolitischen Vorstellungen gelegt, die ihren Niederschlag Mitte der 50er Jahre im sog. „Schreiber-Plan" fanden. Sozialpolitik versteht Schreiber nicht mehr als interpersonelle Umverteilung, also als Umverteilung von „reich" zu „arm", sondern primär als intertemporale Einkommensumschichtung aus den Jahren der Berufstätigkeit, in denen Einkommen erwirtschaftet wird, in die Jugend- und die Altersphase, in denen noch kein Einkommen oder kein Einkommen mehr anfällt. Dieses Verständnis von Sozialpolitik als „Repartierung des Lebenseinkommens" ist die Grundlage schreiberscher Sozialpolitik.
In der ständisch-feudalen Gesellschaft konnte diese intergenerationale Kaufkraftübertragung noch durch die Familie bzw. den Betrieb sichergestellt werden. In der modernen Industriegesellschaft sind

hierfür gesellschaftliche Institutionen erforderlich. Der Kapitalmarkt ist hierzu nach Auffassung Schreibers ungeeignet. Denn für eine Einkommensumschichtung in die Jugendphase scheidet die privatwirtschaftliche Kreditvergabe ohnehin aus, da Humanvermögen nicht beleihbar ist. Aber Schreiber sprach sich auch nachdrücklich gegen die ausschließliche Absicherung des Altersrisikos durch den Kapitalmarkt aus. Denn zum einen ging er davon aus, dass das Kapitaldeckungsverfahren langfristig weniger ertragreich sei als das durch laufende Arbeitseinkommen finanzierte Umlageverfahren. Grund hierfür ist die in den Industriegesellschaften betriebene permanente Kapitalakkumulation, die Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital relativ knapp werden und damit die Arbeitseinkünfte permanent steigen lässt. Ein weiterer Grund ist die Anfälligkeit des Kapitaldeckungsverfahrens gegen politische Risiken, die durch den Verlust des privaten wie kollektiven Sparvermögens in den unmittelbaren Nachkriegsjahren breiten Bevölkerungskreisen bewusst war.
Schreiber hat auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die deutsche Sozialversicherung zu keinem Zeitpunkt nach reinen Kapitaldeckungsverfahren finanziert wurde. Bereits bei der Einführung des Systems wurden Leistungen ausgeschüttet, für die kein Kapitalvermögen angespart worden war. Spätestens durch die Vernichtung des Kapitalstocks der Sozialversicherungsträger in Folge des Ersten Weltkriegs wurde dann der Umstieg zum reinen Umlageverfahren unausweichlich. Und schließlich war das zentrale sozialpolitisch Anliegen Schreibers, nämlich eine dynamische Anpassung der Renten an die Arbeitseinkommen, nur in einem umlagefinanzierten Alterssicherungssystem möglich.
Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entwickelte Schreiber sein sozialpolitisches Reformprogramm, das als sog. „Schreiber-Plan" in der Schrift „Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft" seinen Niederschlag fand. 1956 konnte Schreiber seine Vorstellungen dem Sozialkabinett und Bundeskanzler Konrad Adenauer vorstellen. Dieses Gespräch war ein auslösendes Moment für die große Rentenreform des Jahres 1957.
Für die Politik bot der formale Umstieg auf das Umlageverfahren eine einmalige Chance. Im Umstellungsjahr 1957 – einem Wahljahr – konnten die laufenden Rentenzahlungen mit einem Schlag um 70 % angehoben werden, und die CDU erreichte in der anschließenden Bundestagswahl die absolute Mehrheit. Diese massive Anhebung der Sozialleistungen war von Schreiber auch gewollt und ein bewusstes Element seines sozialpolitischen Programms, das eine gleichmäßige Entwicklung von Sozial- und Arbeitseinkommen beabsichtigte. Auch der Anstieg des durchschnittlichen Rentenniveaus

war angesichts der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Lage der Rentenbezieher sinnvoll.
Aus heutiger Sicht hingegen geradezu verheerend wirkte sich jedoch die Tatsache aus, dass der Schreiber-Plan nur zur Hälfte umgesetzt wurde. Durch die Einführung der umlagefinanzierten Rente wurde zwar die Kaufkraftumschichtung zwischen Erwerbstätigen- und Ruhestandsgeneration umgesetzt, also ein Zwei-Generationenvertrag zwischen Erwerbstätigen- und Rentnergeneration begründet. Die von Schreiber hierzu spiegelbildlich angedachte „Jugendrente", also eine Umschichtung von Einkommen zur Kindgeneration, unterblieb jedoch. Es galt Konrad Adenauers Diktum: „Kinder haben die Leute sowieso". Durch den Verzicht auf eine familienpolitische Komponente entfiel jedoch das Herzstück der Sozialreform; dem Umlageverfahren wurde gewissermaßen das ökonomische Fundament entzogen.
Für Schreiber, der seit 1937 mit Agnes geborene Eulenberg verheiratet war, dessen Ehe aber kinderlos blieb, war es hingegen eine Selbstverständlichkeit, auf den ökonomischen Zusammenhang zwischen Kindererziehung und Alterssicherung hinzuweisen. Eine Generation, die weniger Nachkommen zur Welt bringt, kann in diesem System nicht erwarten, dass sie gleiche Leistungen erhält wie eine Generation mit ausgeglichener Generationenfolge. Nach Schreibers Vorstellungen sind Leistungen für Familien keine sozialpolitischen Transfers, sondern die „nutzensreichste aller Investitionen, nämlich für die Investition Mensch".

III

Die von Schreiber konzipierte Neugestaltung staatlicher Sozialpolitik muss vor dem wirtschaftlichen, theoriegeschichtlichen und sozialen Hintergrund der Nachkriegszeit gesehen werden. Der vollständige Verlust des Sicherungsvermögens bei staatlichen wie privaten Trägern hatte das Vertrauen in die langfristige Solidität des Kapitaldeckungsverfahrens nachhaltig untergraben. Darüber hinaus barg dieser Verlust des Spar- und Sicherungsvermögens in Verbindung mit der hochdynamischen wirtschaftlichen Entwicklung während der Phase des „Wirtschaftswunders" die Gefahr der sozialen Spaltung der Gesellschaft. Ohne kompensatorische Eingriffe wäre die Generation der Rentner und der Erwerbsunfähigen vom wirtschaftlichen Aufschwung und der damit einhergehenden Verbesserung der Lebensbedingungen auf Dauer ausgeschlossen geblieben. Diese Gefahr konnte nur durch die Anpassung der Renten an den Lebensstandard

der erwerbstätigen Bevölkerung, also eine Dynamisierung der Renten, wirksam begegnet werden. Eine dynamische Rente wiederum kann jedoch nur nach dem Umlageverfahren finanziert werden.
Schreibers durchweg skeptische Haltung gegenüber dem Kapitaldeckungsverfahren ist aber nicht nur der historischen Situation geschuldet, sondern begründet sich theoretisch in der damals gängigen, postkeynesianischen Analyse des ökonomischen Prozesses. Für Schreiber besteht das wesentliche Element des Industrialismus in der zunehmenden Akkumulation des Kapitals und damit in einer relativen Verknappung des Faktors Arbeit. Die daraus resultierende Veränderung des Lohn-Zins-Verhältnisses zugunsten der Arbeitseinkommen macht den Faktor Kapital zunehmend unergiebig und als Grundlage für die Finanzierung des Sozialstaats unattraktiv. Des Weiteren sah er – ebenso wie der Bevölkerungswissenschaftler Gerd Mackenroth – das Kapitaldeckungsverfahren als ebenso demografieanfällig an wie die umlagefinanzierte Rentenversicherung. Die theoretischen Grundlagen und die daraus gezogenen sozialpolitischen Schlussfolgerungen müssen aus heutiger Sicht kritisch beurteilt und sicherlich auch teilweise revidiert werden. Es ist jedoch unbestreitbar, dass in der damaligen Situation ein gewisses Maß an Umlagefinanzierung sozialpolitisch unumgänglich war und wohl auch heute noch ist.
Wenn man sich mit der konkreten Ausformulierung der sozialpolitischen Reformvorstellungen Wilfrid Schreibers näher beschäftigt, so wird schließlich auch deutlich, dass Schreiber noch weitgehend in den sozialstrukturellen Gegebenheiten der 50er Jahre dachte. Er befreite zwar die Sozialpolitik vom Odium wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung und begründete das System sozialer Sicherung in einem modernen Sinn streng versicherungsökonomisch. Gleichzeitig dient ihm das soziale Sicherungssystem aber auch als Instrument zur Festschreibung tradierter Rollenverteilungen. Dafür ist er auch bereit, von seiner sonst streng ökonomischen Argumentation abzurücken.
Die Aufgabe insbesondere des Kindergeldsystems ist es erklärtermaßen, die „Frau von den Verlockungen eigenen Erwerbs fernzuhalten"; die gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter auch im Erwerbsleben steht für ihn in Widerspruch zur natürlichen Bestimmung der Frau als Hausfrau und Mutter. Ein Edukationseffekt, also die Setzung expliziter Anreize zur traditionellen Arbeitsteilung, ist in seinem Modell kein unbeabsichtigter Nebeneffekt sozialpolitischer Interventionen, sondern systemtragendes Element – und das selbst mehrere Jahre nach dem einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Ehegattenbesteuerung, die dem Staat eine derart

weitgehende Form der Intervention in den privaten Lebensbereich explizit untersagt.
Wilfrid Schreiber musste seine sozialpolitischen Vorstellungen gegen massive Kritik verteidigen. Die Sozial- und Familienverbände hielten ihm seine rein ökonomische Argumentation und das Fehlen einer eigenständigen Umverteilungskomponente in seiner sozialpolitischen Konzeption vor. Gegen sein Modell des Generationsvertrags gab es massiven politischen Widerstand vonseiten der FDP sowie von Ludwig Erhard. Aber auch seitens der Unternehmer und der privaten Versicherungswirtschaft schlug ihm heftige Kritik entgegen. Während die private Assekuranz in der Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rentenversicherung eine massive Einschränkung ihres Betätigungsfeldes erkannte, befürchteten die Unternehmer durch den Arbeitgeberbeitrag und die Dynamisierung der Rentenansprüche eine inflationäre Lohn-Preis-Spirale.
Schreiber hat immer wieder auf die theoretische Unzulänglichkeit dieser Argumentation hingewiesen. Denn tatsächlich existiert gar kein „Arbeitgeber"-Beitrag zur Sozialversicherung. In einem sozialen Sicherungssystem, das finanziell am Faktor Arbeit anknüpft, müssen die Beitragszahlungen in voller Höhe durch eine entsprechend hohe Arbeitsproduktivität gedeckt sein, d. h. sie sind von den Versicherten zu erbringen. Um die wahre ökonomische Belastung der versicherungspflichtigen Arbeitseinkommen transparent zu machen, forderte Schreiber die Ausbezahlung des Arbeitgeberanteils als direktes Arbeitsentgelt an die Versicherten.

IV

Wenngleich Wilfrid Schreiber maßgeblich an der Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft mitgewirkt hat, so unterscheidet sich seine sozialstaatliche Konzeption doch erheblich von der aktuell bestehenden Ausformung staatlicher Sozialpolitik. Insofern ist der „Schreiber-Plan" auch für die aktuelle Sozialstaatsdiskussion von anhaltender Relevanz. Da Schreiber die Sozialpolitik nicht als eine Politik für „sozial Schwache", sondern als umfassende Gesellschaftspolitik ansah, forderte er einen ebenso umfassenden Einbezug aller sozialer Gruppen in das System sozialer Sicherung, also neben den abhängig Beschäftigten auch Selbstständige und Beamte.
Weiterhin sah Schreiber die nachhaltige Funktionsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme nur gewährleistet, wenn die sozialpolitischen Akteure möglichst unbeeinflusst von staatlichen Vorgaben sind. Die Selbstverwaltung in sozialen Angelegenheiten bezieht er dabei

explizit nicht nur auf die organisatorische Struktur, sondern dezidiert auch auf die Leistungs- und Finanzierungsseite. Schreiber sprach sich nachdrücklich gegen eine Bezuschussung des Systems sozialer Sicherung durch Steuern aus. Er sah darin nicht nur eine unsystematische Vermengung zwischen äquivalenzorientierten Versicherungsleistungen auf der einen und nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip erbrachten Versorgungsleistungen auf der anderen Seite; seine Kritik war grundsätzlicher Natur. Ein steuerlicher Zuschuss als eigenständige Finanzierungsquelle des Systems sozialer Sicherung erweckt den unzutreffenden Eindruck, dass die Versicherten auf Hilfeleistungen des Staates angewiesen seien. Angesicht der Tatsache, dass die Steuerlasten wiederum überwiegend von den Erwerbstätigen zu tragen sind, eine irrige Vorstellung.

Schreiber bekannte sich im System sozialer Sicherung auch klar zum Versicherungsprinzip. Dies gilt neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch für die soziale Krankenversicherung. Insofern forderte er konsequenterweise eine Finanzierung über einkommensunabhängige Prämien sowie spürbare Selbstbeteiligungen, um systemschädigendes Trittbrettfahrerverhalten möglichst auszuschließen.

Neben der praktischen Sozialpolitik sind Schreibers Überlegungen auch für die katholische Soziallehre von Bedeutung. Schreiber war einer der Ersten, die das Ausmaß sozialer Gerechtigkeit einer Gesellschaft nicht am Umfang interpersoneller Umverteilung festmachten, sondern an den Möglichkeiten der Person, sich in einer dynamisch entwickelnden Gesellschaft frei zu entfalten. Damit ist eine auf Solidarität gerichtete Politik weniger eine Politik der nachträglichen Beeinflussung der Ergebnisse sozialen Handelns, sondern vielmehr in der bewussten Ausgestaltung der Rahmenbedingungen gesellschaftlichen Wirtschaftens zu verorten. Schreiber rückt damit die soziale Ordnungspolitik in das Zentrum sozialethischer Überlegungen, ohne jedoch das christliche Wertefundament für nachrangig oder gar überflüssig zu erklären.

Die sozialpolitischen und sozialethischen Vorstellungen Schreibers sind von bleibender Aktualität. Zahlreiche Elemente des Schreiberplans stellen auch heute noch eine sozialpolitische Reformagenda ersten Ranges dar. Wenngleich man bei der Würdigung des Werkes Wilfrid Schreibers nicht übersehen darf, dass einige seiner Argumente auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen der damaligen Zeit beruhen und aus heutiger Sicht zu relativieren sind, so sind doch seine sozialpolitischen Arbeiten sowohl für den Sozialstaat Deutschland wie für die katholisch Soziallehre von bleibendem Wert.



Wilhelm Weber (1925–1983)

Die katholische Sozialwissenschaft hat in Deutschland eine lange Tradition. Bereits 1893 wurde das erste Extraordinariat für „christliche Gesellschaftslehre" für den Priester und Sozialpolitiker Franz Hitze an der Königlichen Akademie in Münster eingerichtet. 10 Jahre später wurde es in ein Ordinariat an der Universität Münster umgewandelt. Wissenschaft und praktische Politik befruchteten sich wechselseitig. Von Anfang an war die christliche Gesellschaftslehre nicht nur in der Theologischen Fakultät beheimatet, sondern auch mit der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vertraglich verbunden. Auch die beiden Nachfolger Heinrich Weber (1922–1946) und Joseph Höffner (1951–1962) wurden diesen besonderen Anforderungen gerecht.
Als Wilhelm Weber 1964 den Lehrstuhl und das Institut für Christliche Sozialwissenschaften in Münster übernahm – Joseph Höffner war 1962 zum Bischof von Münster ernannt worden –, war er für seine Aufgaben bestens gerüstet. Während seiner philosophischen und theologischen Studien an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom hatte er bei Gustav Gundlach SJ das christlich-soziale Denken und die Sozialverkündigung der Kirche kennen gelernt. Joseph Höffner wiederum, bei dem er lange Jahre als Wissenschaftlicher Assistent tätig war, hat seinen Blick für die wirtschafts- und sozialethische Wirklichkeit und für die Probleme der fortgeschrittenen Industriegesellschaft geschärft. In einer Zeit, in der sich der Neomarxismus an Universitäten und in intellektuellen Kreisen ausbreitete und das christlich-soziale Denken ins Abseits zu geraten drohte, wurde Weber zum kompetenten Sachwalter gesunder Rationalität und zum Anwalt des christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses.

I

Wilhelm Weber wurde am 12. Dezember 1925 in Meggen/Westfalen im Sauerland geboren, das inzwischen zu Lennestadt gehört. Er war der älteste von vier Geschwistern. Der Vater Josef Weber (1899–1964) war Bergmann bei der Firma Sachtleben, die seit Beginn der

Industrialisierung die wertvollen Erzlagerstätten abbaute. Die Mutter Maria Weber geborene Hoheisel stammte aus Elpe. Die Verhältnisse in der Familie Weber waren durch Einfachheit und Sparsamkeit bestimmt. Die Eltern dachten nicht an ein Studium des begabten Sohnes, der sieben Jahre lang die Volksschule besuchte. Die treibende Kraft für den Entschluss, Priester zu werden, war Dechant Josef Clute. Er sorgte dafür, dass Weber 1939 in das Knabenseminar in Paderborn aufgenommen wurde und das Gymnasium besuchen konnte. Als das Seminar von den Nationalsozialisten geschlossen wurde, setzte er das Studium in Arnsberg fort. Für die alten Sprachen hatte er eine ausgesprochene Begabung, wobei ihm sein hervorragendes Gedächtnis zustatten kam.

Gegen die braune Ideologie war Weber von seinem Elternhaus her gefeit. Das Sauerland gehörte zu jenen katholischen Gebieten, in denen die Nationalsozialisten trotz der Massenarbeitslosigkeit zu Beginn der dreißiger Jahre keine größeren Einbrüche in die Wählerschaft erzielen konnten und in denen während der NS-Herrschaft vielfältige Formen des passiven Widerstandes praktiziert wurden. 1943 wurde Weber zur Wehrmacht eingezogen. Er erfuhr die Schrecknisse des Krieges am eigenen Leib, zunächst an der Ostfront in Russland, dann im Einsatz gegen die Alliierten in Frankreich. Das letzte halbe Jahr bis zur deutschen Kapitulation war er in der Festung Dünkirchen eingeschlossen, von wo aus er noch einige Monate in die Gefangenschaft in Belgien kam. Diese Jahre haben seine Entschlossenheit bestärkt, sich in den Dienst der Kirche zu stellen und für die Menschen in ihren vielfältigen Aufgaben und Nöten da zu sein.

Im Februar 1946 setzte Weber das Studium am Gymnasium in Bad Driburg fort und legte noch im gleichen Jahr die Reifeprüfung ab. Im Herbst trat er dann in das Theologenkonvikt ein und hörte drei Semester philosophische Vorlesungen an der Philosophisch-Theologischen Akademie in Paderborn. Dann schickte ihn sein Erzbischof, der spätere Kardinal Lorenz Jaeger, nach Rom in das Collegium Germanicum et Hungaricum, damit er an der Päpstlichen Universität Gregoriana die weitere Ausbildung erhalten sollte. Es folgten drei Semester Philosophie und acht Semester Theologie.

Der Lehrkörper der Gregoriana umfasste damals zahlreiche prominente deutsche Jesuiten, die auch Papst Pius XII. berieten und die Entwicklung der Weltkirche mit prägten. Erinnert sei u.a. an den Dogmatiker Sebastian Tromp, an den Moraltheologen Franz Hürth, an den Exegeten und späteren Kardinal Augustin Bea, an Robert Leiber, der als Privatsekretär für den Papst arbeitete und immer neue Aufträge aus dem Vatikan für seine Mitbrüder mitbrachte. Zu diesem Kreis gehörte auch Gustav Gundlach, der schon in der Sozial-

enzyklika *Quadragesimo anno* von Pius XI. (1931) das Subsidiaritätsprinzip formuliert hatte und der die Vorarbeiten und Entwürfe für die soziale Lehrverkündigung des Pacelli-Papstes machte, einschließlich der berühmt gewordenen Weihnachtsansprachen. Weber lernte Gundlach im Germanicum kennen, wo dieser nach den Wirren des Hitler-Regimes den „Sozialzirkel" moderierte. Das Kolleg hatte schon früh das Interesse der Studenten an den sozialen Fragen der Industriegesellschaft geweckt. Auch Gundlach verstand es, den Sinn für die christliche Gesellschaftsverantwortung zu stimulieren. Neben seiner fachlichen Autorität wirkte seine große Menschlichkeit anziehend. Er hat zwar keine „Schule" begründet, aber über den Sozialzirkel viele angehende Priester für die katholische Soziallehre und die christlich-soziale Bewegung gewonnen.
Am 10. Oktober 1952 empfing Weber die Priesterweihe aus der Hand von Kardinal Micara. Seine Primiz feierte er in einer der ältesten Marienkirchen Roms, in Santa Maria in Trastevere. Ein Jahr später schloss er seine Studien mit dem Lizentiat in Theologie ab und kehrte in die Heimat zurück. Hier wurde er für zwei Jahre Vikar an der Pfarrei in Bochum-Linden. Bei Pastor Heinrich Ostermann, der im Ruhrgebiet wegen seiner vielen Initiativen für die Arbeiter und wegen seines Widerstandes gegen die Braunen und gegen die Roten bekannt war, lernte er die Seelsorgepraxis. Der Dienst in Bochum bewirkte, dass Weber bei der späteren Gründung des Bistums Essen diesem zugeschrieben wurde.

II

1955 wurde Weber zum Studium der Christlichen Sozialwissenschaft und der Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster freigestellt. Joseph Höffner, der 1951 den traditionsreichen Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster übernommen und in demselben Jahr das gleichnamige Institut gegründet hatte, bot Weber die Stelle eines Wissenschaftlichen Assistenten an. Die Münsteraner Fakultät schickte sich damals an, der lange Zeit führenden Fakultät in München den Rang abzulaufen. Die späteren Kardinäle Hermann Volk und Joseph Ratzinger – seit 2005 Papst Benedikt XVI. – lehrten Dogmatik, Bernhard Kötting und Erwin Iserloh Kirchengeschichte. Höffner hatte während des Zweiten Weltkrieges noch Nationalökonomie in Freiburg i. Br. studiert und bei dem Begründer des Ordo-Liberalismus Walter Eucken promoviert. Auch Wilhelm Weber sollte diese Linie fortsetzen, die mit Heinrich Pesch SJ be-

gonnen hat, der noch im vorgerückten Alter an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität Vorlesungen in Nationalökonomie bei Adolph Wagner hörte. In der Weimarer Zeit beschritten Gustav Gundlach SJ, Oswald von Nell-Breuning SJ, Johannes Messner und Heinrich Weber ähnliche Wege. Die Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Faktoren und Zusammenhänge ist für die von der Katholischen Soziallehre zu leistende gesellschaftliche Ordnungsaufgabe unentbehrlich. Die Vertrautheit mit den gesicherten Erkenntnissen der Nationalökonomie hat die katholische Sozialwissenschaft in Deutschland außerordentlich befruchtet und sie auch vor Anfälligkeit für Ideologien und christlich verbrämte Utopien bewahrt.

Für seine Promotion in Theologie behandelte Weber das Thema „Wirtschaftsethik am Vorabend des Liberalismus. Höhepunkt und Abschluß der scholastischen Wirtschaftsbetrachtung durch Ludwig Molina S.J. (1535–1600)". Höffner, der sich große Verdienste um die Erschließung des Ideenguts der spanischen Spätscholastik erworben hat, lenkte Webers Interesse auf dieses Gebiet. Ihm kam zustatten, dass er von seiner Ausbildung her mit den philosophischen und theologischen Grundlagen der Scholastik vertraut war und sich in die wirtschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit hineindenken konnte. Er entwickelte eine hervorragende Fähigkeit, die Fragestellungen von damals in die uns heute geläufige Begriffswelt zu übersetzen und sie unserem Verständnis zu erschließen. Gustav Gundlach war von der Dissertation beeindruckt und schrieb seinem ehemaligen Schüler: „Einige schwierige Dinge wie Theonomie und Anthroponomie, Eigentumslehre und Lohngerechtigkeit, natürlich auch das Zinsproblem, sind ausgewogen behandelt, so dass man das wirklich nun klarer sieht."

In den Jahren 1957 bis 1961 konzentrierte sich Weber auf das Studium der Nationalökonomie, die in Münster an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät gelehrt wurde. Für seine Dissertation wählte er wiederum ein Thema aus dem ihm bereits vertrauten Ideenkreis: „Geld und Zins in der spanischen Spätscholastik". Weber gelangte zu dem Ergebnis, dass die heute weithin Mode gewordene abschätzige Bewertung der Scholastik, in Sonderheit ihrer wirtschaftsethischen Bemühungen, nur auf Unkenntnis oder einem völlig ungeschichtlichen Denkansatz beruhen konnte.

An die Promotion zum Dr. rer. pol. sollte sich die Habilitation anschließen. Die Ernennung seines Lehrers Joseph Höffner im Herbst 1962 zum Bischof von Münster durchkreuzte dieses Vorhaben. Höffner, der Weber in all den Jahren der Zusammenarbeit schätzen gelernt hatte, sah in ihm den geeigneten Nachfolger. Er ebnete die Wege für Weber nach Mainz, wo Ludwig Berg das Fach-

gebiet der Sozialethik vertrat. Die Habilitationsarbeit knüpfte an die wirtschaftswissenschaftliche Dissertation an und befasste sich mit der Problematik: „Stabiler Geldwert in geordneter Wirtschaft. Gegenwartsfragen der Währungsethik". Mit dieser Fragestellung wandte sich Weber einer aktuellen und höchst komplexen Thematik zu. Währungsethische Beiträge sind äußerst selten und gehen meist über allgemeine Tatbestände und Forderungen nicht hinaus. Die letzte Untersuchung dieser Art war die theologische Dissertation über „Grundzüge der Börsenmoral", die Oswald von Nell-Breuning 1928 bei dem angesehenen Moraltheologen Josef Mausbach in Münster schrieb. Damals schlugen die Wellen über die Machenschaften an der Börse hoch. Ein Jahr später folgte der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse, der eine Weltwirtschaftskrise auslöste. Weber wollte zeigen, welche Bedeutung die Geldwertstabilität für Wirtschaft und Gesellschaft hat. Diese Frage hat in den sechziger Jahren viele Menschen bewegt, weil immer wieder erhebliche Auf- und Abwertungen der nationalen Währungen in Europa das Vertrauen der kleinen Sparer unterhöhlten und Spekulanten zu schnellem Reichtum kommen ließ. Bischof Höffner erstellte das Zweitgutachten.

Bereits im Sommer 1964 erteilte die Katholisch-Theologische Fakultät in Mainz Weber die venia legendi für das Fach Christliche Sozialwissenschaften. Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Paul Mikat, berief Weber am 3. November 1964 als ordentlichen Professor für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er erhielt – gemäß der damals noch bestehenden Vereinbarung – den unbesoldeten Lehrauftrag für Sozialpolitik (1965 abgeändert: für Wirtschaftsethik) in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit Prüfungs- und Promotionsrecht.

III

In den Jahren, in denen sich Weber auf sein Lehramt vorbereitete, war das Ansehen der Christlichen Sozialwissenschaft in Deutschland auf einem Höhepunkt angelangt. Priester und Laien interessierten sich für die sozialen Fragen und für die Orientierung, die die Katholische Soziallehre geben kann. Diese Hochstimmung, durch die Sozialverkündigung Pius' XII. gefördert, hielt zunächst auch noch unter Johannes XXIII. an, wenngleich sich bereits während dieses Pontifikats eine Änderung der Großwetterlage abzeichnete. Im Rückblick beschrieb Weber 1977 diesen Wandel so: „Die ‚Wachablö-

sung' im Institut [von Höffner zu Weber, d.V.] erfolgte zu einer Zeit, als das Zweite Vatikanische Konzil (1962 bis 1965) in eine entscheidende Phase eintrat. Das Konzil und die nachkonziliare innerkirchliche Unruhe, aber auch die außerkirchlichen gesellschaftlichen Konvulsionen seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre (APO, Studentenunruhen, Universitätsreformen), gingen nicht spurlos an der Christlichen Sozialwissenschaft und am Institut vorüber. Die stark wirtschafts- und sozialpolitisch (Sozialpolitik klassischen Stils) ausgerichteten Interessen der späten vierziger und fünfziger Jahre wurden zunehmend von allgemeinpolitischen und gesellschaftspolitischen (Gesellschaftspolitik neuen Stils) Fragestellungen überrundet. Die (teils marxistische und neomarxistische) ‚kritische Theorie' der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas) drang immer stärker in die Theologie ein und drängte das Interesse an der Christlichen Sozialwissenschaft zeitweise stark in den Hintergrund. Auch der kirchlichen Hierarchie in Deutschland war – angesichts der Unruhen in der Kirche – die Soziallehre der Kirche und die Christliche Sozialwissenschaft weitgehend aus den Augen entschwunden. Die katholisch-soziale Bewegung, einst der Multiplikator und Umsetzer der katholischen Soziallehre, hatte ihre Anziehungskraft und ihren Schwung verloren, so dass Prof. O. v. Nell-Breuning sich nicht scheute, 1970 vom ‚sanften Tod' des deutschen Sozialkatholizismus zu sprechen."

Manche katholischen Sozialwissenschaftler waren sogar der Meinung, es gäbe gar keine katholische Soziallehre. Es wurde die Ansicht vertreten, das Evangelium enthalte nur „Impulse", die die Christen zu gerechtem und solidarischem Handeln bewegen sollen. Was „gerecht" und was „solidarisch" ist, das könne die menschliche Vernunft aus den sozialen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft erkennen. Um die Ungleichgewichte und die Ungerechtigkeiten in der modernen Industriegesellschaft zu verstehen, müsse man die Sozialwissenschaften studieren, und zwar diejenigen, die die Gegensätze am schärfsten herausarbeiten würden. Einige einflussreiche katholische Sozialwissenschaftler ließen sich vom linken Zeitgeist anstecken und befürworteten die „relecture" des Evangeliums und die Rezeption der marxistischen Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft als das Instrument, das am ehesten die „Impulse" aus dem Evangelium in die Praxis umsetzen und eine tiefgreifende Veränderung der Verhältnisse herbeiführen könne.

Wenn derartige Positionen im deutschen Katholizismus kein größeres Gewicht erlangten, so lag dies einerseits an dem Anschauungsunterricht, den die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der damaligen DDR und in den kommunistisch regierten Staaten boten.

Andererseits kam der Kirche in Deutschland zustatten, dass sie im Kölner Erzbischof (seit 1969) und Kardinal Joseph Höffner, dem langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, eine Führungsfigur hatte, der um die Bedeutung der Sozialverkündigung der Kirche für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Lebensbereiche wusste. Erst mit Johannes Paul II., der sich für das personale Fundament der katholischen Soziallehre, für die Würde der menschlichen Person und ihre Grundrechte stark machte und sie weltweit verkündete, und nach dem Zusammenbruch des totalitären Kommunismus (1989/90) änderte sich die Stimmungslage.

IV

Weber führte das Vorlesungsprogramm von Joseph Höffner im wesentlichen fort. Der erste Block umfasste die Grundlegung der christlichen Gesellschaftslehre; der zweite Block die Sozial-, Wirtschafts-, Arbeits- und Berufsethik; der dritte Block die Politische Ethik; der vierte Block die Entwicklungen und Wandlungen des Kapitalismus und des Sozialismus. Hinzu kam ein Vorlesungsangebot über die Geschichte der Wirtschafts- und Sozialethik, bei der Weber an seine Dissertationen anknüpfen konnte. In seinen Seminaren behandelte Weber neben geschichtlichen vor allem aktuelle Fragestellungen.

Was Weber in Fachkreisen und bei einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, sind neben den bereits genannten Büchern die zahlreichen Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften, Lexika und Jahrbüchern, ebenso Aufsätze und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen in Zeitungen und Broschüren, die seit 1966 erschienen. Weber galt als kenntnisreicher und engagierter Vertreter der katholischen Sozialwissenschaft, der bei Bedarf auch eine spitze Feder führen konnte und nicht um die Sache herumredete.

Viel Zeit und Mühe verwendete Weber auf die Fortführung des „Jahrbuchs des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften", das Höffner 1960 begründet hatte. 1967 wurde es in „Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften" umbenannt, um den Eindruck zu vermeiden, es handele sich dabei nur um Arbeiten aus dem eigenen Institut, und um es auf eine breitere Basis zu stellen. Der Doppelband 1966/67 ist die Festschrift zum 60. Geburtstag von Joseph Höffner. Auch die Reihe „Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster", die 1955 von Höffner ins Leben gerufen wurde, führte Weber weiter. Bis 1971 erschienen 19 Bände. Bei den meisten Schriften handelte es sich um Dissertationen bzw. Habilitationen. Zusammen

mit Anton Rauscher begründete Weber die neue Reihe „Abhandlungen zur Sozialethik", deren erster Band 1969 erschien. Die Reihe wuchs bis 1984 auf 25 Bände an.

Trotz der enormen Beanspruchung durch seine Lehr- und Forschungstätigkeit in den ersten Jahren war Weber bereit, der Anfrage seines Essener Bischofs Franz Hengsbach zu folgen und als sein Berater an der letzten Sitzungsperiode des II. Vatikanischen Konzils von September bis Dezember 1965 in Rom teilzunehmen. Es ging um die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*. Die Aussagen im Kapitel über „Das Wirtschaftsleben" wurden in Deutschland aufmerksam verfolgt, ob und inwiefern sie die heftig umstrittene so genannte „paritätische Mitbestimmung" der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen positiv oder negativ beeinflussen würden. Die Befürworter und die Gegner dieser Art von Mitbestimmung setzten alles daran, um eine Formulierung des Textes zu erreichen, die die gewünschte Interpretation zuließ. Weber, der mit den verschiedenen Strömungen und Argumenten bestens vertraut war, vertrat die von den Päpsten betonten Grundlinien im Spannungsbereich Arbeit – Eigentum – Mitbestimmung.

Hohe Wellen schlugen auch die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Arbeit und Kapital. Das Pro und Contra richtete sich auf den „Vorrang" der Arbeit als des personalen Faktors, wohingegen das Kapital nur der instrumentale Faktor des Wirtschaftsgeschehens sei. Dieser Interpretation hielt Weber entgegen: „Wenn das Kapital eine ‚tote Sache' ist, woran niemand zweifelt, dann ist eine komparative Wertung im Sinne einer ‚höheren' oder ‚geringeren Würde' zwischen ‚der Arbeit' und ‚dem Kapital' sowohl semantisch als auch sachlich völlig unhaltbar. Das Kapital hat überhaupt keine Würde, folglich auch keine geringere". Gleichzeitig aber warnte Weber davor, die Formel „Arbeit und Kapital" im marxistischen Sinne zu begreifen, nämlich unter dem personalen Faktor den abhängigen, proletarischen Arbeitnehmer und unter dem instrumentalen Faktor Kapital den ausbeuterischen „Kapitalisten" zu verstehen, um auf diese Weise den Klassenkampf in das christlich-soziale Denken einschleusen zu können. In der Katholischen Arbeitnehmerbewegung gab es Sympathien für eine „laboristische" Lösung, die auch von Oswald von Nell-Breuning wenigstens zeitweise favorisiert wurde. Danach sollte die Organisation der Unternehmen nicht beim Faktor „Kapital", sondern beim Faktor „Arbeit" liegen. Es sind, wie das Konzil in der Pastoralkonstitution (Nr. 26) betont, die Personen, die den Sachen vorgeordnet sind. Zu den Personen gehören nicht nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern ebenso die Eigentümer, die verantwortlich über die im Eigentum stehenden Sachgüter disponieren sollen, damit sie

möglichst produktiv eingesetzt werden und die Versorgung der Menschen mit Gütern und Diensten sichern.

V

Das wissenschaftliche Ansehen, das sich Weber in kurzer Zeit erworben hat, trug ihm 1967 einen weiteren Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaft an der Universität Würzburg ein. Er führte Bleibeverhandlungen mit dem Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen und erreichte die Zusage für die Stelle eines Wissenschaftlichen Rates für sein Institut.
Weber wurde in verschiedene Gremien und Beiräte im staatlichen und kirchlichen Bereich berufen. 1967 wurde er Mitglied im Energiebeirat des Landes Nordrhein-Westfalen. 1970 bis 1974 gehörte er dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit an. Weber war langjähriger Sprecher der Arbeitsgemeinschaft katholischer Sozialwissenschaftler an den deutschen Universitätsfakultäten. Besonders verbunden war er der Arbeit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.
1971 begleitete er seinen ehemaligen Lehrer, den inzwischen zum Erzbischof von Köln ernannten Joseph Höffner als Berater zur zweiten Bischofssynode in Rom. Diese befasste sich mit dem Thema: „Die Gerechtigkeit in der Welt". Weber war darum bemüht, dass die „soziale Gerechtigkeit" nicht gegen die Erfordernisse der Wirtschaft und des Marktes ausgespielt wurde. Er lehnte planwirtschaftliche Vorstellungen ebenso ab wie Bestrebungen, die Wirtschaftsethik im Sinne einer Technik der Machbarkeit zu verstehen. Der Dirigismus in der Wirtschaft hat mit der Aufgabe des Ordnens und des Zuordnens der beteiligten Menschen wenig gemein.
1974 gehörte er der Vatikanischen Beobachterdelegation bei der 18. Generalkonferenz der UNESCO in Paris an. 1977 wählte die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften Wilhelm Weber zu ihrem ordentlichen Mitglied. Er hielt einen viel beachteten Vortrag zum Thema „Geld, Glaube, Gesellschaft". Hier seien auch die vielen Kontakte erwähnt, die Weber zu den katholischen Sozialwissenschaftlern in Polen (Warschau, Lublin, Breslau) hatte. Aufmerksam verfolgte er die Entstehung der Solidarność (1980).
Als der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) 1966 an Weber herantrat, die Aufgabe des geistlichen Beraters zu übernehmen, sagte er zu. Er folgte darin Joseph Höffner nach, dem die christliche Orientierung dieses Verbandes ein wichtiges Anliegen war.

Angesichts zunehmender Angriffe auch von theologischer Seite seit Ende der sechziger Jahre auf die Funktionsbedingungen einer unternehmerischen Wirtschaft und die Verunglimpfung des Unternehmers als „Kapitalisten" fühlten sich christliche Unternehmer von ihrer Kirche im Stich gelassen. Dies hing auch damit zusammen, dass in der kirchlichen Soziallehre, wie Johannes Messner 1968 betonte, der Unternehmer im eigentlichen Sinn gar nicht vorkam; sie kenne nur den Arbeitgeber, den einen Partner im Arbeitsvertrag. Wenn die Kirche vom Arbeitgeber spreche, geschehe dies meistens mit Ermahnungen zur Gerechtigkeit hinsichtlich der Arbeitsbedingungen. Dies sei auch noch in einer Zeit der Fall, in der die Gewerkschaften längst eine Machtstellung erlangt hätten, um in Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.
Weber, der nach dem Tod Wilfried Schreibers 1975 auch die Funktion des wissenschaftlichen Beraters des BKU übernahm, war überzeugt davon, dass christliche Unternehmer, die sich der katholischen Soziallehre verpflichtet wissen, viel dazu beitragen können, die immer noch nachwirkenden Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern/Unternehmern allmählich abzubauen und das Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeiten bei den Arbeitnehmern zu wecken. In Grundsatzreferaten bei den Jahres- und Regionaltagungen des BKU, im Grundsatzausschuss und mit zahlreichen Publikationen stärkte er das Selbstbewusstsein und die Verantwortungsbereitschaft der Unternehmer. Er setzte sich für das Konzept der „sozialen Partnerschaft" ein, ebenso für die Beteiligung der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Produktivkapital.

VI

In den siebziger Jahren verschärften sich die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und damit auch die Anforderungen an die katholische Soziallehre. Ständig auf der Suche nach „neuen Ufern" breitete sich eine antibürgerliche Emanzipationsbewegung aus, die das Terrain für Systemveränderer und Revolutionäre bereitete. Unter dem Einfluss der Frankfurter Schule wurde marxistisches Gedankengut in intellektuellen Kreisen hoffähig, wohingegen die Arbeiterschaft sich weithin als immun erwies. Die desolaten wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den kommunistisch regierten Ländern blockierten einen Schulterschluss zwischen linker Intelligenz und den Arbeitermassen.
Mit wachsender Sorge jedoch beobachtete Wilhelm Weber, dass an anderer Stelle, wo man es gar nicht vermutet hätte, eine Infiltration

neomarxistischer Denkansätze einsetzte: in theologischen Fakultäten. In rascher Folge kamen Schriften zur „Politischen Theologie" und zur „Theologie der Revolution" auf den Markt. Die Theologiestudenten lasen mehr Marx und Marcuse als in der Bibel, und sie interessierten sich mehr für gesellschaftliche Veränderungen als für das Heutigwerden der Kirche im Sinne des Konzils. In seinen Vorlesungen und Seminaren, ebenso in seinen Veröffentlichungen setzte sich Weber kritisch mit der Problematik der „marxistischen Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft" auseinander, die nicht in der Lage war, eine leistungsfähige Wirtschaft und eine gerechte Sozialordnung zu schaffen.

Vor gewaltigen sozialen Problemen standen auch die Länder Lateinamerikas. 1971 veröffentlichte Gustavo Gutiérrez sein Buch: Teología de la liberación (Theologie der Befreiung). Er war davon überzeugt, dass der Kampf gegen Armut und Elend nur mit Hilfe der marxistischen Gesellschaftsanalyse und der damit verbundenen Klassenkampftheorie gelöst werden kann. An vielen sozialen Brennpunkten bildeten sich unter der Führung von Befreiungstheologen revolutionäre Gruppen der „Christen für den Sozialismus". Man müsse den Glauben entideologisieren und die Bibel neu interpretieren. Als der für das Hilfswerk „Adveniat" zuständige Bischof von Essen, Franz Hengsbach, 1973 erstmals Lateinamerika besuchte, wurde er mit der von radikalen Priestern und Ordensleuten praktizierten Klassenkampf-Pastoral konfrontiert. Besorgte Mitbrüder baten ihn, gegen die Politisierung des Glaubens und der Kirche etwas zu unternehmen. Nach Deutschland zurückgekehrt, gründete Hengsbach den Studienkreis „Kirche und Befreiung", dem führende katholische Sozialwissenschaftler, darunter Wilhelm Weber, und Theologen aus Deutschland und Lateinamerika angehörten. Der Studienkreis, der seine Ergebnisse in der Bücherreihe „Kirche und Befreiung" veröffentlichte, löste heftige Reaktionen aus bei jenen theologischen und kirchlichen Gruppierungen, die sich direkt oder indirekt neomarxistische Positionen zu eigen gemacht hatten und die auf den Sozialismus als Kultur der Zukunft setzten.

Einen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen bildete das sogenannte „Memorandum westdeutscher Theologen zur Kampagne gegen die Theologie der Befreiung" im November 1977. Der Studienkreis „Kirche und Befreiung" sollte auf die Anklagebank gebracht werden. Als Weber nach einer Reise durch mehrere Länder Lateinamerikas den „Sandino-Kult" in Nicaragua und die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Ernesto Cardinal als „Handlanger einer sozialen Pseudo-Revolution" öffentlich kritisierte, attackierten ihn die eigenen Leute. Ein Theologieprofessor ermunter-

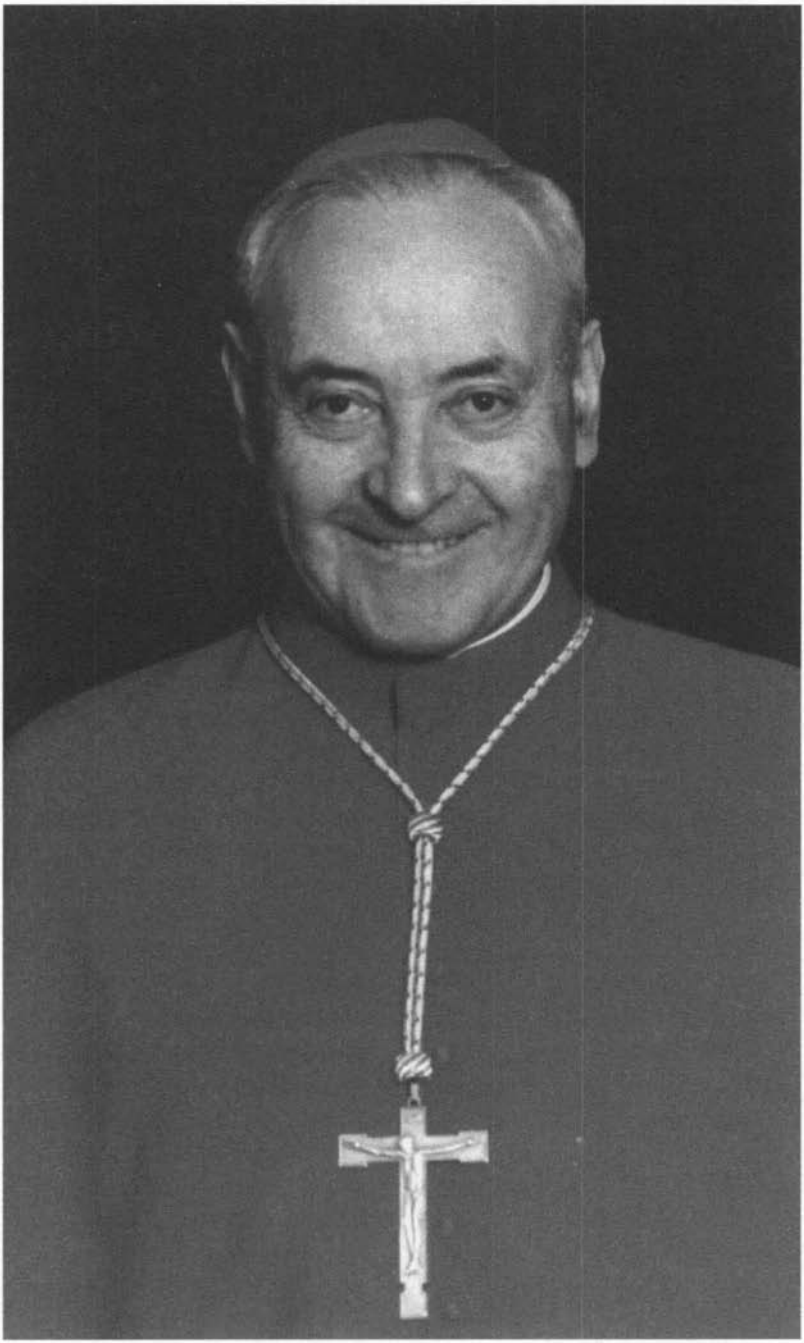
te die Studenten, zu demonstrieren und seine Vorlesung zu stören (9. Mai 1981). Für den 13. Mai war ein noch größeres Aufgebot angekündigt. Am Abend vorher erlitt Weber einen schweren Herzinfarkt, von dem er sich nicht mehr richtig erholte. Ein Licht im Dunkel war für ihn die Ernennung zum Päpstlichen Ehrenkaplan durch Papst Johannes Paul II., die ihm sein Bischof Franz Hengsbach 1981 überreichte.

Die Idee zu seinem letzten Buch, das erst nach seinem Tode erschien und als sein Vermächtnis gelten darf, reifte in der Zeit der schweren Erkrankung und der anschließenden Heilbehandlungskur. Es trägt den Titel: „Wenn aber das Salz schal wird... Der Einfluss sozialwissenschaftlicher Weltbilder auf theologisches und kirchliches Sprechen". Ihn bewegte zutiefst die Sorge, dass die Öffnung der Kirche und der Theologie für diese Art von Weltbildern nicht zu dem erhofften aggiornamento, sondern zur Anpassung der Kirche an den Weltgeist und zu ihrer Selbstsäkularisierung führen würde. Weber war nicht ein Anhänger einer einseitigen Innerlichkeit oder gar eines Rückzugs der Kirche aus der Gesellschaft. Aber die soziale Verantwortung der Kirche und der Ordnungsauftrag der Christen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik waren für ihn mehr und qualitativ etwas anderes als nur christlich etikettierte Weltklugheit.

Die katholische Soziallehre war für Weber nicht einfach die horizontale Dimension, die zur vertikalen Dimension des Evangeliums und des Glaubens hinzukommt, vielmehr kann sie nur aus dem christlichen Verständnis des Menschen und der Gesellschaft erwachsen. Eine katholische Soziallehre bzw. -wissenschaft, die ihr Interpretament woanders herholen wollte, etwa von liberalen oder marxistischen Projektionen, würde sehr rasch ihre orientierende Kraft einbüßen und zu einer innerweltlichen Spielart mit ideologischem Zuschnitt werden.

Leider hat Wilhelm Weber die historische Wende von 1989/90 nicht mehr erleben dürfen. Auch war es ihm nicht vergönnt zu sehen, wie es dem polnischen Papst zusehends gelang, den linken Bestrebungen innerhalb der Kirche den Wind aus den Segeln zu nehmen. Johannes Paul II. hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Soziallehre der Kirche, wie sie Weber gegen alle Angriffe von außen und von innen verteidigt hatte, wieder attraktiv wurde.

Am 4. Oktober 1983 ist Wilhelm Weber im Alter von 57 Jahren von Gott heimgerufen worden. Auf dem Friedhof in Angelmodde bei Münster fand er seine letzte Ruhestätte.



Hermann Kardinal Volk (1903–1988)

„Ich glaube, ich habe schon oft hier gesagt, daß die Feier der Messe für mich das Schwerste ist. Wir sollen uns im Gottesdienst ja mit dem Gehorsam Jesu Christi verbinden, der am Kreuz nichts für sich behalten hat: ‚Vater, in Deine Hände empfehle ich meinen Geist.' (Lk 23,46) Das sollen wir sagen, bei lebendigem, gesundem Leib. Mit Eindringlichkeit sollen wir der Heiligen Messe beiwohnen, in der wir sprechen: ‚Deinen Tod, o Herr, verkünden wir und Deine Auferstehung preisen wir, bis Du kommst in Herrlichkeit.' So wollen wir weiterhin zum Gottesdienst kommen und wollen regelmäßig kommen, und ich danke nochmals allen, die das tun; es gibt ja nicht mehr viele Ordnungselemente in unserer Welt. Es kommt dabei nicht auf die anderen an, es kommt auf uns an und darauf, daß wir die Zeugen Christi sind. ‚Gleicht euch nicht dieser Welt an!' (Röm 12,2) Geliebte im Herrn! Ich werde nicht mehr viel reden können. Ich bin krank. Da wollen wir doch noch einmal tun, worin wir alle einig sind und wollen das Lied singen: ‚Fest soll mein Taufbund immer stehen'." Mit diesen schlichten Worten, in denen ein Kernthema seiner Theologie wie seines priesterlichen und bischöflichen Dienstes anklingt, verabschiedete sich Hermann Kardinal Volk am 5. Juni 1988, knapp einen Monat vor seinem Tod, von den Gläubigen im Mainzer Dom.

I

Hermann Volk wurde am 27. Dezember 1903 als drittes von vier Kindern des Sattlermeisters Philipp Volk (1868–1928) und seiner Ehefrau Maria geb. Kaiser (1873–1938) in Steinheim am Main, heute ein Stadtteil von Hanau, geboren. Sein ältester Bruder Georg (1898–1986) wurde ein renommierter Arzt in Offenbach am Main. Emmy (1901–1982), die Zweitälteste, führte ihrem Priesterbruder 40 Jahre bis zu ihrem Tod den Haushalt. Die jüngste Schwester, Walburga (1906–1998), war mit dem Kunsthistoriker Ottmar Kerber (1902–1986), der zuletzt an der Universität Gießen lehrte, verheiratet. Die vier Geschwister blieben bis in ihr hohes Alter herzlich miteinander verbunden. Mindestens einmal im Jahr kamen sie mit ihren

Kindern und Kindeskindern im Bischofshaus in Mainz zu einem Familientreffen zusammen. Außerdem wurden die Feste gefeiert, wie sie fielen. Hermann Volk stammt aus einer Handwerkerfamilie, die hinsichtlich der Kinder „aufstiegsorientiert" (Peter Fleck) dachte. Volk hat immer wieder davon erzählt, wie er am frühen Sonntagmorgen seinen Vater in eine Hanauer Fabrik begleitete, um ihm dort, wenn die Maschinen für eine Weile stillstanden, beim Auswechseln der Treibriemen zu helfen, bevor sie dann in der Stadt die Frühmesse besuchten. Er war kein übermäßig guter Schüler. Vor allem die alten Sprachen lagen ihm nicht besonders, im Gegensatz zu den naturwissenschaftlichen Fächern und zur Religionslehre. Nach dem Abitur studierte er, der zum Kreis um Romano Guardini auf Burg Rothenfels Kontakt pflegte, am Mainzer Priesterseminar.

Er hat sich die Entscheidung für den Priesterberuf nicht leicht gemacht. Im Gegensatz zu vielen seiner Mitbrüder hat er noch lange Zivil getragen, was der Regens mit dem Goetheschen Diktum zu kommentieren pflegte „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten". Erst nach der Zwischenprüfung hat auch er die Soutane angezogen. Besonders beeindruckt haben ihn unter seinen Professoren der Philosoph Georg Weingärtner, der Moraltheologe und spätere Freiburger Erzbischof Wendelin Rauch, der ihm nach der am 2. April 1927 empfangenen Priesterweihe die Primizpredigt hielt, und der Dogmatiker Dominikus Gickler OP, allesamt Theologen, die den „Lebenswert" der Theologie herauszuarbeiten suchten. Das philosophisch-theologische Studium war sein Element, was sich auch daran zeigte, dass seine Leistungen durchweg als gut bzw. sehr gut eingestuft wurden.

Sogleich nach der Priesterweihe kam Volk als Kaplan in die rheinhessische Diaspora, ins ehemals kurpfälzische Alzey, wo mittlerweile der ihm aus dem Mainzer Quickbornkreis um Pfarrer Dr. Konrad Neundörfer bekannte Kirchenmusiker Heinrich Rohr als Lehrer an der Aufbauschule wirkte. Mit einer Gruppe von Lehrerinnen arbeitete Volk sich in dieser Zeit durch das voluminöse Werk „Die Mysterien des Christentums" des Theologen Matthias Joseph Scheeben aus der sog. Römischen Schule des 19. Jahrhunderts, der damit eine neue Sicht der Erlösungswirklichkeit, der Kirche und ihrer Sakramente vorlegte, die in der Liturgischen Bewegung zum Tragen kam und auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil Früchte zeitigte. 1931 wechselte Volk an die traditionsreiche Pfarrei St. Ignaz in der Mainzer Altstadt. Dort leitete er, wie er später immer wieder gerne erzählte, zeitweilig sogar den Kirchenchor. Seit dieser Zeit hat er, um sich nicht zu wiederholen, über seine Predigten Buch geführt und diese aufgezeichnet, obwohl er stets ohne Manuskript sprach.

Nach acht Kaplansjahren wurde seinem Gesuch um einen Studienurlaub entsprochen. Er ging dazu 1935 an die in Philosophie und Theologie thomistisch ausgerichtete Universität Fribourg in der Schweiz, wo er zwei Jahre später seine philosophische Dissertation abschließen konnte. Sein Doktorvater war der heute selbst Spezialisten der Philosophiegeschichte kaum noch bekannte belgische Dominikaner Marc de Munnynck. So konventionell die Wahl des Studienorts aus der neuscholastisch geprägten Mainzer Perspektive gewesen sein mag, so unkonventionell war das Thema, mit dem Volk sich auseinander setzte: „Die Kreaturauffassung bei Karl Barth. Eine philosophische Untersuchung". Karl Barth war nicht nur der führende Kopf der protestantischen Theologie seiner Zeit, der deren liberale Phase mit seiner Wende zu einer biblisch und kirchlich geprägten Theologie zu beenden suchte, er hatte auch, weil er den Eid auf den „Führer" verweigerte, 1935 seinen Bonner Lehrstuhl verloren und war in die Schweiz zurückgekehrt.

Von Fribourg aus begab Volk sich unmittelbar nach Münster, um nach dem philosophischen auch den theologischen Doktorgrad zu erwerben. Sein dortiger Mentor war der Dogmatiker Michael Schmaus, der als Forscher hauptsächlich theologiehistorisch gearbeitet hat, seine Dogmatik jedoch aus den Fesseln der Neuscholastik zu befreien suchte. Nachdem er es anfangs unternommen hatte, zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus Brücken zu bauen, schwenkte er bald, wie sein Kollege, der Kirchen- und Reformationshistoriker Joseph Lortz, durch die weitere Entwicklung ernüchtert, auf die ablehnende Haltung der Fakultät insgesamt ein.

Unter seiner Leitung wurde Volk mit Arbeiten zu dem reformierten Theologen Emil Brunner, der sich innerhalb der Dialektischen Theologie zu einem Antipoden seines einstigen Weggefährten Karl Barth entwickelt hatte, sowohl promoviert als auch habilitiert. Seine mit der Bestnote bewertete theologische Dissertation „Emil Brunners Lehre von der ursprünglichen Gottebenbildlichkeit des Menschen" konnte Volk 1939 abschließen. Kriegsbedingt wurde er jedoch anschließend nicht zur Habilitation freigestellt, sondern musste seine Habilitationsschrift „Emil Brunners Lehre von dem Sünder" neben mehreren Seelsorgeeinsätzen, zuerst und zuletzt in der weit verzweigten oberhessischen Pfarrkuratie Nidda, verfassen. 1943 wurde er habilitiert. Privatdozent wurde er freilich nicht, da er dazu an einem seine weltanschauliche Verlässlichkeit unter Beweis stellenden Dozentenlehrgang hätte teilnehmen müssen. So blieb er Pfarrer und erlebte als solcher das Ende des Krieges.

Als sein Betreuer Schmaus nach Kriegsende nach München gerufen wurde, um die dort von den Nationalsozialisten geschlossene Theologische Fakultät wiederaufzubauen, übernahm Volk ab Oktober 1945 in Münster die Lehrstuhlvertretung. Nachdem Schmaus auf den Münsteraner Lehrstuhl verzichtet hatte, um in München zu bleiben, wurde Volk im August des folgenden Jahres zu seinem Nachfolger ernannt. Einen zwischenzeitlich ergangenen Ruf an die neu eröffnete Mainzer Universität lehnte er, wie nochmals 1957, ab. Während der folgenden Jahre hat er eine überaus fruchtbare Lehrtätigkeit entfaltet, von der die damaligen Hörerinnen und Hörer noch heute begeistert erzählen. Die scholastische Begriffsschärfe war, wie bereits die Gutachter seiner akademischen Qualifikationsschriften bemerkten, seine Sache nicht. Er hat seinem überaus zahlreichen Auditorium keine fertigen, nach allen Seiten abgesicherten Lösungen vorgesetzt, sondern es vielmehr am Denkprozess beteiligt.

In der hektographierten Mitschrift seiner Schöpfungslehre begegnet der Satz: „Ein gut Teil von dem, was der Mensch ist, ist er durch das, was er denkt. Die Welt ist veränderlich vom Menschen her und zwar dadurch, daß er sich selbst verändert in seinem Denken. Ein wichtiger Grundsatz ist der, daß alle Ordnung oder Unordnung in der Welt vom Geiste ausgeht. Wir haben deswegen die Pflicht, unsere Geisteskräfte in der rechten Weise zu benutzen. Es gehört zu den schwersten Sünden, die ein Mensch begehen kann, wenn er nicht denkt." Er, der seit 1957 auch das Amt des Universitätspredigers innehatte, hat die Feststellung, seine Vorlesungen glichen Predigten und umgekehrt, keineswegs als Kritik aufgefasst.

Volk hat die klassischen Traktate der Dogmatik Gotteslehre, Schöpfungslehre, Christologie mitsamt Soteriologie und Mariologie, Gnadenlehre sowie Sakramentenlehre abgehandelt und regelmäßig für Hörer aller Fakultäten über „Das Glaubensbekenntnis" gelesen. Darüber hinaus hat er, etwa im Gespräch mit den Naturwissenschaften und bei der Konzeption einer Theologie des Wortes Gottes, einer anscheinend evangelischen Domäne, Neuland betreten. An prononcierter Stelle hat er sich jeweils dazu geäußert: 1954 bei der Übernahme des Rektorats der Universität mit der Rede „Schöpfungsglaube und Entwicklung" und 1962 bei seiner Abschiedsvorlesung „Zur Theologie des Wortes Gottes".

Ein weiteres wichtiges Feld, für das er durch seine Arbeiten zu Karl Barth und Emil Brunner geradezu prädestiniert war, war der ökumenische Dialog. Von der Gründung im Jahre 1946 an gehörte Volk zu dem von dem Oldenburger Landesbischof Wilhelm Stählin und dem

Paderborner Erzbischof, dem späteren Kardinal Lorenz Jaeger initiierten, noch heute bestehenden Ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen. 1958 wurde er einer der beiden wissenschaftlichen Leiter und übernahm 1975 den Vorsitz der katholischen Seite, den er bis zu seinem Tod innehatte. Darüber hinaus leitete er von der Gründung des Paderborner Johann-Adam-Möhler-Instituts im Jahre 1957 an bis 1980 dessen Wissenschaftlichen Beirat.

Wie sein Vater, der als Beigeordneter seiner Gemeinde fungierte, hat auch Hermann Volk sich in seiner Münsteraner Zeit bürgerschaftlich engagiert. Er gehörte zehn Jahre dem städtischen Kulturausschuss an und hat sich hier besonders für das Theater eingesetzt. Um dem wiederaufgebauten Theater der Stadt Zuschauer zuzuführen und diese für die dort aufgeführten Stücke zu sensibilisieren, hat er an der Gründung der „Christlichen Theatergemeinde", einem ökumenischen Unternehmen, mitgewirkt. Seine Einführungen zu Paul Claudels Drama „Der seidene Schuh", deren Manuskript verschollen zu sein scheint, waren legendär. Der damals in Münster lehrende Germanist Benno von Wiese bezeichnet diese Aufführung in seinen Erinnerungen als einen „der stärksten Eindrücke im Kulturleben der Nachkriegszeit in Münster", obwohl ihm das Katholische daran zutiefst fremd blieb. Ob er Volks Einführung meint, wenn er feststellt, dass die Aufführung dieses Dramas in Münster „mit vielleicht allzu viel Tiefsinn belastet war"? Hermann Volk hat auch selbst mit Studierenden Claudels Stück „Mariä Verkündigung" aufgeführt. Im Ruhestand hat er es sich dann wieder gegönnt, ins Theater zu gehen, war aber weder vom Regietheater noch von den sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten der meisten Schauspieler angetan.

III

Am 25. März 1962 wurde Hermann Volk nach der kurz zuvor erfolgten Wahl durch das Mainzer Domkapitel von Papst Johannes XXIII. zum Bischof von Mainz ernannt und am 5. Juni, dem Fest des hl. Bonifatius, von Erzbischof Hermann Schäufele, dem Metropoliten der Oberrheinischen Kirchenprovinz, im Mainzer Dom geweiht. Zu seinem bischöflichen Wahlspruch wählte er „Deus omnia in omnibus" (1 Kor 15,28). Am 11. Oktober desselben Jahres wurde das Zweite Vatikanische Konzil eröffnet, das in den kommenden Jahren nicht nur die volle Aufmerksamkeit des neuen Bischofs beanspruchte, sondern diesen auch zutiefst prägte. Nach den Kardinälen Frings und Döpfner sowie Erzbischof Jaeger hat sich Bischof Volk von den

deutschen Bischöfen am häufigsten, insgesamt zehn Mal, zu Wort gemeldet, gefolgt übrigens von dem Mainzer Weihbischof Josef Maria Reuß mit sieben Beiträgen. Volk hatte schon als Münsteraner Professor mit dem Konzil zu tun, da er seit 1960 dem neu gegründeten, von Kardinal Augustin Bea geleiteten, Päpstlichen Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen als Konsultor angehörte, das 1962 in den Rang einer Konzilskommission erhoben wurde, aber seinen Namen behielt, weil es nach dem Konzil seine Arbeit fortsetzen sollte. Volk, der auf dem Konzil in die Theologische Kommission gewählt wurde, gehörte damit faktisch zwei Konzilskommissionen an, was nach dem Reglement nicht erlaubt war. Aber da er im Einheitssekretariat, obwohl mittlerweile Bischof, immer noch als Konsultor geführt wurde, war dies möglich.

Als Mitglied der Theologischen Kommission war er an der Vorbereitung der dogmatischen Konstitution über die Kirche „Lumen gentium" sowie der über die göttliche Offenbarung „Dei Verbum" und, zusammen mit der Kommission für das Laienapostolat, der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes" beteiligt, zentralen Texten des Konzils. Zu seinem Konzilstheologen hat er den an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main lehrenden Jesuiten P. Otto Semmelroth gewählt, der ab der II. Sitzungsperiode als vom Papst bestellter „Peritus" auch selber zur Theologischen Kommission gehörte. Dieser hatte u. a. die Aufgabe zu meistern, Volks Interventionen ins Lateinische zu übersetzen. Nach eigenem Bekunden „bestand die Schwierigkeit darin, die Treue zur sehr persönlichen und eigengeprägten Darlegungsweise des Bischofs in ein allen verständliches Latein zu bringen, ohne daß es aufhörte, das Denken von Bischof Volk zu spiegeln."

Volk hat während der I. Sitzungsperiode im Herbst 1962 im Rahmen der Debatte über die Liturgiekonstitution zweimal das Wort ergriffen und auf die Bedeutung der Liturgie für das Leben der Gläubigen hingewiesen und den volkssprachigen Gemeindegesang gewürdigt. Am Ende dieser Sitzungsperiode hat er durch seine in der Konzilsaula vorgetragene Kritik am Kirchenschema mit dazu beigetragen, dass dieses zurückgezogen und neu gefasst wurde. Ihn störte vor allem das zu schmale biblische Fundament. In der II. Sitzungsperiode, im Herbst 1963, hat er zu der Neufassung Stellung genommen und die Unterordnung der Kirche unter das Wort Gottes sowie den Unterschied zwischen Kirche und Reich Gottes betont. Bei der Debatte über das Schema über die Bischöfe kam es am 12. November 1963 zu einem „Duell" zwischen den beiden Mainzer Bischöfen, dem Ordinarius Volk und dem Weihbischof Reuß, die in der Frage der theologischen Grundlegung des Bischofsamtes unterschiedliche Positio-

nen vertraten. Volk plädierte dafür, das Bischofsamt wesentlich als Hirtenamt zu verstehen, dessen Vollform der Residentialbischof sei. Hier werde die enge Verbindung von Weihe- und Hirtengewalt sichtbar, während diese bei den Weih- und Titularbischöfen auseinander träten. Deshalb forderte er, die Zahl der Weihbischöfe zu reduzieren und auf die Ernennung von Titularbischöfen ganz zu verzichten.

Reuß hingegen argumentierte von der Zugehörigkeit jedes Bischofs zum Bischofskollegium her und forderte als Konsequenz, die Weihbischöfe, die bislang weniger jurisdiktionelle Vollmachten als die Pfarrer hätten, entsprechend auszustatten und dadurch aufzuwerten. Auch in der anschließenden Aussprache über das Ökumenismus-Schema hat Volk sich zu Wort gemeldet und das Streben der Kirche nach wahrer Universalität und Katholizität angemahnt. Während der III. Sitzungsperiode im Herbst 1964 hat er zweimal das Wort ergriffen. In der Debatte über das Offenbarungsschema begrüßte und unterstützte er die Neufassung, indem er den Glauben als Antwort des Menschen gegenüber dem sich offenbarenden Gott herausstrich. In der Debatte über das Schema der Pastoralkonstitution meldete er sich hier und ein Jahr später in der IV. und letzten Sitzungsperiode zu Wort, wobei er u. a. eine theologische Vertiefung des Textes anmahnte.

Bischof Volk hat nicht nur durch seine Beiträge in der Aula und in den Kommissionen Einfluss ausgeübt, sondern auch dadurch, dass er, was seinem dialogischen Naturell entsprach, sowohl in Rom als auch zwischen den Sitzungsperioden zuhause Bischöfe und theologische Berater immer wieder zu Gesprächen versammelte. Dies war notwendig vor allem im Hinblick auf die Kirchenkonstitution, nachdem das in Rom vorbereitete Schema durchgefallen war und ein neuer Text von Grund auf erarbeitet werden musste. Der französische Theologe Yves Congar erzählt eine liebenswürdige Anekdote von einem Mainzer Treffen im Januar 1963. Er fuhr mit der Linie 21 zum Bischofshaus, das damals noch am Rosengarten lag. Er hatte sich an der Absenderangabe des Einladungsschreibens von Volk orientiert, nicht aber auf den eigentlichen, hier angegebenen Tagungsort, das „Ketteler-Haus", geachtet. Fräulein Emmy Volk bot ihm, gastfreundlich wie sie war, an, sich im Bischofshaus niederzulassen und zu übernachten. Aber Congar zog es dann doch vor, den eigentlichen Tagungsort aufzusuchen. In diesem Zusammenhang schreibt er über den späteren Kardinal: „Bischof Volk empfängt mit außerordentlicher Einfachheit und Herzenstakt. Er ist freundschaftlich, geistesgegenwärtig, herzlich."

Die durch das Konzil angestoßene Liturgiereform hat Volk, der auch dem nachkonziliaren Rat zur Ausführung der Liturgiekonstitution angehörte und 1964–1969 als Vorsitzender die Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für liturgische Fragen leitete, von Herzen begrüßt. Unermüdlich hat er in seiner Diözese, von Dekanat zu Dekanat fahrend, für die erneuerte Liturgie in der Muttersprache geworben und dafür gesorgt, dass diese von den Gemeinden und ihren Pfarrern einhellig akzeptiert wurde. Allerdings war hier der Boden durch den Vorgänger, Bischof Albert Stohr, der gleichfalls Liturgiereferent der Deutschen Bischofskonferenz gewesen war, und durch den aus Mainz stammenden Vater der Liturgischen Bewegung, Romano Guardini, entsprechend vorbereitet. Volk war keineswegs experimentierfreudig und er hat immer davor gewarnt, das Zentrum der Eucharistiefeier, die Lebenshingabe mit Jesus Christus in ein Gemeinschaftserlebnis aufzulösen. Aber auch die traditionelle Liturgie war für ihn keine Garantie für die rechte Haltung. Die Wiederzulassung der tridentinischen Messe, die durch Indult Johannes Paul II. vom 3. Oktober 1984 unter Bedingungen gestattet wurde, hat er bei einer Befragung im Vorfeld abgelehnt, weil er dadurch die Einheit gefährdet sah.

Als Bischof hat er die Verkündigungsaufgabe in den Vordergrund seiner Tätigkeit gestellt und die Möglichkeiten, die ihm die Gottesdienste im Mainzer Dom und bei den Besuchen in den Gemeinden boten, ausgiebig benutzt. Auch wenn seine Predigten, die oft die Länge einer Vorlesungsstunde hatten, bisweilen einen eher assoziativen Eindruck machten, waren sie immer sorgfältig schriftlich ausgearbeitet, in Kurzschrift auf dünnem Durchschlagpapier notiert mit den Bibelstellen, keineswegs ausgeführten Zitaten, in roter Schrift. Wiewohl die Zuhörer manchmal über die Länge seiner Predigten stöhnten, haben sie ihn doch als authentischen Verkünder des Wortes Gottes geschätzt, der die Modulation der Stimme und auch eine gewisse Theatralik nicht scheute, um das Gesagte zu verdeutlichen. Unvergesslich ist, wie das Messgewand bei der Martinuspredigt zum Soldatenmantel wurde, der mit dem Bettler geteilt wurde, und dessen dem Armen überlassene Hälfte Christus dem überraschten Geber präsentiert: „Was du für einen meiner geringsten Brüder getan hast, das hast du mir getan". Volk hätte einen Schauspieler abgegeben. Aber er war durchaus kein Schauspieler im negativen Sinn.

Von seinem Verständnis des Bischofsamtes her, das er auch auf dem Konzil formulierte, verstand er sich als Hirte, der ebenso durch das Wort der Verkündigung wie durch den persönlichen Kontakt führt.

Ganze Schuhkartons von auf früheren Urlaubsreisen erworbenen Postkarten hat er aufgebraucht, um durch in seiner charakteristischen Handschrift geschriebene Glückwünschkarten zu Geburts- und Namenstagen sowie Jubiläen der Priester diesen seine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Er war ein unermüdlicher und effektiver Arbeiter am Schreibtisch. Sein Ziel war, diesen am Abend von der am Tage eingegangenen Post befreit zu haben. Diese wurde in der Regel umgehend beantwortet, indem er seiner Sekretärin auf einem alten Tonband diktierte, oder zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Dienststellen des Bischöflichen Ordinariats weitergeleitet.
Persönliche Schreiben hat er handschriftlich beantwortet. Ghostwriter hat er keine beschäftigt. Die unter seinem Namen veröffentlichten Texte stammen durchweg von ihm. Seine unverwechselbare Diktion wäre auch nur schwer nachzuahmen gewesen. Nachdem seine Schwester gestorben war, die ihn abends zu überreden vermochte, sein Tagwerk abzuschließen und zu Bett zu gehen, hat er in den letzten Jahren seiner bischöflichen Tätigkeit manche Nacht am Schreibtisch zugebracht. Zwar hat er gerne zu später Stunde mit seinem Kaplan ein Glas von dem Wein getrunken, der ihm auf seinen Pastoralvisiten reichlich geschenkt wurde, aber nachdem der Sekretär sich zurückgezogen hatte, arbeitete der Kardinal weiter, bis ihn irgendwann doch der Schlaf übermannte und er für die Frühmesse an seinem Arbeitsplatz geweckt werden musste.
Die Tatsache, dass der Mainzer Bischof nach der Zerstörung des Palais am Bischofsplatz während des Zweiten Weltkriegs in einem eher noblen Villenviertel, vor allem aber weitab von Dom und Bischöflichem Ordinariat residierte, hat er von Anfang an bedauert. 1981 konnte er in einen Neubau unmittelbar neben dem Ordinariat und nur wenige Schritte von seinem geliebten Dom entfernt umziehen. Die Planung des neuen Hauses fand ebenso sein aktives Interesse wie der Umzug, den er generalstabsmäßig vorbereitete.
Seine Diözese hat er nach einem festgelegten Plan regelmäßig bereist. Mit allen Hauptamtlichen hat er dabei längere und intensive, mit den Neben- und Ehrenamtlichen wenigstens kurze Gespräche geführt, ein Austausch mit dem Pfarrgemeinderat gehörte ebenso zur Visitation hinzu wie ein Treffen mit den Religionslehrern und der Besuch in einem größeren Industriebetrieb, bei dem ihn technische Details faszinierten. Er legte Wert darauf, an allen Gottesdienstorten, auch in den Filialkirchen größerer Pfarreien, mit der Gemeinde Liturgie zu feiern, sei es in der Form der Eucharistie, sei es in der der Andacht oder eines Teils des Stundengebets. Bei den Visitationen wurden keineswegs nur Nettigkeiten ausgetauscht. Volk, dem von

seinem familiären Hintergrund ein großer Realitätssinn zu eigen war, hat mit seinem Urteil nicht hinter dem Berg gehalten, wenn ihm etwas schief zu laufen schien. Als ihm ein Pfarrgemeinderatsvorsitzender angesichts des gerade fertiggestellten, überdimensionierten Pfarrzentrums mit stolz geschwellter Brust die eigene Pfarrei als beispielgebend für das ganze Bistum anpries, entgegnete der Kardinal kurz und knapp, dass dieses bankrott wäre, wenn es nur solche Pfarreien gäbe, die nicht an die Folgekosten dächten. Die Gemeinde hat sich mittlerweile von ihrer im Unterhalt zu teuren Immobilie getrennt. Immer wieder sagte Volk, zunächst müsse in einer Gemeinde Leben sein, dann könne man die notwendigen Räume erstellen, nicht umgekehrt.

Außerhalb seiner Diözese ist er wenig gereist. Auch den Reisen Johannes Paul II. stand er eher zurückhaltend gegenüber, so sehr er sich über den Papstbesuch in Mainz 1980 gefreut hat. Aber er war der Auffassung, dass die Kirche vor Ort durch den Bischof repräsentiert werde und dass die medienwirksamen Auftritte des Papstes die eigentlichen Repräsentanten eher in den Hintergrund treten ließen. Eine Einladung zu einem Jubiläum des von ihm hoch geschätzten Prälaten Wilhelm Wissing geleiteten Päpstlichen Werks der Glaubensverbreitung in Aachen, zu dem mit der Präsenz zahlreicher Missionsbischöfe geworben wurde, lehnte er mit der Begründung ab, dass dafür in den Gemeinden wohl kaum gesammelt werden könne: Die Missionsbischöfe kämen schließlich nicht mit dem Einbaum.

Über seine Diözese hinaus hat er vor allem im Rahmen der Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz gewirkt. Neben der Liturgiekommission, von der bereits die Rede war, gehörte Volk von Anfang an auch der Ökumenekommission und zeitweilig derjenigen für Wissenschaft und Kultur an. Gleichfalls von Anfang seines bischöflichen Dienstes an war er Mitglied der Glaubenskommission, die er von 1969 bis 1978 auch leitete. Auf sein Organisationstalent geht der noch heute geübte Brauch zurück, dass sich diese Kommission immer zu denselben Zeiten trifft, um Planungssicherheit zu gewähren. Unter seiner Ägide erarbeitete die Glaubenskommission 1969 das „Schreiben der deutschen Bischöfe über das priesterliche Amt. Eine biblisch-dogmatische Handreichung", das er kurz vor Weihnachten den Priestern und Priesteramtskandidaten des Mainzer Bistums mit einem langen Begleitschreiben zusandte.

Hier wie später in seinen Schriften zum selben Thema legte er dar, was für ihn die Mitte des priesterlichen Dienstes ist: „Der Priester muß [...] transparent sein für Christus; er hat seine eigene Würde, aber so, daß sie Verweis ist auf die Würde Christi." In der Eucharistiefeier „muß der Priester [...] nicht nur aufgrund der Priesterweihe

das Opfer Christi vergegenwärtigen, sondern wie jeder Christ muß er sich auch selbst dem Opfer Christi anschließen, damit die hl. Messe auch sein Gottesdienst, in Christus auch seine Hingabe an den Vater werde." Unter den Aufgaben des Priesters, den er als „Hirten" charakterisierte, sah Volk die Verkündigung im Vordergrund, die er als verantwortungsvolle Aufgabe beschreibt, bei der „die innere Spannung von Charisma und Amt" sichtbar werde: „nicht alles wird uns durch die Weihe zuteil." Der priesterliche Dienst und die priesterliche Existenz verlangen eine entsprechende Frömmigkeit. Volks Sicht lässt sich in dem einen Satz zusammenfassen: „Je deutlicher der einzelne sein Priestertum in seiner Transparenz auf Christus hin darstellt, umsomehr erfüllt der Priester seinen unentbehrlichen Dienst in der Kirche selbst."

Auf der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, die von Januar 1971 bis November 1975 in Würzburg tagte, hat Bischof Volk, der der für Glaubensfragen zuständigen Sachkommission I angehörte, häufig, insgesamt 29 Mal, das Wort ergriffen (und unter der kurzen Redezeit von fünf Minuten gelitten). Sein damaliger Sekretär, Franziskus Eisenbach, der selber Synodale war, hält aus eigenem Erleben fest: „Fast immer zielten die Wortmeldungen von Bischof Volk darauf, theologische und geistliche Zusammenhänge und Hintergründe aufzuzeigen, die in der Hitze der Debatte um konkrete Einzelfragen leicht aus dem Blick geraten. So konnte er oft Gesichtspunkte einbringen, die aus falschen Alternativen heraushalfen und das Entscheidende ins Bewußtsein brachten." Auch wenn nicht alle seinen Argumenten folgten, so hat ihm niemand den Respekt verweigert. In den Synodenakten ist auch das Diktum festgehalten, das man häufig aus seinem Munde hören konnte: „Wir müssen darauf achten, daß unsere Aussagen nicht so von heute sind, daß sie morgen schon von gestern sind."

Kardinal Volk war Mitglied mehrerer römischer Dikasterien, am längsten des Sekretariates zur Förderung der Einheit der Christen, an dem er zuvor schon als Konsultor mitgewirkt hatte. Mitglied wurde er 1966 und ist es bis zu seiner Emeritierung als Bischof geblieben. 1968 wurde er zugleich Mitglied der Kongregation für die Glaubenslehre. Mit seiner Kardinalsernennung schied er zunächst aus, wurde kurz darauf aber von Papst Paul VI. für fünf Jahre neu berufen.

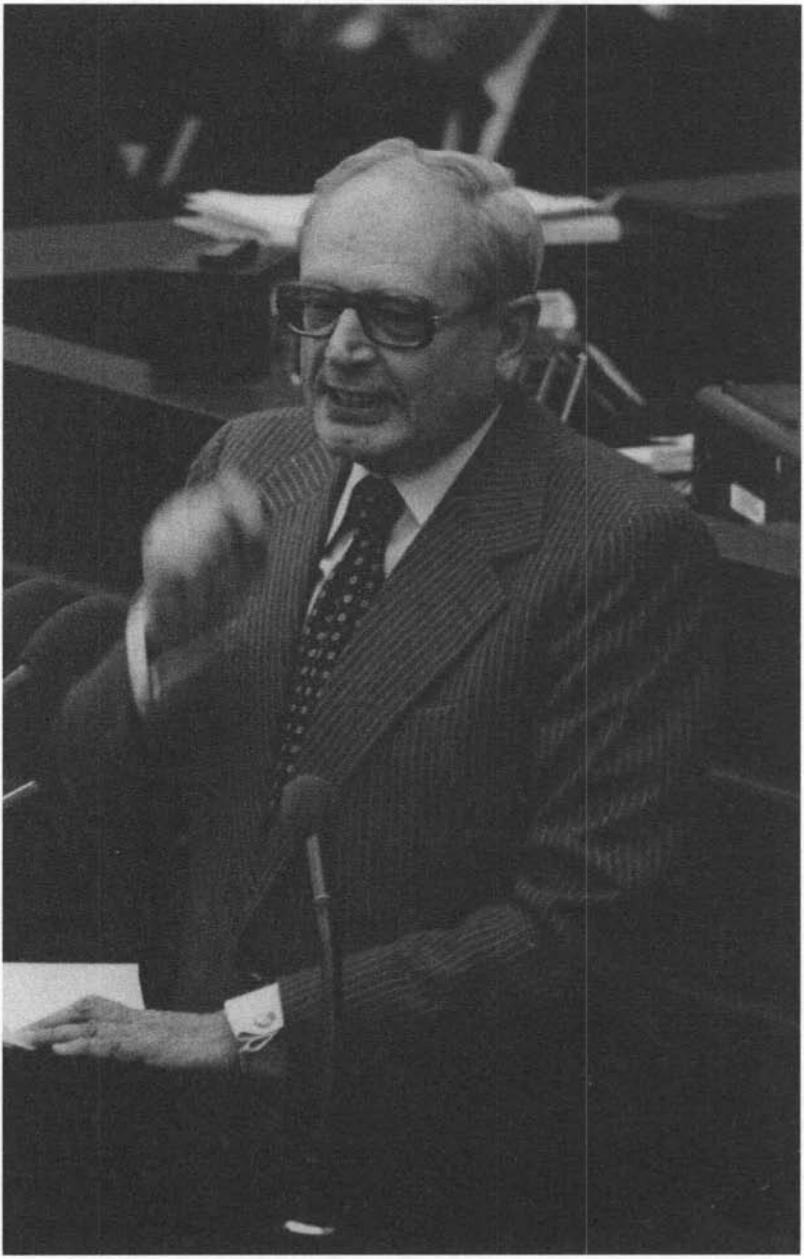
Die Erhebung zum Kardinal, die Volk am 5. März 1973, einem Rosenmontag, zuteil wurde, bedeutete für ihn eine unerwartete, hohe Ehre, aber auch eine vertiefte Verpflichtung für die Gesamtkirche. Gerüchte, er werde zum Präfekten der Gottesdienstkongregation ernannt werden, die sich bei den Feierlichkeiten in Rom verbreiteten, bestätigten sich – zum Glück für den neuen Kardinal, dem das römi-

sche Parkett auch aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse fremd blieb – nicht. Den Kontakt zur Pfarrei seiner Titelkirche, SS. Fabiano e Venanzio a Villa Fiorelli (in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung" war der Name des zweiten Heiligen in das einem deutschen Redakteur bekanntere „Bonanza" verschrieben), einer großen römischen Vorstadtpfarrei mit regem Leben, hat er gerne gepflegt.
Die Teilnahme an den beiden Konklaven des Jahres 1978, aus denen jeweils ein Bischof als Papst hervorging, der kurz zuvor Mainz besucht hatte, bedeutete einen weiteren Höhepunkt im Leben Hermann Volks. Mit Karol Wojtyła war er seit dem II. Vaticanum verbunden, als er mit diesem in einer Arbeitsgruppe zusammentraf und der junge polnische Weihbischof zu seinem älteren deutschen Kollegen sagte: „Ei, mit euch kann man ja reden." Kurz vor seiner Wahl zum Papst war der Kardinalerzbischof von Krakau in Mainz zu Besuch, dessen Katholisch-Theologische Fakultät einen intensiven Kontakt nach Polen pflegte und pflegt. Bereits vor dem Einzug ins Konklave äußerte der Mainzer Kardinal vielsagend, dass Kardinal Wojtyła jemand sei, der etwas zu sagen habe, und der auch außerhalb der Kirche Gehör finde. Prophetische Worte.

V

Nach seiner Emeritierung, die ihm von Papst Johannes Paul II. nach mehreren vergeblichen Gesuchen zum 27. Dezember 1982, dem Tag der Vollendung seines 79. Lebensjahres, gestattet wurde, übersiedelte Kardinal Volk mit seiner langjährigen Haushälterin Elisabeth Szamanski in seinen Alterruhesitz in die Domstraße. Er begab sich jedoch keineswegs aufs Altenteil, auch wenn er an der Leitung der Diözese nicht mehr beteiligt war, die er bei seinem Nachfolger, Bischof Karl Lehmann, der ohne Zweifel sein Wunschkandidat war, in besten Händen wusste. Er wurde zu vielen Gottesdiensten und Vorträgen eingeladen und entfaltete als Exerzitienmeister nochmals eine ganz neue Aktivität.
Im Frühjahr 1988 wurde eine Krebserkrankung diagnostiziert, die sehr rasch voranschritt. Ganz bewusst hat er sich von seinen Weggefährten verabschiedet, vielen schickte er von ihm selber aufgenommene und entwickelte Bilder und andere Erinnerungsstücke. Am 5. Juni 1988, seinem Bischofsweihetag, hielt er im Dom die Predigt, deren Schluss am Anfang dieses Beitrags dokumentiert ist. In den frühen Morgenstunden des 1. Juli ist er, der auf lebensverlängernde Maßnahmen verzichtete, gestorben. Von einer großen Zahl bischöflicher und priesterlicher Mitbrüder sowie einer schier unüberseh-

baren Menschenmenge wurde er eine Woche später zu seiner letzten Ruhestätte geleitet. Auf der Grabplatte in der Bischofsgruft des Mainzer Domes hat der Künstler Karlheinz Oswald den Blick festgehalten, den Kardinal Volk von seinem Arbeitszimmer in der Domstraße aus auf den westlichen Vierungsturm des Domes hatte.



Richard Jaeger (1913–1998)

„Für Richard Jaeger war der Kompaß seiner Grundüberzeugung die christliche Glaubenstradition, die er mit eherner Standfestigkeit und ohne jede Konzession an den wie auch immer gearteten Zeitgeist vertrat. Seine Prinzipienfestigkeit machte ihn widerstandsfähig, unbeugsam – auch unbequem – gegen gefällige Wendigkeit und Populismus jeder Art. Richard Jaeger war ein überzeugter Föderalist und Patriot, ein leidenschaftlicher Verfechter von Recht und Gerechtigkeit. In seinem Bemühen um Freiheit und Frieden sowie um die deutsche Einheit und europäische Einigung hat er sich herausragende und bleibende Verdienste erworben." Mit diesen würdigenden Worten charakterisierte Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth beim Trauerstaatsakt am 25. Mai 1998 den früheren Bundesminister und Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger. Und sein langjähriger Freund und politischer Wegbegleiter, der Europa-Abgeordnete Otto von Habsburg, wies mit eindringlichen Worten auf einen weiteren hervorstechenden Charakterzug Jaegers hin: „Dazu kam seine Treue zu seinen Freunden, auch dann, wenn ihn dies viel kosten sollte. Aus eigener Erfahrung kann ich bezeugen, daß er nicht einen Augenblick zögerte, sich für Personen einzusetzen, die scharf angefeindet wurden, nur weil er überzeugt war, daß der Angegriffene im Recht ist. Das hat Jaeger allerdings treue Freunde geschaffen, die ihm über Jahrzehnte hinaus verbunden waren."

Der promovierte Jurist war ein Politiker der ersten Stunde, der sich mit Überzeugung und leidenschaftlichem Einsatz für den demokratischen Neubeginn in Bayern und in Deutschland einsetzte. Er gehörte zu den Gründerpersonen der Union, die sich unmittelbar nach Kriegsende intensiv mit Fragen der politischen Standortbestimmung auseinandersetzten, sich gegen die allgemeine Orientierungslosigkeit stemmten und bestrebt waren, politische Ideen zu entwickeln, um die zukünftige Gesellschaftsordnung vor allem auf dem christlichen Wertefundament aufzubauen und mitzugestalten. Seinen Einsatz für den Auf- und Ausbau des deutschen Rechtsstaates leistete er als überzeugter Parlamentarier mehr als 30 Jahre lang im Deutschen Bundestag. Seinen politischen Kampf für die Bewahrung von Demokratie, Frieden und Freiheit, die er vor allem durch die Westbindung, das Sicherheitsbündnis der NATO und den europäischen

Einigungsprozess garantiert sah, sowie sein Engagement für die Menschenrechte setzte er darüber hinaus in zahlreichen internationalen Vereinigungen, außerparlamentarischen Gremien, Verbänden und Vereinen bis ins hohe Alter fort.

I

Richard Jaeger wurde am 16. Februar 1913 in Schöneberg (heute Berlin) als ältester Sohn des bayerischen Beamten Dr. Heinz Jaeger und seiner Frau Elsbeth geb. Dormann geboren. Der Vater, damals Angestellter des Reichsversicherungsamtes, war zur Zeit seiner Geburt für zwei Jahre nach Berlin versetzt worden. Die Familie zog bald nach München zurück, wo der Vater am 1. Juli 1913 zum Stellvertretenden Vorstand des Städtischen Versicherungsamtes München und 1920 zu dessen Direktor befördert wurde. Der preußische Geburtsort Berlin, den er zeitlebens aufgrund seines betonten bayerischen Patriotismus zu kommentieren hatte, änderte für ihn nichts an seinem „lupenrein weiß-blauen Stammbaum".

Jaeger stammte aus einer alten bayerischen Beamtenfamilie aus der Rheinpfalz, die von jeher politisch aktiv war und seit 1848 in jeder Generation einen Vertreter im Parlament, im Bayerischen Landtag oder im Reichstag hatte: Sein Urgroßvater Dr. med. Lukas Jaeger war von 1849 bis 1858 pfälzischer Abgeordneter im Bayerischen Landtag, dessen ältester Sohn Dr. phil. Eugen Jaeger *(siehe Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 11)* gehörte von 1898 bis 1918 für die Zentrumspartei dem Deutschen Reichstag an, noch länger jedoch dem Bayerischen Landtag (1887–1911, 1919–1920). Am 21. Februar 1919 war er Alterspräsident des ersten republikanischen Landtags. In Jaegers Elternhaus war Politik ein häufiges Gesprächsthema, er selbst verfolgte bereits mit zwölf Jahren das politische Geschehen. Mit 17 Jahren entstand der Wunsch, Reichstagsabgeordneter zu werden, ein Ziel, das ihm jedoch spätestens mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten verbaut schien.

Richard Jaeger besuchte, zusammen mit seinem zwei Jahre jüngeren Bruder Harald, das humanistische Maximilians-Gymnasium in München und begann, nach dem Abitur, im Sommersemester 1933 Rechts- und Staatswissenschaften in München zu studieren. Trotz seiner kritischen Distanz zum Nationalsozialismus trat er, um sein Studium nicht zu gefährden, am 1. November 1933 in die SA ein, wo er bis zu seinem Wechsel an die Universität Berlin im Wintersemester 1934/35 zunächst auch Dienst leistete. „Im bewußten Gegensatz zum Ungeist der damaligen Zeit" (Jaeger) war er schon zu Beginn seines Studiums 1933 der Katholischen Studentenverbindung

Südmark im Kartellverband beigetreten. Er engagierte sich während seines Studiums in München, Berlin und Bonn und bis zum Ende seiner Referendarszeit 1939 in der dem Regime ablehnend gegenüberstehenden katholischen Jugend- und Studentenbewegung.
Bereits als Gymnasiast war Jaeger zu den Jesuiten gekommen, die in München den Bund „Neu-Deutschland", eine katholische Jugendbewegung für Jungen und Männer, aufgebaut hatten. Dieser hatte am Maximilians-Gymnasium eine „Marianische Kongregation" gegründet. Die regen Aktivitäten in der katholischen Jugendbewegung, die sich während seiner Schulzeit in der Regel auf rein religiöse Belange beschränkten, seine Erlebnisse und Erfahrungen dort prägten die bisweilen dogmatisch anmutende Religiosität Jaegers offensichtlich weit mehr als das zwar katholische, aber offenere Elternhaus. Nach der 1934 erfolgten Selbstauflösung der Studentenverbindung Südmark beteiligte er sich an der Gründung der Münchner Hochschulgruppe im Katholischen Jungmännerverband, der 1938 verboten wurde. Während seines Studiums im Wintersemester 1934/35 in Berlin wirkte er an der Gründung der dortigen katholischen Hochschulgruppe mit, die er dann auch leitete.
Im Sommersemester 1935 studierte Jaeger in Bonn, wo er in der Reichsführung des katholischen Hochschulrings, der Zusammenfassung aller Hochschulgruppen des Jungmännerverbandes in Deutschland, mitarbeitete. Er vertrat offen und entschieden seine katholische, antinationalsozialistische Haltung und fand in der dortigen Studentengruppe mit dem späteren Bonner Historiker Eugen Ewig, dem Völkerrechtsexperten Hermann Mosler und dem Intendanten des Saarländischen Rundfunks Franz Mai gleichgesinnte Freunde, die ihm ein Leben lang verbunden blieben. Seine Tätigkeit für die katholische Jugendbewegung ging teilweise über das Legale hinaus, die Einschränkungen (Postkontrolle, Reisebeschränkungen), denen er unterlag, blieben jedoch vergleichsweise harmlos.
In München legte Jaeger 1936 das Referendarsexamen ab und trat in den Vorbereitungsdienst ein. Der Aufforderung zum Eintritt in die NSDAP folgte er nicht, was später seine Übernahme in den Justizdienst verzögerte. Er arbeitete weiterhin für den Jungmännerverband in den süddeutschen Hochschulgruppen und bemühte sich, die Verbindungen auch nach dem Verbot 1938 aufrecht zu erhalten.
Nach dem Zweiten Staatsexamen 1939 heiratete er im selben Jahr die Philologin Rose Littner, mit der er sechs Kinder hatte. Unmittelbar nach Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen, war Jaeger die gesamte Dauer des Krieges von 1939 bis 1945 Soldat, davon zwei Jahre als Artillerist an der Ostfront, zuletzt im Rang eines Wachtmeisters und Fahnenjunkers der Reserve einer Beobachtungsabtei-

lung. 1940 wurde er zum Gerichtsassessor, 1943 zum Amtsgerichtsrat in Weilheim befördert, in Ämter, die er nie ausübte, die jedoch der finanziellen Absicherung der Familie dienten. Am 6. Mai 1945 geriet er auf dem Boden der Tschechoslowakei in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

II

Am 25. Mai 1945 kehrte er nach dreiwöchiger Kriegsgefangenschaft zu seiner Familie nach München zurück, die inzwischen vor den Bomben Zuflucht in Dießen am Ammersee gefunden hatte. Als er im Sommer 1945 einen Passierschein für München erhalten konnte, nahm er sofort wieder Kontakt zu den bereits heimgekehrten Freunden aus der katholischen Jugend auf, so zu Toni Böck und Franz Steber. Für Jaeger stand es außer Frage, das politische Geschehen nun aktiv mitzugestalten, um eine erneute Radikalisierung der Politik und ihrer verheerenden Folgen im Keim zu unterbinden. In dem Kreis Gleichgesinnter wurden die aktuellen politischen Fragen erörtert. Als er bemerkte, wie wenig klare politische Vorstellungen in seiner Generation vorhanden waren, entschloss er sich im Sommer 1945 zur Abfassung einer 56-seitigen Denkschrift „Auf dem Weg zur Demokratie: Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung", die innerhalb der katholischen Jugend als Diskussionsgrundlage dienen sollte. Damit wollte Jaeger den „historisch-politischen Standort umreißen, die wesentlichen Grundlinien bayerischer Politik herausarbeiten und Ziel und Geist der Erneuerung klarstellen".
Im Herbst 1945 begann Jaeger sein Engagement innerhalb der Katholischen Jungen Mannschaft (KJM), die im August 1945 von Franz Steber gegründet worden war. In der KJM waren v. a. Männer und Frauen organisiert, die vor dem Krieg der Katholischen Jugend angehört hatten und nun, überwiegend unpolitisch, in erster Linie religiöse Anliegen und soziale Fragen erörterten. Mit seiner Denkschrift wollte Jaeger ein Bewusstsein für die Wichtigkeit politischen Denkens und Handelns schaffen. Als zuständige Kontaktperson der KJM zur CSU lernte er führende Persönlichkeiten der gerade in Gründung befindlichen CSU kennen, u. a. Josef Müller und Alois Hundhammer.
Am 20. Januar 1946 trat Richard Jaeger in die CSU Dießen ein. Jaeger stand dem konservativen CSU-Flügel um die BVP-Traditionalisten Fritz Schäffer und Alois Hundhammer nahe, deren Forderungen er in den Führungs- und Flügelkämpfen in der Regel unterstützte. Jedoch sah er deutlich die Gründe für das Versagen der

Bayerischen Volkspartei und des Zentrums gegenüber dem Nationalsozialismus, weshalb er ein bloßes Anknüpfen an diese Parteien für völlig ungenügend hielt, den überkonfessionellen Sammlungsgedanken auf möglichst breiter Basis forderte und nachdrücklich vertrat. Trotz seines ausgeprägt bayerischen Patriotismus blieb die oberste Motivation und das vordringliche Ziel seines politischen Engagements die christliche Grundüberzeugung unter Einbindung aller christlichen Konfessionen. Aufgrund der Bedeutung, die er dem Unionsgedanken zumaß, kam für ihn ein Beitritt zur Bayernpartei nicht in Frage.

Zwei Tage nach seinem Parteibeitritt übernahm er am 22. Januar 1946 die Funktion eines Rechtsreferenten im Landessekretariat der CSU in München und damit ein weites Aufgabenfeld. Jaeger nahm das Angebot des dezidiert Müller-freundlichen „gegnerischen" Landesgeschäftsführers gerne an, zumal sich eine Aufhebung seines Beschäftigungsverbots für den Justizdienst, infolge seiner Mitgliedschaft in der SA, nicht abzeichnete. Dieses Angebot kam seinem Wunsch, politisch tätig zu sein, entgegen; zudem interessierten ihn die Landespolitik und die Verfassunggebung in Bayern sehr viel mehr als etwa reine Kommunalpolitik. Seine Tätigkeit in der CSU-Landesleitung – er befasste sich vor allem mit Arbeiten zur bayerischen Verfassung und der Beratung in Entnazifizierungsfragen – machte ihn mit allen maßgeblichen Personen in der CSU bekannt und förderte auf diese Weise erheblich seine politischen Pläne.

Jaeger beteiligte sich am Aufbau und der Organisation des Jugendausschusses der CSU, dessen Gründung auf Anregung der Landesleitung der CSU am 24. Februar 1946 unter maßgeblicher Beteiligung der Mitglieder der KJM erfolgt war. Er organisierte den Aufbau einer Jungen Union im Kreisverband Landsberg und wirkte federführend im Bezirksverband Oberbayern mit. Er avancierte schnell zu einer der tonangebenden Persönlichkeiten innerhalb der Jungen Union, die ihn im Mai in ihr Führungsgremium, den aus drei Mitgliedern bestehenden Landesrat, wählte.

Am 31. August 1946 schied Jaeger nach Querelen um seine SA-Mitgliedschaft auf eigenen Wunsch aus der CSU-Landesleitung aus. Eine andere Tätigkeit konnte er aufgrund des mit dem Spruchkammerverfahren verbundenen Beschäftigungsverbots nicht antreten. Er begann während seiner zwangsweisen zwölfmonatigen Arbeitslosigkeit im Herbst 1946 eine Promotion zum Dr. jur. bei dem Staatsrechtler Professor Willibalt Apelt, die er im Sommer 1948 abschloss. Apelt stellte ihn zudem als zunächst unbezahlten Übungsassistenten für öffentliches Recht zur Korrektur von Übungsarbeiten seiner Studenten ein. 1947 erging schließlich der Spruchkammerbescheid, der

Jaeger entlastete und wieder in seine Beamtenrechte einsetzte. Bis dahin hatte seine Frau durch Privatunterricht den Lebensunterhalt für die Familie verdient. Jaeger nahm ab und zu etwas Geld durch Buchrezensionen und Artikel ein, die er für die „Rheinische Post" und verschiedene süddeutsche Zeitungen zu Verfassungs- und Föderalismusfragen sowie zu allgemeinen politischen Themen schrieb.
Nach der Aufhebung des Beschäftigungsverbots begann Jaeger im Herbst 1947 als Regierungsrat und persönlicher Referent des bayerischen Kultusministers Alois Hundhammer zu arbeiten. Er beendete seine Tätigkeit im bayerischen Kultusministerium 1948 mit seiner überraschenden Wahl zum rechtskundigen Ersten Bürgermeister in Eichstätt am 26. Mai 1948. Mit der Erlangung der Kreisfreiheit 1949 wurde er dort Oberbürgermeister. Er gab dieses Amt aber am 30. November 1949 auf, nachdem er am 14. August 1949 in den ersten Deutschen Bundestag gewählt worden war.

III

Jaegers lange gehegter Wunsch, eines Tages Abgeordneter eines deutschen Parlaments zu werden, war trotz seines Zwischenspiels als Oberbürgermeister ungebrochen. Als Jurist und Verfassungsexperte war er 1948 als Kandidat für den Parlamentarischen Rat im Gespräch gewesen, wo er die Parteijugend der CSU repräsentieren sollte. Er unterlag jedoch dem Einspruch des einflussreichen Vertreters des Bauernflügels der CSU, Michael Horlacher, der einen Vertreter der Landwirtschaft für wichtiger hielt.
Gefördert von Alois Hundhammer wurde Jaeger 1949 für den Wahlkreis Fürstenfeldbruck-Dachau-Landsberg als Direktkandidat der CSU für den ersten Deutschen Bundestag aufgestellt und mit 27,1 % der Stimmen und einem nur knappen Vorsprung vor der starken Bayernpartei (24,7 %) in den Bundestag gewählt. Neben Franz Josef Strauß in Weilheim/Schongau gewann er das einzige Direktmandat für die CSU in Oberbayern. Bis 1980 errang er stets mit beeindruckenden Mehrheiten zwischen 50 % und 60 % das Direktmandat für den Wahlkreis 2 (197) Fürstenfeldbruck-Dachau-Landsberg, jeweils ohne ausreichende Absicherung durch einen Listenplatz. Als die CSU Ende 1979 in seinem Wahlkreis einen Gegenkandidaten aufstellte, verzichtete er im Januar 1980 auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag, aus dem er am 5. Oktober 1980 nach 31 Jahren parlamentarischer Tätigkeit ausschied.
In der ersten Wahlperiode gehörte Jaeger zahlreichen Ausschüssen an, u. a. dem Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunität, für

Rechtswesen und Verfassungsrecht, für innergebietliche Neuordnung, dem Wahlrechtsausschuss und dem Ausschuss zur Mitberatung des EVG-Vertrages; zudem war er seit 1952 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses zum Schutz der Verfassung. 1952 gehörte er zu einer Gruppe von 34 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die einen Gesetzentwurf zur Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts in den Bundestag einbrachten. Die Mitarbeit in den genannten Ausschüssen belegt sein großes Interesse für rechts- und verfassungspolitische Themen und Fragestellungen, die ihn neben der Außen- und Sicherheitspolitik ein Leben lang beschäftigten.

1953 bis 1965 amtierte Jaeger als Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung. In dieser Funktion übte er maßgeblichen Einfluss auf die Kontroverse über die Bewaffnung der Bundesrepublik und den Aufbau der Bundeswehr. Er prägte das außenpolitische Profil der CSU im Zeichen einer festen Westbindung und europäischen Integration, begrüßte den Beitritt der Bundesrepublik zu den Westbündnissen als einen Schritt zur Verteidigung der nationalen und europäischen Sicherheit. Und er forderte im Gegenzug, dass die Bundesrepublik einen eigenen militärischen Beitrag zur Unterstützung des Bündnisses leisten müsse.

In der Wehrgesetzgebung, an deren Entwurf Jaeger gemeinsam mit dem SPD-Politiker Fritz Erler beteiligt war, setzte er sich für den „Primat der Politik" und damit für eine demokratische Wehrverfassung ein, bei der die zivile der militärischen Gewalt übergeordnet und damit dem Bundestag eine Kontrolle der militärischen Gewalt ermöglicht werden sollte. Er engagierte sich für die Realisierung der zivilen Vorrangstellung in der Führung der Bundeswehr auch mit der Einführung eines Wehrbeauftragten als Organ des Deutschen Bundestages zur Kontrolle des inneren Gefüges der Bundeswehr nach schwedischem Vorbild. Die Mitgestaltung der Wehrgesetzgebung zählt zu seinem politischen Hauptwerk in Bonn, das auch von seinen politischen Gegnern gewürdigt wurde.

Als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses übernahm Jaeger die Leitung der 18-köpfigen deutschen Parlamentarierdelegation, die 1955 erstmals mit Beobachterstatus, seit 1956 als vollberechtigtes Mitglied zu der 1954 von den Parlamentariern der NATO-Staaten gegründeten NATO-Parlamentarierkonferenz (1966 in Nordatlantische Versammlung (NAV) umbenannt) eingeladen worden war. Dieses von der NATO unabhängige Gremium setzt sich aus Parlamentariern der einzelnen NATO-Staaten zusammen, bietet eine Plattform, um sich über Sicherheitsprobleme von gemeinsamem Interesse auszutauschen und fungiert als inoffizielles Bindeglied zwischen dem

Bündnis und den einzelstaatlichen Parlamenten. Jaeger fungierte als Leiter von 1955 bis 1973 und von 1977 bis 1980 und organisierte und koordinierte in dieser Funktion die internationalen Treffen für die deutschen Parlamentarier. Als sich 1973 die christdemokratischen und konservativen Abgeordneten der NAV zu einer Gruppe zusammenschlossen, wählten sie Jaeger zu ihrem Vorsitzenden (1973–1977).

Sein Engagement für die NATO und für eine enge politische und wirtschaftliche Kooperation mit den USA und Kanada setzte er als Mitglied und Präsident (1957–1990) der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DAG) sowie als Vizepräsident (1958–1966) der Atlantic Treaty Association (ATA), des internationalen Zusammenschlusses der nationalen Atlantischen Gesellschaften, nachdrücklich und kontinuierlich über mehr als drei Jahrzehnte fort. Die 1956 in Bonn gegründete DAG unterstützte die Bestrebungen des nordatlantischen Bündnisses und setzte sich zum Ziel, durch eine eingehende Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Aufgaben und Ziele der NATO das Verständnis für das Bündnis und seine Politik zu vertiefen. Die enge Kooperation im Bereich militärischer Sicherheit galt ihm als Voraussetzung und als Garantie für eine umfassende und gerechte Friedensordnung in Europa.

Richard Jaeger war ein rhetorisch gewandter, wenn auch oft aggressiver Diskussionsredner, wenn es Maßnahmen der Regierungskoalition und besonders solche der Landesverteidigung gegen Angriffe der Opposition zu verteidigen galt. Als intelligenter, treffsicherer, scharfsinniger und scharfzüngiger Debattenredner im Bundestag festigte Jaeger in den siebziger Jahren seinen weitbeachteten Ruf. So verschaffte er sich in den parlamentarischen Redeschlachten um die Deutschland- und Ostpolitik und die innerdeutschen Beziehungen deutlich Gehör, bekannte sich zum Fortbestand der Einheit Deutschlands und stimmte 1972 als eines der wenigen Mitglieder seiner Fraktion gegen die Ostverträge.

IV

Der promovierte Jurist beschäftigte sich stets intensiv mit staatsrechtlichen und justizpolitischen Fragen, zu denen er sich als Mitarbeiter des Staatslexikons und als Autor in zahlreichen Beiträgen und Artikeln äußerte. Er verfasste darüber hinaus eine Vielzahl von tagespolitischen Kolumnen und Artikeln und folgte damit auch in publizistischer Hinsicht der von Lukas Jaeger begründeten Familientradition.

Als Bundestagsabgeordneter vertrat Jaeger eine betont katholisch und konservativ geprägte Politik, was sich besonders in seinen Vorstößen zur Reform des Familienrechts und zu diversen Gesetzesänderungen zeigte. 1953 forderte er die Abschaffung der obligatorischen Zivilehe und betonte, dass auch eine kirchlich geschlossene Ehe rechtsgültig sein müsse. Er setzte sich für die Abschaffung der scheidungserleichternden Bestimmungen des Ehegesetzes ein. 1954 gehörte er zu einer Gruppe von 36 Abgeordneten der CDU/CSU und der DP, die eine Änderung des Artikel 102 Grundgesetz forderten, um die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord zu ermöglichen. Vor allem die auch später mehrfach öffentlich vorgebrachten Forderungen nach der Wiedereinführung der Todesstrafe für Kapitalverbrechen stießen zunehmend auf die Zurückhaltung der eigenen CDU/CSU-Fraktion und auf vehemente Kritik und Ablehnung bei den anderen Parteien. Sie prägten seinen Ruf als Hardliner – haften blieb ihm der Beiname „Kopf-ab-Jaeger", – den er zeit seines Lebens nicht mehr abschütteln konnte. Seiner Argumentation folgend, „daß Mord grundsätzlich mit dem Tode bestraft werden und nicht verjähren sollte", setzte er sich in den Verjährungsdebatten der sechziger und siebziger Jahre nachdrücklich für die Abschaffung der Verjährungsfristen für Mord und NS-Verbrechen ein.
Seine Berufung als Bundesjustizminister am 26. Oktober 1965 in das zweite Kabinett Erhard stieß deshalb auf große publizistische Resonanz und alarmierte aufgrund seines erzkonservativen Rufes zahlreiche Kritiker. Er überraschte die Öffentlichkeit jedoch schon bald mit einer besonnenen, sachlichen und konsensorientierten Justizpolitik in Fortführung der bisherigen rechtsstaatlich-liberalen Tradition. So setzte er in seiner Amtszeit eine Teilreform des politischen Strafrechts (Hochverrat, Landesverrat, Strafgefährdung) um, die sein Amtsvorgänger vorbereitet hatte, und führte die Arbeiten an den etwa 70 Gesetzen weiter, die auf dem Programm des Justizministers für die gesamte Wahlperiode standen.
Mit dem Rücktritt Erhards als Bundeskanzler verlor Jaeger bereits nach einem Jahr sein Ressort wieder und schied am 1. Dezember 1966 aus dem Amt. Von all den zahlreichen Ämtern und Funktionen, die er während seines langjährigen Politikerlebens innehatte, schätzte er sein Ministeramt am höchsten ein. Kurz vor der Auflösung des Kabinetts Erhard war Jaeger von Gerüchten, er solle das bayerische Justizministerium übernehmen, überrascht worden. Er dementierte sein Interesse und betonte nachdrücklich, in Bonn und in der Bundespolitik bleiben zu wollen.
Die nach seiner Amtszeit erfolgte Wende in der Strafrechtsreform lehnte er entschieden ab. Im Interesse der Opfer von Straftaten

forderte er nachdrücklich, den Sühnecharakter von Strafen nicht völlig zu vernachlässigen und stritt deshalb gegen die Liberalisierung des Strafrechts. So kritisierte er 1969 die „weiche Welle in der Strafgesetzgebung", verteidigte 1971 das Pornographieverbot, war 1976 einer der schärfsten Gegner des neuen Scheidungsrechts und der Abtreibungsregelung des § 218. Seine intensive rechtspolitische Arbeit führte er auch außerhalb des Parlaments in zahlreichen Gremien und einflussreichen Arbeitskreisen fort. So war er Mitbegründer und erster Landesvorsitzender (1967–1973) des am 12. Juli 1967 gegründeten Arbeitskreises Juristen der CSU. Er gehörte dem 1968 gegründeten Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) ebenso an wie dem Katholischen Arbeitskreis Strafrecht und verschiedenen Fachkommissionen zu einzelnen Rechtsfragen.

V

Von 1953 bis 1965 amtierte Jaeger als Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Er gab das Amt mit seiner Berufung als Justizminister (1965–1966) auf und übernahm es erneut nach dem Tod seiner Nachfolgerin Maria Probst von 1967 bis 1976. Damit war er das Präsidiumsmitglied mit der längsten Amtszeit in einem deutschen Parlamentspräsidium. Wegen seiner geschickten Leitung der Plenardebatten genoss er großen Respekt über die Parteigrenzen hinweg.
Er war von Anfang an ein überzeugter Anhänger des parlamentarischen Systems auf rechtsstaatlicher Basis, mit dem Wechsel von Regierung und Opposition. Deshalb erkannte er schon frühzeitig die Notwendigkeit von Parteien im System der repräsentativen Demokratie und die Unabdingbarkeit des Parteibeitritts für ein effektives politisches Engagement. Er trat der CSU bei, was sowohl Ausdruck eines Bekenntnisses für eine politisch-ideologische Linie war, wie den Willen zeigte, das politische Tagesgeschehen mitzugestalten. Nach seinem Engagement in der CSU-Landesleitung und für die Junge Union in der unmittelbaren Nachkriegszeit übte er neben seiner parlamentarischen Tätigkeit im Bundestag – vom 10. Dezember 1953 bis zum 1. Juli 1954 war er außerdem Mitglied des Europaparlaments – auch stets Parteiämter aus.
So war er vielfältig tätig für die örtlichen CSU-Verbände in seinem Wahlkreis, aber auch weit darüber hinaus in ganz Bayern für CSU und Junge Union sowie bundesweit für die Union. Von 1952 bis 1981 war er zudem Mitglied im Landesvorstand der CSU und gehörte 1963–1970 auch dem geschäftsführenden Landesvorstand bzw. Präsidium der CSU an. Jaeger war ein vehementer Gegner des

„Kreuther Beschlusses", mit dem die CSU 1976 die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag aufkündigte. Seine entschiedene Gegnerschaft kostete dem unbequemen Politiker wenig später das Amt des Bundestagsvizepräsidenten.

VI

Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im Oktober 1980 war Jaeger als CSU-Delegierter auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene weiterhin politisch tätig. Anfang 1984 übernahm er eine neue politische Aufgabe, als ihn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) zum Mitglied und Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf ernannte. Den Kampf für die Menschenrechte definierte Jaeger als besonders wichtige Aufgabe des Deutschen Bundestages und ganz besonders der C-Parteien. Bis 1990 vertrat er die deutschen Interessen und Standpunkte in Genf und setzte sich dort bei den jährlichen, jeweils sechs Wochen dauernden Tagungen zu Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen der Welt für dieses „überragende Weltthema" ein. Eine weitere Funktion übernahm er 1987–1991 als Präsident der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V. Dem Vorstand hatte er bereits seit seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1980 angehört, 1991–1995 amtierte er dann als Vizepräsident.

Bis 1991 setzte Jaeger auch seine Arbeit für die Deutsche Atlantische Gesellschaft sowie für eine Reihe weiterer politischer Vereine und Interessensgemeinschaften fort. Schon Anfang der fünfziger Jahre hatte er sich in der Abendländischen Bewegung, die sich um die vom Fürstenhaus Waldburg-Zeil finanzierte Zeitschrift „Neues Abendland" formierte, betätigt. Dieses Engagement führte ihn zum Centre Européen de Documentation et d'Information, kurz CEDI. Dies war zunächst ein Kontaktkreis kleiner konservativer Elitegruppen in Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Italien, der Bundesrepublik, der Schweiz, Luxemburg und Österreich, der sich seit 1950 jährlich in Spanien traf. 1957 wurde das internationale CEDI auf Schloss Zeil als eingetragener Verein offiziell gegründet und Otto von Habsburg zum Präsidenten gewählt. Jaeger, der seit Anfang der sechziger Jahre aktiv mitarbeitete, übernahm 1972–1974 die internationale Präsidentschaft.

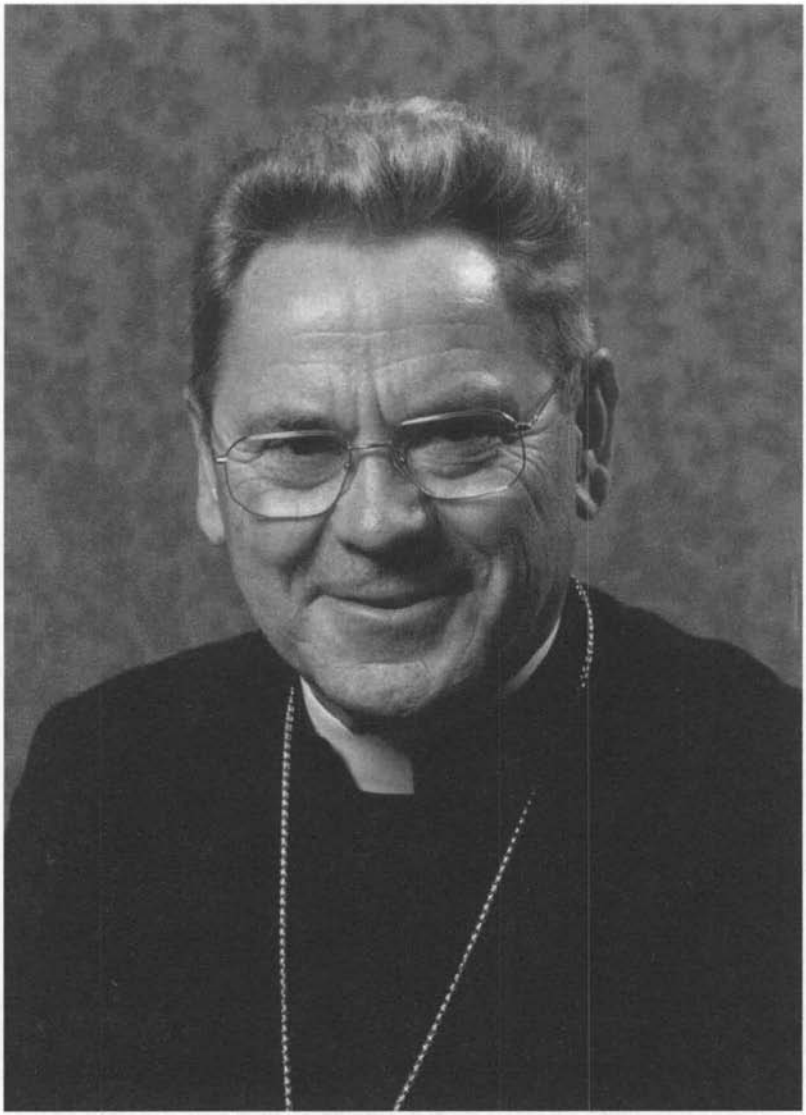
Auch in den westeuropäischen Herkunftsländern der Teilnehmer entwickelten sich die eher losen Dokumentationszentren zu juristisch institutionalisierten nationalen CEDIs fort. Am 17. Dezember 1972

erfolgte auf Initiative Jaegers die Gründung des CEDI Deutschland, das zunächst in der Abendländischen Akademie, dann vor allem im Europäischen Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Fragen e. V. einen organisatorischen, personellen und ideellen Vorläufer hatte. Von der Gründungsversammlung zum Präsidenten gewählt, wurde Jaeger bis zur Auflösung des deutschen CEDI am 22. November 1990 immer wieder in diesem Amt bestätigt.
Das CEDI diente konservativen, christlich-katholischen Politikern, aber auch Vertretern aus Wirtschaft, Militär, Kultur, Gesellschaft sowie Vertretern europäischer Adelshäuser, die alle durch einen dezidierten Antikommunismus verbunden waren, als Vortrags- und Diskussionsforum. Behandelt wurden Grundsatzfragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der europäischen Integration und des westeuropäischen und transatlantischen Bündnisses, aber auch aktuelle Gegenwartsfragen wie die Jugendrevolte im Jahr 1969. Dem außenpolitisch stark isolierten Spanien ermöglichte das CEDI Anfang der fünfziger Jahre die Kontaktaufnahme zu einer Reihe westeuropäischer Länder. Die jährlich meist in Spanien stattfindenden Kongresse betonten die Notwendigkeit einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einbindung Spaniens und Portugals in den westeuropäischen Integrationsprozess. Jaeger nahm regelmäßig an den CEDI-Treffen teil, setzte sich schon im Herbst 1959 für eine Aufnahme Spaniens in die NATO und frühzeitig für die Einbeziehung der iberischen Halbinsel in die europäische Einigung ein. Mit seinen häufigen Besuchen in Spanien und Portugal und seinen offensichtlich guten Beziehungen zu den beiden diktatorischen Regimen zog er jedoch auch Anfeindungen und heftige Kritik auf sich.
Auf nationaler Ebene setzte er sich zeitlebens für den Föderalismus ein. In seiner 1945 abgefassten Denkschrift hatte er die bayerische Eigenstaatlichkeit im Rahmen einer mitteleuropäischen Föderation gefordert, was ihm den Ruf eintrug, ein Separatist zu sein. Als überzeugter Anhänger warb er für den Föderalismus zum Beispiel im Bund Deutscher Föderalisten e. V. (BDF), der 1950 in Bonn zur Verbreitung des föderalistischen Gedankengutes gegründet worden war und dem er 1950–1998 als Vorstandsmitglied, 1981–1986 als Vorsitzender und seit 1986 als Ehrenpräsident angehörte. Der BDF verstand sich als Nachfolgeorganisation der Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten, in der sich unter dem Vorsitz des Kölner Universitätsprofessors Benedikt Schmittmann in den zwanziger Jahren der Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken mit evangelischen Föderalisten aus der Schule von Constantin Frantz zusammengeschlossen hatten.

Richard Jaeger wurde für sein politisches Engagement und seine Verdienste mit einer Reihe in- und ausländischer Orden ausgezeichnet. 1990 und 1991 zog er sich weitgehend aus den führenden Ämtern zurück. Nach dem Tod seiner Frau Rose 1994 heiratete er 1995 Almut Keck. Am 15. Mai 1998 starb er 85-jährig in Bonn. Am 25. Mai fand ein Staatsakt im Deutschen Bundestag in Bonn, am 27. Mai die Beisetzung in seinem Heimatort Dießen am Ammersee statt.

Richard Jaeger war, wie sein politischer Ziehvater Alois Hundhammer, durch feste christliche und ethische Grundüberzeugungen geprägt und nahm in vielen grundsätzlichen Fragen eine klare, unzweideutige, prinzipienfeste, häufig dogmatisch wirkende und deshalb vielfach, auch für die eigene Partei, unbequeme und unpopuläre Position ein. Er trat stets für Freiheit und Menschenrechte ein, die für ihn – eingebunden in eine feste, christlich fundierte Ordnung – die obersten Werte waren. Seit Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn war er dafür bekannt, erzkonservativ zu sein, vertrat aber in manchen politischen Einzelfragen progressives Gedankengut und fortschrittlich anmutende Ansichten, eine Ambivalenz, die auch in späteren Jahren durchaus typisch für ihn war. Sein Mut zur Individualität und eigenen Meinung auch in strittigen politischen Fragen, bis hin zu schärfsten politischen Kontroversen, seine bekannt harte und unnachgiebige Linie waren dem politischen Avancement nicht unbedingt immer förderlich, trugen ihm manche negative Resonanz ein, nötigten aber auch seinen Gegnern Respekt ab.

Jaeger profilierte sich als Rechts- und Verteidigungspolitiker, sein Hauptinteresse galt dem Aufbau der Bundeswehr sowie der Außenpolitik. Er war ein leidenschaftlicher, überzeugter Parlamentarier und glänzender wie gefürchteter Debattenredner. Im Streit um die besseren Argumente schonte er seine Gegner nicht, zumal wenn seiner Überzeugung nach zuviel von der Substanz und den Werten, denen er sich verpflichtet fühlte, preisgegeben werden sollte. Im konkreten Fall hinderte ihn dies jedoch nicht daran, eine durchaus konsens- und am Machbaren orientierte Politik zu betreiben. Diese zumindest vordergründige Widersprüchlichkeit drückt sich etwa in der Befürwortung der Wiedereinführung der Todesstrafe und der Abschaffung der obligatorischen Zivilehe auf der einen Seite, in seiner besonnenen Ämterführung im Bundestagspräsidium und im Bundesjustizministerium auf der anderen Seite aus.



Johannes Dyba (1929–2000)

Als Bischof von Fulda und Katholischer Militärbischof in Personalunion stand Johannes Dyba wie kein anderer deutscher Oberhirte seiner Zeit im Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Mit seinen streitbaren Äußerungen galt er den einen als prophetischer Mahner und „Löwe von Fulda", für die anderen war er der „päpstliche Raufbold" und gnadenlos intolerante „Ajatollah von der Rhön". Die Erinnerung an den „unverschämt katholischen" Erzbischof scheint nach wie vor lebendig zu sein. Von scharfen innerepiskopalen Kontroversen ist nach Dybas Tod natürlich nicht mehr so häufig die Rede. Zu seinen Lebzeiten wäre sicherlich auch mancher Beschluss des Episkopats anders ausgefallen.

I

Geboren wurde Johannes Felix Nikolaus Dyba am 15. September 1929 in Berlin-Pankow. Sieben Tage später wurde er auf den Namen Johannes des Täufers getauft. Er war das dritte von vier Kindern des Lehrerehepaares Felix Dyba und Johanna Dyba geb. Brüll.
Der Vater Felix Dyba (1881–1967) stammte aus einer kinderreichen Handwerkerfamilie des Posener Landes, die während der Ost-West-Migration in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Berlin sesshaft geworden war. Als Gymnasiallehrer unterrichtete er Mathematik und Naturwissenschaften. Der eigenwillige und impulsive Reformpädagoge, der sich in der katholischen Jugend-, Friedens- und Siedlungsbewegung betätigte, wurde 1924 „wegen Notlage des Staates" in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er gab dann Privatstunden, dozierte an der Katholischen Volkshochschule Esperanto und Astronomie und war auch als Versicherungsvertreter tätig. 1925 heiratete er die vierzehn Jahre jüngere Deutsch- und Englisch-Lehrerin Johanna Brüll (1895–1970). Sie war nicht weniger temperamentvoll als ihr Gatte. Ihre Vorfahren, zu denen auch mehrere Priester des Erzbistums Köln zählten, stammten vom Niederrhein. Jahre lang hatte ihr Vater das Gymnasium in Heiligenstadt geleitet. Das Paar lernte sich im Gesprächskreis Carl Sonnenscheins (1876–1929), des Berliner „Großstadtapostels", kennen.

Schon bald nach der Geburt ihres dritten Kindes bezog die Familie ein eigenes Haus in der St.-Josephs-Siedlung. Am Rande der Reichshauptstadt, auf halbem Weg zwischen Tegel und Waidmannslust gelegen, war hier eine katholische Siedlung entstanden. In diesem fast dörflich anmutenden Refugium der Berliner Diaspora wuchs Johannes Dyba auf.

Ostern 1936 kam er auf die (noch) katholische Volksschule in Tegel. Nach ein paar Probetagen wurde er dank seiner Vorkenntnisse bereits in die zweite Klasse versetzt. Nach insgesamt nur zwei Volksschuljahren besuchte der Achtjährige die Humboldt-Oberrealschule in Berlin-Tegel. Die Aufnahme in das Gymnasium der Jesuiten „am Lietzensee", das sein älterer Bruder Franz besuchte, war nicht mehr möglich gewesen, da diese Schule vom NS-Regime „abgebaut" wurde. Als Oberschüler trat Johannes Dyba dem katholischen Jugendbund „Neudeutschland" bei, der dem Programm der „neuen Lebensgestaltung in Christus" verpflichtet war. Seine bündische Prägung, seine Vorstellung von katholischer Jugendarbeit in Opposition zum herrschenden Zeitgeist mag hier grundgelegt worden sein. Im Juli 1939 wurde der Bund „Neudeutschland" verboten.

Die ersten Auswirkungen des Bombenkrieges veranlassten die besorgten Eltern, zunächst ihre beiden Töchter nach Heiligenstadt ins Internat zu geben. Von Frühjahr 1941 bis Sommer 1942 musste dann auch Johannes Dyba nach Heiligenstadt auf die Oberschule. Der Einsatz als Erntehelfer im schlesischen Leisersdorf bot willkommene Abwechslung, verlangte dem schmächtigen Dyba aber „harte Arbeit" ab. Nach einem Hundebiss erkrankte er im Oktober 1942 schwer an Diphtherie, die ihn an den Rand des Grabes brachte und schließlich stationär behandelt werden musste. Eine Kur im schlesischen Herzbad Kudowa verschaffte Linderung, ein Schuljahr war verloren und schlimmer noch: ein Herzfehler blieb ihm erhalten.

Durch den Großangriff der Royal Air Force vom 26. November 1943 auf den Norden Berlins wurde die Familie Dyba obdachlos. Johannes Dyba kam nun doch, was seine Eltern bisher erfolgreich hatten verhindern können, in das der Aufsicht der Hitlerjugend unterstehende KLV-Lager seiner Schule in Binz auf Rügen. Gegen seine Überzeugung musste er im April 1944 schließlich der HJ beitreten, „um – wie er meinte – nicht aus dem Lager hinaus- und obdachlos auf die Straße gesetzt zu werden". Erst nach einem Jahr gelang es den Eltern, die „nach vielen Irrfahrten" in Heiligenstadt eine Bleibe gefunden hatten, ihren Sohn wieder zu sich zu holen. Kurz vor Weihnachten 1944 traf Johannes Dyba endlich in Heiligenstadt ein. Fortan lebte er wieder im Kreise seiner Familie und besuchte die örtliche Oberschule.

Den Einmarsch der Amerikaner in Heiligenstadt am 9. April 1945 erlebte Johannes Dyba, der als 15-Jähriger noch zum „Volkssturm" eingezogen worden war, aber vor Kampfhandlungen verschont blieb, schachspielend mit seinem Vater. Sein Bruder Franz, der Priester hatte werden wollen, fiel – wahrscheinlich im Januar 1945 – 18jährig als Rekrut an der Ostfront. Johannes Dyba wurde Dolmetscher und Telefonist der Militärkommandantur. Die „größte Enttäuschung" stand ihm allerdings noch bevor: Nach knapp drei Monaten zogen die Amerikaner ab. Die Russen rückten am 5. Juli 1945 in Heiligenstadt ein. Als die Schulen einen Monat später wieder ihre Tore öffneten, besuchte Dyba Klasse 11 der Oberschule. Zwei Jahre später bestand er die Reifeprüfung mit überdurchschnittlichem Erfolg.

Bei dem noch nicht ganz 18jährigen war inzwischen ein reges Interesse an Öffentlichkeit und Politik erwacht. Hatte er in den Augen seiner Berliner Schulkameraden als eher introvertiert gegolten, so fühlte er sich in der Nachkriegsgesellschaft zur politischen Mitgestaltung herausgefordert. Im Eichsfeld, das nahezu ganz katholisch war, unterstützte die Kirche von Anfang an offen die CDU, die hier als Fortsetzung der Zentrumspartei in nur wenig veränderter Gestalt galt. Ganz auf dieser Linie entfaltete Dyba seit Mai 1946 bemerkenswerte Aktivitäten für die Union, deren Anliegen er auch in die als überparteilich firmierende Freie Deutsche Jugend zu übernehmen trachtete. In der politischen Arena trat sein rhetorisches Talent zutage. Größere Probleme mit der sowjetischen Besatzungsmacht ergaben sich erst im Umfeld der Kommunal- und Landtagswahlen im Herbst 1946. Dyba wurde zweimal vorläufig festgenommen und verwarnt. Ausschlaggebend für das Einschreiten der Sicherheitskräfte scheint Dybas Absicht gewesen zu sein, durch Mitarbeit in der FDJ Spielraum zum Ausbau der katholischen Jugendarbeit zu nutzen.

Als Johannes Dyba keine Hoffnung mehr auf eine Zulassung zum Jurastudium in Jena hatte und dann auch noch um seine eigene Sicherheit fürchten musste, floh er in der Nacht vom 7. zum 8. Juli 1947 über die Zonengrenze und kam über Eschwege nach Fulda. Zu der wiedergegründeten Universität in Mainz gab es wegen einer akuten Typhussperre kein Durchkommen. Mit dem „Mut der Verzweiflung" zog Dyba nach Bamberg. Beim Rektor der Hochschule, Professor Benedikt Kraft (1888–1963), erreichte er schließlich die Zusage der Immatrikulation, eine Wohnung fand sich in dem zwölf Kilometer entfernten Hirschaid. Doch wurde er wegen illegalen Grenzübertritts in Haft genommen und nach Bamberg ins Land-

gerichtsgefängnis verbracht. Erst nach etwa einer Woche erlangte er seine Freiheit wieder. Nach einem Semester als Gasthörer für Philosophie begann Dyba das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Philosophisch-Theologischen Hochschule. Er verzog aus Hirschaid und fand in Bamberg Unterkunft. Seinen Lebensunterhalt bestritt er vornehmlich mit Nachhilfestunden. Während der Semesterferien war er als Werkstudent tätig, zeitweilig arbeitete er in einer Glockengießerei. Als Wanderredner machte Dyba im April 1948 Wahlkampf im Bamberger Land für die CSU. Er wurde in den Allgemeinen Studentenausschuss der Bamberger Hochschule gewählt. Im gleichen Jahr trat er der deutschen Sektion der Europa-Union bei und gelangte in den Vorstand des Bamberger Kreisverbandes. Die katholische Studentenverbindung Fredericia Bamberg im CV nahm ihn 1949 in ihre Reihen auf.
Höhepunkt seines Jurastudiums wurde ein Auslandsaufenthalt Dybas in den Vereinigten Staaten. Im Rahmen des Demokratieförderprogramms der amerikanischen Regierung kam er für ein Studienjahr an die Duke University in Durham im Bundesstaat North Carolina. Bei seiner Ankunft in New York gerade 20 Jahre alt geworden, war Dyba der jüngste der 12 deutschen Durham-Stipendiaten. Als Student an der „Graduate School of Arts and Sciences" belegte er juristische, politische und historische Kurse mit dem Schwerpunkt im Völkerrecht, das zu seinem „juristischen Lieblingsfeld" wurde. Im Sommer 1950 besuchte er einen „international administration course" an der University of Denver (Colorado), der sich mit den Vereinten Nationen beschäftigte. Mehrwöchige Reisen durch die Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada schlossen sich an.

III

In Bamberg war nun kein Bleiben mehr für ihn, es zog ihn nach Heidelberg. Dyba stieß zur Studentenverbindung „Arminia" und wurde im Wintersemester 1951/52 ihr „Fuchsmajor". Er beteiligte sich an der Gründung des Heidelberger Hochschulrings christlich-demokratischer Studenten, kam in den RCDS-Bundesvorstand und gehörte dem CDU-Kreisvorstand in Heidelberg an. Manchen tagespolitischen Streit hat er offensichtlich „mit nahezu demagogischer Eloquenz" ausgefochten. Das erste juristische Staatsexamen bestand er im Juni 1952 mit der Note „befriedigend" und begann die Arbeit an einer völkerrechtlichen Dissertation bei dem bekannten Staatsrechtslehrer Walter Jellinek (1885–1955). Nunmehr sah sich Dyba plötzlich „am Scheideweg, als Jurist entweder in die Politik oder in

die Wirtschaft zu gehen, Parteireden zu halten oder viel Geld zu verdienen". Nach inneren Kämpfen gelangte er schließlich zu der Überzeugung, dass ihn „eine weltliche Laufbahn, wie sie auch ausfallen möge, nie ganz ausfüllen oder befriedigen könnte". Nachdem er „einmal richtig durchgeglaubt" hatte, kam er zu dem Entschluss, dass er sein Leben „für die höchste Chance einsetzen sollte, die einem Menschen von Gott geboten wird: das Priestertum. Also keine enttäuschte Liebe und kein Blitz vom Himmel, sondern einfache Konsequenz aus dem Glauben", die aber Eltern, Freunde und Bundesbrüder nicht wenig überraschte. Er bewarb sich als Priesteramtskandidat – in Fulda und Köln zugleich. Als die Antwort aus Fulda über die Maßen kühl ausfiel, begann Dyba im Sommersemester 1953 sein Theologiestudium in Bonn und wohnte im Theologenkonvikt „Collegium Albertinum".

Die für das Studium der Theologie unerlässliche griechische Sprache war nachzuholen, das Hebraicum legte er freiwillig ab und erwarb nebenher den juristischen Doktorhut „cum laude". Das Theologische Abschlussexamen bestand er mit gutem Erfolg. Unmittelbar anschließend folgte 1957 der „Introitus" ins Priesterseminar, das sich noch in Bensberg befand, aber ein Jahr später nach Köln verlegt wurde. Am Ende des viersemestrigen Kurses stand im Januar 1959 wiederum ein Examen, das Dyba „nur" mit der Note 2–3 absolvierte. Am Fest Mariä Reinigung („Lichtmess") 1959 wurde er zusammen mit 20 anderen Kandidaten im Kölner Dom durch Josef Kardinal Frings (1887–1978) zum Priester für die Erzdiözese Köln geweiht.

Als Neupriester kam Johannes Dyba zur pastoralen Aushilfe zunächst nach St. Pankratius in Junkersdorf bei Köln und wurde dann Kaplan an St. Antonius in Wuppertal-Barmen. Ende September 1960 wurde er freigestellt zum Dienst in der Weltkirche, die sich im Zuge des konziliaren „Aggiornamento" anschickte, den kurialen Behördenapparat in Rom zu internationalisieren.

Dyba wohnte im deutschen Priesterkolleg beim Campo Santo Teutonico, studierte Kirchenrecht an der Lateran-Universität und erwarb mit einer Dissertation bei dem früheren vatikanischen Diplomaten und Lehrbeauftragten für Internationales öffentliches Recht Luigi Borettini (1907–1978) seinen zweiten Doktorgrad. Zugleich absolvierte er den zweijährigen Studienkurs der Päpstlichen Diplomatenakademie. Im Gegensatz zu seinen Mitstudenten wurde er dann nicht an eine Vertretung des Hl. Stuhles in ein fernes Land versetzt, sondern als Attaché in die deutschsprachige Abteilung der damaligen II. Sektion des Päpstlichen Staatssekretariats übernommen. Mit der reichlich bemessenen Freizeit war es endgültig vorbei, als Dyba 1966 zum verantwortlichen „Leiter" der deutschsprachigen

Abteilung aufrückte. Die epochale Kurienreform Papst Pauls VI. bedeutete für die Mitarbeiter nicht nur eine erhöhte Arbeitsbelastung, sondern führte auch zu einer umfassenden personellen Umbesetzung, bei der Johannes Dyba zu seiner Überraschung Ende 1967 in den Außendienst versetzt wurde. Er kam an die Apostolische Nuntiatur in Argentinien, dessen Revolutionsjunta im Jahr zuvor die Beziehungen zum Hl. Stuhl in einem Konkordat geregelt hatte.

Als sein Schwager Dr. med. Karl-Heinz Hagemann (1925–1968) Opfer eines Verkehrsunfalls wurde, war Dyba bestrebt, seiner nun zur Witwe gewordenen Schwester mit ihren beiden kleinen Kindern beizustehen. Er erwog, aus dem Dienst des Hl. Stuhls auszuscheiden und die vakante Pfarrei St. Marien in Neuss zu übernehmen. Dank einer Intervention des von ihm bemühten Kardinals Frings wurde er nach Europa zurückgeholt und als Botschaftssekretär an die Nuntiatur in Den Haag versetzt. Von hier aus ergab sich die Möglichkeit, seine Schwester und ihre Kinder regelmäßig in ihrem rheinischen Domizil zu besuchen.

In den Niederlanden wurde er Beobachter aufwühlender innerkirchlicher Spannungen, die sich auf dem „Pastoraal Concilie" in Noordwijkerhout (1966–1970) entluden. Diese historische Lehrstunde prägte Dybas kirchenpolitisches Koordinatensystem nachhaltig und bewog ihn dazu, sich in innerkatholischen Auseinandersetzungen eher auf konservative Kräfte mit einem traditionellen Glaubens- und Kirchenverständnis zu stützen.

Nach vier Jahren diplomatischer Tätigkeit in den Niederlanden wurde er im Sommer 1972 als „uditore" an die Nuntiatur in Kinshasa, dem ehemaligen Léopoldville, versetzt. In einer kirchenpolitisch heiklen Lage avancierte er 1973 zum interimistischen Geschäftsträger, zumal der Apostolische Nuntius vom Diktator Mobutu (1930–1997) als Doyen des Diplomatischen Korps abgesetzt und deshalb vom Hl. Stuhl abberufen wurde. In Zaïre (Kongo), dem flächengrößten Staat Zentralafrikas mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von über 40 Prozent, lernte Dyba auch die Problematik der liturgischen Zaïrisierung aus nächster Nähe kennen, die ihn entsetzte.

Schon bald nach dem Eintreffen des neuen Missionschefs wurde Dyba 1974 als Nuntiaturrat nach Kairo versetzt. Angesichts der nach dem Jom-Kippur-Krieg eingeleiteten Öffnungspolitik Anwar as-Sadats (1918–1981) galt die kirchliche Situation in dem islamisch geprägten Ägypten damals als weitgehend entspannt.

Nach zehn Jahren im diplomatischen Außendienst wurde Dyba 1977 als „höherer Beamter erster Klasse" an die Kurie nach Rom berufen und zum Vize-Sekretär der Päpstlichen Studienkommission „Justitia et Pax" ernannt, die der afrikanische Kardinal Gantin (* 1922) leitete. Bei Papst Johannes Paul II. fand Dyba schließlich „ein geneigtes Ohr, als er in einer Audienz den Wunsch vortrug, wieder in die Diplomatenlaufbahn des hl. Stuhls zurückversetzt zu werden, um in einer Nuntiatur tätig sein zu können" (K.-J. Rauber). Er wurde 1979 zum Pro-Nuntius in Liberia und Gambia sowie zum Delegaten für Guinea und Sierra Leone ernannt. Mit dem neuen Amt war die Erhebung zum Titularerzbischof von Neapolis in Proconsulari (Nebeul-Kedim) verbunden. Am 13. Oktober 1979 empfing Johannes Dyba im Kölner Dom die Bischofsweihe aus der Hand des Kardinalstaatssekretärs Agostino Casaroli (1914–1998), seinem ehemaligen Professor an der Pontificia Accademia Ecclesiastica. Mitkonsekratoren waren der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner (1906–1987) und Erzbischof Lourdusamy (* 1924), der Sekretär der Kongregation für die Glaubensverbreitung.

In seiner Ansprache von der Domkanzel verwies Dyba auf die Schwierigkeiten des päpstlichen Diplomaten, der zwar gelernt habe, in vielen Sprachen zu sprechen, aber in allen Sprachen nach Möglichkeit von Gott schweigen müsse. „Der Verzicht auf die Verkündigung der Frohen Botschaft kann dann schon ein Stich ins Fleisch sein." Als eine weitere „Wunde" bezeichnete es Dyba, dass er in seinen Priesterjahren so vielen Menschen begegnet sei, die glücklich hätten sein können, es aber nicht waren, da ihnen das Gefühl fehlte, Kinder Gottes zu sein. „Filii Dei sumus – Kinder Gottes sind wir". Diese Stelle aus dem ersten Johannesbrief, die Dyba zu seinem Wahlspruch erwählte, empfahl er den Gläubigen als „zentrale Wirklichkeit des Lebens": „Jeder einzelne von uns ist von Gott gewollt, geliebt und von ihm erwartet".

Als Repräsentant des Hl. Stuhles für vier westafrikanische Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen und Religionsverhältnissen nahm Dyba seinen Amtssitz im liberianischen Monrovia und überreichte dort am 20. Dezember 1979 Staatspräsident Tolbert (1913–1980) sein Beglaubigungsschreiben. Nur wenige Monate später wurde der Präsident von aufständischen Unteroffizieren getötet. Wenig spektakulär, aber für die Nachhaltigkeit seelsorglichen Handelns von besonderer Bedeutung war ein Jahr später die von Dyba in päpstlichem Auftrag vollzogene Errichtung der kirchlichen Hierarchie mit der Erzdiözese Monrovia und dem Suffraganbistum

Cape Palmas, die aus der Obhut der obersten römischen Missionsbehörde, der Kongregation für die Glaubensverbreitung, in die Selbständigkeit entlassen wurden.
Viel schwieriger als in Liberia erwies sich die kirchliche Lage in der ehemals französischen Kolonie Guinea. Dort wurde die katholische Kirche vom Regime des Diktators Ahmed Sékou Touré (1922–1984) zeitweilig hart bedrängt. Wenig Schwierigkeiten hatte Dyba dagegen als Delegat in Sierra Leone und Nuntius in Gambia, den beiden ehemaligen englischen Kolonien mit einem jeweils geringen katholischen Bevölkerungsanteil, wenn auch die politische Lage in Gambia angesichts sozialistischer Putschversuche angespannt blieb.

V

„Beinah wie weiland Ezechiel, der ja auch am Schopf emporgehoben wurde, um an dem heiligen Ort zu landen, an dem er das Wort Gottes künden sollte", fühlte sich Johannes Dyba, als man ihm die Berufung zum Bischof von Fulda antrug. Die päpstliche Bestätigung der Wahl des Domkapitels erfolgte am 4. Juni 1983 mit Dybas Ernennung zum Fuldaer Bischof unter Beibehaltung des persönlichen Titels eines Erzbischofs. „Die ungewöhnlichste katholische Bischofsernennung seit Menschengedenken" (L. A. Dorn) bot Anlass zu mancherlei Spekulation. So wurde etwa gemutmaßt, dass Dyba nach der schon bald anstehenden Emeritierung Kardinal Höffners den Kölner Erzstuhl übernehme und damit die Fuldaer Cathedra für Josef Leinweber (1940–1992), den noch etwas zu jungen Wunschkandidaten von Alt-Bischof Schick (1906–2000), freimache. Andere Pressestimmen fragten: „Wird ein neuer Kurienkardinal aufgebaut?".
Bei der Amtseinführung am 4. September entwickelte Johannes Dyba vor mehr als 10 000 Menschen auf dem Domplatz sein Programm: „Wir wollen der Welt zeigen, dass es möglich ist, in dieser unserer Kirche glücklich zu sein – denn es ist ja Seine Kirche, die Er uns geschenkt hat. ... Aber was unsere Kirche heute braucht, sind nicht so sehr Pharisäer, die sie dauernd auf die Probe stellen, nicht so sehr Schriftgelehrte, die sie dauernd kritisieren, nicht so sehr Tempelbeamte, die selbst das Allerheiligste nicht betreten und auch die anderen noch davon abhalten – nein, was diese Kirche braucht, sind vielmehr Jünger, die dem Herrn folgen mit der ganzen Hingabe ihrer selbst, Jünger, die einander lieben und in dieser Liebe Kirche bauen und Kirche bilden in unserer Zeit. Was diese Kirche braucht, sind Heilige – viele kleine und, so Gott will, auch ein paar große –, die ihr

den Weg weisen. Was diese Kirche braucht, sind wir, Menschen wie du und ich, Kinder Gottes, die sich freuen, im Schifflein Petri zu sitzen, auch und gerade, wenn es einmal stürmisch wird, die dann nicht gleich vom Untergang jammern, weil sie ja wissen, Gott der Allmächtige ist mit uns, alle Tage, bis an das Ende der Welt."
Die ersten Reaktionen der Gläubigen fielen ermutigend zustimmend aus. Differenzierter urteilte Wochen später die „Süddeutsche Zeitung": „In seiner neuen Diözese hat sich freilich die ängstliche Vermutung, mit einem in der Seelsorgearbeit praktisch unerfahrenen Diplomaten vielleicht doch nicht ganz richtig bedient worden zu sein, fürs erste gelegt. Nicht zuletzt sorgt die ganz und gar nicht funktionärsmäßige, sondern eher schon jungenhafte persönliche Ausstrahlung Dybas dafür, dass ihm die Herzen verhältnismäßig schnell zufliegen. Andererseits wurde mittlerweile auch manchem deutlich, dass sich hinter dem oft sympathisch-unkonventionellen Auftreten Dybas durchaus ein harter katholischer Kern verbirgt. So wies der neue Bischof die Mitglieder der Friedensbewegung Pax Christi kurz nach seiner Amtseinführung an, sich ‚aus der Grauzone zwischen grobem Unfug und Landfriedensbruch' herauszuhalten – eine Formulierung, die nicht nur ihrer forschen Zuspitzung wegen noch manches konfliktträchtige Signal aus Fulda verspricht" (R. Stephan).
Innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz leitete Dyba von 1983 bis 1989 die Arbeitsgruppe neues Kirchenrecht, deren Aufgabe darin bestand, das Gesetzeswerk des Codex Iuris Canonici von 1983 für die deutschen Verhältnisse anzupassen. Ferner war er Mitglied der Gremien für das Bischöfliche Hilfswerk „Misereor" und für den Dialog mit den Weltreligionen. Vor allem arbeitete er in der Kommission Weltkirche mit, deren Leitung er langfristig gerne übernommen hätte. Die ersehnte Plattform für überregionale Aktivitäten erhielt er dann doch, als er am 30. November 1990 zugleich Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr wurde. Auch in der Welt des Militärischen, die ihm bisher fremd war, reüssierte er rasch. Das Vertrauen von politischer wie militärischer Führung der Bundeswehr konnte er ebenso erlangen wie den Zugang zu den einfachen Soldaten finden, nicht zuletzt bei den alljährlichen Internationalen Soldatenwallfahrten nach Lourdes. Das bewährte und konkordatär gesicherte Militärseelsorgesystem wurde nach der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands auch für die „neuen" Bundesländer übernommen. Die drastische Reduzierung, die veränderte Zielsetzung und die damit verbundene Umstrukturierung der deutschen Streitkräfte, insbesondere die Beteiligung an riskanten internationalen Friedensmissionen, bedeuteten für die Militärseelsorge eine neue

Herausforderung. Mehrfach besuchte Dyba Soldaten, die sich auf Auslandseinsätzen befanden, etwa in Kambodscha (1993), Kroatien und Bosnien (1996 und 1997), im Kosovo und in Mazedonien (1999). 1994 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz.
Seit 1998 verstärkten sich gesundheitliche Probleme, von denen der Bischof allerdings kein Aufhebens machte. Den schweren Atem konnte er jedoch nicht mehr verbergen. Im Juli 2000 kündigte er seinen baldigen Rückzug aus dem Amt des Militärbischofs an. In den frühen Morgenstunden des Sonntags, am 23. Juli 2000, ist Johannes Dyba plötzlich und unerwartet verstorben. Fünf Tage später wurde er im Dom zu Fulda in der Johanneskapelle beigesetzt.

VI

Klein und schlank von Gestalt, eloquent und polyglott, ungeduldig und reisefreudig, ehrgeizig und streitbar, nicht selten scharfzüngig, „bisweilen durchaus begabt zur Gemeinheit" (M. Matussek), war Johannes Dyba ein Bischof mit einem ungewöhnlichen Lebenslauf. Weniger gelehrter Theologe als wortgewaltiger Verkünder des Evangeliums mit eher traditionellen Frömmigkeitsformen, durchaus zu diskreter wie spontaner Nächstenliebe fähig, legte er den Hauptakzent seines bischöflichen Dienstes auf die kirchenpolitische Aktion. Bei der Ausübung der Leitungsvollmacht beschränkte er sich in der Regel auf die Wahrung der Richtlinienkompetenz und ließ dem Verwaltungshandeln der Bistumskurie bemerkenswerten Spielraum. Dabei suchte der „römische Berliner rheinischer Prägung" (HK 37, 1983, S. 340) – ohnehin kein Freund dicker Bücher – häufiger und intensiver als andere Bischöfe den Zugang zur medialen Öffentlichkeit, die er als Herausforderung annahm. („Wir werden uns wohl mit den Massenmedien immer schwertun, weil wir nicht nur Triebbedürfnisse befriedigen wollen.") Unbekümmert warb er für den fröhlichen Optimismus der Kinder Gottes in der Kirche und in der Einheit mit dem Nachfolger des hl. Petrus, geißelte die defensive Strategie des kirchlichen Apparats, den er ohnehin für „aufgebläht" hielt, predigte eine „neue Mütterlichkeit", kritisierte die moralische Degeneration der Gesellschaft und plädierte für die Wiederentdeckung der Kardinaltugenden als den Angelpunkten des sittlichen Lebens – bilderreich und bibelfest, unterhaltsam und publikumswirksam, allerdings um den Preis der Vereinfachung und Vergröberung.
„Er überraschte durch seine spontanen Einfälle und treffenden Formulierungen und brachte die kompliziertesten politischen und

theologischen Zusammenhänge mit wenigen Worten auf den Punkt. Viele schätzten seine klare Sprache und seine bildhaften Vergleiche, entrüsteten sich aber – manchmal sicherlich mit Recht – über das ‚Wie' seiner Verkündigung. ... So manchen Zeitgenossen hat er mit seiner drastischen Bildhaftigkeit hart vor den Kopf gestoßen" (W. Abel): „Früher hatten Eltern vier Kinder, heute hat ein Kind vier Eltern". „Wenn Unzucht und Korruption modern sind, dann muss die Kirche noch viel altmodischer werden". Oder im Hinblick auf den BDKJ: „Mit der Jugend habe ich keine Probleme, doch mit den Mittelalterlichen, deren Beruf es ist, Jugend zu sein". „Ich persönlich glaube, dass Christus aus Liebe zu den Kindern die Frau nicht ins Priesteramt gerufen hat". „Bei großem Unrecht muss die Kirche ihre Mahnung auch an die große Glocke hängen". „Wir müssen nicht gesellschaftliche Positionen verteidigen, sondern neue Christen gewinnen. Nicht begehren, sondern bekehren!".

Mit seinen polarisierenden Wortmeldungen fand er über das katholisch-konservative Lager hinaus auch bei Teilen der evangelikalen Bewegung lebhafte Zustimmung, während dagegen nicht wenige in Kirche und Gesellschaft seinen Konfrontationskurs mitunter ebenso vehement beanstandeten. Als erstes Bistum in Deutschland führte Fulda 1995 das Familienwahlrecht bei Pfarrgemeinderatswahlen ein. Eine besondere Förderung erfuhr die Heranbildung kirchentreuer Priester, denen Erzbischof Dyba wieder den Vorrang in der Seelsorge vor den hauptamtlichen Laientheologen einräumte. Als Großkanzler förderte er die ausschließlich Priesteramtskandidaten vorbehaltene Theologische Fakultät Fulda, die 1999 ihre Anerkennung durch den Hl. Stuhl erhielt.

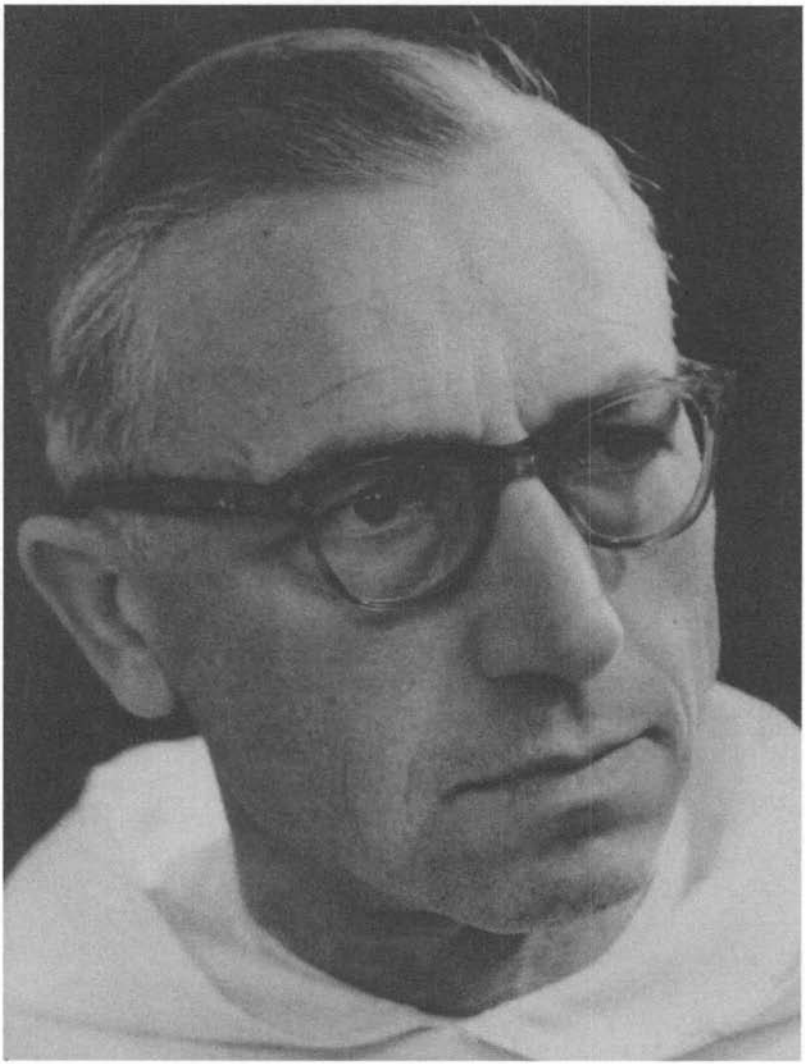
Die Überprüfung der Kirchlichkeit wohldotierter katholischer Verbände führte zu einem langjährigen Streit mit dem BDKJ und zur Etablierung einer eigenständigen „Katholischen Jugend im Bistum Fulda". Nach längerem Zögern unterstützte Dyba schließlich die „neuen geistlichen Bewegungen" und tolerierte selbst die kirchlich nicht anerkannten Marienverehrer von Medjugorje in seiner Diözese. Das nach seinem Tod im Juni 2001 erstmals in Fulda veranstaltete Glaubensfest des „Forums Deutscher Katholiken" wird auf seine Anregung zurückgeführt.

Bundesweites Aufsehen erregte am 28. Dezember 1988 das viertelstündige Trauer- und Mahngeläut für die abgetriebenen Kinder im Bistum Fulda. Zur singulären Bischofsgestalt im deutschen Episkopat wurde Dyba schließlich, als er „an St. Michael", am 29. September 1993, den Ausstieg aus der Einbindung in das staatliche Abtreibungssystem erklärte, die Ausstellung kirchlicher „Tötungslizenzen" im Bistum Fulda unterband und statt dessen ein diözesanes

Beratungs- und Hilfsnetz für schwangere Frauen in Notlagen aufbaute, das eine ihn selbst überraschende positive Resonanz bei den Betroffenen fand. Wie keine andere Entscheidung, die auch innerkirchlich angefeindet wurde, offenbarte Dybas Alleingang die Spaltung der Bischofskonferenz in der Frage des Lebensschutzes, die erst nach sechsjährigem Streit, der die Glaubwürdigkeit der Kirche nachhaltig beschädigte, durch päpstliches Eingreifen im Sinne Dybas entschieden wurde, ohne allerdings vollends zur Ruhe zu kommen. Auch auf anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern, etwa der rechtlichen Privilegierung homosexueller Beziehungen, scheute Dyba vor deutlichen Stellungnahmen nicht zurück und musste dafür nicht nur Hohn und Spott, sondern auch tätliche Angriffe hinnehmen. Am 8. November 1991 wurde er in Marburg durch die Straßen gejagt, getreten, geschlagen und bespuckt.

Resignation war Dybas Sache nicht. „Der durchtrainiert wirkende Mann strahlt verschmitzte Gelassenheit aus", charakterisierte der SPD-Politiker Peter Glotz (1939–2005) den „päpstlichen Raufbold" Johannes Dyba, „dazu eine selbstverständliche, unaufgeregte Professionalität. So rabulistisch, brutal simplifizierend und unversöhnlich er vor der Kamera agiert – im kleinen Kreis, nach Erfüllung des göttlichen Agitationsauftrags, zeigt der doppelt promovierte Jurist Präzision, Verhandlungsgeschick und klug dosierten Witz. ... Das Erlebnis der Weltkirche mag Dybas Verachtung für den europäischen Liberalismus erklären; entschuldigen kann es den publizistischen Fanatismus des Bischofs nicht. Auch wenn man sich klarmacht, dass dieser Mann bewusst die Rolle des Provokateurs gewählt hat, und wenn man ihm zubilligen will, dass der letzte Grund seines Wütens etwas Unerörterbares ist, nämlich sein Glaube, bleibt Dybas Aggressivität gefährlich. Denn dieser Priester nimmt bei der Art der Polemik die Verletzung seiner Gegner in Kauf".

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, hat sich Erzbischof Johannes Dyba „leidenschaftlich für die Wahrheit und Klarheit des Glaubens eingesetzt. Nirgends war er entschiedener und kraftvoller, unerschrocken und, wenn es ihm nötig schien, auch hart. Er hasste geradezu ein verwaschenes Christsein und eine zwiespältige, lasche Auffassung von Kirche". „Auch wenn seine Worte nicht allen gefielen, so mußten dennoch – wie Josef Kardinal Ratzinger, der nachmalige Papst Benedikt XVI., hervorhob – alle seine Redlichkeit anerkennen. Er hat das Wort des Glaubens gelegen und ungelegen aufgerichtet und dafür Schläge eingesteckt, die im Schutz der öffentlichen Meinung oft sehr bösartig sein konnten. Er war nicht unverwundbar, er hat darunter gelitten, aber der Glaube war ihm das Leiden wert."



Arthur F. Utz (1908–2001)

I

Wie es seinem nüchternen Naturell und wissenschaftlichen Ethos entsprach, legte es Arthur F. Utz OP nicht darauf an, durch spektakuläre Thesen oder sensationelle Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Sein umfangreiches sozialethisches Werk hat keine Breitenwirkung erlangt, sondern war schon wegen der sprachlich komplexen Form und dem hohen Niveau abstrakter Argumentation nur relativ wenigen Zeitgenossen erreichbar. Für einen observanten Ordensmann „alter Schule" wie ihn, gehörten Zurückhaltung und Askese zu den selbstverständlichen Tugenden, mit denen man nicht einmal kokettieren sollte.

So ist es nicht verwunderlich, dass über seine Herkunft, Kindheit und Jugend nur sehr wenig bekannt ist. Auch den ihm freundschaftlich oder beruflich Nahestehenden gegenüber wäre es ihm kaum in den Sinn gekommen, Auskunft über sein „Privatleben" zu geben. Nie wäre er auf den Gedanken gekommen, eine Autobiographie zu schreiben oder ein Interview zu geben, um die eigene Bedeutung hervorzuheben. Aber für die Nachwelt der Zeitgeschichte, für die er nicht nur einige Fußnoten, sondern tiefere Spuren hinterlassen hat, ist es schade, dass Utz einige Jahre vor seinem Tod die umfangreiche Korrespondenz, die er mit zahlreichen Kollegen, Bischöfen und Politikern über Jahrzehnte geführt hatte, im Garten seines Instituts in Pensier bei Fribourg verbrannt hat. Dazu zählt vor allem der Briefwechsel mit der römischen Glaubenskongregation, namentlich mit Joseph Kardinal Ratzinger.

Leben und Wirken des Sozialethikers und Dominikaners Arthur F. Utz (das „F" steht für den aufgezwungenen Ordensnamen „Fridolin", den er nur selten ausschrieb, weil er ihn für unseriös hielt) lassen sich nicht ohne den Rückgriff auf eine Vorgeschichte ermessen, die sich im deutschsprachigen Raum zwischen Freiburg/Schweiz und Walberberg (bei Köln) abspielte. Utz ist dem „Walberberger Kreis" zuzuordnen sowie dem thomistisch-sozialethischen Engagement einiger deutscher Dominikaner, die Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den bedeutenden Inspiratoren und Organisatoren der christlich-sozialen Bewegung gehörten, in der die „Walber-

berger" später eine wichtige Rolle zur Fortentwicklung des Sozialkatholizismus spielen sollten.
Zu nennen ist hier zunächst Albert Maria Weiß OP (1844–1925), der an der Universität zu Fribourg Theologie lehrte. Er war ein enger Freund des Karl Frh. von Vogelsang und Mitglied der „Union de Fribourg", die die Vorarbeiten zur Enzyklika „Rerum novarum" (1891) von Papst Leo XIII. leistete. Weiß hatte in seinem Buch „Liberalismus und Christentum" den damals vorherrschenden weltanschaulichen Liberalismus scharf kritisiert und ein zweibändiges apologetisches Werk über „Soziale Frage und Soziale Ordnung" verfasst. Zusammen mit Weiß hatte auch Karl Fürst zu Löwenstein (1834–1921) in der „Union de Fribourg" gewirkt, der als Mitglied der Zentrumspartei und als Generalkommissar der Deutschen Katholikentage zu den Prominenten der christlich-sozialen Bewegung zählte. 1908 schloss sich Fürst Löwenstein als „Pater Raymundus" dem Dominikanerorden an.
In den dreißiger Jahren und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg erlangten die Dominikaner in Deutschland (Provinz „Teutonia") eine öffentliche Bedeutung, die weit über das traditionelle dominikanische Engagement (Predigt, Seelsorge, Theologie) hinausging. Von großer sozialethischer und auch sozialpolitischer Wirkung beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland waren die Aktivitäten, die vom Kloster Walberberg ausgingen oder mit ihm verbunden waren. Dieses Kloster liegt – damals strategisch günstig – in einem kleinen Dorf zwischen den Städten Bonn und Köln und war bis Mitte der siebziger Jahre Sitz der philosophisch-theologischen Hochschule der Dominikaner.
Mit dem Namen „Walberberg" verbindet sich vor allem ein Kreis von fünf namhaften Dominikanern: Laurentius Siemer (1888–1956), Eberhard Welty (1902–1965), Arthur F. Utz (1908–2001), Edgar Nawroth (geb. 1912) und Basilius Streithofen (1925–2006), die durch zahlreiche Initiativen, Publikationen und Institutionen einige beachtliche Impulse gegeben haben, ohne dass man von einer Walberberger „Bewegung" hätte sprechen können. Die „Walberberger" fanden in Siemer ihren tatkräftigen Initiator, in Welty den programmatischen Kopf, in Utz einen überragenden Systematiker, in Nawroth ihren ideologiekritischen Geist und in Streithofen einen öffentlichkeitswirksamen Politikberater. Freilich bildeten diese „starken" Persönlichkeiten keinen homogenen, durch Teamwork oder Gruppendynamik gefestigten Zirkel, auch brachten sie keine gemeinsame „Schule" hervor, sondern gerieten – als ausgeprägte Individualitäten – zuweilen in Konkurrenz zueinander, was ihre Produktivität beflügelt haben mag. Allerdings lässt sich für sie festhalten, dass sie bei

allen geistigen und politischen Differenzen und Niveauunterschieden eine gemeinsame Identifikation mit der thomasischen Tradition ihres Ordens pflegten und überdies in Loyalität mit der kirchlichen Soziallehre verbunden waren.

II

In der deutschsprachigen Welt und darüber hinaus steht der Name Arthur F. Utz OP für die Vertiefung, Weiterentwicklung und Aktualisierung der thomasisch-naturrechtlich geprägten katholischen Sozialethik. Aus einfachen kleinbürgerlichen Familienverhältnissen stammend wurde Utz am 15. April 1908 in Basel geboren und war Bürger dieser Stadt. Er wuchs mit seinen beiden Geschwistern und unter familiärer Erziehungsdominanz seiner Mutter an einem Ort auf, der, obwohl den Ruf einer weltoffenen Humanistenstadt genießend, seinerzeit einen verspäteten antikatholischen Kulturkampf führte, der eine starke Herausforderung für den jungen Katholiken aus frommer Familie bedeutete. Die Universität dieser Stadt hat ihm später die Ehrendoktorwürde verliehen – eine verspätete Genugtuung.

Seine Gymnasialzeit verbrachte er in Freiburg i. Br. und legte dort sein Abitur ab. Er scheint sehr musikalisch gewesen zu sein, jedenfalls konnte er Geige spielen und hat, wie er später des öfteren beteuerte, sich ein ordentliches Taschengeld durch Auftritte in Hotels verdient. Angeregt durch die Lektüre des Thomas von Aquin und des Albertus Magnus trat er 1928 in den Dominikanerorden (Provinz „Teutonia") ein. Das Noviziat befand sich damals noch in Venlo (Holland), wohin es wegen des preußischen Kulturkampfes verlegt worden war. Seine Studien, die er mit dem Lektorat abschloss, absolvierte er zunächst in Düsseldorf (Philosophie), dann in Walberberg (Theologie) an ordenseigenen Hochschulen.

Parallel dazu nahm Utz Unterricht in Phonetik und Rhetorik. Für diese Fächer empfand er eine große Neigung. Doch die Ordensleitung bestimmte ihn nicht für den Predigtdienst, sondern erkannte früh seine Eignung für die wissenschaftliche Forschung und Lehre. So schickte man ihn nach der Priesterweihe (Köln 1934) an die damals noch katholische, von Dominikanern geleitete Universität in Fribourg/Schweiz, wo er bei dem spanischen Moraltheologen Santiago Ramírez OP studierte und 1937 promovierte. Gegenstand der lateinisch verfassten Dissertation war der innere Zusammenhang der moralischen Tugenden nach Thomas von Aquin. Utz schätzte Ramírez als Thomas-Interpreten so sehr, dass er dessen lateinisch

gehaltenen Vorlesungen Wort für Wort mitstenographierte und später immer wieder darauf zurückgriff.
Kaum hatte er die Doktorarbeit abgeschlossen, wurde Utz von der römischen „Congregatio de propaganda fide" zum Professor für Moraltheologie am Regionalseminar in Fuchow (Fukien, China) ernannt. Damals bestand die Absicht, dieses Seminar zu einer theologischen Fakultät umzugestalten, aus der sich im Lauf der Zeit eine katholische Universität entwickeln sollte. Die Übernahme dieser Aufgabe wurde Utz, der bereits Visitenkarten auf chinesisch hatte drucken lassen und schon auf dem Weg zur Einschiffung nach China war, plötzlich durch die dortigen politischen Verhältnisse, also durch das Vordringen des Bürgerkriegs, unmöglich gemacht. So ging er wieder an die Dominikanerhochschule nach Walberberg zurück, wo er Logik und Metaphysik dozierte und nebenher Wirtschaftswissenschaften studierte.
Während der Zeit des „Dritten Reiches" hielt sich Utz, der im Unterschied zu seinem Mentor, dem im Widerstand aktiven Laurentius Siemer, eher ängstlich war, vorsichtig zurück und beschränkte seine Publikationen auf politisch unverfängliche Themen. Er widmete sich weiteren Studien und arbeitete an der „Deutschen Thomas-Ausgabe" mit. Als der Krieg ausbrach, wurde das Walberberger Kloster und Studienhaus zum Lazarett umgebaut. Einige Patres, darunter Welty und Utz, durften einstweilen als Pflegepersonal und Seelsorger in Walberberg bleiben.
Als das Haus 1942 von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt wurde, erhielt Utz als Schweizer Staatsbürger Aufenthaltsverbot und musste untertauchen. In einem kleinen Dorf im Bergischen Land, nordöstlich von Köln, fand er Zuflucht und Beschäftigung als Pfarrrektor der Erzdiözese Köln. In seinem Reisegepäck befanden sich wertvolle Teile der Walberberger Klosterbibliothek, die er somit vor dem Zugriff der Gestapo rettete und für die wissenschaftliche Arbeit nutzen konnte. In ländlicher Abgeschiedenheit entstanden einige seiner neuartigen Thomas-Kommentare, die seinen akademischen Ruf begründen sollten. Klassisch zu nennen ist der Band 18 der Deutschen Thomas-Ausgabe über „Recht und Gerechtigkeit" (1953), den Utz 1987 in überarbeiteter und ergänzter Fassung neu herausgab.
Als der Krieg vorbei war, plante er, nach Wien zu gehen, um dort im Fach Moraltheologie die Habilitation zu erlangen. Jedoch wurde diese Absicht von der sowjetischen Besatzungsbehörde, die ihm die Einreise verweigerte, durchkreuzt. Stattdessen folgte Utz zu Beginn des Jahres 1946 dem an ihn ergangenen Ruf der philosophischen Fakultät der Universität Fribourg, den neugegründeten Lehrstuhl für „Ethik und Sozialphilosophie" einzunehmen. Im Auftrag des

Fribourger Staatsrats Joseph Piller und gemeinsam mit seinem Kollegen Eugène Bongras gründete er das „Internationale Institut für Sozialwissenschaft und Politik", das er bis zu seiner Emeritierung (1978) leitete. In seiner Eigenschaft als Institutsleiter gab Utz ab 1949 die Zeitschrift „Politeia" heraus, die sich rasch zu einem Forum der internationalen sozialethischen Diskussion entwickelte, aber schon 1953 eingestellt werden musste (die fünf Jahrgangsbände erschienen später als Reprint). Überdies gab das Institut die „Sammlung Politeia" heraus, in der Utz einige seiner eigenen Werke und die meisten Doktordissertationen veröffentlichte, die er betreute.
Gründungsintention und Zielsetzung des Instituts war es, die katholische Soziallehre weiter zu entwickeln und auf aktuelle politische und soziale Probleme anzuwenden. Piller dachte hierbei an eine Neubelebung der von Gaspard Kardinal Mermillot 1885 gegründeten „Union catholique d'études sociales et économiques", bekannt unter dem Namen „Union de Fribourg". Dies war eine Vereinigung von katholischen Sozialwissenschaftlern und Politikern, die im 19. Jahrhundert in Fribourg an der Vorbereitung der Enzyklika „Rerum novarum" mitgearbeitet hatten. Das neue Institut sollte nun unter der Leitung eines Sozialphilosophen die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Juristen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftlern verwirklichen. Zahlreiche Publikationen, Kongresse und sonstige Veranstaltungen zeugen von der reichen Aktivität dieses Instituts.

III

Nach seiner Emeritierung führte Utz 1978 die Arbeit des Instituts außerhalb der Universität fort und gab ihm entsprechend der Gründungsintention den Namen „Union de Fribourg – Internationales Institut für Sozial- und Politikwissenschaften". Diese Neugründung, domiziliert in einem alten Bauernhaus in Pensier bei Fribourg, geschah auch in erbitterter Konsequenz auf die Ernennung seines Nachfolgers Otfried Höffe, den Utz keineswegs für geeignet hielt, die aristotelisch-thomasische Tradition der katholischen Soziallehre, wie er sie verstand, kontinuierlich fortzuführen. Sein konsequenter Schritt ging so weit, dass er auch – freilich im Einverständnis mit der Ordensleitung in Rom – seinen Fribourger Wohn-Konvent „Albertinum" verließ und nach Pensier übersiedelte. Von dort aus nahm er auch den Lehrauftrag für Sozialethik wahr, der ihn fünf Jahre lang an das Priesterseminar der Diözese Roermond (Holland) binden sollte.
Zurück in das Jahr 1946: Auch als er den Ruf nach Fribourg erhielt, blieb Utz Mitarbeiter der „Deutschen Thomas-Ausgabe", wenngleich

er sich gelegentlich über die Auswahl der Kommentatoren sowie über den schleppenden Fortgang dieses Projekts ärgerte. Seine Lehrstuhlverpflichtungen banden ihn zwar in Fribourg, zugleich aber kooperierte er mit den Walberberger Institutionen, namentlich mit der Zeitschrift „Die Neue Ordnung". Dabei war er immer bedacht, seine Selbständigkeit – auch gegenüber Eberhard Welty, der seine Autorität achtete und ihm viele Publikationen zur Korrektur einreichte – zu wahren. In Walberberg unterhielt er nach dem Tode Weltys (1965), dem er in der Leitung des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V." nachfolgte, einige Gesprächskreise mit Politikern und Unternehmern und war geschätzter Politikberater und Gutachter für die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung. Zum Geschäftsführer dieses Instituts ernannte Utz 1967 seinen Mitbruder und früheren Doktoranden Basilius Streithofen, der sich als treibende Kraft der Institutsarbeit namentlich in parteipolitischer Hinsicht entwickelte und 1993 den Vorsitz des Instituts – nicht ohne Streit mit Utz – übernahm.

Zur Schwächung des sozialethischen Engagements der Walberberger Dominikaner trugen die ideologischen Auseinandersetzungen seit Ende der sechziger Jahre bei. Zwischen Vertretern der kirchlich-thomasischen Sozialtradition einerseits (die den Walberberger Kreis formte) und Anhängern der „neuen" politischen und Befreiungstheologie andererseits entwickelte sich ein heftiger, meist unfruchtbarer Streit. 1984 musste das „Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V." infolge von Richtungskämpfen innerhalb der Dominikanerprovinz „Teutonia" das Kloster Walberberg verlassen und siedelte sich in Bonn an. Dort befindet sich bis heute ebenfalls die Redaktion der Zeitschrift „Die Neue Ordnung", die gelegentlich die Erinnerung an die große Zeit der „Walberberger" wach hält und versucht, in dieser Tradition weiterzuwirken. Das Kloster Walberberg ist jedoch inzwischen mangels Personal und Geld aufgegeben worden.

Seit 1945 arbeitete Utz eng mit der „Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie" zusammen. Als ihr Präsident trug er sehr zur weltweiten Ausdehnung dieser Vereinigung bei, weshalb sie ihn 1979 zu ihrem Ehrenpräsidenten ernannte. Utz war von 1976 bis 1998 auch Präsident der „Internationalen Stiftung Humanum" (Lugano) und leitete in dieser Eigenschaft das mit dieser finanzkräftigen Stiftung verbundene „Scientia Humana Institut" in Bonn. Die Zielsetzung dieser Stiftung ist die Erfüllung des Auftrages der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes", d. h. den Dialog zwischen Welt und Kirche zu fördern und zu diesem Zweck ein wirksames Forum zur Verfügung zu stellen. Zu diesem

Zweck verleiht die Stiftung bis heute den hochdotierten „Augustin-Bea-Preis“ (Preisträger u. a. Willem A. Vissert 'Hooft, Johannes Messner, die Kardinäle Josef Frings und Joseph Ratzinger sowie Erzbischof Isidore de Souza).

Sehr am Herzen lag ihm in den neunziger Jahren die „Päpstliche Akademie der Sozialwissenschaften”, an deren Gründung er sich intensiv beteiligte und in die er als eines der ersten Mitglieder berufen wurde.

Welch immenses Arbeitspensum er in großer Disziplin leistete, zeigte sich nicht nur an den Ämtern, die er innehatte. In kurzer Zeit hatte der gelehrte Dominikaner einen Weltruf gewonnen, als tiefgründiger Sozialphilosoph mit dem langen Atem der aristotelisch-thomasischen Tradition. Utz war überdies ein gesuchter Ratgeber und Gutachter in kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Gremien. Seine Bücher, Artikel und Sammlungen zur Sozial- und Wirtschaftsethik, zur Rechts- und politischen Philosophie sind in viele Sprachen übersetzt worden und füllen eine kleine Bibliothek. Sie haben „Schule“ gemacht, zu der sich einige jüngere Vertreter der Christlichen Gesellschaftslehre vor allem in Deutschland, Österreich, Spanien und in der Schweiz zählen.

In weiten Kreisen wurde Utz vor allem durch seine monumentalen Dokumentensammlungen zur Katholischen Soziallehre bekannt (zusammen mit Josef F. Groner OP: „Die Soziale Summe Pius' XII.“, 3 Bände, 1954–1961; zusammen mit Brigitta Gräfin von Galen: „Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Entfaltung“, 4 Bände, 1976). Dabei verstand er sich aber nicht nur als Kommentator oder Interpret der Sozialenzykliken, deren „Wertkern“ er erschließen wollte. Immer wieder griff er aktuelle Problemstellungen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf, um an die Prinzipien einer christlich verantwortbaren humanen Weltgestaltung zu erinnern.

Dank seiner immensen Belesenheit überblickte er wie kaum ein anderer die Veröffentlichungen zu den verschiedensten Themenbereichen der Sozialethik. Sein Interesse an Neuerscheinungen mündete in ein Bibliographieprojekt, dessen umfangreichen Rezensionsteil er überwiegend selber erstellte. Die elfbändige „Bibliographie der Sozialethik“ (1960–1980) war mehrsprachig angelegt und hatte einen internationalen Leserkreis.

Durch eine Vielzahl von Kongressen vermittelte Utz das Gespräch zwischen wissenschaftlicher Theorie und konkreter Praxis. Im Heiligen Jahr 1950 organisierte sein Fribourger Institut im Auftrag des Heiligen Stuhls den Kongress über die soziale Ordnung, in dessen Rahmen Pius XII. seine berühmt gewordene Ansprache zur Mitbe-

stimmung hielt. Besonderen Einfluss gewann Utz in Spanien, wo er viele Freunde hatte und regelmäßig seine Ferien verbrachte. 1958 wirkte der Mittelstandskongress von Madrid unmittelbar auf die Ausformulierung der deutschen Mittelstandspolitik ein. Der von ihm 1976 in Madrid organisierte Kongress über die „Christliche Konzeption der pluralistischen Demokratie" wurde von den Kommentatoren als Unterstützung der damals einsetzenden Entwicklung Spaniens zur parlamentarischen Demokratie gewertet.

IV

Seit Ende der siebziger Jahre richtete Utz für die „Internationale Stiftung Humanum" regelmäßig stattfindende Symposien aus, die zu jeweils aktuellen Fragen der gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Ordnung Stellung bezogen. Themen der Symposien, deren Vorträge und Diskussionen jeweils veröffentlicht wurden, waren zum Beispiel: „Die offene Gesellschaft und ihre Ideologien" (1986), „Krise der Gewerkschaften – Krise der Tarifautonomie" (1987), „Macht und Moral der Medien" (1989), „Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung" (1991), „Problemfall Völkerwanderung" (1994), „Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsordnung" (1998).

Utz hat sich vor allem um die naturrechtliche Begründung der Katholischen Soziallehre verdient gemacht, die nicht allein auf biblischen Offenbarungsfundamenten ruhen kann. Überdies zeigte sich in den Auseinandersetzungen um die Menschenrechte, z. B. um den Schutz des Lebensrechts der Geborenen wie der Ungeborenen, dass eine bloß pragmatische und positivistische Rechtsauffassung zu gravierenden Unmenschlichkeiten führen kann. Die Rückbesinnung auf die klassische katholische Naturrechtslehre (nicht der Neuscholastik, sondern im direkten Rückgriff auf Thomas von Aquin) war ihm ein großes Anliegen, um in der pluralistischen Gesellschaft zu einem gelingenden Dialog und Konsens in den Grundwerten zu kommen. Ohne eine solche geistige Grundlage schien ihm eine nachhaltig wirksame Gemeinwohlordnung nicht möglich zu sein.

Der Name Utz steht für die systematische Grundlegung einer Gesellschaftslehre durch sozialphilosophische Methoden und sozialethische Kategorien, die (schöpfungs-)theologische Implikationen aufweisen und dabei auf eine auch neuzeitlich konsensfähige Synthese von Sozialphilosophie und Sozialtheologie zielen. Seine systematische Sozialethik baut auf einer abstraktiven Realerkenntnis auf und argumentiert naturrechtlich. In ihrem Zentrum steht das sich aus der

Sozialnatur des Menschen ergebende Gemeinwohl. Utz zeigt, dass auch im angeblich „nachmetaphysischen" Zeitalter ein dynamisches Naturrechtsdenken bedeutsam bleibt und sich im wissenschaftlichen Diskurs behaupten kann. In der gegenwärtigen ethischen Grundlagendiskussion bahnt sich eine Rückbesinnung auf ein Naturrechtsdenken an, das sowohl die (human-)ökologischen Herausforderungen aufgreift als auch auf die Problematik der Universalisierbarkeit und reziproken Geltung der Menschenrechte bezogen ist. Somit lässt sich vermuten, dass das ganzheitliche, gemeinwohlbezogene Denken von Utz angesichts weltweit drohender Katastrophen wieder stärker nachgefragt werden könnte.

Utz demonstrierte, wie bedeutsam und aktuell das thomasische Denken bleiben könnte für das innertheologische und interdisziplinäre Gespräch – bezogen auf eine rationale Ethikbegründung mit Blick auf „säkulare" Adressaten oder Dialogpartner sowie auf die Vermittlung von Theorie und Praxis. Die weltanschaulichen und schöpfungstheologischen Voraussetzungen dieses Denkens zu klären und den erkenntnistheoretischen Horizont seiner metaphysisch begründeten Sozialethik offenzulegen, ist für ein angemessenes Verständnis von Utz notwendig. Im folgenden sollen (nach B. Kettern) lediglich einige Merkmale seiner Systematik zusammengefasst werden:

1. Die Eigenständigkeit der Sozialethik gegenüber der Individualethik. Hier zeigt sich die Nähe zum Konzept von Johannes Messner und die Abgrenzung zu Victor Cathrein. Das Soziale wird mittels einer Realdefinition als Objekt der Sozialethik bestimmt. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Begriff der transzendentalen Relation zu, die nicht nur die faktisch feststellbare Wechselwirkung von Personen bezeichnet, sondern die Individuen zu einer wirklichen und wirksamen Einheit im Gemeinwohl verbindet.
2. Die konsequent systematische Anlage der Sozialethik, die sich in ihrer Grundidee (Ansatz beim Gemeinwohl aller Personen) von Messner und anderen unterscheidet, die einen personalistisch-phänomenologischen Ansatz wählen und erst von daher das Gemeinwohl in den Blick bekommen.
3. Die erkenntnistheoretische Grundlage, basierend auf der klassischen Seinsphilosophie, die sich in ihrer Abstraktions- und Analogielehre vor allem von der Erkenntnistheorie Kants unterscheidet.
4. Die wesentlichen Elemente der allgemeinen Ethik sind: die innere Erfahrung als Methode der Ethik im Ausgang vom sittlichen Verantwortungsbewußtsein; die ganzheitliche Abstraktion in der Normbegründung; die analoge Normanwendung; die damit verbundene Präzisierung und Weiterführung gegenüber Thomas von Aquin; Nähe

und Abgrenzung zur Diskursethik; Entkräftigung des Vorwurfs des „Essentialismus" in der Auseinandersetzung mit Franz Böckle.
5. Die naturrechtliche Ausrichtung der Sozialethik setzt einen dynamischen Naturbegriff voraus und vermeidet einen „naturalistischen Fehlschluss", der aus einem empirischen Sein ein ethisches Sollen deduziert. Thematisiert wird vor allem die soziale Natur des Menschen als Grundlage des Gemeinwohls.
6. Die Bedeutung der rechtlichen Normenlogik. Hier bleibt die Auseinandersetzung zwischen der vorpositiven Naturrechtskonzeption und dem formalen Rechtspositivismus (Hans Kelsen) aktuell.
7. Der zentrale finalethische Begriff des Gemeinwohls, in dem alle Einzelwohle zu integrieren sind, ohne die personale Freiheit zu opfern. Bei der konkreten Realisierung des analogen Gemeinwohls ist die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und die Wahrnehmung des berechtigten Eigeninteresses unabdingbar.

V

Als Sozialethiker gehörte Arthur F. Utz nicht zu den schwankenden Gestalten seines Faches, die mangelnde ethische Orientierungskompetenz durch prophetische Gestikulation und öffentliches Aufsehen zu kompensieren versuchen. Flüchtige und modebewusste Leser seien gewarnt, sein Werk bietet kein kurzweiliges Lesevergnügen. Schon die sprachpflegende Rücksicht auf das begriffliche Schwergewicht der Tradition bewahrte Utz vor philosophisch-theologischer Verwirrung, in der auch sozialethische Diskurse heute oft enden.
Auf dem Felde der Ideologien herrschte in dem Jahrhundert, das Utz erlebte und überlebte, ein ständiges Kommen und Gehen. Die „Gnade der frühen Geburt" gab ihm die Chance, gerade aus Erfahrung mit den Verrücktheiten des „Zeitgeistes" zur Distanz und Gelassenheit zu kommen. Dass er – wie die übrigen „Walberberger" – den ideologischen Irrtümern seiner Zeit nicht verfiel, sondern widerstand, verdankt er vor allem jenem festen Halt, den er im Ordnungsdenken des Thomas von Aquin fand.
Für einen Naturrechtsdenker dieser Art konnten die totalitären Ideologien und Utopien des 20. Jahrhunderts, aber auch der Wertrelativismus des demokratischen Pluralismus keine Versuchung darstellen. Den schöpfungstheologisch begründeten, naturrechtlichen Universalismus nicht fundamentalistisch oder ideologisch mit moralischen Glaubensinhalten neu aufgeladen zu haben, zeichnet sein sozialethisches System aus, das mithin auch Nichtchristen anspricht.

Utz stellte einige unbequeme Fragen an die „offene Gesellschaft". Wofür und für wen ist sie offen, ist sie grenzen- und bodenlos offen für ihren eigenen Untergang? Wohin soll die Gesamtentwicklung führen? Auf der Suche nach einer konsensfähigen Grundlage des Pluralismus stellte er freilich nicht nur Fragen, sondern formulierte Verbindlichkeiten. Dennoch gelang es ihm, auf stille und unauffällige Weise eine öffentliche Wirkung zu entfalten. Diese liegt besonders in der Vermittlung anscheinend unversöhnbarer Gegensätze und in der Auflösung ideologischer Vereinseitigungen. Im Dialog mit Wissenschaft, Kultur und Politik macht sich bei Utz eine behutsame, fast demütige Annäherung an das Unverfügbare bemerkbar, eine Abneigung zugleich gegen das bloß konstruierende, die Wirklichkeit überwältigende Denken. Hierin vor allem erwies sich der „Nestor" der katholischen Sozialethik (wie er nach dem Tode Oswald von Nell-Breunings respektvoll genannt wurde) als einer ihrer wesentlichen Erneuerer. Als Gelehrter und Erzieher, der sich nicht dem jeweils vordrängelndem Fortschritt zur Verfügung stellt, sondern Aufklärung gibt über die wahre Hierarchie der Werte.

Die Weite des Horizontes eines Sozialethikers zeigt sich besonders in der seltenen Gabe, historisches Quellenstudium, empirische Sozialforschung und systematische Wertordnung miteinander zu verbinden. Diese geradezu „katholische", d.h. umfassende Weite hat Utz in seinem Werk vorbildlich dargestellt. Dabei war er gerade nicht das, was man einen „Fachidioten" zu nennen pflegt. Und seine Wirksamkeit ist nicht auf die akademische Welt beschränkt geblieben.

Utz verband Wachsamkeit für neue Entwicklungen mit Grundsatztreue, hielt Theologie und Philosophie für vereinbar und vermittelte abstraktive Werterkenntnis mit konkret-empirischen Sachverhalten. Sein und Sollen, Natur und Kultur, Individuum und Gesellschaft, Theorie und Praxis, Wissenschaft und Leben, Tradition und Fortschritt bildeten für ihn keine Gegensätze, sondern wurden als Ganzheit in den versöhnenden Blick genommen.

In seinem Wirkungskreis ging Utz weit über den „Walberberger Kreis" hinaus, von dem er seinen Ausgang nahm und dem er – trotz mancher Spannungen – zeitlebens verbunden blieb. Er wurde international vielfach geehrt durch kirchliche und weltliche Auszeichnungen. Für seine Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland erhielt er Anfang der 70er Jahre das Große Bundesverdienstkreuz. Bis ins hohe Alter arbeitete Utz an der Fertigstellung seines Hauptwerkes, der fünfbändigen „Sozialethik" (der letzte Band, die „Politische Ethik", erschien 2000). Sie stellt die Summe seines sozialethischen Denkens dar. Utz entwarf ein ganzheitliches System der Rechts- und Sozialphilosophie, das singulär unter den heutigen Ent-

würfen ist und wohl auch einige Zeit bleiben wird. Die Kraft seines Denkens nötigte auch seine Gegner zu hoher Anerkennung.
Nach Abschluss seines Hauptwerkes arbeitete Utz an einem Buch zum Thema „Glück". Er hat es leider nicht vollenden können. Mit dreiundneunzig Jahren ist er am 18. Oktober 2001 in Fribourg gestorben. Sein großes Lebenswerk ehrt und verpflichtet vor allem den Orden, dem er angehörte.
Was vom „Walberberger Kreis" übrig blieb, sind geschichtliche Reminiszenzen, zahlreiche Publikationen und einige Institutionen, die Welty und Utz gegründet hatten. Bewegung erhielt der Kreis durch die soziale Not der Vor- und Nachkriegszeit, stimuliert und orientiert wurde er durch die Katholische Soziallehre in thomasischer Interpretation. Seine praktische Bedeutung erstreckte sich vor allem auf die Anfangsphase des Wiederaufbaus und auf die sozialpolitische Ausgestaltung der Bundesrepublik Deutschland. Für längere Zeit bedeutsam dürften freilich die großen systematischen Werke bleiben, die Utz hinterlassen hat.



Franz Meyers (1908–2002)

Franz Meyers gehörte im Nachkriegsdeutschland einer neuen Politikergeneration an, die auf kein politisches Engagement in der Weimarer Republik zurückblicken konnte. Er war also kein *Weimararaner* wie Konrad Adenauer oder wie seine drei Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Rudolf Amelunxen, Karl Arnold und Fritz Steinhoff. Während sie zu den Männern der ersten Stunde zählten, was den staatlichen und (partei-)politischen Wiederaufbau an Rhein und Ruhr anbelangt, begann die Geschichte des Politikers Franz Meyers später und glich einer politischen Blitzkarriere: 1948 Eintritt in die CDU, 1950 Wahl in den Landtag von Nordrhein-Westfalen, März 1952 Wahl zum Oberbürgermeister von Mönchengladbach, Mai 1952 Berufung zum Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1956 „Generalmanager der Bundestagswahl 1957" (Alois Vogel), 1957 Wahl in den Deutschen Bundestag, 1958 Wahl zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen – ein Amt, das er bis zum 8. Dezember 1966 ausfüllen sollte.

I

Franz Josef Heinrich Georg Meyers – so sein vollständiger Geburtsname – wurde am 31. Juli 1908 als erster Sohn des berittenen Polizeibeamten Franz Josef Meyers und seiner Ehefrau Emma, geb. Havenstein, in Mönchengladbach am linken Niederrhein geboren. Der familiäre Hintergrund war völlig unpolitisch. Der politische Systemwechsel von 1918/19 berührte seinen Vater nur insofern, als für ihn wichtig war, dass ihm der preußische Staat auch weiterhin ein geregeltes Einkommen garantierte.

Die familiären Wurzeln von Franz Meyers reichten von den Niederlanden über das Rheinland und Westfalen bis nach Pommern, weshalb er auch zu sagen pflegte, dass sich in seiner Person „die Vielfalt der norddeutschen Tiefebene" vereinige. Dabei kennzeichnete ihn vor allem die rheinische Wesensart. In der Erinnerung politischer Weggefährten stellte Meyers so etwas wie die Verkörperung des typischen Rheinländers dar, „immer großzügig, ungezwungen und, auch in scheinbar aussichtslosen Lagen, zuversichtlich". Für seine

politische Karriere war diese rheinische Lebensart von großer Bedeutung.

Neben dem Rheinland hat der Katholizismus Franz Meyers geprägt. Er war fest in der katholischen Weltanschauung verwurzelt, ohne deshalb klerikal zu wirken und zu sein. Im Gegenteil, in seiner Person verbanden sich Rheinland und Katholizismus, sie ließen ihn zu einem typischen Vertreter des toleranten *rheinischen Katholizismus* werden. Zu seiner starken Beeinflussung durch den Katholizismus hat auch das katholisch dominierte Umfeld in Mönchengladbach beigetragen. Eine Vielzahl katholischer Vereine und Verbände bestimmten hier das gesellschaftliche Leben. Der Volksverein für das katholische Deutschland, die mit 800 000 Mitgliedern stärkste Organisation der Katholiken im wilhelminischen Deutschland, hatte in der Stadt am Niederrhein seinen Sitz. Wie selbstverständlich schloss sich Meyers während der Schulzeit dem Bund Neudeutschland an, der im Sommer 1919 als Schülerverband an höheren Schulen durch den damaligen Erzbischof von Köln, Felix Kardinal von Hartmann, gegründet worden war. Zunächst war Neudeutschland ein prosperierender Schülerverband noch ohne Bezug zur Jugendbewegung. Erst um 1923/24 setzte sich der Stil der Jugendbewegung im Bund Neudeutschland durch. Seiner Mitgliedschaft in diesem Bund verdankte Meyers wichtige Glaubenserfahrungen, denn „die Schönheiten des katholischen Glaubens wurden mir erst durch die Jugendbewegung erschlossen."

Neben der Jugendbewegung ist er stark durch die Gymnasialausbildung am Stiftisch-humanistischen Gymnasium in seiner Heimatstadt geformt worden. Hier wurde unter anderem seine Begeisterung für das Theater und für die bildende Kunst geweckt, was sich Jahrzehnte später in der politischen Arbeit von Franz Meyers niederschlagen sollte, in einer aktiven staatlichen Kunstförderungspolitik während seiner Ministerpräsidentschaft. Der Aufstieg in hohe politische Ämter ermöglichte ihm die Bekanntschaft mit Künstlern wie dem Schriftsteller und Bildhauer Hans Arp, dem Maler Julius Bissier und dem Maler und Graphiker Joseph Faßbender oder der Opernsängerin Erika Köth, mit denen Meyers engen Kontakt pflegte, die er zu seinem engeren Freundeskreis zählte, „weil er sich in dieser Umgebung wohl fühlte" (Wolfram Köhler).

Im März 1927 legte er am Stiftisch-humanistischen Gymnasium in Mönchengladbach die Abiturprüfung ab. Das Abiturzeugnis enthielt den Schlussvermerk: „Franz Meyers will Jura studieren" – um Rheinischer Oberbürgermeister zu werden. Dieses Berufsziel verfolgte er seit seiner Bekanntschaft mit dem damaligen Oberbürgermeister von Mönchengladbach, Franz Gielen, Vater seines Schulfreundes Victor.

Was für Franz Meyers das Amt des Rheinischen Oberbürgermeisters so erstrebenswert machte, waren dessen Gestaltungsmöglichkeiten im kommunalen Bereich nach der Rheinischen Städteordnung von 1856, die für die Rheinprovinz im wesentlichen bis zum Erlass der nationalsozialistischen Gemeindeverfassungsgesetze Gültigkeit behielt. Für Meyers war der Rheinische Oberbürgermeister „der fast unbeschränkte Gebieter seines Gemeinwesens".

Die beste fachliche Voraussetzung für dieses kommunale Spitzenamt war eine juristische Ausbildung. Folgerichtig studierte Meyers an den Universitäten Freiburg im Breisgau und Köln Jura. Er legte beide juristischen Staatsprüfungen ab und wurde mit einer Arbeit aus dem Staatsrecht zum Doktor der Jurisprudenz promoviert. In seiner Dissertation zum Thema „Reichspräsidentenwahl und Ausnahmemaßnahmen" ging er der damals diskutierten Frage nach, ob der Reichspräsident seine eigene Amtszeit durch eine Ausnahmemaßnahme nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung verlängern könne. Eine solche Maßnahme hielt Meyers rechtlich für nicht möglich.

Die Doktorprüfung fand am 20. Januar 1933 statt, nur zehn Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Auch für Franz Meyers blieb der 30. Januar 1933 nicht ohne Folgen. Da er es ablehnte, Mitglied der NSDAP zu werden, war für ihn der Eintritt in den Staatsdienst ausgeschlossen und damit die Verwirklichung seines Jugendtraums, Oberbürgermeister zu werden, nicht möglich. Statt dessen ließ er sich als Rechtsanwalt in seiner Heimatstadt nieder. Seine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus entsprach der verbreiteten Verhaltensweise der überwiegend katholischen Bevölkerung im Raum Mönchengladbach-Rheydt, weshalb sich auch „die NS-Machthaber hier ihrer Sache nie ganz sicher sein konnten und der nationalsozialistischen Diktatur in beiden Städten durchgängig der Charakter einer ‚Fremdherrschaft' anhaftete" (Heribert Schüngeler).

Meyers schaffte es, sich unter dieser „Fremdherrschaft" einzurichten. Als Versicherungsjurist kam er rasch zu Wohlstand und Ansehen. Zum sozialen Aufstieg des aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kommenden Polizistensohnes trug auch seine Heirat mit Alberte Mertens bei, die aus einer angesehenen Kölner Arztfamilie stammte. Ihr Vater war führendes Mitglied des Zentrums im Kölner Raum gewesen – lange Jahre Fraktionsvorsitzender der Zentrumspartei im Kreistag Köln-Land – , sie selbst gehörte 1933 bis zur Zwangsauflösung dieser Partei für wenige Monate an. Die promovierte Juristin, die Meyers während des Studiums in Köln kennen gelernt hatte, war politisch interessiert und entwickelte sich zu einer klugen Ratgeberin

ihres Mannes, dessen politische Karriere sie nach Kräften förderte. Ein Grund hierfür war die ungewollte Kinderlosigkeit ihrer Ehe.

II

Wie der 30. Januar 1933 blieb auch der 1. September 1939, als mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg entfacht wurde, nicht ohne Folgen für Franz Meyers. Von 1940 bis Kriegsende machte er den Krieg vornehmlich in Russland bei der bespannten Artillerie einer schlesischen Einheit mit. Nur dank glücklicher Umstände entkam er zweimal dem Tod. Diese existentielle Erfahrung hat ihn für seinen weiteren Lebensweg geprägt, ließ ihn nach 1945 bewusster leben, Probleme des Alltags gelassener sehen. So pflegte er als Ministerpräsident auch in schwierigen politischen Situationen zu sagen, dass denjenigen, der einmal bis zur Wolga geritten sei und zurück, nichts mehr erschüttern könne.
Nach Kriegsende kehrte er nach Mönchengladbach zurück, wo für ihn zunächst der Aufbau einer beruflichen Existenz im Vordergrund stand. Zusammen mit Peter Nonnenmühlen, der sich an führender Stelle in der Kommunalpolitik von Mönchengladbach engagierte und 1948 das Amt des Oberbürgermeisters übernahm, baute sich Meyers eine neue Anwaltspraxis auf. Nonnenmühlen war es schließlich, der Meyers „den resoluten Schubs in die Politik gab" (Norbert Harlinghausen).
1948 trat er der CDU bei. Auf dem 13. Jahreskongress der Nouvelles Equipes Internationales (NEI) im Mai 1959 in Freiburg im Breisgau ging er der Frage nach, was die Idee der Christlichen Demokratie ausmacht, und lieferte damit eine Begründung, weshalb er in der CDU seine politische Heimat fand. Franz Meyers wurde 1948 auch Sachkundiger Bürger im Kultur- und im Bauausschuss des Rates der Stadt Mönchengladbach. Politik war für ihn damit aber noch nicht zum Lebensinhalt geworden. Der entscheidende Schritt zum *hauptberuflichen Politiker* erfolgte zwei Jahre später. Im Frühjahr 1950 trugen ihm führende Vertreter der CDU Mönchengladbach die Kandidatur für den Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Ihrer Argumentation, er als kinderlos verheirateter, freiberuflich tätiger Jurist könne eine Kandidatur nicht ablehnen, konnte er nichts entgegensetzen. Als katholischer Akademiker fühlte er sich geradezu verpflichtet, „sich mit all seinen Kräften dafür einzusetzen, dass die Form des modernen demokratischen Staates mit christlichem Geist erfüllt wird".

Bei der Landtagswahl vom 18. Juni 1950 wurde Meyers direkt in den Landtag gewählt, wo er als Mitglied der CDU-Fraktion einer der beiden Regierungsfraktionen angehörte. Die Christdemokraten verständigten sich mit dem Zentrum auf eine Regierungskoalition unter Ministerpräsident Karl Arnold, der sich in den eigenen Reihen mit seinen Plänen zur Bildung einer Großen Koalition mit der SPD nicht hatte durchsetzen können. Schnell konnte sich der Parlamentsneuling Meyers in Szene setzen. Der versierte Jurist fiel als guter Debattenredner auf, der scharf argumentieren konnte. Im Oktober 1951 übernahm er den Vorsitz im Landtagsausschuss zur Beratung der Gemeinde-, Amts- und Kreisordnung. Als Ausschussvorsitzender zeichnete er sich durch eine straffe, zielgerichtete Verhandlungsführung aus, was im Landtag fraktionsübergreifend Anerkennung fand. Er hatte sich einen Namen gemacht, für weitere politische Aufgaben empfohlen, die ihn zunächst in seiner Heimatstadt erwarteten.
Am 5. März 1952 wählte ihn der Stadtrat von Mönchengladbach mit 32 Stimmen bei acht Enthaltungen zum neuen Stadtoberhaupt als Nachfolger des wenige Wochen zuvor verstorbenen Oberbürgermeisters Peter Nonnenmühlen. Er übte dieses Ehrenamt noch nicht einmal 100 Tage aus, als seine politische Karriere im Juni 1952 mit der Berufung zum Innenminister von Nordrhein-Westfalen ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

III

Bereits in seinem ersten Amtsjahr als Innenminister bewies Meyers Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude, als er mit der Neuorganisation des Polizeiwesens, der Landkreisordnung und der Landschaftsverbandsordnung drei große Gesetzgebungswerke durch den Landtag brachte. Auch erlangte er in diesem Amt bundesweite Bekanntheit. Seine Rede im Bundesrat im Juli 1954 gegen die Speiseeisverordnung des damaligen Bundesinnenministers Gerhard Schröder, die sich gegen bürokratischen Perfektionismus wandte, machte ihn ebenso populär wie die Verfolgung von Kriminellen, die in den Herbstnächten 1954 die nordrhein-westfälischen Autobahnen im Großraum Köln-Düsseldorf heimsuchten.
Die Tagesarbeit als Innenminister wurde vor allem bestimmt durch die Beschäftigung mit der Verwaltungsreform, dem großen landespolitischen Thema in der ersten Hälfte der 1950er Jahre. Meyers verwandte einen erheblichen Teil seiner Arbeitszeit dafür, die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform zu verdeutlichen und darüber aufzuklären, dass es sich hierbei um eine organisatorische, eine sach-

liche, eine personelle, eine territoriale und eine Büroreform handelte. Die konsequente Aufgabenverlagerung von der Mittelinstanz auf die unteren Verwaltungsebenen, eine Personalreform, die zur Verschlankung des Innenministeriums führte, und eine Erlassüberprüfungsaktion, bei der im Geschäftsbereich seines Ministeriums von 11 000 überprüften Erlassen 8 500 überholte oder gegenstandslos gewordene Erlasse aufgehoben wurden, waren Erfolge, die er auf der Habenseite verbuchen konnte.

Dagegen stieß er mit seinen Plänen für eine territoriale Neuordnung der staatlichen Mittelinstanz auf erhebliche Widerstände. Die Verwirklichung seines Vorschlags zur Reduzierung der Zahl der staatlichen Mittelbehörden von sechs auf drei Bezirksregierungen hätte einen weitreichenden Eingriff in Besitzstände bedeutet. Trotz aller Widerstände verfolgte Meyers das Ziel einer tiefgreifenden territorialen Verwaltungsreform, konnte diese Arbeit aber nicht beenden, da im Februar 1956 die Regierung Arnold stürzte und er seinen Ministersessel räumen musste. Arnold wurde durch den Sozialdemokraten Fritz Steinhoff ersetzt, der an der Spitze einer Koalition aus SPD, FDP und Zentrum stand.

Nach dem Verlust des Regierungsamtes in Düsseldorf wechselte Meyers auf die politische Bühne in Bonn. Adenauer gewann den *Macher* Meyers als Generalmanager der CDU für die Bundestagswahl 1957. Als Voraussetzung zur Durchführung eines erfolgreichen Bundestagswahlkampfs untersuchte er eingehend den Zustand der Partei auf den verschiedenen Ebenen auf mögliche Mängel und brachte die Parteiorganisation auf einen „bewunderungswerten Leistungsstand. Wohin man auch kam, überall erschien die CDU-Organisation von hoher Qualität" (Uwe Webster Kitzinger). Parallel zu den Bemühungen, die Parteiorganisation schlagkräftig zu machen, mussten Überlegungen zur Gestaltung der CDU-Kampagne für die Wahl angestellt werden. Dabei beschritt Meyers neue Wege, indem er Werbeagenturen engagierte und mit Meinungsforschungsinstituten zusammenarbeitete. Der Slogan „Keine Experimente" war als zentrale politische Botschaft ein Volltreffer. Dieser Slogan und die Person Adenauers stellten eine ideale Verbindung dar. Bei der Wahl zum dritten Deutschen Bundestag am 15. September 1957 errangen die Unionsparteien einen triumphalen Wahlsieg. Sie vereinigten 50,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich – ein bis dahin noch nie erzieltes Ergebnis in der deutschen Geschichte bei Wahlen zum Reichstag oder zum Bundestag.

Meyers profilierte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre auch als Parteireformer, der über die Ära Adenauer hinausblickte. Eindringlich mahnte er eine Reform der Parteiführung an, da die

Struktur der Führungsspitze so sehr auf „die einmalige Leistungsfähigkeit und Autorität" des Vorsitzenden Adenauer zugeschnitten und so eng mit seiner Person verknüpft sei, dass dieses Amt von keinem Nachfolger ausgefüllt werden könne. Deshalb brauche die Partei einen „engeren Vorstand", der sich mit allen politischen Sachentscheidungen befassen sollte.
Diese Gedanken wurden in den 1960er Jahren in der Einrichtung eines Bundesparteipräsidiums verwirklicht. Dabei sah Meyers zugleich die Notwendigkeit, die programmatische Arbeit der Partei voranzutreiben. Auf dem Bundesparteitag 1958 in Kiel bezeichnete er „die Schaffung eines staats- und gesellschaftspolitischen Leitbildes, das der deutschen Öffentlichkeit, aber auch uns selbst die Möglichkeit gibt, die Christlich Demokratische Union zu definieren", als vorrangiges Ziel. Später konkretisierte er dieses Ziel in der Forderung nach Erarbeitung eines Grundsatzprogramms für die CDU Deutschlands, das erst 1978 auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen verabschiedet werden sollte.
Nach dem erfolgreichen Verlauf der Bundestagswahl von 1957 schien Meyers eine Karriere in der Bundespolitik bevorzustehen. Als gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Aachen-Stadt saß er im Bundestag. Doch bereits ein Jahr später kehrte er nach Düsseldorf zurück, wo ihm nach dem CDU-Sieg bei der Landtagswahl und dem unerwarteten Tod des Spitzenkandidaten Karl Arnold die Ministerpräsidentschaft zufiel. Dass er sich für das Amt in Düsseldorf entschied und gegen eines in Bonn – als möglicher Nachfolger Adenauers im CDU-Bundesparteivorsitz – aussprach, ist damit zu erklären, dass er erkennen musste, dass ihm für eine Spitzenposition in der Bundespartei eine Hausmacht fehlte. Zu Adenauer versachlichten sich nach 1958 die Beziehungen, da Meyers zu den „Landesfürsten" zählte, welche „bei aller Loyalität gegenüber ihrer Partei nicht bereit waren, Parteidisziplin um jeden Preis zu üben" (Roman Herzog). Als Regierungschef des größten Bundeslandes stellte er die Interessen Nordrhein-Westfalens über die Anliegen seiner Partei.

IV

Im Sog der Bundestagswahl von 1957 erzielte die CDU bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom 6. Juli 1958 mit einem Stimmenanteil von 50,5 Prozent einen deutlichen Wahlsieg, womit das zweijährige Zwischenspiel einer sozial-liberalen Landesregierung unter Beteiligung des Zentrums endete.

Eine Woche vor dem Wahlgang war Karl Arnold nach einem Herzinfarkt verstorben, so dass die CDU-Landtagsfraktion einen neuen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs küren musste. In einer Kampfabstimmung setzte sich Meyers deutlich durch. Auch wenn es sich bei Landtagspräsident Josef Gockeln, dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Wilhelm Johnen, und Josef Hermann Dufhues, der an die Spitze des mächtigen CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe strebte, um drei namhafte Mitbewerber handelte, konnte das Votum für Meyers nicht überraschen. Seine Tätigkeit als Innenminister war noch in Erinnerung. Zudem stand er in dem Ruf eines erfolgreichen Wahlkampfmanagers, der Adenauers Sieg bei der Bundestagswahl 1957 organisiert hatte.

Am 21. Juli 1958 wurde er mit 103 Stimmen bei 94 Enthaltungen zum vierten Ministerpräsidenten in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gewählt. In seiner achteinhalbjährigen Ministerpräsidentschaft zeigte sich, dass Franz Meyers kein ausgesprochener Parteipolitiker gewesen ist. Er sah sich gerne in der Rolle des Landesvaters, der sich zuerst dem Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet fühlte, dem er in den ersten Jahren seiner Amtszeit auf vielfältige Weise „ein Identitätsbewusstsein einzuimpfen" (Kurt Düwell) versuchte.

Die Bemühungen zur Stiftung eines nordrhein-westfälischen Landesbewusstseins zählten zu den bedeutendsten politischen Initiativen von Franz Meyers während seiner Ministerpräsidentschaft. Er war der Überzeugung, dass Nordrhein-Westfalen nur bestehen könne, wenn es innerlich fest gegründet sei, d. h. im Zusammengehörigkeitsgefühl seiner Bevölkerung, von Rheinländern und Westfalen. So versuchte er, mit Hilfe staatlicher Symbole (Landeswappen, Landesorden) ein besonderes Landesbewusstsein zu bilden. Diese Pläne gingen „im Spottgelächter einer funktionalistisch denkenden Nachkriegsöffentlichkeit" (Ulrich Reusch) unter.

Richtig ist, dass sich Landesbewusstsein nicht erzwingen lässt, nicht verordnet, nicht organisiert werden kann. Dennoch sollte man sich nicht an den Spottgesängen zu Meyers' Wappen- und Ordensplänen beteiligen, „denn auch sie sind ein Ausdruck für das Bemühen, dieses Land [Nordrhein-Westfalen] zu stabilisieren, diesen Staat den Bürgern bewusst und sinnlich wahrnehmbar zu machen" (Wolfram Köhler). Nur bestand bei Meyers das Problem, dass er mit seinen Wappenplänen hoffnungslos rückständig erschien, als provinziell gelten musste, brach doch die westdeutsche Gesellschaft – politisch gesehen – nach Europa auf, suchte Anschluss an die „große Welt", wo EWG und Europarat von einer überstaatlichen Ordnung zeugten. In dieser Situation versuchte Meyers Traditionslinien zu entwickeln, deren Wurzeln in der Zeit vor 1803 lagen, in der Zeit des Partikula-

rismus in Deutschland. Auch ein Landesorden erschien den Zeitgenossen 15 Jahre nach Kriegsende als ein Anachronismus.
Zu den unterschiedlichen Bemühungen, ein Landesbewusstsein zu stiften, gehörten auch die Fernsehpläne von Meyers, der Anfang der 1960er Jahre im Schatten der Adenauerschen Fernsehpläne eigene Vorstellungen für ein privatkommerzielles Fernsehprogramm in Nordrhein-Westfalen entwickelte. In dem an Bedeutung gewinnenden Fernsehen sah er ein wichtiges Medium der Identitätsvermittlung, durch das er glaubte, ein nordrhein-westfälisches Bewusstsein und Selbstverständnis entwickeln und fördern zu können. Doch scheiterten die Fernsehpläne an der fehlenden medienpolitischen Kompetenz von Meyers, dessen Überlegungen in der Rückschau als „unpräzise und dilettantisch" (Wolfram Köhler) bezeichnet werden müssen. Zum anderen fanden die Fernsehpläne nicht die Unterstützung des *starken Mannes* in der nordrhein-westfälischen Medienpolitik, von Josef Hermann Dufhues, seinerzeit Verwaltungsratsvorsitzender des Westdeutschen Rundfunks und der wohl entschiedenste Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks innerhalb der CDU.
Die staatliche Kunstförderung ist ein weiterer landespolitischer Akzent, den Meyers als Regierungschef setzte. Ihr sichtbarster Ausdruck und von bleibender Bedeutung ist der Ankauf der Klee-Sammlung im Frühjahr 1960 und der folgende Aufbau einer landeseigenen Kunstsammlung. Als er von dem Angebot eines Schweizer Kunsthändlers erfuhr, 88 Gemälde von Paul Klee für das Land Nordrhein-Westfalen erwerben zu können, griff er gegen erhebliche Bedenken und Widerstände zu. Den Ankauf dieser einmaligen Gemäldesammlung verstand er als „einen Akt kulturpolitischer Wiedergutmachung" gegenüber einem international bekannten und anerkannten Künstler, der 1933 Deutschland aus politischen Gründen habe verlassen müssen. Heute gilt die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen als „das glanzvollste kulturelle Engagement des Landes" (Hartwig Suhrbier).
Landespolitische Akzente setzte Meyers während seiner Ministerpräsidentschaft auch in der Forschungs- und Hochschulpolitik. Das 1961 errichtete Landesamt für Forschung war das Ergebnis der Bemühungen um eine Neuorganisation der Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Auf dem Weg zur Zentralisierung der staatlichen Forschungsförderung bedeutete die Errichtung dieses Landesamtes einen Schritt voran, wenngleich er damit das Problem der Zersplitterung und der Überschneidung von Zuständigkeiten in der Forschungsförderung des Landes nicht endgültig lösen konnte. Erst am 28. Juli 1970 fand die Zentralisierung der Forschungsförderung mit

der Schaffung eines Landesministeriums für Wissenschaft und Forschung einen Abschluss.
In der Hochschulpolitik legte Meyers mit den Beschlüssen über den Bau neuer Universitäten in Bochum, Dortmund und Bielefeld den Grundstein für die Entwicklung des Landes zu einem der bedeutendsten Hochschulstandorte in der Bundesrepublik. Mit der Entscheidung für den Ausbau der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft erwies sich Meyers als ein *Modernisierer* – ein Kontrast zu dem Bild, das von ihm im Zusammenhang mit seinen Bemühungen zur Stiftung eines Landesbewusstseins in der Öffentlichkeit entstanden war.
Ein *Modernisierer* war er auch auf dem Feld des Umweltschutzes. Das Immissionsschutzgesetz von 1962 und die ein Jahr darauf errichtete Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz stellten auf dem Gebiet der Umweltschutzpolitik eine „Pionierleistung" (Hans-Otto Kleinmann) dar. Im April 1960 hob er mit seiner Rede über den „Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt" auf dem CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe das Problem der Luftreinhaltung in den Rang einer vordringlichen politischen Aufgabe. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe wurde Meyers von dem damaligen Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann tatkräftig unterstützt, was er nie zu erwähnen vergaß.
Grundmann gehörte zu der Garde junger Minister, die Meyers in seine drei Landeskabinette berief. Den Freiraum, der ihm bei der Zusammenstellung der Ministerliste nach der Berücksichtigung konfessioneller und landsmannschaftlicher Gesichtspunkte blieb, nutzte er nicht nur zur Verjüngung der Landesregierung. Mit dem Würzburger Universitätsprofessor Paul Mikat holte er sich nach der Landtagswahl von 1962 einen politischen Quereinsteiger in seine Regierungsmannschaft. Gustav Niermann, Konrad Grundmann, Gerd Ludwig Lemmer und Paul Mikat, die bei ihrer Ernennung zu Landesministern alle jünger als 40 Jahre alt waren, zählten zu den Aktivposten der Regierungen Meyers. Bei der Auswahl dieser Kabinettsmitglieder hatte Meyers sein „Gespür für gute Leute" gezeigt.

V

Seine Regierungszeit zerfällt in zwei Hälften. Zäsur ist die Landtagswahl von 1962, bei der die CDU ihre absolute Mehrheit verlor, aber die stärkste politische Kraft blieb. Auch die FDP musste größere Stimmenverluste hinnehmen, während die SPD erstmals bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die 40-Prozent-Marke über-

wand. Mit ihrem Votum reagierten die Wähler auf bundespolitische Entwicklungen seit der Bundestagswahl vom September 1961. Für Meyers wurde das Regieren fortan schwieriger, was weniger damit zu tun hatte, dass er eine Koalition mit der FDP bilden musste, die sehr gut funktionierte. Zusammen mit dem FDP-Landesvorsitzenden Willi Weyer, der das Amt des Innenministers übernahm, galt er als Garant dieser Koalition. Dass die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern „einwandfrei" verlief, führte Meyers „zu einem wesentlichen Teil" darauf zurück, dass „sie nicht auf juristischen Abmachungen, sondern auf gutmenschlichen Beziehungen beruht, auf die ich besonders Wert lege". Dies sagt einiges aus über den Politikstil von Meyers.

Konflikte zwischen ihm und dem neuen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Wilhelm Lenz, waren unvermeidlich. Der selbstbewusst auftretende Lenz ließ von Anfang keinen Zweifel daran, dass sich die Fraktion nicht mit der Rolle eines Erfüllungsgehilfen der Landesregierung begnügen werde. Die Gründe für Konflikte Meyers' mit der CDU-Landtagsfraktion waren aber auch beim Ministerpräsidenten zu suchen, der kein Mann der Kooperation war. Die Tatsache, dass er ohne Hausmacht blieb, zeigt, dass die Biographie von Meyers nicht frei von Widersprüchen ist, hatte er doch während seiner Jugend und seines Studentendaseins die Gemeinschaft in der Jugendbewegung und in der Studentenverbindung – als Mitglied der KV-Verbindung „Flamberg" – schätzen gelernt.

Die wachsenden Auseinandersetzungen mit der CDU-Landtagsfraktion mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass er sich nach 1962 verstärkt außenpolitischen Fragen zuwandte. So unterstützte er das von Willy Brandt und Egon Bahr entwickelte Konzept der Politik der kleinen Schritte als Grundlage einer zeitgerechten Deutschlandpolitik. Auch mahnte er nachhaltig eine Aussöhnung mit Polen an.

Seinen wichtigsten Beitrag zur Außenpolitik leistete er bei der Ratifizierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages vom 22. Januar 1963. In Abstimmung mit Außenminister Gerhard Schröder brachte er im Bundesrat einen Entschließungsantrag ein, der schließlich mit einigen redaktionellen Änderungen zur Präambel des deutsch-französischen Vertrages erhoben wurde.

Meyers' Ausflüge in die Außenpolitik konnten ihn nicht davor bewahren, sich den Problemen in Düsseldorf stellen zu müssen. Die Krise im Steinkohlenbergbau überschattete seine Ministerpräsidentschaft. Als er Ende Juli 1958 Fritz Steinhoff im Amte des Regierungschefs folgte, lagen bereits 8,6 Millionen Tonnen Steinkohle auf Halde, was etwa 20 Tagesförderungen entsprach. Für den neuen

Ministerpräsidenten stand fest, dass das Kohleproblem ein weltweites Problem war, das man nicht mit der Verstaatlichung der Kohle lösen konnte. Zugleich verwies er darauf, dass die Absatzschwierigkeiten der deutschen Steinkohle auf strukturelle Probleme zurückgeführt werden mussten. Damit gehörte er nicht zu denjenigen Politikern, welche „die Illusion bis weit in die sechziger Jahre [aufrechterhielten], die Krise des Kohlebereichs sei nur temporär und nicht das Ergebnis einer dauerhaften Umschichtung auf dem Energiemarkt" (Dietmar Petzina).

In diesem Zusammenhang sah Meyers sich dem Problem gegenüber, dass er aufgrund der Bundeszuständigkeit auf diesem politischen Feld nur über begrenzte Handlungsmöglichkeiten verfügte. Deshalb musste er immer wieder beim Bund und den anderen Bundesländern um Unterstützung für die Steinkohle werben. Verschärfend kam hinzu, dass sich die Bundesregierung im Umgang mit der Bergbaukrise hilflos zeigte, vor allem als im Verlauf der 1960er Jahre deutlich wurde, dass die von Ludwig Erhard noch als Bundeswirtschaftsminister gegebene Zusage einer Absatzgarantie von jährlich 140 Millionen Tonnen Steinkohle nicht zu halten war. Als Meyers daraufhin im November 1965 dem neuen Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker einen Energieplan vorlegte, der als Kernstück die Gründung einer Strukturförderungsgesellschaft unter Beteiligung des Bundes, des Landes und des Bergbaus vorsah, erfolgte dieser Schritt zu spät. Der Energieplan ging in den turbulenten Tagen des Jahres 1966, das sowohl in Bonn als auch Düsseldorf einschneidende politische Veränderungen brachte, unter.

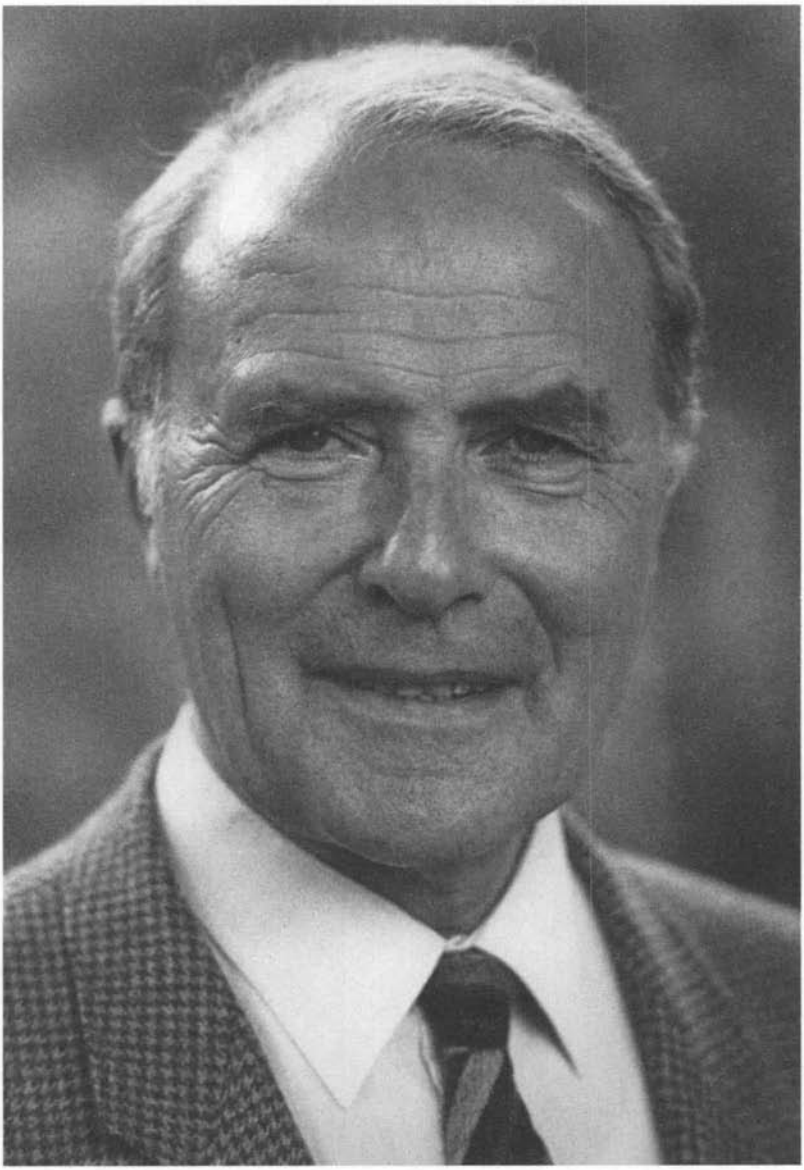
Ein anhaltendes Stimmungstief der CDU und der dramatische Ansehensverlust von Bundeskanzler Erhard seit der erfolgreichen Bundestagswahl vom September 1965 ließen bei der zum bundespolitischen Test erklärten Landtagswahl vom 10. Juli 1966 einen Erfolg der SPD erwarten, der auch nicht ausblieb. Doch die Sozialdemokraten verfehlten mit einem Stimmenanteil von 49,5 Prozent knapp die absolute Mehrheit, so dass Meyers, der als Wahlverlierer eigentlich die Konsequenzen ziehen und nicht mehr für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren wollte, seine Regierungskoalition mit der FDP mit der hauchdünnen Mehrheit von 101 zu 99 Stimmen fortsetzen konnte. Die Neuauflage der CDU/FDP-Koalition erfolgte allein aus bundespolitischen Gründen, um der angeschlagenen christlich-liberalen Bundesregierung von Ludwig Erhard das politische Überleben zu sichern. Die knappen Mehrheitsverhältnisse in Düsseldorf erforderten eine starke politische Führung, die Meyers jedoch nach dem für ihn enttäuschenden Ausgang der Landtagswahl und dem menschlichen Tiefschlag bei der Ministerpräsidentenwahl, als

ihm ein Mitglied der eigenen Landtagsfraktion die Zustimmung versagt hatte, vermissen ließ. Meyers hatte resigniert und ergab sich seinem politischen Schicksal.
Nach dem Bruch der CDU/FDP-Koalition in Bonn Ende Oktober 1966 war die Geschäftsgrundlage für das christlich-liberale Regierungsbündnis in Düsseldorf nicht mehr gegeben. Während es in Bonn zur Bildung einer Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger kam, wurde in Düsseldorf ein sozial-liberales Bündnis mit dem Sozialdemokraten Heinz Kühn an der Spitze gebildet.

VI

Nach seiner Abwahl als Ministerpräsident am 8. Dezember 1966 unternahm Meyers 1967 den Versuch eines landespolitischen Comebacks. Er wollte 1970 wieder als Spitzenkandidat seine Partei in den Landtagswahlkampf führen. Doch er scheiterte, weil er seinen Führungsanspruch über die Medien anmeldete und ihm die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion fehlte, die ihm verübelte, dass er sich nach dem Regierungssturz mehrere Monate lang von der Fraktionsarbeit ferngehalten hatte.
1970 verabschiedete sich Meyers aus der aktiven Politik. In den Jahren zwischen seiner Abwahl als Ministerpräsident und seinem Abtritt von der politischen Bühne galt sein hauptsächliches Interesse der Diskussion über eine Reform der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen, was nicht überraschen konnte, sah er doch in der Erhaltung und Stärkung des föderalistischen Elements im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine politische Lebensaufgabe. Als Regierungschef trat er wie kaum ein anderer Ministerpräsident für eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen dem Bund und den Ländern ein, insbesondere für den Abbau der Dotationsauflagen des Bundes bei der Finanzierung von Länderaufgaben durch Bundesmittel. Vor diesem Hintergrund lehnte er in der Diskussion über die Finanzverfassungsreform das Institut der Gemeinschaftsaufgaben, das Mischverwaltung, Mischfinanzierung und Mischverantwortung bedeutete, ab. In dem Ausbau der Kooperation zwischen Bund und Ländern sah er nur einen Beitrag zur weiteren Aushöhlung der föderativen Grundordnung.
Nach seinem Abschied von der aktiven Politik im Jahre 1970 wurde es sehr ruhig um Franz Meyers. Nur noch zweimal sorgte er öffentlich für Aufmerksamkeit, und zwar 1975, als er im Rahmen der kommunalen Neuordnung in Mönchengladbach wie schon 1969 in Bonn die Aufgabe eines Regierungskommissars ausübte, und 1979,

als er mit Plänen zur Gründung einer „Vierten Partei“ als Probelauf einer bundesweiten Ausdehnung der CSU in Verbindung gebracht wurde, von denen er sich aber rasch wieder distanzierte.
Im hohen Alter von 93 Jahren starb Franz Meyers am 28. Januar 2002 in seiner Heimatstadt Mönchengladbach.
Fragt man nach den Gründen für den raschen politischen Aufstieg von Franz Meyers und damit nach seinem Erfolg, der ihn innerhalb eines Jahrzehnts von bescheidenen Anfängen in der Mönchengladbacher Kommunalpolitik im Jahre 1948 bis in das Amt des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten im Sommer 1958 führte, wird man vor allem auf seine Qualitäten als Macher verweisen müssen; Qualitäten, die gerade in den 1950er Jahren, in der Phase des Wiederaufbaus, gefragt waren. Es wäre allerdings falsch, Meyers auf das Bild eines Machers zu reduzieren, da er jemand war, der über den Tellerrand der Tagespolitik hinausschaute. Ob er als Visionär bezeichnet werden kann, darüber mag man streiten. Mit seinen Bemühungen zur Stiftung eines nordrhein-westfälischen Landesbewusstseins war er seiner Zeit voraus. Johannes Rau griff diesen Gedanken in den 1980er Jahren auf. Der Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“ ist legendär geworden. Anlässlich des 40-jährigen Landesjubiläums im Jahre 1986 wurde ein Landesverdienstorden gestiftet. Und die Föderalismusreform des Jahres 2006 ist gekennzeichnet durch das Bemühen, zu einer klaren Aufgabenabgrenzung zwischen dem Bund und den Ländern zu kommen.
Franz Meyers zählt zu den herausragenden politischen Persönlichkeiten in der Geschichte Nordrhein-Westfalens und leistete als Wahlkampfleiter für die Bundestagswahl 1957 einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.



Alfred Dregger (1920–2002)

Über mehr als 40 Jahre hat Alfred Dregger wichtige Aufgaben in der Politik der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen – als Oberbürgermeister von Fulda, als hessischer Landespolitiker, als langjähriger Abgeordneter des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion in der Ära Kohl. Dreggers Arbeit reichte von der Bekämpfung der nachkriegsbedingten Wohnungsnot bis zu den „großen" Feldern der Außen- und der Sicherheitspolitik. Wie wenige andere Politiker hat er sich mit Beharrlichkeit für die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien Europa eingesetzt, auch als dies nicht auf der politischen Tagesordnung zu stehen schien.
Dreggers Handeln war ebenso bestimmt von seiner tiefen katholischen Verwurzelung wie von einem konservativen Staats- und Politikverständnis. Er hat ganz entscheidend dazu beigetragen, Wählerschichten der rechten Mitte an die CDU zu binden, und zwar weit über die eigene (Kriegs-)Generation hinaus. Er ist damit einer der letzten bedeutenden Repräsentanten einer programmatischen Richtung gewesen, die neben der christlich-sozialen und der liberalen zu den Wurzeln der Volkspartei CDU gehörte. Dregger hat seine Ansichten klar und offensiv vorgetragen, gerade in den politisch besonders polarisierten 70er und frühen 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Angesichts persönlicher Angriffe und Bedrohungen und eines in vielen Medien verzerrt gezeichneten Persönlichkeitsbildes gehörte dazu großer persönlicher Mut. Für die „Systemveränderer", die er bekämpfte, war er das Feindbild schlechthin.
Seine demokratischen Gegenspieler haben ihm den Respekt nicht verwehrt, auch, weil er persönliche Angriffe vermied und stets mit gewinnender Höflichkeit aufgetreten ist. Der frühere Bundespräsident Karl Carstens äußerte anlässlich Dreggers 70. Geburtstag, er sei ein „ehrenhafter und ehrlicher Mann".

I

Die Zeitgenossen haben Alfred Dregger in erster Linie als hessischen Politiker wahrgenommen. Seit Mitte der 50er Jahre lebte er in Fulda, und er hat dort mit seiner Familie den Lebensmittelpunkt gefunden.

Fulda blieb auch Heimat, als ihn der beruflich-politische Weg nach Bonn führte. Tatsächlich stammte Dregger aus Westfalen. Geboren am 10. Dezember 1920 in Münster, wuchs er in Westönnen auf, einem Dorf in der Nähe von Werl. Die Familie seiner Mutter Änne Dregger, geborene Sasse (1893–1975), betrieb dort einen Bauernhof. Sein Vater Alfred Georg (1891–1957), von dem er auch den vollständigen Vornamen erhielt, stammte aus der Gegend des Möhnesees im Sauerland und war als Verlagsdirektor tätig. Alfred Dregger hatte einen jüngeren Bruder.

Dregger legte das Abitur auf dem katholischen „Marien-Gymnasium zu Werl" ab. Die Schule konnte ihren christlich-humanistischen Geist auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bewahren, obwohl das Regime die Lehrerschaft mit Gefolgsleuten zu durchsetzen versuchte. Ein Mitschüler erinnerte sich später lebhaft, wie mutig und eloquent Dregger seine katholische Überzeugung gegenüber einem der SS angehörenden Assessor verteidigte. Dennoch war die äußere Anpassung unumgänglich – zum Abitur wurde nur zugelassen, wer der Hitler-Jugend angehörte. Nach dem Abitur wurde er zur Wehrmacht eingezogen.

Zwar lehnte Dregger den Nationalsozialismus ab, aber auf Grund seiner konservativen und nationalen Grundeinstellung erschien ihm der Kriegsdienst als selbstverständliche Pflicht. Diese Sichtweise hat er Zeit seines Lebens nicht aufgegeben, und sie erklärt sein Verhalten in späteren Situationen, das freilich nicht immer zufällig missverstanden wurde. Erst nach dem Krieg, so ein Freund, hätten sie erkannt, dass sie – ohne es zu wollen – ein „verbrecherisches System gestützt" hätten. Sie seien überzeugt gewesen, als anständige Soldaten ihre vaterländische Pflicht erfüllt zu haben. Der Missbrauch der eigenen Generation löste in Dregger besondere Hochachtung vor den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 aus, aber er hat auch für die Missbrauchten stets die Anerkennung ihres in seinen Augen ehrenhaften und tragischen Handelns eingefordert. Das galt in besonderer Weise für die gefallenen Kameraden.

Dregger, zuletzt Hauptmann und Kommandeur eines Front-Bataillons im Osten, ist mehrfach schwer verwundet worden. Er hatte davon eine bleibende schmerzhafte Behinderung zurückbehalten. Der als sehr tapfer geltende und gegenüber seinen Soldaten als fürsorglich beschriebene Offizier erhielt hohe militärische Auszeichnungen, u. a. das Eiserne Kreuz I. Klasse. Seit dem Sommer 1944 war sein 18-jähriger Bruder Wolfgang an der Ostfront vermisst. Über mehr als 50 Jahre hat Alfred Dregger auf allen denkbaren Wegen in Deutschland und der Sowjetunion bzw. Russland versucht, Näheres über sein Schicksal zu erfahren. Letzte Klarheit konnte er

nicht erlangen; sein Bruder ist wohl in sowjetischer Gefangenschaft umgekommen.
Nach Kriegsende studierte Dregger Rechtswissenschaft in Marburg und Tübingen; die 1950 begonnene juristische Ausbildung schloss er 1953 mit dem Großen Juristischen Examen am OLG Hamm ab. Bereits 1950 war er mit einer „summa cum laude" beurteilten Dissertation zu einem wirtschaftsrechtlichen Thema promoviert worden. Zu den Marburger Kommilitonen, mit denen er engeren Kontakt pflegte, gehörte Hans-Jochen Vogel. Aus dieser Zeit stammte das gemeinsame „Du", das keineswegs üblich war und dem eher distanzierten persönlichen Stil der beiden nicht unbedingt entsprach. Auch später pflegte Dregger das „Du" mit nur ganz wenigen seiner politischen Freunde.
Im Unterschied zu Vogel suchte Dregger damals die Antwort auf die NS-Barbarei in der Anknüpfung an die positiven Elemente des Preußentums, das er durch Hitler pervertiert sah. Vogel attestierte seinem Studienkollegen, er glaube an hierarchische Ordnungen, deren „nationale Einbettung" für ihn im Grunde selbstverständlich gewesen sei. Vogel registrierte bei Dregger aber auch einen „konstruktiven Pragmatismus", verbunden durchaus „mit einer gewissen Liberalität".
Die Lebenswege von Dregger und Vogel kreuzten sich in den folgenden Jahrzehnten immer wieder – beide wurden Oberbürgermeister, Vogel folgte Dregger als Präsident des Deutschen Städtetages nach, und später standen sie sich als Vorsitzende von Bundestagsfraktionen gegenüber: der christliche Demokrat Dregger als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion, der Sozialdemokrat Vogel als Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion.
Im Jahre 1952 heiratete Dregger seine Marburger Kommilitonin Dagmar Hillenhinrichs (geb. 1928). Die diplomierte Volkswirtin stammte aus einer Unternehmerfamilie in Recklinghausen. Familienmitglieder und politische Freunde berichteten, welche unentbehrliche Hilfe und Rückendeckung seine Ehefrau Dagmar für die politische Karriere leistete. Dabei gelang die konsequente Trennung von privater Sphäre und politisch-öffentlicher Tätigkeit. Das Ehepaar hatte drei Söhne. Der älteste von ihnen, der nach Dreggers vermisstem Bruder Wolfgang benannt worden war, verunglückte 1972 tödlich.

II

Dregger begann seinen Berufsweg als Referent beim Bund der Deutschen Industrie, wechselte aber schon 1955 zum Deutschen Städte-

tag. Dort lernte er den Fuldaer Oberbürgermeister Cuno Raabe kennen, der zum Widerstandskreis des 20. Juli gehört hatte. Raabe brachte ihn als seinen Nachfolger ins Spiel. Bereits im folgenden Jahr 1956 wurde Dregger in Fulda gewählt. Nähere Beziehungen zu Hessen gab es – abgesehen von der Studienzeit – bis dahin nicht.

Fulda hatte den Zweiten Weltkrieg besser überstanden als die meisten vergleichbaren Städte, war aber durch die Teilung Deutschlands in die Zonen-Randlage geraten. Vor Dregger lagen große Aufgaben. Es galt, die Integration der vielen Heimatvertriebenen voranzubringen, das unzureichende Wohnungsangebot zu verbessern und nicht zuletzt die innerstädtischen Verkehrsprobleme zu lösen. Die Modernisierung der Stadt ist – im Unterschied zu vielen anderen Kommunen – im Wesentlichen ohne Zerstörung des historischen Stadtbildes gelungen.

Früh hat Dregger einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf den Bildungsbereich gelegt. Er initiierte eine Schulbautätigkeit, wie es sie in keiner vergleichbaren Stadt gab. Während seiner Amtszeit erreichte Fulda die höchste Abiturientenquote aller deutschen Städte. Die Wiederanknüpfung an die Fuldaer Universitätstradition, die bis 1803 reichte, gelang damals freilich nicht. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Wiesbaden wollte im „schwarzen" Fulda keine Hochschule.

Dreggers Fuldaer Mitstreiter erinnerten sich seines ausgeprägten historischen und kunsthistorischen Interesses, das sich im Besonderen bewährt habe, als es darum ging, den historischen Zustand des Stadtschlosses wieder herzustellen. Dregger legte Wert auf den persönlichen Umgang mit den Menschen seiner Stadt und bemühte sich um ein offenes Verhältnis von Verwaltung und Bürgern. Ganz selbstverständlich und nicht des medialen Effekts wegen bezog er junge Leute in den Meinungs- und Willensbildungsprozess ein. Seine beeindruckende Wirkung gerade auf junge Menschen ist auch später noch auffallend gewesen.

Dreggers kommunalpolitische Erfolge fanden weithin Interesse und Anerkennung. Der Deutsche Städtetag wählte ihn 1960 in sein Leitungsorgan, fünf Jahre später wurde er Präsident des größten kommunalen Spitzenverbandes. Diese Entscheidung erschien damals ungewöhnlich, weil Dregger erst 45 Jahren alt war und eine vergleichsweise kleine Stadt repräsentierte. Als Präsident suchte er u. a. die Verwaltungs- und Finanzreform voranzutreiben. In einem persönlichen Gespräch mit Bundeskanzler Erhard erreichte er eine zweckgebundene Erhöhung der Mineralölsteuer, die dem kommunalen Verkehrsausbau zugute kommen sollte. Erhard konnte seine schriftlich bestätigte Zusage allerdings nicht einhalten, weil der

Koalitionspartner FDP ihn daran hinderte. Erst die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966–1969) hat dieses Projekt schließlich umgesetzt.
Dregger nutzte seine Position aber auch, um hörbar den Vorrang der Investitionen vor der Konsumausweitung zu verlangen und bereits 1967 eine hohe Priorität für die Bildung zu fordern. Die Bundesrepublik werde ihren Rang unter den Industriestaaten und ihr System der sozialen Sicherheit nur erhalten können, wenn sie entsprechende Bildungsanstrengungen unternehme; sie seien produktivitätsfördernde Investitionen in die Zukunft.

III

Dreggers Erfolge als Fuldaer Oberbürgermeister und das Ansehen, das er im Deutschen Städtetag erwarb, beförderten auch seine landespolitische Karriere. Bereits 1962 war er in den hessischen Landtag gewählt worden, wo er sich als Oppositionsabgeordneter rasch profilierte.
Die Landtagswahlen 1966 waren für die CDU erneut enttäuschend; sie erreichte nur 26,4 % der Stimmen. Eine grundlegende personelle, strukturelle und programmatische Erneuerung war unumgänglich. Angesichts der Ausgangslage schien die Aufgabe kaum lösbar: Seit Kriegsende regierte in Hessen die SPD, die inzwischen als eine Art Staatspartei auftrat. Ihr Macht- und Entscheidungsanspruch reichte über das Politische hinaus bis in die Wirtschaft, die Medien und die Gesellschaft. Noch Ende der 60er Jahre gab es in der Hälfte der Kommunen keine CDU-Listen, weil viele Sympathisanten Nachteile befürchteten, wenn sie sich zur CDU bekannt hätten.
In dieser Notsituation galt Dregger als einer der ersten Kandidaten für den CDU-Landesvorsitz. Noch vor seiner Wahl einigte er sich – ohne die Parteigremien zu befassen – mit seinem ursprünglichen Gegenkandidaten Christian Schwarz-Schilling. Dregger sollte den Parteivorsitz übernehmen, Schwarz-Schilling sein Stellvertreter und erster Generalsekretär der Partei werden. Ein Landesparteitag in Eltville wählte 1967 die neue Führung. Dregger stellte die Weichen für die künftige Landespolitik: Es gehe um die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und den „Teilwahrheiten" von Sozialismus und Liberalismus. Das Ziel sei nicht die Beteiligung an der Macht, sondern die parlamentarische Mehrheit. Walter Wallmann, der dritte Mann im neuen Führungstrio, bezeichnete Dreggers Rede als „Fanfarenstoß"; der Parteitag sei die „Geburtsstunde für die Erneuerung der CDU Hessen" gewesen.

In der Tat fand die bis dahin zerstrittene Partei unter Dreggers Führung zu großer Geschlossenheit. Es gelang ihm in wenigen Jahren, sie in der hessischen Politik inhaltlich zu profilieren, und ihr bundespolitisch – nicht zuletzt programmatisch – Gehör zu verschaffen. Aus der CDU mit dem Image einer (links-)katholischen Honoratiorenpartei und schwachem Mitgliederbestand machte Dregger in wenigen Jahren eine offene, überkonfessionell-christliche und zugleich liberal-konservative Partei mit hoher sozialer Kompetenz, die neue Wählerschichten ansprach. In der Zeit seines Vorsitzes verdreifachte sich die Zahl der Mitglieder.

Im Landtag in Wiesbaden wandte sich Dregger mit Leidenschaft gegen den zunehmenden Linksextremismus und die von marxistischen Vorstellungen bestimmte Schul- und Hochschulpolitik der SPD/FDP-Regierung. Da er seine Auffassungen auch noch in pointierter Weise vortrug, suchten ihn seine politischen Gegner und manche Journalisten als „Law-and-Order"-Politiker darzustellen und ihn wegen eines Wahlplakates in Anspielung auf einen Italo-Western als „Django" abzustempeln.

Die Landtagsdebatten schlugen intern hohe Wellen, aber die mediale Wahrnehmung war für Dregger und die CDU unzureichend. Auch der persönliche Bekanntheitsgrad blieb unbefriedigend. Daraufhin kandidierte Dregger als „Unser erster Mann in Hessen" bei den Bundestagswahlen 1969, nahm aber, wie zuvor verabredet, das Mandat nicht an. Der gewünschte Effekt trat ein – in Hessen kannte jetzt jeder politisch Interessierte Dreggers Namen.

Infolge der gesetzlichen Regelung über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat trat Dregger 1970 als Oberbürgermeister von Fulda zurück. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde er Vorstandsmitglied der Überlandwerke Fulda AG, konzentrierte sich im Übrigen nun aber vollends auf die Landespolitik. Die Arbeit der neuen SPD/FDP-Bundesregierung in Bonn und im Besonderen die Ostpolitik mit den Affronts gegen die Vertriebenen, von denen viele treue SPD-Wähler gewesen waren, begünstigten Dreggers Bemühungen um den Aufstieg der hessischen CDU. Hinzu kamen die Ideologisierung der Landespolitik und Skandale der hessischen SPD. Im Besonderen prangerte Dregger die radikale Schulpolitik und die Verletzung des Elternrechts an.

Im Landtagswahlkampf 1970 hielt Dregger als CDU-Spitzenkandidat der SPD vor, sie sei auf dem Weg von der Mitte zur radikalen Linken: „Freiheit und Sozialismus sind unvereinbar." Sechs Jahre später wurde daraus im Bundestagswahlkampf die heftig diskutierte Parole von CDU und CSU „Freiheit statt Sozialismus". Dregger präsentierte seine Partei als klare Alternative zur SPD: Eine

bürgernahe Partei der politischen Mitte, die unter seiner Führung unbeirrt für Recht und Ordnung einstand. Dregger hatte die Stimmung vieler Menschen getroffen. Bei der Landtagswahl 1970 steigerte die CDU ihr Ergebnis auf fast 40 %.

IV

Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 1972 kandidierte Dregger erneut und erfolgreich, unterstützt auch durch eine Initiative junger Leute, die sich spontan und ohne Bindung an den „Parteiapparat" zusammengefunden hatten – gleichermaßen Beleg für die von Dregger ausgelöste Aufbruchstimmung wie für seine Wirkung unter jungen Menschen. Er wechselte nach Bonn, blieb aber hessischer Landesvorsitzender und Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen 1974. Die CDU erreichte sensationelle 47,3 % und wurde erstmals stärkste Fraktion in Wiesbaden. Die absolute Mehrheit, Dreggers von vielen nicht ernst genommenes Ziel aus dem Jahre 1967, schien in greifbare Nähe gerückt.
Dregger hat sich durch mediale Verzerrungen nicht beirren lassen. Auch in den folgenden Jahren, die mit dem linksextremen Terrorismus die größte innenpolitische Bedrohung in der Geschichte der Bundesrepublik brachten, ist er klar und entschieden für den Rechtsstaat und die von linker Seite karikierte freiheitliche demokratische Grundordnung eingetreten – trotz zunehmender persönlicher Gefährdung. Gewalttätige Störungen seiner Auftritte waren an der Tagesordnung.
Nachdem es bei den Landtagswahlen 1978 einen geringfügigen Stimmenrückgang gegeben hatte, schien Dregger der Sieg sicher zu sein, als er 1982 zum vierten Mal als hessischer CDU-Spitzenkandidat antrat. Doch wenige Tage vor der Landtagswahl zerbrach in Bonn die SPD/FDP-Koalition. Die SPD startete daraufhin eine „Verratskampagne", in deren Folge die FDP in Hessen an der 5 %-Hürde scheiterte. Allein aber konnte Dregger nicht regieren, obwohl die CDU mit 45,6 % wieder stärkste Fraktion geworden war.
Noch in der Wahlnacht trat Dregger als Landesvorsitzender zurück. Sein politisches Lebensziel, Ministerpräsident von Hessen zu werden, war durch bundespolitische Ereignisse verhindert worden, auf die er keinen Einfluss hatte nehmen können. Er übergab eine geschlossene, programmatisch und personell hervorragend aufgestellte Landespartei, an deren Spitze sein Nachfolger Walter Wallmann 1987 zum ersten CDU-Ministerpräsidenten des Landes gewählt wurde.

Dreggers Zukunft lag in der Bundespolitik. Nachdem Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 Bundeskanzler geworden war, wählte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger mit fast 97 % der Stimmen zu ihrem Vorsitzenden. Bereits vor seinem Einzug in den Bundestag hatte Dregger auch bundespolitisch eine Rolle gespielt; er galt 1972 als möglicher Innenminister in der Regierungsmannschaft des CDU-Spitzenkandidaten Rainer Barzel. Gleichwohl versagte er ihm aus deutschlandpolitischen Gründen die Gefolgschaft: Im offenen Widerspruch zu Barzel trat Dregger dafür ein, dass die Bundestagsfraktion gegen den sogenannten Grundlagenvertrag, den die Bundesregierung mit der DDR geschlossen hatte, Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben solle. Dregger unterlag mit einer Minderheit von etwa 40 % der Fraktion; die Klage wurde dann von der Bayerischen Staatsregierung eingereicht. Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, bilanzierte Dregger, habe darin bestanden, „deutsche Hoffnungen gegen deutsche Leistungen" auszutauschen.

In der Deutschlandpolitik hat Dregger stets eine klare Linie vertreten. Die Wiedervereinigung in Freiheit hatte für ihn oberste Priorität. Ohne erkennbare Gegenleistungen der DDR sollte es keinerlei Entgegenkommen geben. Das musste Helmut Kohl erfahren, als es 1983 um einen Milliardenkredit für die DDR ging. Dregger reagierte „ungehalten", weil er eine „miserable Verhandlungsführung" zu sehen glaubte. Aber, so Kohl, Dregger sei ein „nobler Herr" gewesen und hätte sich im Übrigen nie mit Franz Josef Strauß angelegt.

Kohl hat sich trotz gelegentlicher Meinungsunterschiede stets auf Dregger verlassen können. Der Idee einer „vierten Partei", die in den 70er Jahren in konservativen Kreisen kursierte, ist er entgegengetreten und hat ihr so als Repräsentant dieser Richtung jede praktische Chance genommen. In Personal- und Kandidaturfragen unternahm Dregger wiederholt Vermittlungsversuche im Sinne Kohls.

Die Ankündigung des neu gewählten Kanzlers, im Frühjahr 1983 Neuwahlen durchzuführen, war nicht unumstritten. Dregger musste in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion intensive Überzeugungsarbeit leisten, nicht zuletzt bei den Abgeordneten, die durch das vorzeitige Ende der Legislaturperiode persönlich betroffen waren. Bundespräsident Karl Carstens stellte seine Bedenken gegen das Verfahren zurück, nachdem er sich unter anderem mit der politischen und verfassungsrechtlichen Argumentation Dreggers auseinandergesetzt hatte.

In der Fraktionsarbeit kam es zu einer Arbeitsteilung zwischen Dregger und Wolfgang Schäuble, dem ehrgeizigen 1. Parlamentarischen Geschäftsführer. Er sorgte für eine enge Verbindung zwischen Regierung und Fraktion. Dregger konzentrierte sich auf die großen politischen Themen: Auf die Rolle Deutschlands im westli-

chen Bündnis, die Einheit der Nation, Fragen der inneren Sicherheit, nicht zuletzt auf die Arbeitsfelder Wirtschaft, Finanzen und Soziales, die durch die abgelöste Bundesregierung vernachlässigt worden waren.
Wie bereits bei seinen Tätigkeiten in Fulda und Wiesbaden bewies Dregger Gespür für das sozialpolitisch Notwendige, auch das eine Facette seiner konservativen Einstellung. Heiner Geißler, politisch auf einem ganz anderen Flügel der CDU zu Hause, bescheinigte Dregger, er sei bei sozialen Themen, im Besonderen bei den „sozialpolitisch fast revolutionären Verbesserungen in der Frauen- und Familienpolitik" sowie in der Rentenpolitik ein „verlässlicher Bundesgenosse" gewesen.

V

In den folgenden Jahren hat Dregger entscheidend dazu beigetragen, den „treuesten" Teil der Unionswählerschaft zu binden. Angesichts koalitionsbedingter Kompromisse bestand gerade bei den konservativen Wählern die Gefahr schwerer Enttäuschung. Sie waren in der Fraktion ohnehin unterrepräsentiert. Dregger, ihre wichtigste Identifikationsfigur, stand daher schon in dieser Zeit nicht für einen „national-konservativen" Fraktionsflügel, sondern nur für eine relativ kleine Gruppe von Abgeordneten.
Gerade den konservativen Unions-Wählern dürfte er aus dem Herzen gesprochen haben, als es 1984 zu Diskussionen über den bevorstehenden Besuch des SED-Generalsekretärs Honecker in Bonn kam. Spekulationen über eine eventuelle Absage führten zu heftigen Angriffen der Opposition und von Teilen der Medien auf die Bundesregierung. Dregger stellte ironisch fest, die Zukunft der Bundesrepublik hänge nicht davon ab, ob Honecker „uns die Ehre seines Besuches erweist" und schien wieder seinem Ruf als Repräsentant des „Stahlhelm-Flügels" der Union gerecht geworden zu sein. Honecker nahm Dreggers Bemerkung zum Vorwand, um den Besuch abzusagen. Tatsächlich wurde bald klar, dass diese Entscheidung auf eine Intervention der sowjetischen Führung zurückging.
Erst 1987 holte Honecker seinen Bonn-Besuch nach, und so fuhr Dregger Anfang 1988 seinerseits zu Gesprächen nach Ostberlin, nicht ohne Honecker konkrete Menschenrechtsfälle vorzulegen. Für Dregger, der sich im Unterschied zu vielen anderen Spitzenpolitikern immer wieder für Dissidenten im kommunistischen Herrschaftsbereich eingesetzt hat, war dies ohnehin zentraler Ertrag solcher Kontakte.

Als Befürworter einer Politik der Stärke und des Bündnisses mit den USA stand Dregger in der Diskussion um den Nato-Doppelbeschluss fest an der Seite Kohls. Das galt auch, als es 1985 zu einer Auseinandersetzung darüber kam, ob der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der Kanzler den Soldatenfriedhof Bitburg besuchen sollten, auf dem u. a. Angehörige der Waffen-SS beigesetzt waren.

Dregger sah in dem Streit zuerst eine politisch-mediale Inszenierung in den USA, aber er fühlte sich auch persönlich berührt. In einem Brief an die Senatoren, die Reagan umzustimmen versuchten, nannte er den Besuch eine „noble Geste". Den Vorstoß der Senatoren müsse er als „Beleidigung meines Bruders und meiner gefallenen Kameraden empfinden". Er frage, ob die Verweigerung der letzten Ehre „unseren gemeinsamen Idealen von Anstand, Menschenwürde und Achtung vor den Toten" entspreche. In zahlreichen Stellungnahmen verwahrte er sich dagegen, die 1200jährige deutsche Geschichte auf die 12 Jahre der nationalsozialistischen Diktatur zu verkürzen. Für Dregger war im Übrigen selbstverständlich: Wer – auf welcher Seite auch immer – seiner soldatischen Pflicht nachgekommen und nicht persönlich an Verbrechen beteiligt gewesen sei, verdiene das ehrende Gedenken. Folgerichtig nannte er es einen Skandal, als das Frankfurter Landgericht einen Arzt freisprach, der Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte. Dregger kommentierte: „Auch in der Demokratie gibt es Justizirrtümer."

Er akzeptierte es nicht, den 8. Mai ausschließlich als Tag der Befreiung zu sehen und stellte sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung über die Frage, wie der 40. Jahrestag des Kriegsendes begangen werden sollte, offen gegen Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Dregger sah sich an der Seite der Menschen, denen noch bewusst war, dass Millionen Heimatvertriebene und die Opfer der stalinistischen Verbrechen das Kriegsende als Ausgangspunkt neuen Elends erfahren hatten. „Katastrophen", so Dregger, könne „man nicht feiern". Er wollte ein Totengedenken, verbunden mit der feierlichen Verpflichtung auf die Verwirklichung der Menschenrechte in Europa. Im Übrigen könne sich über die Niederlage Hitlers „jeder Demokrat und Europäer freuen, über den Sieg Stalins nicht".

Damit spielte Dregger sowohl auf die Unterdrückung der osteuropäischen Völker an wie auf das Schicksal der Vertriebenen. Er warb auch für sie um Verständnis. Sie hätten durch die Stuttgarter Charta von 1950 und ihren bereits damals formulierten Gewaltverzicht bewiesen, wie „friedfertig" sie auf ihr Schicksal reagiert hätten. Jeder möge sich vergegenwärtigen, wie er denken und fühlen würde,

„wenn er mit seinen Landsleuten aus dem Rheinland, Westfalen oder Bayern vertrieben worden wäre".
Mit diesem Grundverständnis konnte er dazu beitragen, dass die Schlesier 1985 das missverständliche Motto ihres Jahrestreffens änderten und Bundeskanzler Kohl seinen bereits angekündigten Besuch nicht absagte. Damit wurde ein politischer Eklat abgewendet und zugleich eine weitere innenpolitische (Selbst-) Marginalisierung der Vertriebenen. Die Intervention bedeutete für Dregger keinen Widerspruch zu seiner unmissverständlich pro-europäischen Überzeugung, in die er ausdrücklich Polen einbezog. Sein Ziel war, so schon 1985, „ein freies Europa von Polen bis Portugal als friedenserhaltende Mitte zwischen den Weltmächten".
Dregger betonte die Europa-Politik, aber er sah gleichrangig die Bedeutung guter Beziehungen zu den USA – politisch wie militärisch. Bei aller Nähe zu den Vereinigten Staaten, die u. a. in der Unterstützung des SDI-Projektes in den frühen 80er Jahren zum Ausdruck kam, bewahrte er sich ein unabhängiges Urteil. Ganz entschieden lehnte er 1987 die Aufrüstung mit atomaren Kurzstreckenraketen ab, die in erster Linie eine unmittelbare Bedrohung für Deutschland gewesen wären. Dregger leistete in den USA Überzeugungsarbeit. Sie konnte gelingen, weil ihm die Reagan-Administration ein in Jahren aufgebautes Vertrauen entgegenbrachte. Selbst Egon Bahr (SPD), den politische Welten von Dregger trennten, hat seinen Beitrag in dieser wichtigen Abrüstungsfrage gewürdigt.
Im Unterschied zu sehr vielen seiner Zeitgenossen waren die Maueröffnung und der ihr folgende Prozess für Dregger kein politisches Wunder. Er hatte nie daran gezweifelt, dass die Mauer fallen werde, „weil das Absurde keinen historischen Bestand haben kann". Auch wenn er den Wiedervereinigungsprozess nicht entscheidend mitgestalten konnte, so hat er doch zu den Grundlagen beigetragen, die diesen Prozess erst ermöglichten. In der Wiederherstellung der deutschen Einheit sah er, für den alles „immer und irgendwie auch Deutschlandpolitik" war, einen der glücklichsten Augenblicke seines Lebens. Eine „Traumkonstellation für Deutschland" sei erreicht worden, die dem Bismarck-Reich nie vergönnt gewesen sei.

VI

Als nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen Anfang Dezember 1990 in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag über den Fraktionssitz entschieden wurde, musste Dregger eine schwere Enttäuschung hinnehmen. Lange hatte er die Geschlossenheit der

Fraktion gewährleistet, aber bereits früher gab es hinter vorgehaltener Hand Kritik an seiner Amtsführung. Allen hatte er es nicht recht machen können, inhaltlich nicht und auch nicht, als Bundeskanzler Kohl wiederholt Minister berief, die nicht der Fraktion angehörten.

War nach dem Rücktritt Rainer Barzels vom Amt des Bundestagspräsidenten (November 1984) nur kurz darüber spekuliert worden, ob Dregger seine Nachfolge antreten werde, so wurden diese Diskussionen schon sehr viel lauter, als im November 1988 Bundestagspräsident Philipp Jenninger zurücktrat. Dregger reagierte unmissverständlich: Er wolle Politik machen und nicht „ansagen". Im Dezember 1990 war die Fraktion nicht mehr bereit, ihn für die reguläre Amtszeit von zwei Jahren wiederzuwählen, zumal sein designierter Nachfolger Wolfgang Schäuble kurz zuvor ein Attentat überlebt hatte. Als Dregger, wie vereinbart, nach einem Jahr an Schäuble übergab, ernannte ihn die Fraktion nach neunjähriger Tätigkeit zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Dreggers politische Laufbahn neigte sich dem Ende zu, aber der Abschied fiel ihm trotz gesundheitlicher Probleme schwer. Bei der Nominierung für die Bundestagswahl 1994 trat in Fulda erstmals ein parteiinterner Gegenkandidat an. Dennoch gewann er den Wahlkreis zum siebten Mal in Folge mit großer Mehrheit. Seine Hoffnung, bei der Eröffnung des Bundestages als Alterspräsident eine politische Grundsatzrede halten zu können, wurde ausgerechnet durch die Wahl eines älteren PDS-Abgeordneten verhindert.

Als der 50. Jahrestag des Kriegsendes nahte, gehörte er zu den Initiatoren eines „Aufrufs gegen das Vergessen", mit dem er seine Appelle aus dem Jahr 1985 wieder aufnahm. Konservative Politiker aus verschiedenen demokratischen Parteien gehörten zu den Unterzeichnern. Die Reaktionen zeigten freilich, wie sehr sich das politische Denken in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland verändert hatte. Ähnlich verhielt es sich mit seinem Protest gegen die „Wehrmachtsausstellung", die zum Teil auf sowjetischem Propagandamaterial und fragwürdigen wissenschaftlichen Belegen beruhte. Den Versuch, die Soldatengeneration zu kriminalisieren, wie Dregger es sah, nannte er eine „Schweinerei".

1998 nahm er noch einmal einen Anlauf, in den Bundestag gewählt zu werden. Die Widerstände an der Parteibasis waren so stark, dass er nach quälenden Auseinandersetzungen schließlich von sich aus verzichtete. Nur noch selten äußerte er sich öffentlich, zuletzt im Mai 2000 vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, der sich mit der Spendenaffäre der hessischen CDU befasste.

Dregger war in diese Affäre nicht verwickelt. Zur Aufklärung konnte er, von einer Erkrankung sichtbar gezeichnet, nicht mehr beitragen. Dregger starb am 29. Juni 2002 in seiner Wahlheimat Fulda und ist dort begraben. Helmut Kohl würdigte ihn in seiner Trauerrede als einen Verfechter der Freiheit, der dem Zeitgeist widerstanden habe. Der Erfolg im „Kampf um die Nachrüstung" und beim Aufbau Europas wäre ohne Dregger nicht möglich gewesen. Kohl konkretisierte ein Leitmotiv Dreggers, das auf Perikles zurückging: „Wisset, dass das Geheimnis des Glücks die Freiheit, der Freiheit Geheimnis aber der Mut ist."



Josef Stingl (1919–2004)

I

Josef Stingl galt 16 Jahre lang als die leibhaftige Verkörperung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Bei seinem Amtsantritt als Präsident am 2. Mai 1968 lag die Arbeitslosenzahl bei knapp über 330 000, die Quote bei 1,6 Prozent. Als er mit Erreichen der Altersgrenze Ende März 1984 abtrat, waren zweieinhalb Millionen ohne Beschäftigung; jeder zehnte Erwerbstätige war arbeitslos. „Ich habe bei Stingl angeheuert", wurde zum geflügelten Wort für die, die ihren Job verloren hatten und Arbeitslosenunterstützung bezogen.
Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre, als die Arbeitslosenzahlen anstiegen, wurde er zu einem der bekanntesten Männer der Republik. Er war häufiger in den Zeitungen und auf den Bildschirmen präsent als mancher Spitzenpolitiker. Monatlich verkündete er die neuesten Zahlen der Erwerbslosen, interpretierte die Statistiken und erläuterte ihre Hintergründe. Die wachsende Arbeitslosigkeit belastete ihn; die Arbeitslosenbilanz war für ihn nie ein anonymes Zahlengerüst. Die Popularität, die er mit seinen publikumswirksamen Fernsehauftritten – insgesamt waren es 189 – erwarb, schmeichelte dem engagierten Sozialpolitiker zwar; aber ein Vergnügen waren sie für ihn, den Überbringer meist schlechter Nachrichten, nicht.
Den einen galt der Interpret dürrer Zahlen als unbequem, weil seine Stellungnahmen häufig mit sorgenvollen Kommentaren versehen waren und er angeblich zu schwarz malte, was ihm die nicht besonders schmeichelhaften Spitznamen „Bundesunke" oder „Kassandra von Nürnberg" eintrug; den anderen schilderte er die Lage zu optimistisch, was ihm insbesondere in der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition (1969–1982) seine Parteifreunde verübelten.
Schon vor seinem Amtsantritt in Nürnberg hatte sich Stingl als einer der einflussreichsten Sozialpolitiker seiner Partei, der CDU, und der CDU/CSU-Fraktion einen Namen gemacht. Dabei war er kein „Linker", auch wenn er Mitglied der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Sozialausschüsse der CDU war. Seine grundsätzliche Orientierung an den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und an einer leistungsgerechten Einkommensverteilung und seine Betonung des „Eigenengagements" ver-

hinderten allerdings nicht gelegentliche Konflikte mit dem Wirtschaftsflügel seiner Partei. Ebenso wenig passten auf ihn, den Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße und langjährigen Vorsitzenden der Ackermann-Gemeinde, die Attribute restaurativ und reaktionär, die häufig Vertriebenenpolitikern angeheftet werden. Stingl fühlte sich in seinen Funktionen und Ämtern vielmehr immer dem Gemeinwohl und dem Ausgleich der Interessen verpflichtet.

II

Geboren wurde Josef Stingl am 19. März 1919 im egerländischen Maria-Kulm als Sohn des Bäckermeisters Georg Stingl und seiner Frau Amalie, geb. Hüttl. Sein Geburtstag war gleichzeitig sein Namenstag. Wenige Monate vor seiner Geburt war aus dem Erbe der Österreichisch-ungarischen Monarchie die tschechoslowakische Republik gebildet worden. Die Frage der Nationalitäten und der Minderheitenrechte im neuen Staat blieb ungelöst. Eine Volksabstimmung, in der sie sich für den Anschluss an das Deutsche Reich oder an Österreich hätten entscheiden können, blieb den Sudetendeutschen versagt. Als sie am 4. März 1919 für Selbstbestimmung und Autonomie demonstrierten, wurden ihre Kundgebungen vom tschechischen Militär niedergeschlagen. 54 Tote und über 200 Verletzte waren zu beklagen.

Standen drei Millionen überwiegend katholische Sudetendeutsche zunächst in Fundamentalopposition zu dem neuen Staat, so versuchten sie doch, sich in den kommenden Jahren mit ihm zu arrangieren. Doch kaum hatte sich die Lage etwas beruhigt, brachen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich und der zunehmenden Annäherung der 1933 gegründeten Sudetendeutschen Partei (SdP) unter Konrad Henlein an die NSDAP Konflikte zwischen religiösen und nationalistischen Gruppierungen innerhalb der Sudetendeutschen auf, in deren Strudel auch der junge Stingl geriet. 1937 wurde er dreimal aus der Turnerjugend des Deutschen Turnverbandes ausgeschlossen und wieder aufgenommen. Als Schüler war er dem Bund Neudeutschland beigetreten, jener bündischen katholischen Jugend, die sich in seiner Heimat „Bund Staffelstein" nannte. Dieser Bund war 1920 gegründet worden. Sein Führer, der katholische Geistliche Eduard Winter, rief seine Anhänger dazu auf, sich nicht abzusondern, sondern aus christlicher und sozialer Verantwortung heraus Strategien für ein fruchtbares Miteinander zu entwickeln. In den dreißiger Jahren hofften die „Staffelsteiner", als „christlicher Sauerteig" innerhalb der Henlein-Bewegung wirken zu

können – ein verhängnisvoller Irrtum, wie sich bald herausstellte. Auch innerhalb dieser katholischen Organisation brachen Konfliktlinien zwischen reichs- und sudetendeutschen Interessen auf. Die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das nationalsozialistisch geführte Deutsche Reich 1938 bedeutete das Ende des Bundes „Staffelstein", der in den Einheitsverband einer sudetendeutschen Volksjugend integriert wurde.

Die Notwendigkeit, nach dem frühen Tod seines Vaters 1933 sein Taschengeld selbst verdienen zu müssen, hinderte Josef Stingl nicht, das humanistische Gymnasium in seiner Heimatstadt 1938 mit einem Abiturzeugnis zu verlassen, das bis auf das Fach Chemie nur die Noten „vorzüglich" auswies. Unmittelbar nach seinem Abitur wurde er zur Wehrmacht als Fahnenjunker eingezogen. Als Flugzeugführer und Oberleutnant der Luftwaffe mit beinahe 200 Feindflügen erlebte er den gesamten Zweiten Weltkrieg mit. Bei Kriegsende geriet er kurzzeitig in Schleswig-Holstein in britische Gefangenschaft. Seine Rückkehr ins Egerland zu seiner Frau Dorothea, geb. Behmke, die er 1943 geheiratet hatte, und seinen beiden Kindern, blieb eine kurze Episode. Da die Tschechen nach ihm fahndeten, floh er mit seiner Familie im Winter 1945 nach Berlin. Dort war er zunächst als Bauarbeiter beschäftigt, bevor er 1947 in ein Baubüro wechselte und 1948–1952 als Angestellter einer Wohnungsbaugesellschaft Häuser und Wohnungen verwaltete. In Abendkursen der von Otto Suhr wiedergegründeten „Deutschen Hochschule für Politik" studierte er neben seiner Berufstätigkeit von 1949 an Politische Wissenschaften. Als ehemaligem Offizier war ihm ein Studium an der Humboldt-Universität verwehrt. 1951 legte er seine Diplomprüfung mit einer Arbeit „Die Entwicklung einer ‚pressure-group' in der deutschen Beamtenschaft" ab. Seiner Hochschule blieb er zunächst als wissenschaftlicher Assistent noch für zwei Semester verbunden; 1955–1971 war er Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaften am inzwischen in die Freie Universität Berlin integrierten Otto-Suhr-Institut. Von 1952–1968 war er als Referent für Sozialpolitik bei der Industrie- und Handelskammer Berlin beschäftigt.

III

Schon 1947 hatte Stingl sich der CDU angeschlossen, in der er innerhalb weniger Jahre in führende Parteiämter aufstieg: 1951 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Berlin-Reinickendorf, 1952 Mitglied des Landesverbands Berlin, 1956 stellvertretender Landesvorsitzender. 1953 zog Stingl als einer von

22 Berliner Abgeordneten (sechs davon CDU) über die Landesliste in den Deutschen Bundestag ein, dem er bis 1968 angehörte; die Direktwahl der Berliner Vertreter war erst nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990 möglich. Seine Aufstellung für den Bundestag war mit der Erwartung verbunden, die Interessen Berlins im Feld der Sozialpolitik zu vertreten, in dem sich bereits ein anderer Berliner, der SPD-Abgeordnete Ernst Schellenberg, einen Namen gemacht hatte. Obwohl die Berliner Abgeordneten aufgrund der alliierten Vorbehaltsrechte kein volles Stimmrecht hatten, hatte Stingl mit 154 Wortmeldungen allein im Plenum aber „viel Stimme", wie er es selbst einmal ausgedrückt hat. Sein schnell wachsender Bekanntheitsgrad war nicht zuletzt auch das Ergebnis zahlreicher Artikel und Interviews sowie seiner Bereitschaft, seine Fraktion und Partei auch auf Verbandsebene zu vertreten. Schon bald zählte Stingl zu den führenden Sozialexperten seiner Fraktion.

1957 stieg er offiziell in den Fraktionsvorstand auf, dem er auch schon gegen Ende der zweiten Legislaturperiode als Gast angehört hatte; außerdem war er in verschiedenen Ausschüssen des Bundestags vertreten. Anfang 1966 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik. Von 1962 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag leitete er den Arbeitskreis IV (Sozial- und Gesellschaftspolitik) der CDU/CSU-Fraktion, 1965–1973 war er auch Vorsitzender des CDU-Bundesausschusses zur Sozialpolitik und gehörte qua Amt dem CDU-Bundesvorstand an.

Prägend wurde für Stingl, der sich 1945 in Berlin der Kolpingfamilie angeschlossen hatte, die intensive Auseinandersetzung mit der katholischen Soziallehre und den Verlautbarungen von Gustav Gundlach SJ, der die Sozial- und Gesellschaftspolitik als Ordnungspolitik verstand und sie pragmatisch in die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge stellte. Durch diese theoretischen Grundlagen, sein Studium und die praktische Arbeit als Sozialreferent der Industrie- und Handelskammer Berlin war sein Blick geschärft für die Notwendigkeiten und Ziele, aber auch die Grenzen sozialpolitischer Gesetzgebung.

Maßgeblich war Stingl an der Gestaltung der Rentenreform von 1957 beteiligt, dabei wagte er parteipolitische Grenzüberschreitungen. Gemeinsam mit sozialdemokratischen Sozialpolitikern vertrat er die Vorstellung, die Rente habe nicht nur der Schutzbedürftigkeit der Rentner Rechnung zu tragen, sie müsse vielmehr den abhängigen Arbeitern und Angestellten auch für die Zukunft Sicherheit geben. Entsprechend mahnte er in der Diskussion über die zukünftige Rentenformel zur Vorsicht gegenüber einer rein lohnbezogenen Bemessung, weil man aufgrund der versicherungsmathematischen

Berechnungsgrundlagen nicht voraussagen könne, „dass diese Hypothesen unbedingt und unter allen Umständen richtig sind und sich auch in Zukunft bestätigen werden".

Als sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung Adenauer Ende 1956 verschärften, gewann Josef Stingl besondere Bedeutung. Ausgangspunkt des Streits waren die unterschiedlichen sozialpolitischen Gedankenwelten der beiden beteiligten Ressorts: Das Finanzressort maß der gesetzlichen Altersversorgung die Funktion zu, vor akuter Not zu schützen, und strebte deshalb eine Plafondierung des Rentensystems, also eine Entkoppelung von der Lohnentwicklung an. In diesem Konzept hätte eine gelegentliche gesetzgeberische Korrektur bei der Anpassung der Rentenhöhen genügt. Hingegen lautete die Vorstellung des Arbeitsressorts, den individuell erarbeiteten Lebensstandard zu sichern. Daraus leitete sich das Konzept der Lohnersatzrente ab, mit dem die Rentendynamik an die Lohnentwicklung gekoppelt werden sollte.

In dieser Situation, die nicht nur die Gefahr einer Regierungskrise, sondern auch eines Auseinanderfallens der Unionsfraktion in sich barg, waren kompromissbereite und -fähige Experten gefragt. Zu der Kommission, die die CDU/CSU-Fraktion Ende September 1956 bildete und die nach einem Ausweg aus dem Dilemma suchen sollte, zählte auch Josef Stingl. Es gelang ihr, Kompromissformeln in der entscheidenden Frage der Dynamisierung zu finden, die dann Eingang in das Gesetz fanden. Gefunden wurde eine halbautomatische Lösung, die zwar eine jährliche Anpassung der Renten an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ermöglichte, aber dem Gesetzgeber in schwieriger Finanzlage der Rentenversicherung erlaubte, die Rentenentwicklung von der realen Lohnentwicklung abzukoppeln.

Verschiedentlich warnte Stingl bei Novellierungen des Rentengesetzes von 1957 vor den kostentreibenden Ausweitungen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme (Neuordnung der Handwerkerversicherung, Schaffung der Altershilfe für Landwirte, Einbeziehung der freien Berufe, Ausweitung der Versicherungspflicht für alle höherverdienenden Angestellten). Bei all diesen Weiterentwicklungen, insbesondere auch im Rentenreformgesetz von 1972, legte er großen Wert auf die im Umlagefinanzierungssystem notwendige Kontinuität von Beitragszahlern und Leistungsempfängern. Seine Warnungen führten immerhin dazu, dass zumindest einige Vorhaben zurückgestellt wurden, die durch freiwillige Beitragsaufstockungen zu zusätzlichen Ansprüchen geführt hätten. Stingl hielt am Umlageverfahren im Grundsatz selbst dann noch fest, als sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für die Regelung der Altersversorgung geändert hatten. Eine Umstellung auf ein reines Kapital-

deckungsverfahren lehnte er ab, weil er nicht in Kauf nehmen wollte, „dass dann praktisch das gesamte Grundvermögen und mehr oder weniger alles andere in Deutschland den Rentenversicherern gehört". Allerdings forderte auch er, den seit 1957 eingetretenen Entwicklungen Rechnung zu tragen und die beiden wesentlichen Problemfaktoren, die höhere Lebenserwartung und den Geburtenrückgang, in das bestehende Regelwerk einzubauen.

Stingl hatte bei der Rentenkonzeption von 1957 und ihrer Weiterentwicklung stets zu den Befürwortern einer familien- und kinderfreundlichen Politik und einer Übernahme der Leistungen durch den Staat gehört und sich nicht gescheut, Bundeskanzler Erhard scharf zu kritisieren, als der Anteil der Staatsfinanzierung durch das Haushaltssicherungsgesetz von 1965 eingeschränkt wurde. Erfolg hatte er damit allerdings nicht. Erfolglos war auch sein Widerstand gegen die Rücknahme einer Erhöhung des Kindergelds und die Abschaffung der Ausbildungszulage zum Kindergeld in der Großen Koalition 1966–1969. Auf der Habenseite konnte er allerdings das von ihm mitgestaltete novellierte Fremdrentengesetz von 1960 verbuchen, das Vertriebene und Flüchtlinge so behandelte, als ob sie vor 1945 im Gebiet der Bundesrepublik beschäftigt gewesen wären.

In den fünfziger Jahren zählte die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall zu den dringlichsten sozialpolitischen Aufgaben. Das 1957 verabschiedete Gesetz betrachtete Stingl nur als Zwischenlösung; bereits 1961 wurde es novelliert. Eine Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten gelang erst im Mai 1969. Weil er um die Fehlbarkeit der Menschen wusste, war Stingl immer für eine starke Einbeziehung der Vertrauensärzte eingetreten, um Missbräuche der Lohnfortzahlung weitestgehend ausschließen zu können. Erfolge konnte er aber hier nicht verbuchen.

Wesentlichen Einfluss auf das Arbeitsrecht und die Gestaltung des Mitbestimmungsrechts gewann Stingl vor allem mit der Übernahme der Leitung des Arbeitskreises Arbeit und Soziales seiner Fraktion. In den Auseinandersetzungen von 1965 bis 1976 zwischen den Parteien, aber auch innerhalb der Parteien, der Gewerkschaften und der Wirtschaft, galt Stingl als ein Mann der Mitte. Dabei stand er den Bestrebungen der paritätischen Mitbestimmung in Unternehmen wie auch der paritätischen Gestaltung von Wirtschaftskammern reserviert gegenüber. Andererseits setzte er sich mit Erfolg für eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter im Berufsbildungswesen ein.

Obwohl er am 2. Mai 1968 aus dem Bundestag ausgeschieden war, war er noch an der Vorbereitung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Januar 1969 maßgeblich beteiligt, das das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 ablöste. Stingl hatte zu denen gezählt, die nach der Bundestagswahl von 1965 im Januar 1966 die Bundesregierung ersuchten, das alte Gesetz aufgrund der veränderten arbeitsweltlichen Realität neu zu gestalten und an den technischen Fortschritt und an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Das Arbeitsförderungsgesetz vom Mai 1969, das zum „Hausgesetz" der Bundesanstalt für Arbeit wurde, trägt wie kaum ein anderes seine Handschrift. Der Begriff einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, der beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederungshilfen verbindet sich mit seinem Namen. Das Gesetz war für ihn die Umsetzung des christlichen Menschenbildes in die politische Praxis, biete es doch „jedem die Möglichkeit, seiner Aufgabe zur Selbstentfaltung nachzukommen, eigene Fähigkeiten nicht brachliegen zu lassen".

Er schied aus der aktiven Politik als Bundestagsabgeordneter aus, nachdem sein großer Wunsch, Arbeitsminister zu werden, nicht in Erfüllung gegangen war. Zwar galt er durchaus als ministrabel, doch das Rennen machte nach der Bundestagswahl 1965, als Ludwig Erhard seine zweite Regierung bildete, sein Altersgenosse Hans Katzer. Dieser konnte sein Gewicht als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Sozialausschüsse der CDU, in die Waagschale werfen. Auf eine derart gewichtige Hausmacht konnte sich Stingl nicht stützen. So ergriff Stingl gerne die Möglichkeit, Präsident der Nürnberger Anstalt zu werden.

Er trat schnell aus dem Schatten seines Vorgängers, Anton Sabel, heraus, was nicht zuletzt dadurch begünstigt wurde, dass die Nürnberger Bundesanstalt mit der schon bald nach seiner Ernennung erfolgten Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes eine völlig neue Aufgabe zugewiesen bekam. Während die bisherige, 1952 gegründete „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" vornehmlich die Aufgabe hatte, die Arbeitslosenvergütung auszuzahlen, zielte das neue Gesetz auf die Verhütung von Arbeitslosigkeit. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen sollten die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an den technischen Fortschritt erleichtert werden. Insofern hatte die neu firmierte „Bundesanstalt für Arbeit" auch eine bisher fehlende Verbindung zur Wirtschaftspolitik.

Diese Aufgabe schien dem schwergewichtigen Josef Stingl, dem Gaumenfreuden nicht abhold waren, geradezu auf den Leib geschnitten. Sein politisches Wirken hatte sich schon bisher bei aller Standfestigkeit im Grundsätzlichen durch Flexibilität und Pragmatismus ausgezeichnet. Auch seine offene und dynamische Art, auf die Mitmenschen zuzugehen, verschaffte ihm Respekt und Autorität. Innerhalb kurzer Zeit gelang es dem neuen Chef der Mammutbehörde, die neben der Nürnberger Hauptstelle neun Landesarbeitsämter, 146 Arbeitsämter und zahlreiche weitere Dienststellen umfasste und deren Mitarbeiterzahl sich während seiner 16-jährigen Amtszeit von 33 000 auf fast 61 000 verdoppelte und bei seinem Ausscheiden über 30 Milliarden DM jährlich verwaltete, einen Mentalitätswechsel herbeizuführen und die Behörde in eine moderne Dienstleistungseinrichtung umzuwandeln.

Eine seiner ersten Maßnahmen war, die Ämter als „Stempelstelle" abzuschaffen und den Arbeitsämtern den Arme-Leute-Geruch zu nehmen. Mit der Einführung der bargeldlosen Geldzuweisungen trug er dazu bei, dass sich mit der nach der Ölkrise von 1973 anwachsenden Arbeitslosigkeit vor den Ämtern keine Schlangen bildeten, die – wie in der Wirtschaftskrise nach 1929 – zu politischen Agitationen genutzt werden konnten und soziopolitische Erschütterungen hätten auslösen können. – Schon 1969 informierte er sich in den USA über die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung und ließ Computer installieren, mit deren Hilfe sich Arbeitslose schnell und unbürokratisch über das Angebot offener Stellen informieren konnten, getreu seiner Devise: „Das Arbeitsamt ist in erster Linie ein moderner öffentlicher Dienstleistungsbetrieb, in dem Kundendienst, also Information, Beratung und Finanzhilfen im Vordergrund stehen."

Im neuen Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wurde die neue Behörde auch verpflichtet, die Öffentlichkeit über ihre Dienste und Leistungen umfassend zu unterrichten. Stingl, der als führender Sozialpolitiker der CDU schon immer die Öffentlichkeit gesucht hatte, um seine Vorstellungen durch Artikel und Interviews publik zu machen, nutzte die ihm damit gegebenen Möglichkeiten, die seinem Naturell als Vollblutpolitiker entsprachen. In einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß stellte er Informationsbroschüren zur Verfügung, ließ Plakate und großformatige Anzeigen drucken sowie Informationsfilme herstellen. Vor allem aber nutzte er die monatlichen Pressekonferenzen als Tribüne arbeitsmarktpolitischer Informationen, auf denen er mit persönlichem Einsatz, großer Sachkunde und Eloquenz auch schwierige Sachverhalte verständlich machte.

Zu seinen Leistungen zählten die Intensivierung der Öffentlichkeitspolitik und beschäftigungspolitische Maßnahmen mit dem Kurzarbeitergeld als arbeitsmarktregulierendes Instrument, Maßnahmen zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft, die „Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" oder die Erhöhung der Vermittlungstätigkeit durch Einführung der EDV. Kritisch beurteilt wurden hingegen bildungspolitische Maßnahmen, vor allem zur Umschulung, die als viel zu kostspielig bezeichnet und häufig auch missbraucht wurden. Dennoch verteidigte Stingl das Instrument mit dem Hinweis auf den Einzelnen, dem geholfen werden müsse. Arbeitslosigkeit war für ihn vor allem ein Problem, das das Selbstwertgefühl des Menschen angreife. Er war der Überzeugung, dass alles getan werden müsse, um durch Förderung der beruflichen Qualifikation optimale Berufschancen zu sichern und einen sozialen Abstieg infolge von Arbeitslosigkeit zu verhindern.
Schon sein Vorgänger hatte, als Mitte der sechziger Jahre in der Rezession 1966/67 die Arbeitslosenzahlen anwuchsen, die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften eingestellt. Damit war es gelungen, die Zahl der Ausländer von 1,3 Millionen um 600 000, die in ihre Heimatländer zurückgingen, auf 700 000 zu verringern. Als dann erneut Arbeitskräfte knapp wurden, wurde der Anwerbestopp wieder aufgehoben, so dass die Zahl der Gastarbeiter auf über 1,9 Millionen kletterte. Das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen in den siebziger Jahren veranlasste Arbeitsminister Walter Arendt, erneut einen Anwerbestopp zu verfügen. Stingl wehrte sich erfolglos gegen diese Weisung, obwohl er gleichzeitig vor einer Politik ungezügelter Ausländerbeschäftigung warnte. Ihm war klar, dass die Portugiesen, Spanier und Italiener in ihre Heimat zurückgehen würden, weil sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wiederkommen konnten. Das galt aber nicht für die Türken, denen diese Möglichkeit verwehrt war. Sie würden – so seine Einschätzung – eben nicht zurückgehen, sondern vielmehr ihre Familien nachholen, was dann auch eintrat. Vergeblich wies er auf ihre erschwerte Eingliederung wie auch auf die daraus folgenden gesellschaftspolitischen Probleme hin. Deshalb forderte er, durch eine engere Zusammenarbeit auf politischer Ebene dafür zu sorgen, dass sie in ihrem Heimatland „Brot und Arbeit" fänden, um das Zuzugsproblem zu entschärfen.
Auch über Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung war Stingl nicht glücklich. Er plädierte vielmehr für eine Steuerentlastung der Unternehmen, um ein besseres Investitionsklima für die Sicherung und Ausweitung von Arbeitsplätzen zu schaffen. Skeptisch beurteilte er ebenfalls die Reduzierung der Arbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung für 59-Jährige und die Einführung der

35-Stunden-Woche, wenngleich Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung zur Entlastung des Arbeitsmarkts für ihn keineswegs Tabu-Charakter hatten. Als er 1978 den spontanen Vorschlag machte, ein „Sabbatjahr" einzuführen, wurde er belächelt, seine ungewöhnliche Idee verpuffte. Bei allen Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitszeit forderte er aber stets Solidarität ein, da es nicht heißen dürfe: „Ich gebe dir zwei Stunden meiner Arbeitszeit, aber das Geld behalte ich." Wenn man Solidarität wirklich ernst nehme, dann nur, wenn „nicht alles verteuert, sondern auf mehr Schultern verteilt wird". Unter dieser Prämisse war er bereit, über die 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich zu diskutieren. Voraussetzung für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit war für ihn in erster Linie aber ein Wirtschaftswachstum von ca. vier Prozent. Aber: „Zu einer wachsenden Wirtschaft muss auch mehr Mobilität der Arbeitskräfte kommen, bis hin zur beruflichen Umorientierung und regionaler Mobilität, aber auch mehr Flexibilität der Arbeitgeber."
Mit derartigen Stellungnahmen und kreativen Ideen machte er sich nicht überall Freunde, auch nicht bei den Regierenden. Bundeskanzler Helmut Schmidt ließ 1982 sogar prüfen, ob man der „Bundesunke" nicht den Mund verbieten lassen könne. Der Vorstoß des Kanzlers blieb erfolglos. Auch wenn er sich hin und wieder Ärger zuzog, so war das Verhältnis zu den verschiedenen Arbeitsministern, die Stingl erlebte, nach eigener Aussage doch immer „sehr gut".

V

Als Josef Stingl 1953 in den Bundestag einzog, waren die grundlegenden Weichenstellungen für die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge bereits erfolgt. Allerdings hatte er schon vorher an der Gestaltung der Vertriebenenpolitik durch enge Kontakte zu aktiven Vertriebenenpolitikern, über Parteigrenzen hinweg, Anteil genommen. Als ausgesprochener Vertriebenenpolitiker und Interessenpolitiker ist er aber im Bundestag nicht aufgetreten. Dort gehörte er bis April 1956 dem Ausschuss für Lastenausgleich als ordentliches, anschließend bis 1965 als stellvertretendes Mitglied an und war stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Heimatvertriebene von März 1955 bis zum Ende der zweiten Legislaturperiode und in der fünften Wahlperiode des Ausschusses für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Er war kein Mann der lauten Töne.
Abgesehen von verschiedenen Interventionen bei Gesetzesnovellierungen exponierte er sich erst im Amt des Vorsitzenden des

1950 gegründeten CDU-Landesverbands Oder-Neiße – dem Zusammenschluss der Vertriebenenverbände der Partei –, in das er 1964 als Nachfolger des umstrittenen Theodor Oberländer gewählt wurde. Im Bundesvorstand seiner Partei meldete er sich regelmäßig zu Wort, wenn die Belange seines Verbands, aber auch der Vertriebenen und Flüchtlinge zur Debatte standen. So forderte er eine bessere Finanzausstattung seines Landesverbands, der Kostgänger der Parteiführung war. Vor allem mahnte er den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966–1969) verschiedentlich, seinen Einfluss bei der Besetzung wichtiger Ämter in den Vertriebenenorganisationen geltend zu machen, um zu verhindern, dass die Verbände, die traditionell der Union nahe standen, in parteipolitisch anderes Fahrwasser gerieten. Und nicht zuletzt pochte er darauf, dass in der Parteispitze Mitglieder vertreten sein müssten, die in der Wählerklientel der CDU als Repräsentanten der Interessen der Berliner, der Mitteldeutschen und der Vertriebenen wahrgenommen würden. Seine Amtszeit endete 1969, als sich der Verband mit den regionalen Arbeitsgemeinschaften mitteldeutscher Flüchtlinge in CDU und CSU zur „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU" (UdVF) zusammenschloss.

Zum anderen betätigte sich Stingl in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, vor allem aber in der Ackermann-Gemeinde, der er 1946 beigetreten war und zu deren Vorsitzenden er 1970 (bis 1991, anschließend Ehrenvorsitzender) gewählt wurde. Diese nach dem ersten neuhochdeutschen Prosawerk von 1400, dem „Ackermann aus Böhmen", bezeichnete Gemeinschaft war 1946 von katholischen Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland gegründet worden. Nach seiner Wahl bezeichnete Stingl es als „erstrangige" Aufgabe der Gemeinde, eine Brücke zum tschechischen Volk zu schlagen. Dazu zählte er neben der Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen auch die Verankerung des Volksgruppenrechts im Völkerrecht. Das Lebensrecht ethnisch-sprachlicher oder religiöser Minderheiten in ethnisch weitgehend homogenen Nationalstaaten war für ihn ein Teil der Menschenrechte, die er nicht nur als Individualrechte, sondern auch als Gruppenrechte verstanden wissen wollte. Diese Vorstellung führte im Herbst 1977 zur Gründung des INTEREG, des „Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus", dessen Trägerverein Stingl ebenfalls vorstand. Es setzte sich zum Ziel, sowohl den Gruppenrechten zur Geltung zu verhelfen als auch den Regionalismus gesamteuropäisch zu stärken und „der europäischen Bewegung selbst neue wichtige Impulse" zu geben.

Allerdings erwiesen sich die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den kommunistischen Regimen im Ostblock in der

Zeit des Kalten Kriegs als schwierig. Als sich 1989/90 die Möglichkeit zu einem Neubeginn bot, insbesondere in den deutsch-tschechischen Beziehungen, ergriff Stingl die Initiative. Schon 1991 gehörte er zu den Mitunterzeichnern der „Erklärung sudetendeutscher und tschechischer Christen", die mit dem Satz endet: „Die deutsch-tschechische Nachbarschaft muss gelingen!" Er sah in dieser Erklärung, die manche Sudetendeutschen ablehnten, eine Chance, Bewegung in die bilateralen Beziehungen zu bringen. Voraussetzung dafür war für ihn allerdings, dass jeder „von der Verabsolutierung seiner Interessen abzulassen" habe, wie er es schon 1970 bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der Ackermann-Gemeinde ausgedrückt hatte: „Der Nächste, den Gott gebietet als Bruder anzunehmen, ist für uns der Tscheche und für den Tschechen der Sudetendeutsche, das zweite Volk Böhmens. Erst wenn das auf beiden Seiten begriffen wird, wird sich das Geschick Böhmens und seiner beiden Völker wenden." In diesem Sinne zählte Stingl auch zu den Erstunterzeichnern der „Versöhnung 95", zusammen mit tschechischen Intellektuellen, und stimmte trotz einiger Vorbehalte der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 zu. Und nicht zuletzt gehört in diesen Zusammenhang sein Engagement im Koordinierungsrat des deutsch-tschechischen Forums seit 1998 und die persönliche Initiative, Spenden zu sammeln, um die Kirche seines Geburtsorts Maria-Kulm zu restaurieren.

VI

Das Leben Josef Stingls war – geographisch gesehen – eng mit vier Stationen verbunden: Sudetenland, Berlin, Bonn und Nürnberg. Die Jugenderfahrungen als Sudetendeutscher haben seine geistige Orientierung maßgeblich beeinflusst. Schon im Bund Staffelstein war er mit der katholischen Soziallehre in Berührung gekommen, mit deren Prinzipien er sich nach 1945 im Kolpingwerk in Berlin weiter intensiv auseinander setzte. Sie wurden zu den unumstößlichen Orientierungspunkten seines politischen Handelns.

Als einer der profiliertesten Sozialexperten der CDU war er ein Mann der Mitte und des pragmatischen Ausgleichs, eine Integrationsfigur, der die Kunst beherrschte, divergierende Gruppierungen zusammenzuführen. Beim Ausgleich von Spannungen zwischen den Sozialpartnern verstand er sich als Moderator, was er auch mit seiner erfolgreichen Schlichtung gemeinsam mit Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) im Druckerstreik von 1978 unter Beweis stellte. Aber auf die Sozialpolitik lässt sich Stingl dennoch nicht verengen; seine ord-

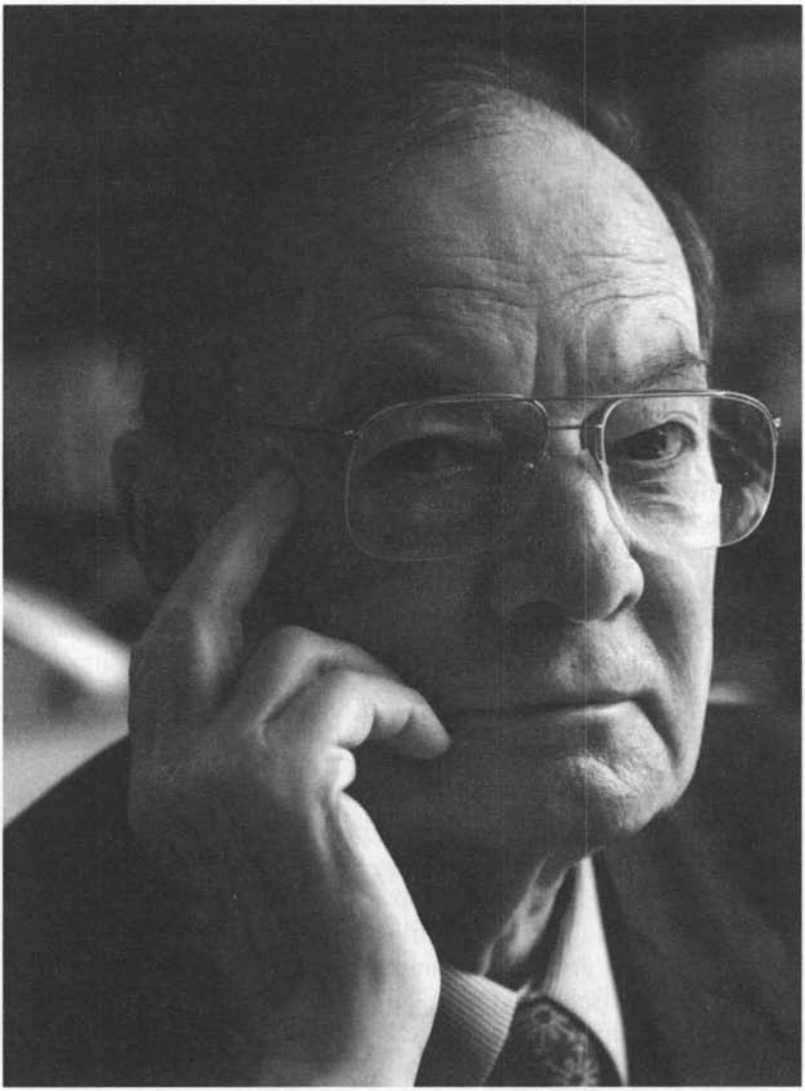
nungspolitischen Vorstellungen wollte er nicht „vordergründig als soziale Politik" verstanden wissen, sondern als Gesellschaftspolitik. „Gesellschaftspolitik ist die Gesamtheit aller Politik", und insofern würde die Einordnung als reinem Sozialpolitiker Stingl nicht gerecht.

Der CDU blieb er bis an sein Lebensende eng, aber wo es ihm geboten schien, auch kritisch verbunden. Als er keine führende Position im Gefüge der Partei mehr innehatte, wechselte er 1974 aufgrund seines Wohnsitzes in Bayern zur CSU. Nach dem Tod seiner Frau (1986) heiratete er 1988 die Leiterin des Arbeitsamts in Neuwied, Elvira Lougear, zog nach Leutesdorf am Mittelrhein um und wechselte wieder zur CDU. Er gehörte ihrem „Ältestenrat" an und amtierte von 1997 bis 2003 als dessen Vorsitzender.

Die Tätigkeit an der Spitze der Nürnberger Bundesanstalt war der Höhepunkt seiner beruflichen Karriere. Er verstand sein Amt vor allem als Auftrag und Pflicht zu helfen und war in unbestechlicher Überparteilichkeit Anwalt der Arbeitslosen und derer, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer hatten. Seine Fachkompetenz war gefragt: Seit 1970 kam er einmal im Semester zu Vorlesungen an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, die ihm 1979 die Ehrendoktorwürde verlieh; er war Ehrensenator der Universität Mannheim und seit 1984 Honorarprofessor an der Universität Bamberg, wo er das Fachgebiet „Berufliche Weiterbildung" vertrat.

Trotz der Belastung in seinem Amt bewies er ein vielfältiges Engagement: als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, wo er lange Jahre die Kommission „Wirtschaft und Gesellschaft" leitete, als Vizepräsident des Deutschen Katholikentags 1964, als Mitglied des Präsidiums des Familienbundes der Deutschen Katholiken, als Mitglied der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland (1971–1975), als Präsidiumsmitglied des Sudetendeutschen Rats und nicht zuletzt als Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde.

Mit zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen wurde Stingl gewürdigt. Er war u. a. Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband, des Bayerischen Verdienstordens, des Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Großkreuzes des päpstlichen Gregoriusordens. An seinem 85. Geburtstag ist er in Leutesdorf verstorben; beerdigt wurde er in München im Grab seiner ersten Frau. Er war Sozialpolitiker aus Leidenschaft und hat mit Augenmaß an dem sozialen Netz mitgewirkt, dem die Bundesrepublik ihre beachtliche politische Stabilität verdankt.



Otto B. Roegele (1920–2005)

Der Arzt und Historiker Dr. med. Dr. phil. Dr. h.c. Professor Otto B. Roegele (6. August 1920 bis 6. September 2005) war der bedeutendste katholische Publizist in den ersten fünf Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2006 dem „Rheinischen Merkur" zum 60-jährigen Bestehen „christliche Werteorientierung, Mut, Glaubwürdigkeit, Leidenschaft und Verantwortungsgefühl" attestierte, fühlten sich viele an den neun Monate zuvor verstorbenen langjährigen Chefredakteur und späteren Herausgeber dieser Wochenzeitung erinnert. Roegele selbst hat verschiedentlich in der Beschreibung anderer diskrete Selbstporträts gezeichnet, die dem eher verschlossenen, zurückhaltenden Professor auf direktem Weg nur schwer zu entlocken gewesen wären.

Über P. Heinrich Jansen Cron SJ, den langjährigen Redakteur der Zeitschrift „Leuchtturm" und seinen Vorgänger im Vorsitz der Gesellschaft Katholischer Publizisten, schrieb er: „Wer das Glück hatte, zuerst als sein Schüler, dann als sein Mitarbeiter mit ihm zusammenwirken zu dürfen, erfuhr immer deutlicher, wie sehr sein ganzes Wesen, vor allem der Eifer seines publizistischen Schaffens und seine Sorge um die Publizisten, in einem seelsorgerischen Impuls wurzelten." Das „Herz eines Revolutionärs, das historische Bewusstsein eines Konservativen, der Scharfblick des Naturforschers, die Phantasie eines Dichters und die politische Leidenschaft des geborenen Publizisten", die Roegele Joseph Görres zuschrieb, zeichneten auch ihn selbst aus, einen Mann, „der im Lauf der Jahre zu einem publizistischen Gewissen der jungen Bundesrepublik wurde, zu einem Mann, dem man sich im unwegsamen Zeitgelände gern und willig anvertraute", wie Hans Maier in einem Nachruf schrieb. „Roegele war ein Leben lang ein unbeirrbarer, unbestechlicher Weggefährte und Weg-Weiser für viele. … Die frische grüne Wahrheit ohne alle Furcht, dieser Görres-Wahlspruch hätte auch sein eigener sein können."

I

Otto B. Roegele wurde am 6. August 1920 als erstes Kind des Gymnasialprofessors Otto Roegele und seiner Ehefrau Elisabeth (geb. Winter) in Heidelberg geboren und auf den Namen Otto Emil Karl Bonifazius getauft. Sein Vater unterrichtete an einer Mädchenoberschule in Bruchsal Physik und Mathematik, seine Mutter, die aus einer Bruchsaler Kaufmannsfamilie (Weinhandlung) stammte, widmete sich nach der Hochzeit 1919 und der Geburt der schließlich drei Geschwister (Gottfried 1926, Bernhard 1929) der Familie und der Erziehung der Kinder.

Roegeles Vater sorgte für eine intensive politische Bildung seiner Kinder, die sich am Sonntagvormittag z. B. einzelne Kapitel aus „Mein Kampf" vorlasen und darüber diskutierten. Sein ausgeprägtes Interesse für das Verhältnis von Naturwissenschaften und Religion übertrug sich auch auf seinen Ältesten. Die religiöse Erziehung zu einer „ganz unproblematischen, unproblematisierten Katholizität" besorgte vor allem die Mutter. In der mütterlichen Linie gab es zwei Ordensfrauen, zwei Brüder seines Vaters waren Geistliche geworden. Otto und seine Geschwister verbrachten deshalb manche Ferien in einem Schwarzwälder Pfarrhaus. Der vor diesem Hintergrund fast selbstverständliche katholische Grundton seiner Erziehung wurde in den vier Jahren, in denen Otto B. Roegele die Volksschule besuchte, und dann vor allem auf dem Humanistischen Schloss-Gymnasium Bruchsal weiter verstärkt, blieb aber bei den in Baden gegebenen Konfessionsverhältnissen immer ökumenisch orientiert. Die wichtigste religiöse Prägung erhielt Roegele in lebenslanger freundschaftlicher Verbundenheit durch seinen Religionslehrer Gustav Kempf, der von 1933 bis 1939 als „Geistlicher Professor" in Bruchsal tätig war, und seit 1932 durch den Bund Neudeutschland.

Der Abiturient Roegele, „geistig und charakterlich ungewöhnlich reif, klar im Denken, selbständig im Urteil, ein vielversprechender, wertvoller Mensch", erreichte 1938 in allen Fächern – mit Ausnahme der Note „genügend" in Leibeserziehung – sehr gute Ergebnisse. Roegele hätte jetzt gern ein Theologiestudium aufgenommen, um Priester zu werden, wurde aber unter Verweis auf die Möglichkeit einer erblichen gesundheitlichen Belastung in der Familie vom Freiburger Generalvikariat im November 1938 auch im zweiten Versuch nicht zugelassen. Die Ablehnung traf die ganze Familie sehr hart. Roegele immatrikulierte sich dann zum Wintersemester 1938/39 für Philosophie, Geschichte und die vorklinischen Fächer der Medizin, zunächst in München, dann in Heidelberg und Erlangen, wo er im Dezember 1940 das Physikum ablegte. „Wenn ich Arzt werden soll-

te", schrieb er an Gustav Kempf, „dann, um im Arzt den Beruf des Priesters, das Priesterliche zu üben. Ich glaube, dass das auch eine Aufgabe ist, des lebendigsten Einsatzes wert." 1939 absolvierte er das Pflichthalbjahr Reichsarbeitsdienst. Im Oktober 1940 für zwei Wochen und dann ab März 1941 bis Kriegsende zur Wehrmacht eingezogen, war er 1941/42 als Infanterist am Russlandfeldzug beteiligt, bis er nach einer Verwundung und Erkrankung in ein Lazarett zunächst in der Heidelberger Ludolf-Krehl-Klinik, dann nach Heppenheim verlegt wurde. Roegele gelang es, anschließend einer Studentenkompanie zugeteilt zu werden und seine Studien an der Reichsuniversität Straßburg fortzusetzen.

Am 2. und 24. April 1945 erwarb er innerhalb weniger Wochen zwei Doktorhüte. Zunächst wurde er durch die Philosophische Fakultät der Reichsuniversität Straßburg, die nach Tübingen umgesiedelt war, mit einer Dissertation über „Damian Hugo Graf Schönborn als Diplomat im Dienste von Kaiser und Reich 1708–1719", die bei Günther Franz entstanden war, zum Dr. phil. promoviert. Für die zweite Dissertation an der Ludwig Maximilians-Universität München – „Ein Beitrag zur Frage des Pikrinsäure-Icterus" – musste Roegele wegen der Räumung von Straßburg die relevanten Daten in einem zweifachen Selbstversuch erheben und vorab das medizinische Staatsexamen ablegen, das großenteils in Luftschutzbunkern abgehalten wurde. Anfang Mai 1945 geriet er in Oberbayern in amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde jedoch am 17. Juni nach Hause entlassen.

Roegele hatte bereits im Kriegsgefangenenlager als Truppenarzt gearbeitet und dann für einige Wochen im Krankenhaus Bruchsal ausgeholfen. Das Medizinalpraktikantenjahr (August 1945 bis September 1946) leistete er gegen ein Taschengeld am St. Vinzentius-Krankenhaus in Karlsruhe ab, von Oktober 1946 bis August 1948 arbeitete er auf einer halben Volontär-Assistentenstelle an der Heidelberger Krehl-Klinik. Roegele zog aus der Zusammenarbeit mit Richard Siebeck (Innere Medizin), einem aus seiner Sicht vorbildlichen Arzt, der leider bereits kurz vor der Emeritierung stand, und mit Viktor von Weizsäcker (Psychotherapie) großen fachlichen Gewinn, hatte aber wegen der „falschen" Konfession keine Aussicht, eine an dieser Klinik frei werdende Stelle bekommen zu können. Andererseits reichte sein Monatslohn von 90 RM nicht aus, um nach seiner Heirat mit der Ärztin Dr. med. Gertrud Roegele, geb. Kundel, im April 1948 die bald fünfköpfige Familie zu ernähren. Die drei Söhne Clemens, Bernhard und Franz wurden 1949, 1950 und 1952 geboren.

Roegele hatte im Dritten Reich erfahren, dass Verfolgung und Unterdrückung die inneren Kräfte auch stärken und nicht nur schwächen können. In der Schule hatte er sich „durch eigenes Gegenlernen" erfolgreich gegen Indoktrinationsversuche gewehrt. „Von Guardini habe ich alles gelesen." Die Abwehrhaltung gegen das politische Regime ersparte ihm den üblichen Generationenkonflikt: „Wir konnten unseren Protest gegen einen Gegner ausleben, der ihn verdiente." Zwei persönliche Verfolgungserfahrungen sind dabei besonders wichtig gewesen.

Erstens: Der ein Jahr jüngere, mit Roegele befreundete Hans Bausch, der spätere Intendant des Süddeutschen Rundfunks, hatte die Bruchsaler ND-Gruppe nach dem reichsweiten Verbot vom 27. Juni 1939 unter dem Namen „Gruppe Christopher" illegal zwei weitere Jahre als Pfarrjugendgruppe geführt und war deshalb in die Fänge der Gestapo geraten. Das Landgericht Karlsruhe verurteilte im November 1941 zwei Mitglieder der Gruppe zu mehrmonatigen Haftstrafen. Roegele sollte in diesem Zusammenhang im Gefechtsstand seines Bataillons bei Wjasma durch den Gerichtsoffizier seiner Einheit verhört werden, sein Kommandeur ließ der Heimatdienststelle aber mitteilen, die Herren sollten selbst an die Front kommen, wenn sie wegen dieser Angelegenheit auf einer Vernehmung bestünden. Auch der zweite Verhör-Versuch in der Heidelberger Lazarett-Klinik einige Monate später endete glimpflich mit der Erklärung eines Roegele namentlich nie bekannt gewordenen Abgesandten der Geheimen Feldpolizei, der im Zivilleben bei der Evangelischen Landeskirche beschäftigt war: „Ich weiß, was Ihnen vorgeworfen wird, und ich weiß auch, wie Sie darauf antworten sollten. Ich werde das also für Sie ausfüllen. … Sie sagen jetzt am besten nichts mehr."

Die ca. 35 Mitglieder (1933) der Bruchsaler ND-Gruppe reklamierten für sich keinen großen Widerstand, aber sie wollten ihren christlichen Überzeugungen treu bleiben und an ihrer wesentlich durch die Jugendbewegung beeinflussten Lebensform festhalten. Roegele empfand die ND-Gruppe auch während seines Studiums als „Heimat", in der er Halt und Wegweisung, Glaubensvergewisserung und Solidarität erfahren konnte. In der Osterwoche 1948 wurde der „bedächtig-impulsive" Roegele in Bad Brückenau fast einstimmig zum ersten Bundesmeister des neuen Bundes Neudeutschland gewählt, in dem Jungengemeinschaft, Hochschulring und Männerring zusammengeschlossen waren.

Zweitens: Auf uneigennützige Unterstützung war die Familie Roegele im Fall der Tante Maria Winter angewiesen, die wegen

einer Schizophrenie-Erkrankung immer wieder für Wochen oder Monate in Anstalten gebracht werden musste. Wenn dann ein Transport aus dem jeweiligen Heim in eine der Tötungsanstalten anstand, gab es immer jemanden, der so rechtzeitig warnte, dass die Tante vorher abgeholt werden konnte. Wir haben sie „mit viel Mühe und beständiger Wachsamkeit" „lebend über die Runden gebracht. … Es hat uns niemand angezeigt."

III

Die ersten Jahre nach 1945, die „Zeit des Anfangs", die Zeit seiner Pläne und Träume vom „christlichen Abendland", hätte Roegele später gern noch einmal erlebt. Aller Schmähkritik zum Trotz glaubte er aber, die wesentlichen Bestandteile dieses Konzepts hätten sich im Lauf seines Lebens durchgesetzt: An erster Stelle die „Ökumene der Praxis", dann die deutsch-französische Zusammenarbeit, das „Europa der friedfertigen Nationen" und schließlich die Verständigung mit den kommunistischen Staaten im Osten.

In Karlsruhe organisierte Roegele im Rahmen einer ökumenischen Zusammenarbeit seit Herbst 1945 ein aufwendiges Volksbildungsprogramm, für das sich noch weit mehr als die 36 000 Teilnehmer interessierten, die eine Eintrittskarte erwerben konnten. Als Referenten gewann Roegele u. a. den Philosophen Max Müller und den Historiker Franz Schnabel, der 1947 einen Ruf nach München annahm, nachdem eine Bewerbung auf einen Heidelberger Lehrstuhl u. a. an Karl Jaspers gescheitert war.

Neben seinem eigenen Vater wird der Historiker Franz Schnabel, der 1963 nicht ohne Einfluss auf die Berufung Roegeles als Professor nach München sein sollte, von Roegele in die erste Reihe seiner persönlichen Vorbilder eingereiht, in die auch noch der Arzt Richard Siebeck und der Publizist Franz Albert Kramer gehörten. Eine enge Beziehung unterhielt Roegele auch zu Prof. Adolf Süsterhenn, seinem Verbindungsmann zum Parlamentarischen Rat und späteren Justiz- und Kultusminister von Rheinland-Pfalz.

Richard Hauser, der Heidelberger Studentenpfarrer, hatte als Erster bei dem jungen Arzt außergewöhnliche Schreibqualitäten bemerkt. Roegele schrieb damals von der ersten Nummer des „Rheinischen Merkur" (15. März 1946) an als Kulturberichterstatter für das amerikanisch besetzte Nordbaden. Der Durchbruch zu einer beispiellos schnellen journalistischen Karriere war geschafft, als Chefredakteur Kramer auf einen Artikel Roegeles zum 65. Geburtstag von Karl Jaspers – unter dem Pseudonym „Claus Weyer" am 21. Februar

1948 im „Rheinischen Merkur" abgedruckt – zurückschrieb: „Die Zahl der Kräfte, die wirklich schreiben können, ist so gering, dass mir Ihre Medizin – ob nun praktisch oder wissenschaftlich betrieben – als Verstoß gegen die Ökonomie der Kräfte erscheinen will. … Sie sollten m. E. doch an größerer und sichtbarerer Stelle, in einem allgemeineren und grundsätzlicheren Sinne Heiler und Helfer werden."

Die geplante Facharztausbildung war jetzt keine realistische Alternative mehr. Der todkranke Franz Albert Kramer, der tatsächlich dann schon am 12. Februar 1950 verstarb, hatte sich für Roegele als seinen Nachfolger entschieden und setzte diesen Plan auch konsequent um. Kramer gewann Roegele zum 1. September 1948 zunächst als Leiter der Kulturredaktion und ernannte ihn bereits ein Jahr später zum Chefredakteur. Nach seinem Eintritt in die Redaktion gab Frau Margot Kramer Gesellschaftsanteile am Verlag Rheinischer Merkur GmbH an Roegele ab, um dessen Stellung weiter zu stärken.

Zu Roegeles ersten Veröffentlichungen gehörten 1946 die programmatische Schrift „Erbe und Verantwortung" und verschiedene Abhandlungen über den seligen Bernhard von Baden, den Otto B. Roegele so verehrte, dass er seine Heiligsprechung unterstützte, wo immer sich eine Gelegenheit bot, und zeitlebens auch seinen Freunden nicht widersprach, wenn diese davon ausgingen, Otto B. bedeute Otto Bernhard und nicht, wie die Taufurkunde ausweist, Otto Bonifazius Roegele.

Roegele folgte in der Interpretation der Ursachen des Nationalsozialismus exakt der von Pius XII. in der Weihnachtsansprache 1941 vorgegebenen Linie und schrieb – ähnlich wie Reinhold Schneider oder Werner Bergengruen: „Die Stunde des Christentums hat keine sechzig Minuten mehr. … Sehen wir zu, ein jeder für sich, dass nicht ein zweites Mal die Würde des Christentums verdeckt wird von der Unwürde der Christen. … Vergessen wir nie mehr in unserem Leben die warnende Schrift Gottes … Es ist vielleicht die letzte Barmherzigkeit, die [uns] zuteil wird."

Im Oktober 1948 hielt Roegele auf einem Kongress katholischer Publizisten in Royaumont bei Paris einen Vortrag über den „deutschen Katholizismus im sozialen Chaos", der in Frankreich, den USA und im Februar 1949 in der Zeitschrift „Hochland" veröffentlicht wurde. Im August 1949 publizierte er den Aufsatz „Verbotenes oder gebotenes Ärgernis?" Roegele sah die Kirche vor einer alle ihre Möglichkeiten übersteigenden seelsorgerlichen Aufgabe, ein ganzes Volk sei aus den Fugen geraten, und zog daraus den Schluss: „Auch Deutschland ist Missionsland geworden, und zwar in einem doppel-

ten Sinn: räumlich und geistig. Der Abfall nach 1933 und 1945 hat gezeigt, dass die Christen eine Minderheit sind. … Die überdimensionalen Aufgaben der deutschen Diaspora sind auf keine andere Weise zu lösen als durch die Aktivierung der Laien."
Roegeles materialreiche Analyse wurde damals im Vatikan stark beachtet und führte zur Revision der optimistischen Einschätzung, die P. Ivo Zeiger SJ nach seiner Rundreise durch deutsche Diözesen 1945 abgegeben hatte. Zeigers berühmter Vortrag auf dem ersten Nachkriegskatholikentag in Mainz 1948 fußte wesentlich auf Vorarbeiten Roegeles, der sich durch die zustimmende vatikanische Reaktion zu einem „Versuch über Aufgaben und Versäumnisse des deutschen Katholizismus von heute" ermutigt fühlte. Dieses Manuskript „Kirche in Deutschland – wo bist du?" blieb aber unveröffentlicht, weil der Kösel-Verlag, der zunächst selbst die Anregung gegeben hatte, „Angst bekam" (Roegele). Offensichtlich hatte die harsche bischöfliche Reaktion auf die Kritik von Ida Friederike Görres' „Brief über die Kirche" 1946 mittelfristig doch eine abschreckende Wirkung entfaltet.
Für Roegele bildete die „Neugier" eine unverzichtbare Voraussetzung für einen journalistischen Beruf. „Der Mensch weiß, dass er Geschichte hat, und er hofft, dass er Zukunft haben wird. Auf die Möglichkeiten, diese Zukunft nach eigenem Wunsch und Willen zu gestalten, richtet sich ein großer Teil seiner Neugier. … Seiner Verantwortung wird der Journalist gerecht, indem er nach bestem Wissen und Können antwortet auf die Neugierfragen des Publikums, was in der Welt vorgehe und wie man sich dazu einzustellen habe."
Roegele war zeitlebens davon überzeugt, „dass am Anfang der publizistischen Tiefenwirkung das Ärgernis steht – freilich nicht ein sittliches, sondern das intellektuelle. Wir haben es für leichter erachtet, dieses mit allen seinen Folgen auf uns zu nehmen, als weiterhin die Last des Schweigens auf unserem Gewissen zu tragen." Diese Vorgabe galt auch für die redaktionelle Linie des „Rheinischen Merkur". Für ihre Wirksamkeit spricht, dass Theodor Heuss im Parlamentarischen Rat neben der SPD-Parteizentrale und der Kölner Kurie mit Kardinal Frings den „Rheinischen Merkur" als die dritte Kraft erwähnte, die Einfluss auf die Arbeit des Parlamentarischen Rates gehabt habe.

IV

Roegele war ein Mann des geschriebenen Wortes, aber er war kein Freund der Feder oder später des Laptops, er war zeitlebens ein

„Mann der Schreibmaschine". „Er schrieb auf einer sehr betagten, grün-grauen mechanischen Schreibmaschine mit Bedacht, aber zügig, Zeichen setzend; die Worte und Sätze saßen jeweils. Kaum Korrekturen, nur dann und wann ein paar Nachbesserungen in winziger Bleistiftschrift." (Hömberg) Als Journalist fühlte er immer am „Puls der Zeit" und galt nicht nur in der Adenauer-Zeit als außergewöhnlich gut unterrichtet, als er eine enge Arbeitsbeziehung zu Heinrich Krone, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unterhielt. Sein kritischer Geist und seine in vielen Beziehungen überlegene Bildung machten ihn dennoch nicht zu einem willfährigen Instrument Adenauerscher Politik. „Die Selbstsicherheit Dr. Roegeles ist schwer zu überbieten" (6. Oktober 1959), vertraute Heinrich Krone seinem Tagebuch an, und: „Mit dem Rheinischen Merkur habe ich Krach. Die Fraktion versage und anderes mehr. Ich habe Dr. Roegele einen harten Brief geschrieben." (13. Mai 1960)

Zu Roegeles wichtigen Informanten gehörte auch der langjährige Rom-Korrespondent der Zentrumspresse Edmund Freiherr Raitz von Frentz. Dieser Kontakt war hilfreich, als 1959 Papst Johannes XXIII. dem ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen die diesem von Pius XI. verliehene Würde eines „Weltlichen Geheimkämmerers" wiedergewährte. Roegele hielt diese Auszeichnung eines Mannes, „den eine spezielle geistige und moralische Konstitution ganz offenkundig davor bewahrt, die volle Schwere seines Anteils an der Vergangenheit zu begreifen", für eine „kapitale Fehlentscheidung" des Vatikans und scheute – unterstützt von dem Historiker Rudolf Morsey – in seiner mutigen Geradlinigkeit nicht davor zurück, die Ehrung in den Rang eines Skandals zu heben.

Roegele betrachtete von Papen als „das größte Ärgernis in der Geschichte des politischen Katholizismus der dreißiger Jahre". Dies müsse „mit allem schuldigen Respekt vor der Autorität und Person des Papstes, aber auch mit aller der geschichtlichen Wahrheit geschuldeten Deutlichkeit ausgesprochen werden." Die Ehrung war damals nicht mehr rückgängig zu machen, die Folgen dieser außergewöhnlichen öffentlichen Auseinandersetzung waren aber noch im Jahr 2000 zu spüren. Die Bonner Nuntiatur und Roegele selbst sollen jedenfalls besonders sorgfältig geprüft haben, ob der unvergessene Konflikt von damals Roegele veranlassen könnte, die zu seinem 80. Geburtstag im August 2000 vorgesehene Ernennung zum Komturritter des Ordens des hl. Gregor des Großen durch Papst Johannes Paul II. möglicherweise nicht anzunehmen.

Roegele war von der Notwendigkeit des Engagements der Laien in der katholischen Kirche tief überzeugt. Auf dem Katholikentag in Hannover im August 1962 bezeichnete er es als Hauptaufgabe des

bevorstehenden Zweiten Vatikanischen Konzils, die Kirche zu aktivieren und zu mobilisieren, sie fähiger zu machen, die moderne Welt zu verstehen, und „ihr zu geben – nicht, was sie will, sondern was sie braucht, es soll sie einladender machen für die, die draußen stehen, soll das Binnenklima der Kirche verbessern … ihre moralische Wirkung in der Welt verstärken." Und dann das ceterum censeo: „Hier ist eine Grundwelle losgebrochen in der Christenheit, die nicht mehr zur Ruhe kommen wird, bevor es wieder eine Herde und einen Hirt gibt." Es war vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass ausgerechnet Augustin Kardinal Bea zum wichtigsten Gewährsmann für Roegeles ausführliche Konzilsberichterstattung wurde.

Roegele sah dabei eine besondere Verantwortung für die deutsche Kirche. „Was der Nuntius Pacelli in den zwölf deutschen Jahren in sich aufnahm und sich anverwandelte, hat der Papst Pius XII. an die Weltkirche weitergegeben" – den Aufbruch der liturgischen Erneuerung, der Jugendbewegung und die Erkenntnisse einer modernen Theologie.

Das Engagement des politischen Journalisten für Versöhnung galt neben den deutsch-französischen Beziehungen seit den 1960er Jahren vor allem dem Verhältnis zu Polen. Besonders wichtig war ihm das deutsch-französische Journalistentreffen, das erstmals 1967 in Bordeaux stattfand. Seine guten Informationskontakte erlaubten ihm unmittelbar nach dem Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe in den letzten Tagen des Konzils 1965 die Veröffentlichung einer umfassenden Dokumentation „Versöhnung oder Hass?". Auf dem Bamberger Katholikentag 1966 erklärte er in der Schlusskundgebung: Das polnische Volk „… mag wissen, dass die Christen in Deutschland ihren Vergebungsruf gehört haben und ihn erwidern. … Die deutschen Katholiken bekennen ausdrücklich, dass eine neue Friedensordnung nie durch Gewalt, sondern nur durch Verhandlungen geschaffen werden kann."

Der „Rheinische Merkur" entwickelte unter Roegeles scharfsinniger Führung eine verlässliche, christlich-demokratische, europäische Linie, an der sich die Politik der Adenauer-Zeit messen und gegebenenfalls korrigieren lassen musste. Roegele war auch in der Dialog-Euphorie der 1960er und der 1970er Jahre nicht bereit, seine durch Erfahrung abgesicherten Grundsätze vorschnell vagen Zukunftshoffnungen zu opfern. So hielt er weder mit seiner Kritik an der vatikanischen Ostpolitik Johannes' XXIII. noch an der Einseitigkeit des Bensberger Memorandums von 1968 oder mit Widerspruch gegen die Ostpolitik Willy Brandts hinter dem Berg: „Ein Papst, der im Jahre 1958 Franz von Papen zu seinem Kammerherrn ernennt und am Vorabend der italienischen Wahlen den Schwiegersohn

Chruschtschows in Privataudienz empfängt, hat sich von allem, was als vatikanische Politik bezeichnet werden könnte, entschlossen losgesagt."
Aus dem Bensberger Kreis trat er im Februar 1968 „nicht zuletzt im Interesse der Kirche Polens" aus, weil er in dem dort verabschiedeten Ost-Memorandum „die Vielfalt der Meinungen im deutschen Katholizismus" nicht angemessen vertreten fand. Er fürchtete sich vor den Enttäuschungen, die das Scheitern des Wandels durch Annäherung auslösen könnte, „wenn die Völker Osteuropas eines Tages ihre Stimme erheben und uns vorwerfen, dass wir mit ihren Unterdrückern paktiert und dies noch als Normalisierung, Entspannung und Ausgleich gefeiert haben".

V

1963 berief der bayerische Kultusminister Theodor Maunz Roegele als Nachfolger von Hanns Braun auf den traditionsreichen Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft (Karl d'Ester) in München. Der Philosoph Max Müller beeinflusste die Philosophische Fakultät damals zugunsten Roegeles, indem er das Zeugnis zugänglich machte, das die Heidelberger Medizinkoryphäe Siebeck Roegele ausgestellt hatte: „Persönlich schlicht und bescheiden, spürte jeder auch so den ungewöhnlichen Fundus seiner Begabung; er hatte es nicht nötig zu glänzen und war darum ein beliebter Kollege."
Zunächst hatten die Münchner Professoren Max Müller und Johannes Spörl, die beide aus Freiburg gekommen waren, als ihren Wunschkandidaten einen weiteren Freiburger unterstützt: Oskar Köhler, der aber gerade die universalhistorische Zeitschrift „Saeculum" gegründet hatte und deshalb lieber eine Honorarprofessur in Freiburg annahm, als dem Ruf nach München zu folgen. Da Roegele von diesen Überlegungen erst später erfuhr, fühlte der akademische Außenseiter ohne Habilitation sich bei seinem Start als Professor aber nicht als zweite Wahl.
Roegele verzichtete jetzt auf den Vorsitz der von ihm 1949 mitbegründeten Gesellschaft Katholischer Publizisten, den er 1957 als Nachfolger des verstorbenen P. Jansen Cron SJ übernommen hatte, blieb aber noch weitere 21 Jahre aktives Vorstandsmitglied.
Neuer Chefredakteur des „Rheinischen Merkur" wurde sein bisheriger Stellvertreter Dr. Anton Böhm, der sich in der Redaktion seit 1953 in den großen Leitlinien, aber auch in dem nicht gerade konfliktfreien Verhältnis Roegeles zu dem „Hauptstadtkorrespondenten" des „Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, als eine Stütze

Roegeles erwiesen hatte. Roegele wechselte 1963 zunächst in die Position des Herausgebers, seit 1980 Mitherausgebers des „Rheinischen Merkur" und leitete als primus inter pares die Herausgebersitzungen bis in die letzten Wochen vor seinem Tod.

An der Universität suchte Otto B. Roegele von Anfang an einen engen Bezug zur journalistischen Praxis. Der samstägliche Wochenkommentar im ZDF – im Wechsel mit zwei anderen Professoren – ließ ihn einen bundesweiten Bekanntheitsgrad erreichen. In Forschung und Lehre befasste er sich bis zu seiner Emeritierung 1985 schwerpunktmäßig mit journalistischer Berufsforschung, Kommunikationspolitik und ethischen Fragen des Journalismus. Roegele modernisierte die traditionelle Zeitungswissenschaft zur attraktiven Kommunikationswissenschaft. Sein Münchner Institut entwickelte sich zu einem gefragten Partner in der Politikberatung und zog viele junge Mitarbeiter an, die an aktueller Forschung interessiert waren. Roegele spielte dabei „die Rolle des Initiators, des Beraters, auch des Managers, des Inspirators und nicht zuletzt die des Netzwerkers", schreibt einer seiner vier habilitierten Schüler, Wolfgang R. Langenbucher.

Der akademische Lehrer Roegele war „kein Professor, der sagte, wo's langgeht", sondern ein Lehrer, der Wege zu unterschiedlichen Zielen finden half. „Orthodoxie in einem so jungen Wissenschaftszweig habe ich zu vermeiden versucht, zumal dann, wenn sie in doktrinärer Ausschließlichkeit auftrat." Roegeles harte Auseinandersetzungen mit den 68er-Aktivisten – z. B. bei der Besetzung des Münchner Amerika-Hauses, in dem sein Institut untergebracht war – zeigten, dass er diesen Maßstab auch an andere anzulegen gedachte. Mit beharrlicher Konsequenz erreichte er, dass „aus dem bescheidenen Handwerksbetrieb der Zeitungswissenschaft eine veritable Manufaktur" wurde, „eines der angesehensten Institute der Republik." (Langenbucher)

An der 1967 eingerichteten Münchner Hochschule für Film und Fernsehen wurde Roegele Gründungspräsident und lehrte dort bis 1988. Er unterstützte ein Kooperationsmodell der Deutschen Journalistenschule mit der Universität München und gehörte 1968 auch zu den Gründungsvätern des Instituts für publizistischen Nachwuchs, der journalistischen Nachwuchsförderung der Deutschen Bischofskonferenz, die er als Mitglied der Publizistischen Kommission und als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (1957–1991), im Geschäftsführenden Ausschuss (mit kurzen Unterbrechungen 1968–1990) und als Sprecher des Arbeitskreises Presse (seit 1958) auch in anderen publizistischen Fragen beriet. Seine Erfahrung

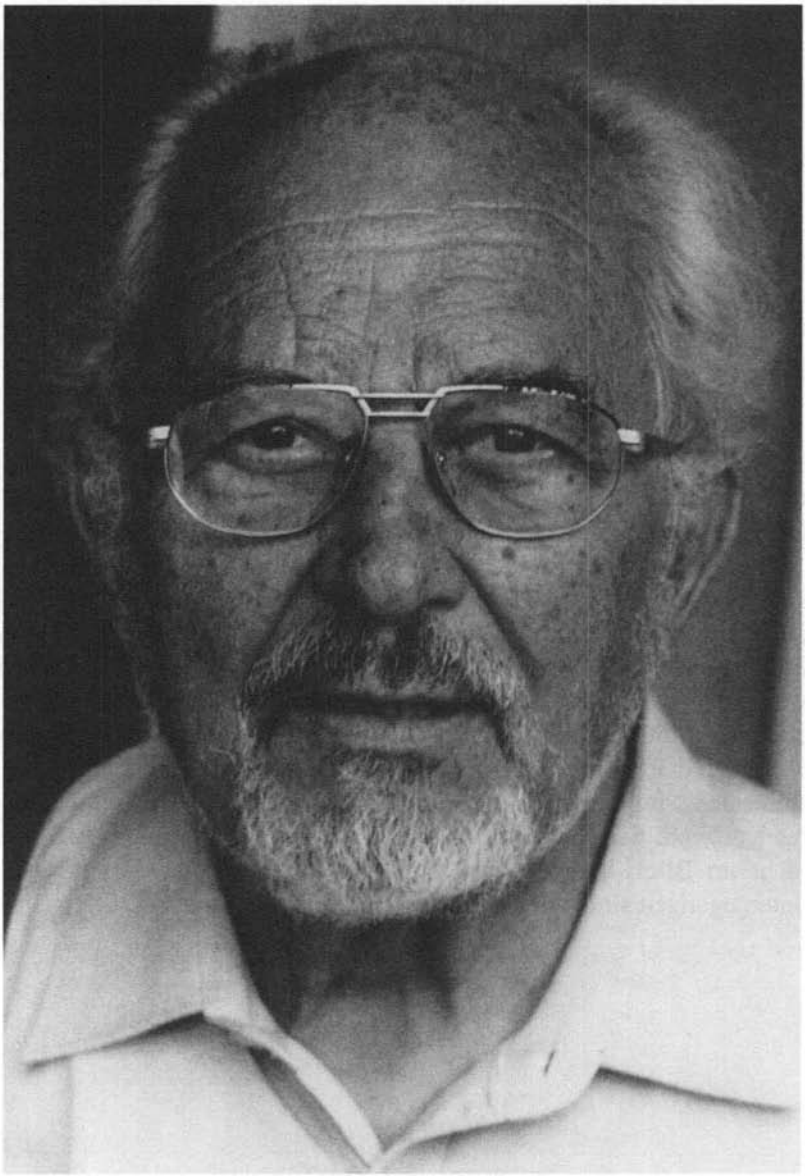
kam später auch dem an der Katholischen Universität Eichstätt eingerichteten Studiengang Journalistik zugute.
In den schwierigen Verhandlungen mit der Medienkommission der Deutschen Bischofskonferenz über eine gesicherte wirtschaftliche Basis für den „Rheinischen Merkur" in den 1970er Jahren und dann 1980 bei der Fusion mit der protestantisch geprägten „Deutschen Zeitung – Christ und Welt" war das ausgesprochen vertrauensvolle Verhältnis zwischen Kardinal Höffner und Roegele bzw. dem ehemaligen Landesbischof Lilje und Roegele der Schlüssel zum Erfolg.
1972 gründete Roegele zusammen mit Hans Urs von Balthasar, Albert Görres, Franz Greiner, Karl Lehmann, Hans Maier und Joseph Ratzinger die „Internationale katholische Zeitschrift Communio".
Der Wissenschaftler und Publizist Roegele erhielt als Anerkennung seiner herausragenden Tätigkeit im Lauf der Jahre europaweit verschiedenste Auszeichnungen:
1965 Ritterkreuz der französischen Ehrenlegion,
1967 Ehrendoktor der Universität von Navarra in Pamplona,
1968 Bayerischer Verdienstorden,
1982 Großes Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland,
1982 Großes Silbernes Ehrenzeichen der Republik Österreich,
1986 Bayerische Verfassungsmedaille in Gold,
1987 Franz von Sales-Tafel der Gesellschaft Katholischer Publizisten,
1992 Chevalier des Arts et Lettres,
1993 Ehrenmitglied der deutschen Unesco-Kommission,
2000 Komturritter des Gregorius-Ordens.

VI

Die Beobachtung stimmte: „Roegele hat viel zu sagen, doch er sagt nicht bei jeder Gelegenheit viel. Wenn er merkt, dass er in eine Umgebung geraten ist, in der Wichtigtun alles und Zuhören wenig gilt, dann sagt er gar nichts." (FAZ) In seinen selbständigen Schriften und unter den eine deutlich vierstellige Zahl erreichenden publizistischen Beiträgen Otto B. Roegeles findet sich aber so viel Bemerkenswertes, das über den unmittelbaren Anlass hinausreicht, dass der Wunsch nach einem „Roegele-Lesebuch" mehr als verständlich erscheint. Es wäre eine spannende Begleitlektüre beim Gang durch fünfzig Jahre deutscher Geschichte. Dies gilt umso mehr, als Roegele sich immer erfolgreich bemüht hat, sein Publikum in

verständlicher Sprache zu erreichen. Im Zentrum seiner Überlegungen stand der Einzelne. Die Wahrheit des Publizisten Roegele war immer konkret. „Der Arztberuf", schrieb Hans Maier in einem Glückwunsch zum 75. Geburtstag, „gab Dir die Möglichkeit, Dich dem konkreten Menschen zuzuwenden. ... Die Genauigkeit des Arztes ist in jedem Deiner Texte spürbar: sorgfältig wird in ihnen untersucht, diagnostiziert, das Übel bloßgelegt, die Therapie vorbereitet." Roegele verdichtete seine konkreten Erfahrungen dann aber auch immer wieder zu allgemeingültigen Grundeinsichten. „Wenn er die Grundsätze des leisen, aber unbeirrbaren, zielbewussten, aber persönlich uneigennützigen Publizistiklehrers strenger beachtete, stünde der heutige Journalismus besser da", schrieb ein Kollege, ohne Widerspruch zu ernten.

Hinter den Einsichten in die allgemeinen Zusammenhänge wird immer wieder der Historiker Roegele sichtbar, der die Nachgeborenen in einer Mischung von Resignation und Altersweisheit mahnt: „Wenn wir überleben wollen, müssen wir die Konsequenzen bedenken, die unser Tun und Lassen in der Zukunft haben wird. Wir dürfen uns aber nicht einreden lassen, dass es darauf ankomme, die Zukunft nach fixem Plan zu konstruieren. Geschichtliche Erfahrung wird als Gegengift dringend gebraucht, um die Schäden auszugleichen, die durch monomanische Zukunftsorientierung hervorgerufen werden. Nicht zur Legitimierung des Gewordenen und daher Bestehenden wird Geschichte benötigt, sondern zur Offenhaltung unserer Konzepte der Gegenwart, in der sich Zukunft entscheidet. Wer nicht im Blick hat, wie viel Zukünfte im Lauf der Jahrhunderte untergegangen sind, wird auch die unsrige nicht finden." (1972).



Rainer Barzel (1924–2006)

Politische Triumphe blieben ihm versagt. Er war ein Mann mit Charakter und politischem Sachverstand, aber ohne Fortune.

Im Zeitungsarchiv des Deutschen Bundestages lagern Hunderte von biografischen Notizen, subjektive Deutungsversuche und spiegelbildliche Reflektionen über den CDU-Politiker, den langjährigen Vorsitzenden seiner Partei und Chef der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rainer Barzel, der am 26. August 2006 in München verstorben ist. Unter diesen Charakterisierungen gibt es gescheite und dümmliche, wohlwollende und gehässige, zutreffende und der Phantasie näher kommende als der objektiven Würdigung angemessene. Nach dem so genannten Stecknadelprinzip ausgewählt stieß der Autor auf eine Personifizierung mit folgenden gestochenen und goldenen Formulierungen aus der Feder des langjährigen Korrespondenten der Deutschen Welle in Bonn, Günther Scholz: „Beim ersten Nachdenken über Rainer Barzel lässt sich sagen: Er ist sehr gescheit, und er weiß das auch. Beim zweiten Mal lässt sich hinzufügen: Er leistet sich Gefühle und ist deshalb verletzlich. Die dritte Antwort lautet: Disziplin und Fleiß – also preußische Tugenden – bestimmten seine Arbeit." („So nicht". 1993, S. 235).

Ob seine Beichtväter mehr über ihn wissen, als die breite Öffentlichkeit und vor allem die Journalisten, muss bezweifelt werden. Rainer Barzel war kein Heimlichtuer, auch keine graue Eminenz, sondern immer jemand, der mit offenen Karten gespielt hat, außer wenn es um seine ganz persönlichen inneren Angelegenheiten ging. Was nicht verschwiegen werden darf: Dieser einflussreiche und machtbegehrte Politiker – seine Neigung zur Eitelkeit war eingefärbt durch eine graduelle Gabe zum Narzissmus, aber nur leise ... – wusste immer, was er konnte und wollte. Er hat darüber auch bei jeder Gelegenheit gesprochen. Vor der Fraktion, auf Dutzenden von Versammlungen und Pressekonferenzen, bei Hintergrundgesprächen im Deutschen Presseclub in Bonn, bei personellen Begegnungen und eben durch seinen gesamten Habitus, der bescheiden schien, aber nie einen Zweifel daran ließ: Ich will nicht nur Macht ausüben, sondern

ich will an deren Hebeln sitzen, um damit auch eine Rolle in der Weltpolitik spielen zu können, nach Möglichkeit in keiner geringeren Position als der des Bundeskanzlers. Doch zu einem Barzel-Mythos ist es nie gekommen, ein Schicksal, das er mit Gerhard Schröder teilt.

I

Rainer Candidus Barzel wurde in der katholischen Exklave Braunsberg in Ostpreußen als Sohn des Oberstudienrates Dr. Candidus Barzel und seiner Frau Maria, geb. Skibowski, am 20. Juni 1924 geboren. Durch Versetzung seines Vaters verbrachte er mit seinen sechs Geschwistern viele Jahre in Berlin, wo er das Jesuitengymnasium am Lietzensee und das Luisengymnasium besucht hat. Dort machte er 1941 das Notabitur, wurde zur Luftwaffe eingezogen und 1944 Leutnant d.R. Nach dem Kriegsende, 1945, begann er das Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft an der Universität Köln. Vor seiner Berufswahl betätigte er sich im neu gebildeten Land Nordrhein-Westfalen journalistisch. In einem Aufsatz in der Zeitschrift „Die Begegnung" schrieb er bereits 1947 einen Beitrag zum Thema: „Sozial oder sozialistisch" und erzielte damit bei Politikern sein erstes öffentliches Echo. Er charakterisiert dies in seiner Autobiografie „Ein gewagtes Leben" wie folgt: „Einige (Politiker und Geistliche) interessierten sich offenbar für meine Meinung, beachteten meine Beiträge. In mir regte sich die Erkenntnis, auch verantwortlich für dieses Echo zu sein. Ich war, wie ich erkannte, auf dem Wege, nicht nur Jurist zu werden, sondern auch Politiker und Publizist. Mir gefiel das." Typisch Barzel.
In seiner Schulzeit war er Mitglied des Jugendbundes Neu Deutschland (ND). Politischen Einfluss nahmen vor allem der damalige Vorsitzende der neu gegründeten Zentrumspartei, Carl Spiecker, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident (1947–1956) Karl Arnold. Seine politische Heimat war der so genannte sozial engagierte „Linkskatholizismus", was immer man damals darunter verstanden hat. Seine ersten journalistischen Erfolge erzielte Barzel bei der katholischen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur". Er schrieb regelmäßig Glossen und Kommentare. Sein journalistischer Lehrer war der erste Chefredakteur und Wiederbegründer des „Merkur", Franz Kramer. Barzel erhielt sogar ein Angebot, beim „Merkur" Redakteur zu werden. Er sagte nein, weil er zuerst sein juristisches Examen machen wollte, was er 1948 tat. 1949 wurde er mit einer Dissertation „Die verfassungsrechtliche Regelung der Grundrechte und Grund-

pflichten der Menschen“ zum Dr. iur. promoviert. Der Eintritt in die CDU erfolgte 1954. Im Range eines Ministerialrats wurde er Berater und Redenschreiber von Karl Arnold. Im Auftrag der Länder und des Bundesrats wirkte Barzel bei den Beratungen des Ausschusses für Fragen der Europäischen Sicherheit des Deutschen Bundestages mit. Er trug durch seine Tätigkeit mit dazu bei, dass alle Parteien der Aufnahme der Wehrpflicht ins Grundgesetz zustimmten, worauf er besonders stolz war.
Am 27. September 1957 zieht er, 34 Jahre alt, als Abgeordneter des Wahlkreises Paderborn-Wiedenbrück, in den Bundestag ein. Damit begann seine politische Karriere. Erfolge und Misserfolge hielten sich von Anfang an die Waage. Am 29. April 1958 hielt er im Bundestag seine Jungfernrede über einen Antrag der SPD-Opposition zur Volksbefragung über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Schnell wurde er Mitglied des Fraktionsvorstands der CDU/CSU und des Bundesvorstands der CDU (1960). Konrad Adenauer berief ihn, als 38-Jährigen, in sein viertes Kabinett als Minister für Gesamtdeutsche Fragen (1962–1963). Bereits am 14. November 1964 gelang ihm der Sprung zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Innerhalb der Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD von 1966–1969 spielte Rainer Barzel in Kooperation mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Helmut Schmidt, eine prägende Rolle.

II

Der Höhepunkt seiner Laufbahn war die Wahl zum Vorsitzenden der CDU beim Bundesparteitag 1971 in Saarbrücken. Er sah seine Aufgabe als neu gewählter Parteivorsitzender der Union vorrangig in der geistig-sozialen Erneuerung und Profilierung seiner Partei. Nach seiner Wahl auf dem hochspannenden CDU-Parteitag vom 4. bis 5. Oktober 1971, wo er seinen Gegenspieler Helmut Kohl mit 344 zu 174 Stimmen überzeugend „in die Flucht schlug“ (SWF), gab Barzel in seiner Doppelfunktion als Fraktions- und Parteivorsitzender sozusagen seine persönliche Regierungserklärung ab.
Sie lautete: 1. Absolutes Bekenntnis zum Menschenbild christlicher Prägung. 2. Soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle Staatsbürger. 3. Jeder Mensch, der in unverschuldete Not gerät, muss sich auf die Solidarität aller Mitbürger verlassen können. 4. Klares Bekenntnis zur Mitwirkung der Kirchen an der Gestaltung auch des politischen öffentlichen Lebens. Kirche, so Barzel wörtlich, ist die Identität zwischen Gott und dem Einzelmenschen. 5. Menschenwür-

dige Sicherung der Freiheit als patriotische Aufgabe aller. 6. Eigenverantwortung anstelle von verfügter und reglementierter Staatsversorgung. 7. Bildung als Aufgabe zur Wahrnehmung von Pflichten. 8. Klar erkennbare Politik zur Erreichung der Wiedervereinigung Deutschlands, ohne Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat. Sie ist für die Union der Kompass politischen Handelns, stets orientiert an westlichen Werten, um den Veränderungen des Zeitgeschehens gewachsen zu sein. 9. Die Familie als Hüterin der Geborgenheit und Ort der Erziehung zur Sicherung des Gemeinwohls. 10. Die Schaffung eines vereinten Europa als Neuprofilierung der abendländischen Kultur, basierend auf Heimat, Vaterland und Mitverantwortung für den Weltfrieden. 11. Unverbrüchliche Freundschaft zu Amerika, Frankreich und Polen, sowie Friedfertigkeit mit allen Völkern guten Willens. 12. Volle Mitverantwortung in der NATO zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie.

Dieser weite Bogen entsprach seinen politischen Grundsätzen. Was davon gelungen ist, muss der zeitgeschichtlichen Beurteilung überlassen bleiben. Jedenfalls hat Rainer Barzel schon in frühen Jahren angemahnt, die Aufgaben der Politik nicht allein mit dem „hohen C" zu bewältigen, sondern mit politischem Realismus. Für ihn war immer klar, dass der soziale Konservatismus „keine religiöse..., sondern eine gesellschaftspolitische Haltung und Aufgabe ist" (R. Schneider in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung", 1. Oktober 2006). Rainer Barzel war immer ein Realist, auch hier ein wirkungsvoller Vordenker.

Mit der vorgezogenen Bundestagswahl am 19. November 1972 erlitten CDU und CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Barzel eine schwere Niederlage. Die SPD wurde erstmals stärkste Partei. Damit begann, in Stufen, der politische Abstieg von Barzel. 1982 wurde er, nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt, von Kanzler Helmut Kohl zum Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen bestellt. Seine größte Leistung war die dann lange Zeit geltende Praxis der Häftlingsfreikäufe aus der DDR, die er bereits in seiner Ministerzeit 1962/63 begonnen hatte. Das Unternehmen, von Axel Springer angeregt, durch Adenauer gedeckt, war risikoreich, aber Barzel nutzte die Chance, als Minister mit DDR-Stellen Kontakte aufnehmen zu können – die gab es ansonsten nur im Interzonenhandel –, ohne den Staat DDR anerkennen zu müssen; primär ging es um humanitäre Hilfe. 1963 wurden vorerst nur sechs Häftlinge freigekauft, 1964 waren es schon 880, 1965 über tausend. Insgesamt wurden durch die Initiative von Rainer Barzel von 1963 bis 1989 ca. 34 000 Gefangene freigekauft und mehr als 250 000 Fälle von Familienzusammenführung geregelt. Die Bundes-

regierung zahlte dafür in bar oder in Naturalien insgesamt 3,5 Milliarden DM.
1983 wählte ihn der Bundestag zu seinem Präsidenten, aber bereits 1984 geriet Rainer Barzel im Zusammenhang mit der so genannten Flick-Affäre (Thema: Parteienfinanzierung) in die Schlagzeilen. Er stand im Verdacht, über eine Frankfurter Anwaltskanzlei Zuwendungen des Flick-Konzerns angenommen und als Gegenleistung politische Entscheidungen im Sinne des Konzerns getroffen zu haben. Aber alle diese Vorwürfe erwiesen sich als falsch. Bereits 1985 erteilte ihm das zuständige Gericht einen Freispruch erster Klasse. Obwohl schon im März 1986 Bundestagspräsident Philipp Jenninger eine Ehrenerklärung für Barzel abgegeben hatte, verzichtete er auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag.

III

Rainer Barzel suchte in seinen vielfältigen Aktivitäten, wie Friedrich Nietzsche dies nennt, das „Glück der kleinsten Überlegenheit", indem er stets darum bemüht war, einen, wenn auch kleinen Schritt vor den anderen, vor Freunden und politischen Gegnern zu sein. Barzels Charakter war geprägt, schon von seinem Elternhaus her, von Prinzipienfestigkeit, die er aus der christlichen Soziallehre bezog, und zu der er, vor allem von seinem Vater, erzogen worden war.
In seinem Machtstreben – so unauffällig aber kraftvoll wie möglich – zeigten sich auch seine Schwächen, weil er seinen Geltungsanspruch oft nicht plausibel machen konnte. Werte und Wichtigkeiten können nur dann wirkungsvoll umgesetzt werden, wenn sie von ihrer Mitwelt auch anerkannt werden. Und genau dies war im politischen Alltag von Rainer Barzel nur verhältnismäßig selten der Fall, u. a. daran erkennbar: ihm fehlte das, was man Fortune nennt, oft nur wenige Millimeter vor dem Ziel. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt attestierte ihm während des Trauerakts im Deutschen Bundestag am 22. September 2006: Kein deutscher Nachkriegspolitiker war dem Ziel, Bundeskanzler zu werden, so nahe wie Rainer Barzel. Bundeskanzlerin Angela Merkel fügte hinzu: „Er war ein sozial geprägter Patriot, ein Staatsmann, dessen Erbe die Bundesrepublik Deutschland nötig hat."
In diesem Spannungsfeld vollzog sich das politische Leben des Verstorbenen. Es ist ihm nie gelungen, bei allem Einfluss im Hintergrund, im eigentlichen Sinne populär zu werden. Schon deshalb nicht, weil ihm jede Prahlsucht fremd war, und weil seine Eitelkeit nicht durch ständige Aufschneiderei unterfüttert war. Er konnte prä-

zis denken, er war ein glänzender Analytiker. Er repräsentierte sich als Persönlichkeit, auf die Verlass war. „Ein Mann, ein Wort," so Helmut Schmidt. Eine Formulierung, die der ehemalige Kanzler bei seiner Abschiedsrede im Bundestag beim Trauerakt bestätigt hat.
Es ist das Verdienst von Helmut Schmidt und Rainer Barzel, dass die Große Koalition zwischen CDU, CSU und SPD (1966–1969) nach dem Scheitern von Ludwig Erhard erfolgreich war. Kurt Georg Kiesinger als Kanzler war sozusagen der Schirmherr, die beiden Fraktionsvorsitzenden garantierten jedoch den täglichen, manchmal höchst komplizierten politischen Tages- und Wirkungsablauf. Der Bildung dieser Koalition gingen heftige Kontroversen voraus. Doch allmählich verdichtete sich die Politik der Gemeinsamkeit von SPD, CDU und CSU zum konkreten Angebot. Bereits im Herbst 1961 forderten Willy Brandt und Herbert Wehner wegen der schwierigen außenpolitischen Situation eine „Regierung der nationalen Konzentration". Nach der Wahl im Herbst 1961 kam es immerhin zu unverbindlichen Koalitionsgesprächen zwischen Adenauer und der SPD; allerdings dienten sie dem Bundeskanzler vor allem dazu, die Freien Demokraten einzuschüchtern.
Zum ersten Mal wurden ernste Zweifel an der Stabilität des politischen Systems wach; nicht zuletzt deshalb, weil die radikale Rechte in schließlich sieben Landesparlamenten auftauchte; viele Politiker und Journalisten fragten, „ob Bonn nicht doch wieder Weimar ähnlich werde." Rolf Zundel, der damalige Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit" in Bonn, sprach von „einer demokratischen Todsünde" (16. Dezember 1966). Die Große Koalition kam zustande, weil die Sozialdemokraten nicht bereit waren, zusammen mit den Freien Demokraten auf der schmalen Plattform von nur wenigen Stimmen Mehrheit zu regieren.
Herbert Wehner sagte, sozusagen entschuldigend, in einem Interview mit dem WDR im Dezember 1966: „Die Große Koalition ist keine Todsünde und schon gar kein Lotterbett." Zu sagen, die „Große Koalition als solche löse den Notstand aus, oder sie sei einfach der Verfassungsnotstand selbst" (so R. Schroers am 28. Oktober 1967 im WDR), blieb unbewiesen. Der einflussreiche Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, fand auf dem Wahlkampfkongress in Essen am 8. Juli 1969 eine mit entwaffnender Einsicht und Selbsteinschätzung vorgetragene Formulierung: „Vielleicht wirkt das, was wir sagen, manchmal etwas hausbacken und nüchtern – aber das ist die Sprache des Volkes."
In einer Großen Koalition brennt es immer an irgendeiner Stelle. Auch die jetzige Kanzlerin Angela Merkel bekommt dies nahezu täglich zu spüren. Kiesinger war nach Ansicht von Conrad Ahlers,

seinem Sprecher, nicht viel mehr als ein „wandelnder Vermittlungsausschuss". Günter Grass, ein erbitterter Feind des „schwarz-roten Kartells der Angst", nannte dieses Bündnis verächtlich „die melancholische Koalition" (20. Dezember 1966 im SWF). „Da sitzen sie nun, Schulter an Schulter, der Emigrant Willy Brandt neben dem Nationalsozialisten Kurt Georg Kiesinger, Karl Schiller in Tuchfühlung mit Franz Josef Strauß; im Moment fällt mir nicht ein, wer es neben Herbert Wehner schwer haben wird. Sie blicken versonnen, verlegen, verkrampft, lauter starke Männer, ... heben sich gegenseitig auf" („Über das Selbstverständliche", 1968, S. 132).
Diese erste Große Koalition war so etwas wie die erste politische Nationalmannschaft, allerdings mit anderem Niveau als das heutige Bündnis. Der Bonner Historiker Klaus Hildebrand fasst die Arbeit dieser Großen Koalition so zusammen: Sie „hatte in einem Maß Erfolg wie er nur wenigen kurzamtierenden Kabinetten beschieden war" („Die Politische Meinung", 2006, S. 45). Er fährt fort: „In vielerlei Hinsicht waren die Jahre der Großen Koalition also entgegen den geradezu grassierenden Befürchtungen alles andere als eine Verfallszeit. Während ihrer kurzen Dauer wurde im Stillen manches Neue geschaffen, was die Republik für den Übergang in die 70er Jahre präparierte." Barzel und Schmidt waren zugleich die Integratoren und Moderatoren der Großen Koalition, ganz unabhängig von dem Geltungsanspruch des Kanzlers. Barzel war immer bereit, zu neuen Ufern aufzubrechen, nur die Regierung nicht.

IV

Barzel war nie ein Mann, der seine Gefühle zeigte, doch besaß er die List, gerne die Schuld, wenn etwas nicht nach seiner Vorstellung lief, anderen zuzuschieben, eine Eigenschaft, die er mit den meisten Politikern gemeinsam hat. Er war nie im Besitz der Gabe der Eigensympathiewerbung, was seinen Höhenflug behindert hat. Barzel blieb immer ein unangepasster Sucher nach seiner eigenen Autorität, manchmal angemaßten Autorität, die ihn, oft brüchig geworden, möglicherweise daran gehindert hat, über sich hinauszuwachsen.
Der ehemalige Chefredakteur der Wochenschrift „Die Zeit", Robert Leicht, trifft in seinem Nachruf am 28. August 2006 genau die richtige Charakterisierung: „Barzel war der erste Anwärter auf einen modernen Parteivorsitz der CDU – nach Adenauer, der noch einer Honoratiorenpartei und einem bloßen Wahlverein vorstand; nach Ludwig Erhard, der von Partei und Parteipolitik, gar Parteiorganisation, keine Ahnung hatte; nach Kiesinger, der als Vermittlungskanz-

ler einer großen Koalition gar kein profilierter Parteipolitiker mehr werden durfte. ... Die Tragik Barzels lag darin, dass er zwar wusste, dass die neue Ost- und Deutschlandpolitik Brandt/Scheel letztlich nicht torpediert werden durfte – dass aber die CDU/CSU das nicht wusste, dass sie es nicht hören wollte und dass er es ihr auch nicht sagen, nicht einmal andeuten durfte. Zugespitzter haben wir in unseren Jahren der alltäglichen Not eines Politikers kaum erlebt – die Schere zwischen innerer Einsicht und Rollenprosa, zwischen dem sachlich Nötigen und dem parteipolitisch Möglichen. Jene Politiker, die unter diesem Spagat wenigstens leiden, sind wahrlich nicht die schlechtesten. Barzel wurde von dieser Kluft verschluckt." In diesem Strudel ist Barzel untergegangen. Er war kein Spießbürger, sondern eine Persönlichkeit mit Macht- und Führungsanspruch. Ohne Skandale, aber ausgestattet mit einem schmunzelnden Humor.

Für seinen politischen Hauptgegner, Herbert Wehner, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, war er nichts anderes als der „Herr mit dem Öl". Womit er zum Ausdruck bringen wollte: zu gelackt, zu wenig überzeugend, als Persönlichkeit zweitrangig, aber für die SPD gefährlich, weil er perfekt argumentieren konnte.

Auch wenn Autobiografien bei der Bewertung von politischen Sachfragen vorsichtig zu lesen sind, weil sie Fakten oft mit vergesslicher Rechthaberei verwechseln, schilderte Barzel plastisch und mit bemerkenswerter Gelassenheit in seiner Autobiografie (S. 128) seine erste politische Bruchlandung: „Der Vorschlag des Landespräsidiums (von Nordrhein-Westfalen), mich – wie mit mir ausgemacht – auf einen sicheren Platz der Landesliste für die Bundestagswahl am 15. September 1957 zu setzen, fiel bei der Landesversammlung der CDU in Essen durch. Man hatte Heinrich Scheppmann übersehen, so sagte man. Dieser hochverdiente Mann aus der IG Bergbau erhielt in geheimer Wahl den Platz 20, für den ich vorgeschlagen war. Scheppmann gewann auch, weil Arnold sich im Ton vergriff, als er mich – besten Willens! – präsentierte. Wie immer: Ich lag daneben, war durchgefallen. ‚Bruchlandung', schrieb mir ein Fliegerkamerad, der das aus seiner Zeitung erfuhr. Man wollte mir nach diesem Durchfall nicht zumuten, nun – nach unserem Kampf gegen Ministerpräsident Steinhoff (SPD) – in den Schoß der gerade noch bekämpften Landesregierung zurückzukehren, mich mithin beim Ministerpräsidenten als Rückkehrer – aus beamtenrechtlichen Gründen – zum Dienst zu melden. Vielleicht künftig als ‚Referent' für den Borkenkäfer beim Regierungspräsidenten in Detmold? unkte ich." Ironie und verkappte Wut hielten sich die Waage.

Während seiner gesamten parlamentarischen Zeit erwies er sich als ein glanzvoller Redner, der zusammen mit Carlo Schmid (SPD),

Kurt Georg Kiesinger (CDU), Fritz Erler (SPD) und Karl Theodor Freiherr von Guttenberg (CSU) in die Geschichte der politischen Rhetorik Deutschlands eingehen wird. Konrad Adenauer begegnete er zum ersten Mal im Jahre 1955 in Luxemburg. Dazu meinte er wörtlich (S. 86): „Er beeindruckte mich durch Haltung. Mich rührte es an, als ich von meiner hinteren Sitzreihe bei einer Einladung der ‚Nouvelles Equipes Internationales' aus sah, wie dieser alte Herr während der Beratungen einen Zettel aus seiner Aktentasche holte, auf dem zu lesen war, was er nach Hause mitbringen möge: Nähgarn zum Beispiel." Nach dieser Begegnung begann Adenauer, auf Barzel aufmerksam zu werden. Allerdings: Zunächst scheiterte Rainer Barzel – wieder einmal – bei der Wahl in den Vorstand der CDU/CSU-Fraktion. Und rein instinktiv schrieb er schon damals (1958): Danach „grauste mir ein wenig vor internen, geheimen Wahlen in Partei und Fraktion. Wenn ich an solche Situationen zurückdenke, ist immer ein kleines Zipperlein nicht fern." (S. 142.) Als ob er alle seine künftigen Niederlagen geahnt hätte.

Doch am 26. Oktober 1966 erhielt er von Adenauer, der krank war, ein Handschreiben, in dem der Exkanzler den Fraktionsvorsitzenden aufforderte, „ein weiteres Verbleiben Erhards auf seinem Posten schnell zu beenden". Der entscheidende Satz: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie Bundeskanzler würden und wenn die bisherige Koalition fortgesetzt würde" (zwischen CDU, CSU und FDP). Damit war Barzel der offiziell/inoffizielle Kandidat Konrad Adenauers für die Nachfolge von Ludwig Erhard. Barzel war natürlich klug genug, diesen Brief nicht hochzuspielen, aber er konnte es nicht unterlassen, damit auf Reisen zu gehen, vor allem vor Journalisten und Bundestagsabgeordneten.

Als er am 19. November 1972 die Bundestagswahl gegen Willy Brandt verloren hatte, zeigten viele seiner Freunde „mit dem Finger auf mich, nörgelten – wir (sollen die Wahlen verloren haben)? Nein! Der da." So formuliert es Barzel beklommen („Ein gewagtes Leben", S. 301). Dabei konnte er darauf hinweisen: die CDU habe 45 % der Stimmen errungen – 1,6 Millionen Wähler mehr als bei der Wahl zuvor im Jahre 1969, als die CDU noch Regierungspartei und Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler war. Elisabeth Noelle-Neumann war jedoch in ihrer Wahlanalyse eindeutig der Meinung: „Ich sei der falsche Kandidat gewesen." (S. 302.)

Diese unangepasste und ständig nach dem richtigen Weg suchende Persönlichkeit neigte in der Zeit seines politischen Wirkens nie dazu, mit unerwarteten politischen Fragen schnell fertig zu werden. Feingesponnene Flexibilität und intellektuelle Sensibilität, gelegentlich vermischt mit zögerlicher Entscheidungskraft, zählten zu Barzels

charakterlichen Grundeigenschaften, die oft auch die Strukturen seiner Niederlagen bestimmten.
Verhindert haben seine Kanzlerschaft die politischen Spitzbuben des Geheimdienstes der damaligen DDR, indem sie vor der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt (nach Artikel 67 des Grundgesetzes) zwei CDU-Politiker gegen einen geringen Judassold von 50 000,00 DM bestochen haben. Zur Karriere als Bundeskanzler fehlten ihm also zwei Stimmen aus dem eigenen Lager. Damit war das politische Schicksal des Mitmischers in hochpolitischen Angelegenheiten der deutschen Nachkriegspolitik besiegelt. Am 27. April 1972, um 13:22 Uhr, verkündete der damalige Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel das Abstimmungsergebnis: „Von den an der Abstimmung teilnehmenden stimmberechtigten 260 Abgeordneten stimmten 247 mit Ja, 10 mit Nein, 3 mit Enthaltung" (die SPD-Fraktion hatte sich nicht an der Abstimmung beteiligt). Der Misstrauensantrag war gescheitert.
Bestürzung und Fassungslosigkeit bei Barzel und der CDU/CSU-Fraktion, höchste Spannung in der deutschen Öffentlichkeit. In Redaktionen, Fabrikhallen, Büros und Hörsälen tönten die Radios. Große Schlagzeilen in den Medien. Das Ergebnis hat wie eine Bombe eingeschlagen. Altbundeskanzler Kiesinger hat den Misstrauensantrag im Bundestag mit einem Generalangriff auf die Regierung begründet. Weitere Sprecher der Union waren der ehemalige Außenminister Gerhard Schröder (CDU) und, „gegen seinen Willen" (W. Jäger, 1986), der spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU).

V

Es ist ungerecht, Rainer Barzel als *den* Spitzenpolitiker der Nachkriegszeit zu bezeichnen, der rundherum erfolglos gewesen sei. Er war nachweisbar nicht der Unglücksrabe der Nation, wie dies in vielen Kommentaren nach seinem Rücktritt zu lesen war. Es kann also keine Rede davon sein, dass er als Politiker ständig „zur Opposition verdammt" gewesen sei (K. Dreher, S. 7). Er gehört zu den nützlichen aber tragischen Politikern, der nie findet, was er sucht. Er findet immer etwas anderes, als das, was er sich zum Ziel gesetzt hat.
Gleiches gilt auch für seine außenpolitischen Aktivitäten. Wer bei der Beschreibung der Tätigkeit von Rainer Barzel sich nur auf die Innenpolitik konzentriert, macht einen Fehler. „In einer Zeit weltpolitischer Veränderungen, insbesondere im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis (also auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges), wirkte

Adenauers starre Dominanz auf deutschlandpolitische Initiativen in der Union lähmend." (Ch. Hacke, S. 41.) Rainer Barzel versuchte, vor allem in der Zeit, als Ludwig Erhard Kanzler war (1963–1966), diese außenpolitischen Grenzen zu überschreiten, nachdem er, wie gesagt, als zweimaliger Minister in der Regierung Adenauer und in der Anfangszeit der Regierung Kohl prägende Kabinettserfahrungen gesammelt hat.

Dabei war Rainer Barzel im Grunde genommen nie ein Gegner der Brandt'schen Ostpolitik. Er besaß Durchblick genug, in den Artikeln des Moskauer Vertrages und des Grundlagenvertrages die Brüchigkeit überstürzter Eile zu erkennen. Seine innere Unschlüssigkeit verwirrte auch die CDU/CSU-Fraktion. Ein ganz klarer Gegner war, wie konnte es anders ein, Franz Josef Strauß (CSU). Barzel dagegen wusste: Diese Verträge seien „in den westlichen Hauptstädten längst vorweggenommen – längst durch". Dort stehe die atomare Sicherheit im Vordergrund, Rüstungskontrolle, Abrüstung, während die Deutsche Frage als Hindernis erscheine. Das sei eine Geschichtsdrift, vielleicht komme auch einmal eine Gegendrift. Was Barzel befürchtete, war allerdings, dass die sozial-liberale Mehrheit die deutsche Einheit einfach abhaken werde und der visionäre Brandt dies nicht merke (H. Kremp, in: „Die Welt" vom 28. August 2006). Barzels Sorge war, die sozial-liberale Koalition anerkenne die DDR als selbständigen Staat, womit die deutsche Einheit für alle Zeiten verspielt sei. Das war seine große Befürchtung. Er wollte mit seiner Fraktion sicher sein, dass die deutsche Wiedervereinigung nicht verbaut wird, und dass gleichzeitig das Verhältnis zur Sowjetunion verbessert werden kann. Die Quadratur des Zirkels.

Seine Formel in seiner großen Rede am 23. Februar 1972 bei der ersten Lesung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen im Bundestag lautete ganz einfach: „So nicht!" Die „Offenheit der deutschen Frage" musste gesichert bleiben, was in den Brandt'schen Ostverträgen nicht der Fall sei. Diese Verträge können „so nicht" verabschiedet werden. „Wir sind nicht gegen die Ostpolitik, sondern wir brauchen eine politische Sicherheit, die eines Tages zur deutschen Wiedervereinigung führen kann", war sein Argument. Das Abstimmungsverfahren im Bundestag war hoch kompliziert. Die SPD-Fraktion nahm an der Abstimmung nicht teil. Der größte Teil der CDU/CSU-Fraktion enthielt sich der Stimme, womit die Ostverträge am 17. Mai 1972 verabschiedet waren. Später war es der CSU unter Führung von Franz Josef Strauß gelungen, den Brief zur deutschen Einheit vor dem Bundesverfassungsgericht einzuklagen. Ergebnis: Die Deutsche Frage muss offen bleiben.

Barzel hat zugleich gewonnen und verloren. „Wie ein Rohr im Winde hatte Barzel in den Tagen der Abstimmung geschwankt, je nach seiner Einschätzung der Chance, in der Fraktion eine Mehrheit für das Ja zu erreichen. Er wollte für das Ja nur kämpfen, wenn er nicht scheiterte" (C. Hacke, S. 65). Die Mehrheit der Medien, auch die Stimmungslage der so genannten öffentlichen Meinung stand eindeutig hinter der Brandt'schen Ostpolitik. Barzel kam dagegen nie an.

In vielen Begegnungen mit führenden Politikern in Ost und West, wie zum Beispiel dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, dem englischen Premierminister Edward Heath, dem sowjetrussischen Spitzenpolitiker Andrej Kossygin, zweimal wurde er vom amerikanischen Präsidenten Richard Nixon empfangen, ebenso vom französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou, versuchte Barzel, die Ostpolitik der CDU/CSU zu erläutern. Gleiches gilt für seine Reise Anfang der 70er Jahre nach Warschau. Im Dezember 1971 wurde er in Moskau von Außenminister Andrej A. Gromyko empfangen. Bei diesem Gespräch versuchte er, „eine Vertragsinterpretation zu bekommen, die er in Bonn als Moskauer Wiedervereinigungsangebot hätte ausgeben können", schrieben die „Süddeutsche Zeitung" vom 15. Dezember 1971 und der „Spiegel" vom 20. Dezember des gleichen Jahres. Gromyko jedoch ließ keinen Zweifel daran, dass die Ostverträge Willy Brandts zu ratifizieren wären, wie sie ausgehandelt seien, oder es werde keine Verträge geben. Mit diesen glasklaren Antworten war auch diese Reise Barzels nach Moskau gescheitert. Aber Barzel ließ sich davon nicht beirren.

Auch bei den damaligen Auseinandersetzungen zwischen den so genannten „Atlantikern" und „Gaullisten" hat Rainer Barzel eine wirkungsvoll ausgleichende Rolle gespielt. Sowohl bei den geistigen als auch die Werte bestimmenden Diskussionen der 60er und 70er Jahre (im Zusammenhang mit der außerparlamentarischen Opposition) entwickelte er Denkfiguren, die das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland richtungsweisend bestimmt und gestärkt haben.

Zur Aufhellung seines zunächst kometenhaften Aufstiegs und seiner persönlichen Tragik gehören auch menschliche Schicksalsschläge. Seine erste Frau Kriemhild, geb. Schumacher, starb 1980 an Krebs; seine zweite Frau, Dr. Helga Henselder-Barzel, verunglückte 1995 tödlich; seine einzige Tochter nahm sich 1977 das Leben. Es ist nahezu unglaublich, aus welch innerer Kraft er seine Selbstsicherheit bezog. Die Kraft des christlichen Glaubens hat ihn nie im Stich gelassen, getreu dem Wort des Propheten Hiob: „Bei ihm allein ist Weisheit und Heldenkraft, bei ihm sind Rat und Einsicht." Die

Schroffheit seines billardkugelrunden intellektuellen Kopfes wurde gemildert durch ein blitzgescheites Augenpaar, das durch eine feingliedrige randlose Brille sorgsam gefächert war, damit ihm auch nur nichts entgehe. Seine Stimme war stets leicht gehoben, sozusagen mit einem bischöflichen Einschlag. Oft hatte man im Gespräch mit ihm den Eindruck, er sähe es gerne, wenn ihn sein Gegenüber 15 cm größer gewachsen einschätzen würde.

Rainer Barzel war auf der politischen Bühne überall präsent. Er wollte stets gefragt werden, er sah alles und hörte alles und wusste eigentlich immer alles besser, manchmal mit Recht, weil er Akten studierte und sie im Gedächtnis behielt, weil er immer bestens über seine Freunde und Gegner informiert war. Er lebte eigentlich nie im Zustand von ratloser Zerknirschung. Barzel war immer sozusagen im Aufbruch, was den Journalisten natürlich besser gefiel als seinen politischen Freunden. Die oberflächliche Optik der Bonner Korrespondenten war in der Einschätzung von Barzel oft einfach ungerecht. Ehrgeiz und Geltungssucht waren in seiner Seele stets unterhaltsame Geschwister. Er spürte in sich die Aufgabe, ein großer Staatsmann zu werden.

Die Geschichte aber hat sich gegen ihn entschieden. Aber damit kann sein unaufhörliches Bemühen um eine gute Politik für Deutschland nicht verkleinert werden. Doch es gilt: Politische Triumphe blieben ihm versagt. Er ist vielleicht über seine eigene Ruhelosigkeit gestolpert, trotz seiner oft gezeigten Führungsstärke. Glückliche Alterstage fand er schließlich seit 1997 mit seiner hilfreichen Frau, Ute Cremer, einer begabten Regisseurin und Schauspielerin. Sein Wirken hat Bundestagspräsident Norbert Lammert vor dem Deutschen Bundestag bei einem Staatsakt am 22. September 2006 mit der höchsten Auszeichnung geehrt: „Rainer Barzel hat sich um Deutschland verdient gemacht." Am 26. August 2006 nach langer schwerer Krankheit in München gestorben, fand Barzel sein Grab in Bonn.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

HERMANN VON GRAUERT

Quellen

Gutachten und Akten H. v. *G.s* bewahrt das Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität in München (Philosophische Fakultät, Senat). Briefe finden sich im Archiv der Görres-Gesellschaft (Historisches Archiv des Erzbistums Köln), in der Bayerischen Staatsbibliothek und Stadtbibliothek München, im Nachlass Georg von Hertlings (Bundesarchiv Koblenz), in den Universitätsbibliotheken München, Erlangen-Nürnberg, Bonn, Münster und Göttingen. Selbstbiographie: Geistiges und künstlerisches München in Selbstbiographien, hg. von W. *Zils*. München 1913, S. 117–124. Reden *G.s* sind gedruckt in den Jahresberichten der Görres-Gesellschaft (in der Folge: GG). Seine Beiträge in den Schriften der Gesellschaft verzeichnen: Das Schrifttum der GG zur Pflege der Wissenschaft 1876–1976, bearb. von H. E. *Onnau* mit einem Begleitwort von L. *Boehm*. Paderborn 1980; die wichtigsten Artikel und Besprechungen im Historischen Jb. auch der Nachruf von H. *Günter* (siehe unten).

Schriften (Auswahl)

Die Herzogsgewalt in Westfalen seit dem Sturze Heinrichs des Löwen. 1. Teil. Paderborn 1877. – Die bayerischen Traditionsbücher aus dem XII. Jahrhundert, in: Festschrift zum 700-jährigen Jubiläum der Wittelsbacher Thronbesteigung, hg. von H. *G.*, H. *Petz*, J. *Mayerhofer*. München 1880. – Das Dekret Nikolaus II. von 1059, in: Historisches Jb. 1 (1880), S. 511–602. – Die Konstantinische Schenkung. Ebd. 3 (1882), S. 3–30; 4 (1883), S. 45–95, 525–617. – Georg Waitz. Ebd. 8 (1887), S. 48–100. – Zur deutschen Kaisersage. Ebd. 13 (1892), S. 100–143. – Zur Danteforschung. Ebd. 16 (1895), S. 510–544. – Neue Dante-Forschungen. Ebd. 18 (1897), S. 58–87. – Aus Dantes Seelenleben. Ebd. 20 (1899), S. 718–762. – Papstwahlstudien I. Ebd. 20 (1899), S. 236–325. – Konrads von Megenberg Chronik und sein „Planctus ecclesiae in Germaniam". Ebd. 22 (1901), S. 631–687. – Die Kaisergräber im Dome zu Speyer. Bericht über ihre Öffnung im August 1900. München 1901. – Dante und Houston Stewart Chamberlain. 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1904. – Der katholische Wettbewerb um die höhere Bildung und die moderne Gesellschaft. Freiburg i. Br. 1904. – Petrarka und die Renaissance, in: Hochland 1/II (1904), S. 438–447, 578–595. – P. Heinrich Denifle O. Pr. 2. vermehrte Aufl. München 1906. – Aus der kirchenpolitischen Traktatenliteratur des 14. Jahrhunderts, in: Historisches Jb. 29 (1908), S. 497–536. – Dante und die Idee des Weltfriedens. München 1909. – Görres in Straßburg im Elsaß 1819–1827, in: H. *G.*, Görres in Straßburg. Vereinsschrift der GG 1910, 3. Köln 1910, S. 5–57. – Auf dem Wege zur Universität Erfurt, in: Historisches Jb. 21 (1910), S. 249–289. – Die Anfänge der Regentschaft in Bayern, in: Hochland 8/II (1911), S. 257–289. – Magister Heinrich

der Poet in Würzburg und die römische Kurie. München 1912. – Zum Regentenwechsel in Bayern, in: Hochland 10/II (1913), S. 1–22, 201–215, 322–345. – Deutschnationale Regungen in Süddeutschland 1812/13. Kempten 1914. – England und Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Hochland 12/II (1915), S. 317–334, 447–472. – Schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Gedanken an deutschen Universitäten. München 1917. – Zur Geschichte des Weltfriedens, des Völkerrechts und der Idee einer Liga der Nationen, in: Historisches Jb. 39 (1919), S. 115–243, 557–673. – Graf von Hertling, in: Vereinsschrift der GG 1918, 3. Köln 1919, S. 108–118. – Graf Joseph de Maistre und Joseph Görres vor hundert Jahren. Köln 1922. – Festschrift für Felix Porsch zum siebzigsten Geburtstag, hg. von H. *G.*, K. *Beyerle*. Paderborn 1923. – Die GG im heiligen Dienste der Wissenschaft, in: Jahresbericht der GG 1922. Köln 1922, S. 73–81.

Literatur (Auswahl)

H. G. zur Vollendung des 60. Lebensjahres. Festgabe zum 7. September 1910, hg. von M. *Jansen*. Freiburg i. Br. 1910. – G. *v. Hertling,* Erinnerungen aus meinem Leben. Bd. 2, hg. von K. *v. Hertling.* Kempten-München 1920. – H. *Günter*, H. v. G. +, in: Historisches Jb. 44 (1924), S. 169–196. – M. *Döberl,* H. v. G., in: Jb. der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1924, S. 45–49. – K. *Wenck*, H. v. G. + 12. März 1924, in: Historische Zeitschrift 131 (1925), S. 263–267. – H. *Finke*, Internationale Wissenschaftsbeziehungen der GG. Vier Briefe: Bäumker und Scheler an Hertling. Korrespondenz Grauert-Heigel 1901. Köln 1932. – G., H., in: W. *Kosch,* Das Katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon. Bd. 1. Augsburg 1933, Sp. 1107–1109. – K. A. *v. Müller,* Zwölf Historikerprofile. Stuttgart-Berlin 1935, S. 80–87. – W. *Goetz,* Historiker in meiner Zeit. Köln-Graz 1957. – L. *Schorn-Schütte,* G. H., in: Historikerlexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, hg. von R. *vom Bruch,* R. A. *Müller*. München 1991, S. 114. – S. *Koß*, G. H., in: Biographisches Lexikon des KV. Teil 5. Köln 1998, S. 59–62. – W. *Becker,* Ausprägungen der Europaidee in der katholischen Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik. J. Hacker zum 65. Geburtstag, hg. von K. G. *Kick*, St. *Weingarz,* U. *Bartosch*. Berlin 1998, S. 411–438. – R. *Morsey*, Die GG unter ihrem Präsidenten H. v. G. (1919/20–1924), in: Jahres- und Tagungsbericht der GG 2005, S. 73–114.

HERMANN PLATZ

Quellen

Universitätsarchiv Bonn, Akten des Kuratoriums der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 7002, Philosophische Fakultät, Personalia, Prof. Dr. Platz. – Privatarchiv Prof. Dr. Vincent Berning, Aachen. – Archiv der Abtei Maria Laach, „Briefe an Hermann Platz".

Schriften (Auswahl)

Der Sillon, I–VIII, in: Hochland 8 (1911), 2, S. 1–14 (I), 180–202 (II), 325–337 (III–IV), 461–479 (V–VI), 551–571 (VII–VIII). – Die Früchte einer sozial-

studentischen Bewegung. Zugleich Einführung in das geistige Leben und in die Literatur des sozialen Katholizismus in Frankreich. M. Gladbach 1913. – Im Ringen der Zeit. Sozialethische und sozialstudentische Skizzen. M. Gladbach 1914. – Geistige Kämpfe im modernen Frankreich. Kempten/München 1922. – Um Rhein und Abendland. Burg Rothenfels am Main 1924. – Deutschland–Frankreich und die Idee des Abendlandes (Flugschriften der rheinischen Zentrumspartei II, 2). Köln 1924. – Deutschland und Frankreich. Versuch einer geistesgeschichtlichen Grundlegung der Probleme. Frankfurt a. M. 1930. – Von Schell zu Festugière. Wie wir zur Liturgie gekommen sind, in: Das Wort in der Zeit 2 (1934), S. 331–337. – Pascal. Der um Gott ringende Mensch. Dülmen 1937 (1944), Neudr. 1990. – Die Welt der Ahnen. Werden und Wachsen eines Abendländers im Schoße von Heimat und Familie, dargestellt für seine Kinder. Nürnberg-München 1948.

Literatur (Auswahl)

H. P. 1880–1945. Eine Gedenkschrift, hg. von V. *Berning*. Mit Beiträgen von A .H. *Berning*, V. *Berning*, H. *Lutz* u. a. und ausgewählten Texten von H. P. Düsseldorf 1980. – V. *Berning*, Der deutsche Katholizismus am Ausgang der Weimarer Republik unter Berücksichtigung des „Katholischen Akademikerverbands". Eine Replik, in: Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland, hg. von D. *Breuer*, G. *Cepl-Kaufmann*. Paderborn 1997, S. 577–642. – H.-P. *Höpfner*, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft. Bonn 1999. – V. *Berning*, H. P., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 20. Berlin 2001, S. 519–521. – W. *Becker*, Marc Sangnier und H. P. Eine frühe Wahrnehmung und Würdigung des „Sillon" in der Münchener Zeitschrift „Hochland", in: Bayerische Geschichte – Landesgeschichte in Bayern. Festschrift für A. Schmid, hg. von K. *Ackermann* und H. *Rumschöttel*. München 2005, S. 1009–1028. – *Ders.*, Wegbereiter eines abendländischen Europa. Der Bonner Romanist H. P. (1880–1945), in: Rheinische Vierteljahrsblätter 70 (2006), S. 236–260. – H. M. *Bock*, Der Abendland-Kreis und das Wirken von H. P. im katholischen Milieu der Weimarer Republik, in: Das katholische Intellektuellen-Milieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963), hg. von M. *Grünewald*, U. *Puschner*. Bern 2006, S. 337–362.

AMALIE LAUER

Quellen

Der Nachlass L. (Bestand 1539) und die Versorgungsakte (Personalakten Acc. 94/1964 Nr. 451) befinden sich im Historischen Archiv der Stadt Köln. Dort sind auch die Akten der städtischen Wohlfahrtsschule (Bestand 654, Wohlfahrtschule 1914–1938) und der Nachlass Wilhelm Sollmanns mit dem Brief L.s vom 12.7.1947 (Bestand 1120 (Wilhelm Sollmann), Nr. 597) zu finden.
Ein Gespräch der Verfasserin mit der Nichte L.s, Dr. med. Rosemarie Jansen, im August 1992, lieferte wichtige Informationen.

Schriften (Auswahl)

Gewerblicher Kinderschutz, M.-Gladbach 1908 (Soziale Tagesfragen 18). – Jugendgerichtshöfe, in: Die christliche Frau 7 (1909), S. 30–32 und S. 60–64. – Die Kellnerinnenfrage, in: Die christliche Frau 8 (1910), S. 109–116. – Frauengut im Eherecht, in: Die christliche Frau 8 (1910), S. 145–149 und S. 181–185. – Stellung und Ausbildung der technischen Lehrerin, in: Die christliche Frau 8 (1910), S. 397–404. – Die Teuerung, in: Die christliche Frau 11 (1913), S. 73–81. – Die deutsche Volkswirtschaft und der Krieg, in: Die christliche Frau 13 (1915), S. 26–30 und S. 53–58. – Landwirtschaft und Heimarbeit in Deutschland, Diss. Tübingen. Borna 1915. – Die Bekämpfung der Animierkneipe, in: Das Zentrum 1922, Nr. 6 (15.3.1922), S. 95. – Zur Lage der Kleinrentner, in: Die christliche Frau 26 (1928), S. 78–83. – Zum Haushaltsplan des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1930, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei 1930, Nr. 1/2, S. 20–22. – Zur Reform des Familienrechts, in: Die katholische Frau in der Zeit, hg. von L. *Bardenhewer*, Ae. *Franken*. Düsseldorf 1931, S. 41–53. – Weckruf aus der kath. Studentinnenbewegung, in: Die christliche Frau 30 (1932), S. 89–92. – Die Frau in der Auffassung des Nationalsozialismus. Köln [1932].

Literatur (Auswahl)

Handbuch für den Preußischen Landtag, hg. vom *Büro des Preußischen Landtags*, Bd. 1 (1921), S. 275, Bd. 3 (1928), S. 555 und Bd. 4 (1932), S. 459 f. Berlin 1921 ff. – Eine katholische Führerin, in: Rhein-Mainische Volkszeitung vom 21.3.1932. – R. und H. H. *Jansen*, A. L., in: Die christliche Frau 49 (1960), S. 141–144. – K. *van Eyll*, A. L., unveröffentlichtes Ms. o. D. – L., A., in: M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index, hg. von M. *Schumacher*. Düsseldorf 1995, S. 95. – B. *Sack*, Dr. A. L. 1882–1950, in: „10 Uhr pünktlich Gürzenich". Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln – zur Geschichte der Organisationen und Vereine, hg. vom *Kölner Frauengeschichtsverein*. Münster 1995, S. 135–139. – M. *Berger*, L., A., in: Who is who der Sozialen Arbeit, hg. von H. *Maier*. Freiburg i. Br. 1998, S. 345–347. – M. *Berger*, L., A., in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XXII, hg. von T. *Bautz*. Nordhausen 2003, Sp. 768–775.

THUSNELDA LANG-BRUMANN

Quellen

Ein kleiner Nachlass von Th. L.-B. als Reichstagsabgeordnete liegt im Bundesarchiv Koblenz: Kleine Erwerbungen 65; wenige Unterlagen aus ihrer Zeit als Lehrerin in München und als Abgeordnete im Münchner Stadtrat sind im Stadtarchiv München zu finden unter PA 10152; die Nachlass-Rolle des Amtsgerichts München befindet sich im Staatsarchiv München: AG München NR 1953/3801 ebenso wie die Personalunterlagen ihres Mannes, des Lehrers

Eduard Lang, unter PA 13188; die Personalunterlagen von Friedrich Brumann, ihrem Vater, sind im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA), Kriegsarchiv unter OP 31295; einzelne Dokumente wurden dem NL Anton Pfeiffer, BayHStA, Abt. V: Nachlässe und den Akten der Staatskanzlei, BayHStA StK 12885 entnommen; der LetteVerein, Stiftung des öffentlichen Rechts, Berlin, stellte der Autorin einzelne Dokumente aus seinem Archiv zur Verfügung, ebenso wie der Katholische Deutsche Frauenbund, Köln und Berlin; im Landesverband Bayern des Katholischen Deutschen Frauenbundes, München, konnte die Zeitschrift „Bayerisches Frauenland" für den Zeitraum von 1921 bis 1941 ausgewertet werden.

Literatur (Auswahl)

M. *Stürmer*, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928. Düsseldorf 1967. – H. *Beilner*, Die Emanzipation der bayerischen Lehrerin – aufgezeigt an der Arbeit des bayerischen Lehrerinnenvereins (1898–1933). München 1971. – K. *Schönhoven*, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932. Düsseldorf 1972. – *Ders.*, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 340–378. – A. *Mintzel*, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei. Opladen, 2. Aufl. 1978. – E. *Pregardier*, A. *Mohr*, Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik. Annweiler/Essen 1990. – B. *Sack*, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933). Münster 1998. – H.-M. *Lauterer*, Parlamentarierinnen in Deutschland (1918/19–1949). Königstein/Taunus 2002.

PAULUS VAN HUSEN

Quellen

Ein schmaler Nachlass befindet sich im Archiv der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn, darunter allerdings ein umfangreiches Manuskript seiner Memoiren. Akten aus seiner Tätigkeit in der Gemischten Kommission in Oberschlesien verwahrt das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, Korrespondenz van Husens mit Walter Hammer und Ger van Roon 1952–1964 das Institut für Zeitgeschichte in München.

Schriften

Die staatsrechtliche Organisation des Deutschen Reichs von der Revolution November 1918 bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, Diss. Münster 1920. – J. P. *Warderholt* (Pseud.), Das Minderheitenrecht in Oberschlesien. Berlin 1930. – Der 20. Juli und die deutschen Katholiken, in: Schweizerische Kirchenzeitung (Luzern) 1946, S. 315–317, 329–331. – Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bayern, Württemberg-Baden und Hessen mit Kommentar. Stuttgart 1947. – Aufbau und Zuständigkeit der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit in der britischen Zone, in: Recht, Staat, Wirtschaft, hg. von H. *Wanders-*

leb. Stuttgart 1950, S. 282–297. – Die Entfesselung der Dritten Gewalt, in: Archiv des öffentlichen Rechts 78 (1952/53), S. 49–62. – Gibt es in der Verwaltungsgerichtsbarkeit justizfreie Regierungsakte?, in: Deutsches Verwaltungsblatt 3 (1953), S. 70–73. – Die Überlastung der Verwaltungsgerichte, in: ebd. 8 (1958), S. 671–676. – Hans Lukaschek, in: Große Deutsche in Schlesien, hg. von H. *Hupka*. München 1969, S. 297–305.

Literatur (Auswahl)

H. *Schorn*, Der Richter im Dritten Reich. Frankfurt a.M. 1959. – G. *van Roon*, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967. – F. *Schindler*, P. v. H. im Kreisauer Kreis. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beiträge zu den Plänen der Kreisauer für einen Neuaufbau Deutschlands. Paderborn 1996. – *Ders.*, Die verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Vorstellungen von P. v. H. im Kreisauer Kreis, in: Der Kreisauer Kreis, hg. von U. *Karpen*, A. *Schott*. Heidelberg 1996, S. 89–96. – R. *Morsey*, P.v.H. (1891–1971), in: Christliche Demokraten gegen Hitler, hg. von G. *Buchstab* u. a. Freiburg i.Br. 2004, S. 313–318. – *Ders.*, Gründung und Gründer der christlichen Demokratie aus dem Widerstand, in: Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Bedeutung für Nachkriegsdeutschland, hg. von J. *Scholtyseck*, St. *Schröder*. Münster 2005, S. 41–54. – F. *Schindler*, P. v. H.: Minderheitenrecht als friedenssicherndes Element im Nachkriegseuropa, in: Europas Zukunft. Vorstellungen des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke, hg. von U. *Karpen*. Heidelberg 2005, S. 25–32. – B. *Haunfelder*, P. v. H., in: *Ders.*, Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946–2006. Münster 2006, S. 229 f.

WILFRID SCHREIBER

Schriften (Auswahl)

Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Köln 1955. – Vermögensbildung in breiten Schichten. Köln 1958. – Sozialpolitische Perspektiven. Köln 1972. – Kindergeld im sozio-ökonomischen Prozess. Köln 1964. – Zum System sozialer Sicherung. Köln 1971.

Literatur (Auswahl)

F. *Greiß*, W. Sch. und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU), in: Der Mensch im sozio-ökonomischen Prozess. Festschrift für W. Sch. zum 65. Geburtstag, hg. von F. *Geiß*, Ph. *Herder-Dorneich*, W. *Weber*. Berlin 1969, S. 3–14 (im Anhang findet sich eine vollständige Bibliografie Schreibers bis 1969). – A. *Habisch*, W. Sch. als Mitarchitekt der Sozialen Marktwirtschaft. Eichstätt-Ingolstadt 1999. – Ph. *Herder-Dorneich*, W. Sch. und sein Beitrag für die moderne Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform 1976, Nr. 9, S. 513–528. – B. *Külp*, W. Sch. (1907–1975), in: Sozialpolitiklehre als Prozess, hg. von Ph. *Herder-Dorneich* u. a. Baden-Baden 1992, S. 43–54. – E. *Löckenhoff*, Die Sozialpolitiklehre W. Sch.s zur gesetzlichen Rentenversicherung und Vermögensbildung. Köln (in dieser Dissertation findet sich ein vollständiges Verzeichnis der

Schriften von W. Sch.). – J. *Stemmler*, W. Sch. und der BKU, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 1974, Nr. 23, S. 276.

WILHELM WEBER

Quellen

Der Nachlass befindet sich in den Archiven der Universität Münster, in den Diözesanarchiven Paderborn und Essen, beim Bund Katholischer Unternehmer in Köln und bei seiner Schwester Agnes Müller in Münster.

Schriften (Auswahl)

Wirtschaftsethik am Vorabend des Liberalismus. Höhepunkt und Abschluß der scholastischen Wirtschaftsbetrachtung durch Ludwig Molina SJ (1535–1600). Münster 1959. – Geld und Zins in der spanischen Spätscholastik. Münster 1962. – Stabiler Geldwert in geordneter Wirtschaft. Gegenwartsfragen der Währungsethik. Münster 1965. – Der Unternehmer. Eine umstrittene Sozialgestalt zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Köln 1973. – Person in Gesellschaft. Aufsätze und Vorträge vor dem Hintergrund der christlichen Soziallehre 1967–1976. München, Paderborn, Wien 1978. – Geld, Glaube, Gesellschaft. Opladen 1979. – Wenn aber das Salz schal wird ... Der Einfluß sozialwissenschaftlicher Weltbilder auf theologisches Sprechen und Handeln. Würzburg 1984 (posthum). – D. *Böggemann*, Bibliographie W. W. (1956–1983), in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften: In Memoriam W. W. (25. Bd.). Münster 1984, S. 47–83.

Literatur (Auswahl)

W. W., in: In Memoriam W. W., JCSW 25. Bd., Münster 1984, mit Beiträgen von A. *Rauscher*, S. 9–26 und L. *Roos*, S. 27–34. – J. *Bökmann*, Wenn der Kern weich wird, fault das Ganze, in: Theologisches, Nr. 172 (1984), Sp. 5914–5919. – M. *Hermanns*, W. W. – Verteidiger der katholischen Soziallehre und der sozialen Marktwirtschaft, in: *Ders*., Sozialethik im Wandel der Zeit. Geschichte des Lehrstuhls für Christliche Gesellschaftslehre in Münster 1893–1997. Paderborn 2006, S. 309–388 (mit Bibliographie: S. 482–488). – B. *Kettern*, W. W., in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XIII (1998), Sp. 572–577.

HERMANN KARDINAL VOLK

Quellen

Der Nachlass findet sich im Dom- und Diözesanarchiv Mainz. Vgl. H.-J. *Braun*, Spuren von Kardinal Volk im Dom- und Diözesanarchiv Mainz. Ein Beitrag zur Geschichte seiner Überlieferung, in: *Lehmann*, *Reifenberg* (s. Lit.), S. 58–66. Eine daraus und aus der Personalakte der Universität Münster geschöpfte Darstellung hauptsächlich der Münsteraner Jahre gibt P. *Fleck*, Vom Mainzer Dok-

toranden zum öffentlichkeitswirksamen Professor. Hermann Volk in Münster (1937–1962), in: ebd., S. 186–232. Autobiographischen Wert haben eine längere Passage über das II. Vaticanum und die Außerordentliche Bischofssynode 1985 in: Ihr seid eine neue Schöpfung (s. Schriften), S. 38–100 sowie das aus einer Fernsehsendung hervorgegangene Büchlein: Hermann Volk im Gespräch mit Michael Albus. Stuttgart – Hamburg 1988.

Schriften (Auswahl)

Die Kreaturauffassung bei Karl Barth. Eine philosophische Untersuchung. Würzburg 1938. – Emil Brunners Lehre von der ursprünglichen Gottebenbildlichkeit des Menschen. Emsdetten 1939. – Emil Brunners Lehre von dem Sünder. Münster 1950. – Das neue Marien-Dogma. Inhalt – Begründung – Bedeutung. Münster 1951, ³1956. – Das Sakrament der Ehe. Münster 1952, ⁴1962. – Gott lebt und gibt Leben. Münster 1953, ³1963. – Schöpfungsglaube und Entwicklung. Münster 1955, ³1963. – Christus und Maria. Dogmatische Grundlagen der marianischen Frömmigkeit. Münster 1955, ²1958. – Sonntäglicher Gottesdienst. Theologische Grundlegung. Münster 1956, ³1962. – Das christliche Verständnis des Todes. Münster 1957, ³1962. – Zur Theologie des Wortes Gottes. Münster 1962. – Glaube als Gläubigkeit. Mainz 1963. – Theologische Grundlagen der Liturgie. Erwägungen nach der Constitutio De Sacra Liturgia. Mainz 1964, ²1965. – Der Priester und sein Dienst im Lichte des Konzils. Mainz 1966. – Gott hat uns zuerst geliebt. Predigten zum Kirchenjahr. Mainz 1972. – Priestertum heute. Rodenkirchen 1972. – Der Christ als geistlicher Mensch. Von christlicher und priesterlicher Spiritualität. Mainz 1974, ²1975. – Christus alles in allen. Mainz 1975. – Zum Lob seiner Herrlichkeit. Drei Ansprachen. Mainz 1976. – Ihr sollt meine Zeugen sein. Gedanken zu Firmung, Ehe, Priester- und Ordensleben. Mainz 1977. – Stärke deine Brüder. Predigten in den vier Papst-Gottesdiensten des Jahres 1978. Freiburg – Basel –Wien 1979. – Formen christlicher Existenz. Mainz 1980. – Ihr seid eine neue Schöpfung. Nachdenkliches über Kirche, Konzil und Ökumene. Freiburg – Basel – Wien 1987. – Freut euch im Herrn. Predigten. Mainz 1988. – Erneuert euren Geist und Sinn. Exerzitien nach dem Epheserbrief. Freiburg – Basel – Wien 1988. – Viele Aufsätze, Kleinschriften, Predigten und Hirtenbriefe sind wiederabgedruckt in: Gesammelte Schriften, 4 Bde. Mainz 1967–1982. Vgl. die chronologisch geordnete Bibliographie H. V.s in: *Löbbert* (s. Lit.), S. 411–423.

Literatur (Auswahl)

W. *Seidel* (Red.), H. Kardinal V. – fünfzig Jahre Priester 1927–1977. Das Bistum Mainz dankt seinem Bischof. Mainz 1977. – I. *Jungnitz* (Red.), H. Kardinal V. – 20 Jahre Bischof von Mainz. Mainz 1982. – *Ders.* (Red.), In Verehrung und Dankbarkeit. Die Verabschiedung von Bischof H. Kardinal V. am 27. Dezember 1982. Mainz 1983. – *Ders.* (Red.), 27. Dezember 1983. 80. Geburtstag von H. Kardinal V. Mainz 1984. – *Ders.* (Red.), H. Kardinal V. zum Gedenken. Mainz 1988. – H. *Löbbert*, Zusammenhang. Die Theologie H. Kardinal V.s. Frankfurt am Main u. a. 1995. – B. *Schwahn*, Der Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen von 1946 bis 1975. Göttingen 1996. – M. *Figura*, Konzil und frühe Nachkonzilszeit (1962–1980), in: F. *Jürgensmeier* (Hg.), Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte, Bd. 3, 2. Würzburg 2002, S. 1276–1298. – *Ders.*, Das Bistum von 1980–2000, in: ebd., S. 1299–1312. –

P. *Walter*, Der Aufbau der Dogmatik nach H. V. Beobachtungen anhand der Gliederungen seiner Münsteraner Vorlesungen, in: P. *Neuner*, P. *Lüning* (Hg.), Theologie im Dialog. Festschrift für Harald Wagner. Münster 2004, S. 271–291. – K. Kardinal *Lehmann*, P. *Reifenberg* (Hg.), Zeuge des Wortes Gottes. H. Kardinal V. Mainz 2004.

RICHARD JAEGER

Quellen

Der Nachlass J. befindet sich im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München. Bundestagsreden mit einem Vorwort von A. *Goppel*, hg. von L. *Wagner*. Bonn 1969. Bundestagsreden und Zeitdokumente. Bonn 1976.

Schriften (Auswahl)

„Auf dem Weg zur Demokratie: Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung". Herbst 1945, abgedruckt in: Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, hg. von K.-D. *Henke*, H. *Woller*. Stuttgart 1984, S. 145–186. – Die staatsrechtliche Bedeutung der ministeriellen Gegenzeichnung im deutschen Reichsstaatsrecht 1871–1945. Diss. Jur. München 1947; leicht gekürzt abgedruckt in: Verfassung und Verwaltung in Theorie und Wirklichkeit. Sonderdruck München 1952. – Soldat und Bürger, Armee und Staat. Probleme einer demokratischen Wehrverfassung. Bonn 1956, ^{2}1957. – Deutscher Bundestag, in: Staatslexikon, Bd. 2. Freiburg i. Br. ^{6}1958, Sp. 635–646. – Sicherheit und Rüstung. Beiträge von F. *Erler* und R. *J.* Köln 1962. – Unabhängigkeit – der Kern eines Mandats, in: Ein Leben für die Politik? Briefe an jüngere Mitbürger, hg. von S. *Schmid-Burgk*. Freiburg i. Br. 1988, S. 85–91.

Literatur (Auswahl)

[R. *Höpfinger*], Interview mit Bundesminister a. D. Dr. R. J. am 7.7.1995, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU. München 1995, S. 563–580. – R. J., in: Munzinger-Archiv 1998. – L. *Braun*, R. J., in: Biographisches Lexikon des KV. Teil 6, hg. von S. *Koß*, W. *Löhr*. Köln 2000, S. 44–46. – R. *Höpfinger*, R. J., in: Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, hg. von U. *Kempf*, H.-G. *Merz*. Wiesbaden 2001, S. 328–331. – L. *Hruschka*, „Auf dem Weg zur Demokratie". R. J. 1945–1949, in: Bayerische Lebensbilder. Bd. 1, hg. von R. *Höpfinger*. München 2002, S. 71–136. – C. *Reinecke*, R. J., in: Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, hg. von R. *Vierhaus*. München 2002, Bd. 1, S. 382 f. – Th. *Bauer*, R. J., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 286 f.

JOHANNES DYBA

Quellen

D.s amtlicher Nachlass wird aufbewahrt im Bistumsarchiv Fulda und im Archiv des Katholischen Militärbischofs in Berlin.

Schriften (Auswahl)

Der Einfluß des Krieges auf die völkerrechtl. Verträge. Diss. iur. Heidelberg 1954 [masch.]. – Die Gründe für die einseitige Aufhebung von internationalen Verträgen und Konkordaten. Diss. iur. utr. Lateran-Univ. Rom 1962 [masch.]. – Kolumne: „Das Wort des Bischofs", in: Bonifatiusbote. Kirchenzeitung für das Bistum Fulda 1986–2000. – Geistige Grundlagen der europäischen Einigung. Melle 1988. – Worte in die Zeit. Predigten, Ansprachen, Beiträge. Im Auftrag des Bischöfl. Domkapitels hg. v. W. *Kathrein*. Frankfurt a. M. 1994.

Literatur (Auswahl)

Dieses Lebensbild ist eine überarbeitete Fassung der einleitenden biographischen Skizze zur Dokumentation: G. *Klein*, M. *Sinderhauf* (Bearb.), Erzbischof J. D.: „Unverschämt katholisch". Siegburg ³2003, S. 9–26. – „Meinen Frieden gebe ich Euch". Aufgaben und Alltag der Kath. Militärseelsorge. Festschrift für den Kath. Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr Erzbischof Dr. Dr. J. D. Bischof von Fulda. Hg. von J. *Nabbefeld*. Köln 1999. – Sonderausgabe: Bonifatiusbote. Kirchenzeitung für das Bistum Fulda, 30. Juli 2000. – Kinder Gottes sind wir. Zum Gedenken an Erzbischof J. D., Bischof von Fulda 1983–2000. Im Auftrag des Bischöfl. Domkapitels hg. von W. *Kathrein*. Fulda 2001. – Kirche unter Soldaten. 50 Jahre Kath. Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr. Hg. vom *Kath. Militärbischofsamt Berlin*. Heiligenstadt 2006.

ARTHUR F. UTZ

Quellen

Ein Teilnachlass von Utz wie auch ein großer Teil seiner Bibliothek sind archiviert im „Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V.". Bonn, Simrockstraße 19.

Schriften (Auswahl)

Thomas von Aquin: Summa Theologica II–II 57–79: Recht und Gerechtigkeit. Einleitung, Anmerkungen, Kommentar und Exkurse. Heidelberg-Graz 1953 (Die Deutsche Thomas-Ausgabe, 18). – Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens. Soziale Summe Pius' XII, hg. von *U.* und J. F. *Groner*, 3 Bde. Fribourg 1954–1961. – Formen und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips. Heidelberg 1956. – Sozialethik, mit internationaler Bibliographie. I. Teil: Die Prinzipien der Gesellschaftslehre. Heidelberg 1958; II. Teil: Rechtsphilosophie. Heidelberg 1963; III. Teil: Die soziale Ordnung. Bonn 1986; IV. Teil: Wirtschafts-

ethik. Bonn 1994; V. Teil: Politische Ethik. Bonn 2000 (Sammlung Politeia X,1–5). – (Hg.), Bibliographie der Sozialethik. Grundsatzfragen des öffentlichen Lebens. Recht, Gesellschaft, Wirtschaft, Staat. 11 Bde. Freiburg i. Br.-Barcelona-Basel u. a. 1960–1980. – Ethik und Politik. Aktuelle Grundfragen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsphilosophie. Gesammelte Aufsätze, hg. von H. B. *Streithofen*. Stuttgart 1970. – (Hg.), Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Entfaltung. Eine Sammlung päpstlicher Dokumente vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Im Auftrag der Internationalen Stiftung Humanum hg. von *U.* und B. *Gräfin von Galen*. 4 Bde. Aachen 1976. – Die marxistische Wirtschaftsphilosophie. Bonn 1982. – Das Wirtschaftssystem der religiösen Orden oder: Ist der Kommunismus möglich? Walberberg 1982. – Ethische und soziale Existenz. Gesammelte Aufsätze aus Ethik und Sozialphilosophie 1970–1983, hg. von H. B. *Streithofen*. Bonn 1983. – Ethik des Gemeinwohls. Gesammelte Aufsätze 1983–1997. Im Auftrag der Internationalen Stiftung Humanum hg. von W. *Ockenfels*, Paderborn etc. 1998.

Literatur (Auswahl)

E. *Haag*, Die Entwicklung der neueren katholischen Naturrechtslehre. Zürich 1962. – B. *Kettern*, Artikel A. F. U., in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XXII (2003), Sp. 1396–1412. – P. P. *Müller-Schmid*, Kants Autonomie der Ethik und Rechtslehre und das thomasische Naturrechtsdenken, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 27 (1986), S. 35–60. – W. *Ockenfels*, Zum neunzigsten Geburtstag von Professor U., in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 84 (1998), S. 271–273. – *Ders.*, Zur Wirtschaftsethik von A. F. U., in: L. *Bossle*, P. *Kell* (Hg.), Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Paderborn 1995, S. 99–115. – A. *Rauscher*, Die katholische Sozialphilosophie im 20. Jahrhundert, in: E. *Coreth*, W.M. *Neidl*, G. *Pfligersdorffer* (Hg.), Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts, III. Graz etc. 1990, S. 846–861. – H. D. *Schelauske*, Naturrechtsdiskussion in Deutschland. Ein Überblick über zwei Jahrzehnte: 1945–1965. Köln 1968. – *Sozialethik und Gemeinwohl.* A. F. U. zum 85. Geburtstag, Themenheft der Zeitschrift „Die Neue Ordnung" April 1993, in: NO 47 (1993), S. 81–160. – W. H. *Spindler*, Artikel U., A., in: D. *Berger*, J. *Vijgen* (Hg.), Thomistenlexikon. Bonn 2006, Sp. 677–684. – H. B. *Streithofen*, Das Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg. Eberhard Welty – A. F. U. Versuch einer Würdigung, in: *Utz*, Ethik und Politik (s. Werkverzeichnis), S. 13–31.

FRANZ MEYERS

Schriften (Auswahl)

Reichspräsidentenwahl und Ausnahmemaßnahmen. Jur. Diss. Emsdetten 1934. – Über Politik und Staatsgerichtsbarkeit, in: Politische Bildung 29 (1952), S. 277–297. – Die Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen, in: Kommunalpolitische Blätter 8 (1956), S. 167–172. – Der demokratische Staat, in: KV-Handbuch, hg. von P. *Benkart*. Beckum 1957, S. 21–30. – Der Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt, in: 9. Bundesparteitag der

CDU 26.–29.4.1960 in Karlsruhe, hg. von der *CDU-Bundesgeschäftsstelle.* Hamburg o.J., S. 53–67. – Die föderalistische Struktur der Bundesrepublik Deutschland, in: Föderalistische Ordnung. Ansprachen und Referate der vom Bund Deutscher Föderalisten und vom Institut für Staatslehre und Politik e. V. am 9. und 10. März 1961 in Mainz veranstalteten staatswissenschaftlichen Arbeitstagung, hg. von A. *Süsterhenn.* Koblenz 1961, S. 43–61. – Klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Referat auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Saarbrücken vom 10.–12.6.1963, hg. vom *Landespresse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf 1963. – Jugenderinnerungen eines München-Gladbachers. Düsseldorf 1980. – Gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982. – Tapfere Schlesier. Mit der 102. (schles.) Division in Rußland, o.O. o.J.

Literatur (Auswahl)

N. *Harlinghausen*, F. M. (= Kennen Sie eigentlich den?, Bd. 16). Bonn 1966. – W. *Köhler*, F. M., in: Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, hg. von W. *Först*. Köln–Berlin 1979, S. 273–299. – K. *Düwell*, Krise und Wandel. Die Jahre 1958 bis 1966, in: Ch. *Reinicke*, H. *Romeyk* (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996. Münster 1996, S. 315–328. – L. *Gruber*, Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Düsseldorf 1998. – S. *Marx*, F. M. 1908–2002. Eine politische Biographie. Essen 2003.

ALFRED DREGGER

Quellen

Der politische Nachlass Alfred Dregger befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St. Augustin bei Bonn. Persönliche Unterlagen sind noch im Besitz der Familie. Die Parlamentsreden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Deutschen Bundestages (1972–1994) bzw. des Hessischen Landtages (1962–1972).

Schriften

Haftungsverhältnisse bei der Vorgesellschaft. Köln 1951 (Dissertation). – Systemveränderung: Brauchen wir eine andere Republik? Stuttgart 1972. – Freiheit in unserer Zeit. Reden und Aufsätze, zusammengestellt von G. *Reichert*. München 1980. – Der Vernunft eine Gasse. München 1987. – Der Preis der Freiheit. Sicherheitspolitik im geteilten Europa. München ^{2}1987. – Einigkeit und Recht und Freiheit: Beiträge zur deutsch-europäischen Einheit. Mit einem Vorwort von J. *Chaban-Delmas*. München 1993. – A. D., Mein Blick nach vorn. Mit einem Geleitwort von H. *Kohl* und W. *Schäuble*, hg. von M. *Berger*, K. *Hoff*. Würzburg 2000.

Literatur

H. *Reuther*, Menschen in unserer Zeit – A. D. o. O. 1976 – A. D., Streiter für Deutschland, hg. von G. *Reichert*, D. *Weirich*, W. *Wolf*. Frankfurt a. M. 1991. – K. *Hoff*, A. D., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 222–223.

JOSEF STINGL

Quellen

S.s Nachlass sowie eine Sammlung seiner Zeitungsartikel und Interviews befinden sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin. Die Stellungnahmen im Bundestag sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 2. bis 5. Wahlperiode 1953–1969, im CDU-Bundesvorstand in den Protokollen des CDU-Bundesvorstands 1957–1969, bearb. von G. *Buchstab*. Düsseldorf 1994–2005.

Schriften (Auswahl)

Probleme und Aufgaben der Sozialpolitik in den nächsten Jahren, in: Zeitschrift für Sozialreform 13 (1967), S. 513–523. – Die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz, in: Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete 18 (1968), S. 417–428. – Berufliche Mobilität, in: Grundfragen der betrieblichen Personalpolitik. Festschrift zum 65. Geburtstag von August Marx, hg. von W. *Braun*. Wiesbaden 1972, S. 315–326. – Zusammen mit A. *Rauscher*: Das Übel der Arbeitslosigkeit, in: Kirche und Gesellschaft, hg. von der *Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach*, Nr. 55 (1978), 16 S. – Die Eingliederung besonders benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt, in: Beiträge zur Jugend- und Erwachsenenbildung auf dem Land, Heft 19. Hamminkeln-Dingden 1978, 24 S. – Arbeitsmarkt und Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Sonderdruck aus: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, hg. von H. *Pohl* und W. *Treue*, Beiheft 32. Wiesbaden 1984, 11 S. – Bildung für die Zukunft aus der Sicht des Arbeitsmarktpolitikers, in: Pädagogik und freie Schule. Schriftenreihe der Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft e.V., Heft 30 (1984), 28 S. – Flucht und Vertreibung, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 531 f.

Herausgeberschaft

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Literatur (Auswahl)

H. *Schmid-Egger*, E. *Nittner*, Staffelstein. Jugendbewegung und katholische Erneuerung bei den Sudetendeutschen zwischen den Großen Kriegen. München

1983. – Mensch und Arbeitswelt. Festschrift für J. S. zum 65. Geburtstag 1984, hg. von A. *Kohl*, G. *Spiegl* u. a. Stuttgart 1984. – G. *Buchstab*, J. S., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 374. – Verantwortung aus dem Glauben – Versöhnung der Gemeinschaften in Europa. Gedenkschrift für Prof. Dr. h.c. J. S. (Schriftenreihe der Ackermann Gemeinde 36), hg. von R. *Paleczek*. München 2004.

OTTO B. ROEGELE

Quellen und Literatur (Auswahl)

Der Nachlass O. B. R.s befindet sich in den wesentlichen Teilen noch im Besitz der Familie, ein Teilnachlass im Archiv der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn. Das wissenschaftliche und publizistische Werk O. B. R.s ist bisher bibliographisch nicht systematisch erfasst. Vor allem fehlt eine Zusammenstellung der Beiträge für den „Rheinischen Merkur" 1946–2005. Eine zuverlässige Übersicht über die selbständig erschienenen Schriften, größeren Aufsätze und Rezensionen findet sich bei: O. B. R., Eine biographische Skizze. Auswahl-Bibliographie, in: E. *Schreiber*, W. R. *Langenbucher*, W. *Hömberg* (Hg.), Kommunikation im Wandel der Gesellschaft. O. B. R. zum 60. Geburtstag. Düsseldorf 1980, S. 373–387. – W. *Hömberg*, O. B. R., Auswahlbibliographie 1945–2000, in: P. E. *Dorsch-Jungsberger*, W. *Hömberg*, W. J. *Schütz* (Hg.), O. B. R. Plädoyer für publizistische Verantwortung. Beiträge zu Journalismus, Medien und Kommunikation. Konstanz 2000, S. 395–409. Diese Veröffentlichung macht wichtige, an verschiedenen Orten erschienene Texte von O. B. R. als Wiederabdruck leicht zugänglich. – W. *Hömberg*, O. B. R. Auswahlbibliographie 1945–2005, in: Communicatio Socialis 38 (2005), S. 425–443.

RAINER BARZEL

Quellen

Die Reden B.s im Deutschen Bundestag (1957–1987) als Abgeordneter, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sowie als Bundestagspräsident sind abgedruckt in den Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3.–11. Wahlperiode, seine Stellungnahmen in den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands in den Protokollen des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, 1961–1965 und 1965–1969, jeweils bearb. von G. *Buchstab*. 3 Bde. Düsseldorf 1994–2005. B.s Stellungnahmen in den Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden sich in den Fraktionsprotokollen 1957–1961, bearb. von R. *Schiffers* (2 Bde) und 1961–1966, bearb. von C. *Franz* (4 Bde). Düsseldorf 2004, die Reden auf den Parteitagen der CDU in den Protokollen der Parteitage, hg. von der *Bundesgeschäftsstelle*.

Schriften (Auswahl)

Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien. Bonn 1947. – Souveränität und Freiheit. Eine Streitschrift. Köln 1950. – Die deutschen Parteien. Geldern 1952. – K. *Arnold,* Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland. Eine Dokumentation (Hg.). Bonn 1960. – Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Dortmund 1962. – Gesichtspunkte eines Deutschen. Düsseldorf 1968. – Es ist noch nicht zu spät. München 1976. – Auf dem Drahtseil. München 1978. – Unterwegs – Woher und wohin? München 1982. – Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Berlin 1986. – Geschichten aus der Politik. Persönliches aus meinem Archiv. Berlin 1987. – Plädoyer für Deutschland. Berlin 1988. – Ein gewagtes Leben. Stuttgart 2001.

Literatur (Auswahl)

Die große Koalition 1966–1969. Red.: A. *Rummel.* Freudenstadt 1969. – K. *Dreher*, R. B. – Zur Opposition verdammt. München 1972. – C. *Hacke*, R. B., in: Persönlichkeit und Politik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts, hg. von W. L. *Bernecker,* V. *Dotterweich.* Bd. 1. Göttingen 1982, S. 40–49. – M. *Agethen*, R. B., in: Deutsche Politiker 1949–1969, hg. von Th. *Oppelland.* Bd. 2. Darmstadt 1999, S. 174–185. – J. *Hartmann*, R. B., in: Kanzler und Minister 1949–1989. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, hg. von V. *Kempf,* H.-G. *Metz.* Wiesbaden 2001, S. 121–124. – M. *Agethen*, R. B., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von W. *Becker* u. a. Paderborn 2002, S. 188–190.

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.

A
Abel, W. 139
Abele, Theodor 24
Adenauer, Gussi 46
Adenauer, Konrad 31, 44, 73 f., 81, 157, 162–165, 191, 208 f., 217 f., 221, 223, 225
Adorno, Theodor W. 92
Ahlers, Conrad 220
Albertus Magnus 145
Amelunxen, Rudolf 157
Antweiler, Anton 31
Apelt, Willibalt 119
Arendt, Walter 195
Arnold, Karl 72 ff., 157, 161, 163 f., 216 f., 222
Arp, Hans 158

B
Bachem, Emma 38
Bachem-Sieger, Minna 39
Badenberg, Albertine 39
Bahr, Egon 167, 183
Balthasar, Hans Urs von 212
Barth, Karl 31, 103 f.
Barzel, Candidus 216
Barzel, Kriemhild 226
Barzel, Maria 216
Barzel, Rainer 180, 184, *215–227*
Barzel, Ute 227
Baumann, Franz Ludwig 14
Bausch, Hans 204
Bea, Augustin Kardinal 88, 106, 209
Beckerath, Erwin von 78
Benedikt XVI., Papst 89, 140
Berg, Ludwig 90
Bergengruen, Werner 206
Bering, Luise 41
Bernhard von Baden 206
Beyerle, Konrad 20
Birk, Karl 50
Birk, Marie 50, 58
Birk, Walburga 50
Bismarck, Otto von 18
Bissier, Julius 158
Blondel, Maurice 25
Bloy, Léon 27
Boden, Rechtsanwalt 70
Böhm, Anton 210
Böck, Toni 118
Böckle, Franz 152
Bongras, Eugène 147
Borettini, Luigi 133
Bourgeois, Léon 19
Brandt, Willy 167, 209, 220–224, 226
Braun, Hanns 210
Brémond, Henri 27
Brentano, Lujo von 52
Brückner, Helmuth 66
Brüning, Heinrich 26, 28, 72 f.
Brumann, Franziska 50
Brumann, Friedrich 50 f.
Brumann, Georg 50
Brumann, Johann Lorenz 50 f.
Brumann, Karl 50
Brumann, Lorenz 50
Brumann, Marie 58
Brunner, Emil 103 f.
Buchner, Max 19

C
Cardinal, Ernesto 97
Carlonde, Felix 66
Carstens, Karl 173, 180
Cathrein, Victor 151
Claudel, Paul 105
Clemenceau, Georges 73
Clute, Josef 88
Congar, Ives 107
Cornelius, Carl Adolf 14
Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolas Graf von 30
Cremer, Ute 227
Curtius, Ernst Robert 27 f., 30, 32

D
Dempf, Alois 26, 31
Denifle, Heinrich 17
Doeberl, Michael 11
Döpfner, Julius Kardinal 105
Dorn, Luitpold A. 136
Dransfeld, Hedwig 37, 39
Dregger, Änne 173
Dregger, Alfred *173–185*
Dregger, Alfred (Vater) 173
Dregger, Dagmar 175
Dregger, Wolfgang 173
Dregger, Wolfgang (Sohn) 175
Dreher, Klaus 224
Druffel, August 14
Düwell, Kurt 164
Dufhues, Josef Hermann 164 f.
Dyba, Felix 129
Dyba, Franz 130 f.
Dyba, Johanna 129
Dyba, Johannes *129–140*

E
Eisenbach, Franziskus 111
Erasmus von Rotterdam 19
Erhard, Ludwig 84, 123, 168, 176, 192 f., 220 f., 223, 225
Erler, Fritz 121, 223
Erzberger, Matthias 18
Esch, Margarethe 46 f.
d'Ester, Karl 210
Eucken, Walter 89
Ewig, Eugen 117

F
Fassbender, Joseph 158
Faulhaber, Michael Kardinal von 20
Fichte, Johann Gottlieb 29
Finke, Heinrich 11
Fleck, Peter 102
Flex, Walter 27
Fonsegrive, Georges 25
Frantz, Constantin 126
Franz, Günther 203
Freisler, Roland 70
Frings, Josef Kardinal 78, 105, 133 f., 149, 207

G
Galen, Brigitta Gräfin von 149
Galen, Clemens August Kardinal von 68
Galen, Franz Graf von 66, 68
Gantin, Bernardin Kardinal 135
Geißler, Heiner 181
Genscher, Hans-Dieter 125
Gerstenmaier, Eugen 68
Gickler, Dominikus 102
Gielen, Franz 158
Gielen, Victor 158
Giesebrecht, Wilhelm von 13
Gilson, Étienne 27
Glotz, Peter 140
Gockeln, Josef 164
Görres, Alfons 212
Görres, Ida Friederike 207
Görres, Joseph von 201
Goetz, Walter 11, 16, 19
Grauert, Hermann von *11–21*
Greiner, Franz 212
Greiß, Franz 78
Gromyko, Andrej A. 226
Grundmann, Konrad 166
Guardini, Romano 26, 102, 108, 204
Günter, Heinrich 11
Gundlach, Gustav 87–90, 190
Gutiérrez, Gustavo 97
Guttenberg, Karl Theodor Frhr. von 223

H
Habermas, Jürgen 92
Habisch, André 77
Habsburg, Otto von 115, 125
Hagemann, Karl-Heinz 134
Harlinghausen, Norbert 160
Hartmann, Felix Kardinal von 158
Hassel, Kai-Uwe von 224
Hauser, Richard 226
Heath, Edward 226
Heck, Bruno 220
Heigel, Karl Theodor Frhr. von 16
Hengsbach, Franz Kardinal 98
Henlein, Konrad 188
Henselder-Barzel, Helga 226
Herder-Dorneich, Phillip 78
Hertling, Georg Graf von 11–16, 18, 20
Herwegen OSB, Ildefons 26
Herzog, Roman 163
Heuss, Theodor 207
Hildebrand, Klaus 221
Himmler, Heinrich 70
Hitler, Adolf 57, 74, 182
Hitze, Franz 87
Hochhaus, Katharina 47

Höffe, Otfried 147
Höffner, Joseph Kardinal 79, 87, 89–90, 135 f., 212
Hömberg, Walter 208
Hohenlohe-Ingelfingen, Karl Gottfried Prinz 65
Honecker, Erich 181
Hopmann, Antonie 46
Horkheimer, Max 92
Horlacher, Michael 120
Hürth, Franz 88
Hundhammer, Alois 118, 120, 127
Huysmans, Georges 27

I
Ihering, Rudolf von 12
Iserloh, Erwin 89

J
Jaeger, Elsbeth 116
Jaeger, Eugen 116
Jaeger, Harald 116
Jaeger, Heinz 116
Jaeger, Lorenz Kardinal 88, 105
Jaeger, Lukas 116, 122
Jaeger, Richard *115–127*
Jaeger, Rose 117, 127
Jäger, Wolfgang 224
Jammes, Francis 27
Jansen Cron, Heinrich 201, 210
Janssen, Johannes 14
Jaspers, Karl 205
Jellinek, Walter 132
Jenninger, Philipp 184, 219
Jörg, Joseph Edmund 15
Johannes XXIII., Papst 93, 98, 105, 208 f.
Johannes Paul II., Papst 93, 98, 108, 110, 112, 135, 208
Johnen, Wilhelm 164
Joos, Barbara 46

K
Kaiser, Jakob 71
Kant, Immanuel 151
Karl d. Gr. 28
Kather, Linus 74
Katzer, Hans 193
Keck, Almut 127
Kelsen, Hans 152
Kempf, Gustav 202 f.
Kennedy, John F. 226
Kerber, Ottmar 201
Kettern, Bernd 151
Kiesinger, Kurt Georg 169, 177, 197, 220 f., 223 f.
Kitzinger, Uwe Webster 162
Klee, Paul 165
Kleinmann, Hans-Otto 166
Köhler, Oskar 210
Köhler, Wolfram 158, 164
Köth, Erika 158
Kötting, Bernhard 89
Kohl, Helmut 173, 180, 182–185, 217, 225
Konen, Heinrich 32
Kossygin, Andrej 226
Kraft, Benedikt 131
Kramer, Franz Albert 205 f., 216
Kramer, Margot 206
Kremp, Herbert 225
Krone, Heinrich 208
Kühn, Heinz 169

L
Lakebrink, Bernhard 31
Lammers, Hans-Heinrich 70
Lammert, Norbert 227
Lang, Edmund 52
Lang, Eduard 52
Lang-Brumann, Thusnelda *49–60*
Langenbucher, Wolfgang R. 211
Lauer, Amalie *35–47*
Lauer, Anna 46
Lauer, Therese 48
Lehmann, Karl Kardinal 112, 140, 212
Leiber, Robert 88
Leicht, Robert 221
Leinweber, Josef 136
Lemmer, Gerd Ludwig 166
Leo XIII., Papst 25 f., 144
Lenz, Wilhelm 167
Lex, Rektor 58
Lilje, Hans 212
Löhers, Franz von 13
Löwenstein, Karl Fürst zu 144
Lohde, Carola 58, 60
Lortz, Joseph 103
Lotte, Joseph 27
Lotze, Hermann 12
Lougear, Elvira 199
Lourdusamy, Simon de 135
Ludwig II., König 14
Luitpold, Prinzregent 18
Lukaschek, Hans 65, 69 ff., 73 f.

Luther, Martin 18
Lutz, Johann Frhr. von 14

M
Mackenroth, Gerd 83
Mai, Franz 117
Maier, Hans 201, 212 f.
Marcuse, Herbert 92, 97
Marini, Antonius 19
Maritain, Jaques 27
Maunz, Theodor 210
Mausbach, Josef 91
Marx, Karl 97
Matussek, Matthias 138
Merkel, Angela 201, 219 f.
Merkle, Sebastian 24
Mermillot, Gaspard Kardinal 147
Mertens, Alberte 159 f.
Messner, Johannes 90, 96, 149, 151
Meyers, Emma 157
Meyers, Franz *157–170*
Meyers, Franz Josef 157
Micara, Clemente Kardinal 89
Mikat, Paul 91, 166
Mobutu, Joseph Désiré 134
Molina, Ludwig 90
Moltke, Helmuth James Graf von 67, 70
Morsey, Rudolf 20, 208
Mosler, Hermann 117
Müller, Adam 19
Müller, Franz 78
Müller, Josef 59, 118 f.
Müller, Karl Alexander von 11
Müller, Max 205, 210
Müller-Armack, Alfred 77
Münch, Franz Xaver 26
Munnynck, Marc de 103
Murri, Romolo 24
Muth, Carl 15, 25 f.

N
Nawroth, Edgar 144
Nell-Breuning, Oswald von 90 ff., 94
Neuhaus, Agnes 39, 49
Neundörfer, Konrad 102
Neurath, Konstantin Frhr. von 66
Neuss, Wilhelm 31
Niermann, Gustav 166
Nietzsche, Friedrich 219
Nikolaus II., Papst 13
Nixon, Richard 226
Noelle-Neumann, Elisabeth 223
Nonnenmühlen, Peter 160 f.
Novalis 19

O
Oberländer, Theodor 197
Oertel, Friedrich 30
Ollé-Laprune, Léon 25
Orterer, Georg 14
Ostermann, Heinrich 89
Oswald, Karlheinz 113

P
Pacelli, Eugen 20, 209
Pant, Eduard 66
Papen, Franz von 68, 208 f.
Pascal, Blaise 28, 32
Paul VI., Papst 111, 134
Péguy, Charles 27
Pesch, Heinrich 89
Peterson, Erik 31
Petzina, Dietmar 168
Pfeiffer, Anton 59
Piller, Joseph 147
Pius X., Papst 25
Pius XI., Papst 19 f., 88, 208
Pius XII., Papst 89, 91, 149, 206, 209
Platz, Günther 31
Platz, Heinrich 23
Platz, Hermann *23–33*
Platz, Maria 23
Pompidou, Georges 226
Probst, Maria 124

Q
Quadt zu Wykradt und Isny, Eugen Graf 57 f.
Quernheim, Maria 69

R
Raabe, Cuno 176
Rademacher, Arnold 20
Raitz von Frenz, Edmund Frhr. 209
Ramírez, Santiago 145
Ranke, Leopold von 17
Ratti, Achille 19 f.
Ratzinger, Joseph Kardinal 89, 140, 143, 149, 212
Rau, Johannes 170
Rauber, Karl Josef 135
Rauch, Wendelin 102
Rauscher, Anton 94
Reagan, Ronald 182 f.
Regenauer, Anna von 16

Reusch, Ulrich 164
Reuß, Josef 106 f.
Riezler, Siegmund von 13, 16
Roegele, Bernhard 201, 203
Roegele, Clemens 203
Roegele, Elisabeth 201
Roegele, Franz 203
Roegele, Gertrud 203
Roegele, Gottfried 201
Roegele, Otto B. *201–213*
Rösch, Augustin 70
Rohr, Heinrich 102
Rosenberg, Alfred 31
Roth, Paul von 13
Rothacker, Erich 30
Rust, Bernhard 30

S
Sabel, Anton 193
Sadat, Mohammed Anwar as- 134
Sangnier, Marc 24, 26 f.
Schäfer, Karl Theodor 31
Schäffer, Fritz 59, 118
Schäuble, Wolfgang 180, 184
Schäufele, Hermann 105
Scheeben, Matthias Joseph 102
Scheel, Walter 222
Schell, Herman 24, 33
Schellenberg, Ernst 190
Scheppmann, Heinrich 222
Schick, Eduard 136
Schiller, Karl 221
Schlüter-Hermkes, Maria 26
Schmaus, Michael 103 f.
Schmid, Carlo 222
Schmidt, Helmut 196, 217–221
Schmittmann, Benedikt 126
Schmitz, Maria 39
Schmücker, Kurt 168
Schnabel, Franz 205
Schneider, Regine 218
Schneider, Reinhold 206
Schnippenkötter, Josef 32
Schöllgen, Werner 31
Scholz, Günther 215
Schorn-Schütte, Luise 15
Schreiber, Agnes 82
Schreiber, Eva 78
Schreiber, Friedrich 78
Schreiber, Georg 20
Schreiber, Wilfried *77–85*, 96
Schröder, Gerhard 161, 167, 216, 224
Schroers, Rolf 220
Schüngeler, Heribert 159
Schulte, Carl Joseph Kardinal 40
Schuman, Robert 26, 31
Schuschnigg, Kurt 66
Schwarz-Schilling, Christian 177
Seipel, Ignaz 28
Semmelroth, Otto 106
Siebeck, Richard 203, 205, 210
Siemer, Laurentius 144, 146
Sigl, Johann Baptist 15
Simon, Paul 26
Sollmann, Wilhelm 44, 47
Sonnenschein, Carl 24, 129
Souza, Isidore de 149
Spiecker, Carl 216
Spörl, Johannes 210
Springer, Axel 218
Stählin, Wilhelm 104
Stauffenberg, Klaus Schenk Graf von 68 f.
Steber, Franz 118
Steinberg, Joseph 31
Steinhoff, Fritz 157, 162, 167
Stephan, R. 137
Stieve, Felix 14
Stingl, Amalie 188
Stingl, Dorothea 188
Stingl, Elvira 199
Stingl, Georg 188
Stingl, Josef *187–199*
Stohr, Albert 108
Strauß, Franz Josef 120, 180, 221, 225
Streithofen, Basilius 144, 148
Sturzo, Luigi 28
Süssmuth, Rita 115
Suhr, Otto 189
Suhrbier, Hartwig 165
Sybel, Heinrich von 12 f., 15
Szamanski, Elisabeth 112

T
Teusch, Christine 39, 46, 49
Thomas von Aquin 145, 150 ff.
Tolbert, William R. 135
Touré, Ahmed Sékou 136
Tromp, Sebastian 88

U
Ullrich, Maria 23
Utz, Arthur F. *143–154*

V
van Husen, Johann Theodor 63
van Husen, Luise 65, 69, 71
van Husen, Luise Friederike 63
van Husen, Paulus *63–75*
Vissert'Hooft, Willem A. 149
Vockel, Heinrich 71
Vogel, Alois 157
Vogel, Hans-Jochen 175
Vogelsang, Karl Frhr. von 144
Volk, Emmy 101, 107
Volk, Georg 101
Volk, Hermann Kardinal 89, *101–113*
Volk, Maria 101
Volk, Philipp 101

W
Wagner, Adolf 90
Waitz, Georg 12, 19
Waldburg-Zeil, Fürstenhaus 125
Wallmann, Walter 177, 179
Weber, Heinrich 87, 90
Weber, Helene 39, 44, 49
Weber, Josef 87
Weber, Maria 88
Weber, Wilhelm *87–98*
Wehner, Herbert 220 ff.
Weingärtner, Georg 102
Weiß, Albert Maria 144
Weizsäcker, Richard von 182, 224
Weizsäcker, Viktor von 203
Welty, Eberhard 144, 146, 148, 154
Wenck, Kurt 11
Wenger, Paul Wilhelm 210
Weyer, Willi 167
Wienken, Heinrich 67, 70
Wiese, Benno von 105
Wilson, Woodrow 19
Winter, Eduard 188
Winter, Maria 204
Wischnewski, Hans-Jürgen 198
Wissing, Wilhelm 110
Wojtyła, Carol 112

Y
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 69

Z
Zeiger, Ivo 207
Zettler, Marie 54
Zinnicken, Katharina 46
Zundel, Rolf 220

Verzeichnis der in den Bänden 1 bis 12 behandelten Persönlichkeiten

	Autor	Band/Seite
1. Abs, Hermann Josef (1901–1994)	Yorck Dietrich	8/299–310
2. Adenauer, Konrad (1876–1967)	Rudolf Morsey	2/186–201
3. Adolph, Walter (1902–1975)	Ulrich von Hehl	9/169–182
4. Albers, Johannes (1890–1963)	Herbert Hömig	5/205–222
5. Altmeier, Peter (1899–1977)	Rudolf Morsey	6/200–213
6. Angermaier, Georg (1913–1945)	Antonia Leuers	11/109–123
7. Arnold, Karl (1901–1958)	Walter Först	2/125–142
8. Baader, Franz von (1765–1841)	Franz-Josef Stegmann	3/11–25
9. Bachem, Julius (1845–1918)	Hugo Stehkämper	1/29–42
10. Barzel, Rainer (1924–2006)	Alois Rummel	12/215–227
11. Bengsch, Alfred Kardinal (1921–1979)	Gerhard Lange	7/161–174
12. Bertram, Adolf Kardinal (1859–1945)	Ludwig Volk	1/274–286
13. Beyerle, Josef (1881–1963)	Günter Buchstab	7/97–112
14. Blank, Theodor (1905–1972)	Hans-Otto Kleinmann	6/171–188
15. Böhler, Wilhelm (1891–1958)	Burkhard van Schewick	4/197–207
16. Böll, Heinrich (1917–1985)	Erich Kock	10/227–242
17. Bolz, Eugen (1881–1945)	Rudolf Morsey	5/88–103
18. Brandts, Franz (1834–1914)	Wolfgang Löhr	3/91–105
19. Brauer, Theodor (1880–1942)	Anton Rauscher	11/43–56
20. Brauksiepe, Aenne (1912–1997)	Brigitte Kaff	9/277–290
21. Brauns, Heinrich (1868–1939)	Hubert Mockenhaupt	1/148–159
22. Brentano, Heinrich von (1904–1964)	Klaus Gotto	4/225–239
23. Briefs, Goetz A. (1889–1974)	Wilhelm Weber	3/235–246
24. Brüning, Heinrich (1885–1970)	Rudolf Morsey	1/251–262
25. Burgbacher, Fritz (1900–1978)	Günter Buchstab	10/193–208
26. Buß, Franz Joseph Ritter von (1803–1878)	Josef Oelinger	5/9–24
27. Cardauns, Hermann (1847–1925)	Wolfgang Löhr	10/27–40
28. Cathrein, Viktor (1845–1931)	Anton Rauscher	4/103–113
29. Czaja, Herbert (1914–1997)	Jürgen Aretz	9/291–312
30. Delp, Alfred (1907–1945)	Roman Bleistein	6/50–63
31. Dempf, Alois (1891–1982)	Vincent Berning	11/229–244
32. Dertinger, Georg (1902–1968)	Manfred Agethen	11/177–192
33. Dessauer, Friedrich (1881–1963)	Heinz Blankenberg	5/190–204
34. Dirks, Walter (1901–1991)	Hans-Otto Kleinmann	8/265–282
35. Döllinger, Ignaz (1799–1890)	Oskar Köhler	4/37–50
36. Döpfner, Julius Kardinal (1913–1976)	Karl Forster	3/260–279

37. Dornhofer, Hugo (1896–1977)	Thomas Speckmann	11/215–227
38. Dransfeld, Hedwig (1871–1925)	Walter Ferber	1/129–136
39. Dregger, Alfred (1920–2002)	Jürgen Aretz	12/173–185
40. Dyba, Johannes (1929–2000)	Gotthard Klein	12/129–140
41. Ehard, Hans (1887–1980)	Dieter Albrecht	5/266–280
42. Elfes, Wilhelm (1884–1969)	Wolfgang Löhr	5/239–252
43. Erzberger, Matthias (1875–1921)	Rudolf Morsey	1/103–112
44. Everding, August (1928–1999)	Wilhelm Schätzler	10/297–311
45. Faulhaber. Michael Kardinal von (1869–1952)	Ludwig Volk	2/101–113
46. Fehrenbach, Konstantin (1852–1926)	Josef Becker	1/137–147
47. Fey, Clara (1815–1894)	Robert O. Claeßen	4/51–63
48. Finke, Heinrich (1855–1938)	Odilo Engels	9/63–80
49. Föhr, Ernst (1892–1976)	Paul-Ludwig Weinacht	8/139–154
50. Forster, Karl (1928–1981)	Anton Rauscher	6/231–249
51. Fort, Gertrud von le (1876–1971)	Eugen Biser	7/129–142
52. Frings, Josef Kardinal (1887–1978)	Norbert Trippen	7/143–160
53. Galen, Clemens August Kardinal von (1878–1946)	Rudolf Morsey	2/37–47
54. Geiger, Willi (1909–1994)	Anton Rauscher	9/245–260
55. Geissel, Johannes Kardinal von (1796–1864)	Rudolf Lill	6/9–28
56. Gerhardinger, Karolina (1797–1879)	Maria Liobgid Ziegler	5/25–40
57. Gerlich, Fritz (1883–1934)	Rudolf Morsey	7/21–38
58. Giesberts, Johannes (1865–1938)	Bernhard Forster	11/25–40
59. Globke, Hans (1898–1973)	Ulrich von Hehl	3/247–259
60. Gnauck-Kühne, Elisabeth (1850–1917)	Günter Baadte	3/106–122
61. Gockeln, Josef (1900–1958)	Walter Först	5/161–175
62. Görres, Ida Friederike (1901–1977)	Susanna Schmidt	10/179–190
63. Görres, Joseph (1776–1848)	Rudolf Morsey	3/26–35
64. Goppel, Alfons (1905–1991)	Karl-Ulrich Gelberg	10/261–279
65. Gradl, Johann Baptist (1904–1988)	Klaus Gotto	8/197–212
66. Grauert, Hermann von (1850–1924)	Winfried Becker	12/11–21
67. Gröber, Conrad (1872–1948)	Hugo Ott	6/64–75
68. Grollmuß, Maria (1896–1944)	Birgit Sack	11/75–91
69. Gronowski, Johannes (1874–1958)	Karl Teppe	8/77–94
70. Groß, Nikolaus (1898–1945)	Jürgen Aretz	4/159–171
71. Guardini, Romano (1885–1968)	Walter Ferber	1/287–295
72. Gundlach, Gustav (1892–1963)	Anton Rauscher	2/159–176
73. Gurian,Waldemar (1902–1954)	Heinz Hürten	2/114–124
74. Guttenberg, Karl Theodor Frhr. von und zu (1921–1972)	Rudolf Morsey	8/123–138

75.	Heck, Bruno (1917–1989)	Jürgen Aretz	8/213–232
76.	Held, Heinrich (1868–1938)	Klaus Schönhoven	1/220–235
77.	Heller, Vitus (1882–1956)	Wolfgang Löhr	4/186–196
78.	Hengsbach, Franz Kardinal (1910–1991)	Anton Rauscher	8/283–298
79.	Hermes, Andreas (1878–1964)	Günter Buchstab	6/102–113
80.	Hertling, Georg Graf von (1843–1919)	Rudolf Morsey	1/43–52
81.	Herwegen, Ildefons (1874–1946)	Hans Rink	2/64–74
82.	Heß, Joseph (1878–1932)	Herbert Hömig	3/162–175
83.	Hitze, Franz (1851–1921)	Hubert Mockenhaupt	1/53–64
84.	Höffner, Joseph Kardinal (1906–1987)	Lothar Roos	8/173–196
85.	Hoffmann, Johannes (1890–1967)	Winfried Becker	10/163–177
86.	Hohoff, Wilhelm (1848–1923)	Helmut Josef Patt	3/123–135
87.	Hürth, Theodor (1877–1944)	Heinz-Albert Raem	5/71–87
88.	Hundhammer, Alois (1900–1974)	Bernhard Zittel	5/253–265
89.	Husen, Paulus van (1891–1971)	Rudolf Morsey	12/63–75
90.	Imbusch, Heinrich (1878–1945)	Michael Schäfer	8/57–76
91.	Iserloh, Erwin (1915–1996)	Konrad Repgen	11/285–299
92.	Jäger, Eugen (1842–1926)	Rudolf Morsey	11/11–22
93.	Jaeger, Richard (1913–1998)	Renate Höpfinger	12/115–127
94.	Jedin, Hubert (1900–1980)	Konrad Repgen	7/175–192
95.	Jörg, Joseph Edmund (1819–1901)	Winfried Becker	3/75–90
96.	Joos, Joseph (1878–1965)	Oswald Wachtling	1/236–250
97.	Jostock, Paul (1895–1965)	J. Heinz Müller	6/127–138
98.	Kaas, Ludwig (1881–1952)	Rudolf Morsey	1/263–273
99.	Kaiser, Jakob (1888–1961)	Erich Kosthorst	2/143–158
100.	Kaller, Maximilian (1880–1947)	Brigitte Poschmann	7/49–62
101.	Katzer, Hans (1919–1996)	Günter Buchstab	11/301–312
102.	Keller, Michael (1896–1961)	Heinz Hürten	4/208–224
103.	Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von (1811–1877)	Lothar Roos	4/22–36
104.	Kiesinger, Kurt Georg (1904–1988)	Hans-Otto Kleinmann	7/245–264
105.	Klausener, Erich (1885–1934)	Tilman Pünder	10/43–59
106.	Klinkhammer, Carl (1903–1997)	Bruno Kammann	9/313–334
107.	Kneipp, Sebastian (1821–1897)	Karl Pörnbacher	9/31–50
108.	Köppler, Heinrich (1925–1980)	Brigitte Kaff	10/211–224
109.	Kogon, Eugen (1903–1987)	Hans-Otto Kleinmann	9/223–244
110.	Kolping, Adolph (1813–1865)	Michael Schmolke	3/36–49
111.	Kopp, Georg Kardinal (1837–1914)	Rudolf Morsey	1/13–28
112.	Kramer, Franz Albert (1900–1950)	Otto B. Roegele	7/63–80
113.	Kraus, Franz Xaver (1840–1901)	Heinz Hürten	5/55–70
114.	Kreutz, Benedict (1879–1949)	Hans-Josef Wollasch	5/118–133
115.	Krone, Heinrich (1895–1989)	Klaus Gotto	7/265–276
116.	Lang-Brumann, Thusnelda (1880–1953)	Christiane Reuter-Boysen	12/49–60

117. Langgässer, Elisabeth (1899–1950)	Anthony W. Riley	9/95–114
118. Lauer, Amalie (1882–1950)	Birgit Sack	12/35–47
119. Letterhaus, Bernhard (1894–1944)	Jürgen Aretz	2/11–24
120. Lichtenberg, Bernhard (1875–1943)	Gotthard Klein	11/59–72
121. Lieber, Ernst (1848–1902)	Rudolf Morsey	4/64–78
122. Löwenstein, Alois Fürst zu (1871–1952)	Marie-Emmanuelle Reytier	10/115–128
123. Löwenstein, Karl Heinrich Fürst zu (1834–1921)	Heinz Hürten	9/51–62
124. Luckner, Gertrud (1900–1995)	Hans-Josef Wollasch	9/261–276
125. Lübke, Heinrich (1894–1972)	Rudolf Morsey	6/153–170
126. Lücke, Paul (1914–1976)	Jürgen Aretz	11/195–212
127. Lüninck, Ferdinand von (1888–1944)	Karl Teppe	8/41–56
128. Lukaschek, Hans (1885–1960)	Guido Hitze	11/143–159
129. Mallinckrodt, Pauline von (1817–1881)	Relinde Meiwes	10/11–25
130. Marx, Wilhelm (1863–1946)	Hugo Stehkämper	1/174–205
131. Mausbach, Joseph (1861–1931)	Wilhelm Weber	3/149–161
132. Mayer, Rupert (1876–1945)	Anton Rauscher	10/75–88
133. Mertes, Alois (1921–1985)	Jürgen Aretz	7/209–226
134. Messner, Johannes (1891–1984)	Anton Rauscher	6/250–265
135. Metzger, Max Josef (1887–1944)	Hugo Ott	7/39–48
136. Meyers, Franz (1908–2002)	Stefan Marx	12/157–170
137. Michel, Ernst (1889–1964)	Bruno Lowitsch	5/223–238
138. Moenius, Georg (1890–1953)	Gregory Munro	10/131–141
139. Mosterts, Carl (1874–1926)	Christoph Kösters	8/9–26
140. Muckermann, Friedrich (1883–1946)	Franz Kroos	2/48–63
141. Müller, Adam (1779–1829)	Albrecht Langner	4/9–21
142. Müller, Gebhard (1900–1990)	Günter Buchstab	8/247–264
143. Müller, Josef (1898–1979)	Karl-Ulrich Gelberg	8/155–172
144. Müller, Otto (1870–1944)	Jürgen Aretz	3/191–203
145. Muth, Carl (1867–1944)	Walter Ferber	1/94–102
146. Nell–Breuning, Oswald von (1890–1991)	Anton Rauscher	7/277–292
147. Neuhaus, Agnes (1854–1944)	Monika Pankoke-Schenk	4/133–142
148. Otte, Bernhard (1883–1933)	Herbert Hömig	3/176–190
149. Papen, Franz von (1879–1969)	Rudolf Morsey	2/75–87
150. Pesch, Heinrich (1854–1926)	Anton Rauscher	3/136–148
151. Peters, Hans (1896–1966)	Ulrich Karpen	10/143–160
152. Pfeiffer, Anton (1888–1957)	Christiane Reuter-Boysen	11/125–141
153. Pieper, August (1866–1942)	Horstwalter Heitzer	4/114–132
154. Platz, Hermann (1880–1945)	Winfried Becker	12/23–33
155. Porsch, Felix (1853–1930)	Helmut Neubach	1/113–128
156. Preysing, Konrad Kardinal von (1880–1950)	Ludwig Volk	2/88–100
157. Probst, Maria (1902–1967)	Ursula Männle	7/113–128

158. Pünder, Hermann (1888–1976)	Rudolf Morsey	9/183–198
159. Rahner, Karl (1904–1984)	Anton Losinger	7/193–208
160. Reichensperger, August (1808–1895)	Ernst Heinen	9/11–30
161. Reichensperger, Peter (1810–1892)	Winfried Becker	5/41–54
162. Rinser, Luise (1911–2002)	Walter Schmitz	11/315–330
163. Roegele, Otto B. (1920–2005)	Karl-Joseph Hummel	12/201–213
164. Schäffer, Fritz (1888–1967)	Franz Menges	6/139–152
165. Schaffran, Gerhard (1912–1996)	Josef Pilvousek	11/265–282
166. Schauff, Johannes (1902–1990)	Rudolf Morsey	8/233–246
167. Schervier, Franziska (1819–1876)	Erwin Gatz	3/50–61
168. Schmitt, Carl (1888–1985)	Helmut Quaritsch	9/199–222
169. Schmitt, Hermann-Josef (1896–1964)	Jürgen Aretz	6/115–126
170. Schmittmann, Benedikt (1872–1939)	Hugo Stehkämper	6/29–49
171. Schmitz, Maria (1875–1962)	Marilone Emmerich	3/204–222
172. Schneider, Reinhold (1903–1958)	Edwin Maria Landau	6/88–100
173. Schreiber, Georg (1882–1963)	Rudolf Morsey	2/177–185
174. Schreiber, Wilfrid (1904–1975)	Jörg Althammer	12/77–85
175. Schulte, Karl Joseph Kardinal (1871–1941)	Ulrich von Hehl	10/61–73
176. Seidel, Hanns (1901–1961)	Stephan Deutinger	11/161–174
177. Siemer, Laurentius (1888–1956)	Wolfgang Ockenfels	5/147–160
178. Sommer, Margarete (1893–1965)	Ursula Pruß	8/95–106
179. Sonnenschein, Carl (1876–1929)	Wolfgang Löhr	4/92–102
180. Spahn, Martin (1875–1945)	Rudolf Morsey	4/143–158
181. Spahn, Peter (1846–1925)	Helmut Neubach	1/65–80
182. Sperr, Franz (1878–1945)	Winfried Becker	11/93–106
183. Sproll, Joannes Baptista (1870–1949)	Paul Kopf	5/104–117
184. Spülbeck, Otto (1904–1970)	Josef Pilvousek	9/151–168
185. Stegerwald, Adam (1874–1945)	Rudolf Morsey	1/206–219
186. Stein, Edith (1891–1942)	Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei)	2/25–36
187. Stimpfle, Josef (1916–1996)	Peter Rummel	10/281–294
188. Stingl, Josef (1919–2004)	Günter Buchstab	12/187–199
189. Stock, Franz (1904–1948)	Hans Jürgen Brandt	9/81–94
190. Storch, Anton (1892–1975)	Hans Günter Hockerts	4/250–266
191. Strauß, Franz Josef (1915–1988)	Winfried Becker	7/227–244
192. Studer, Therese (1862–1931)	Anton Brenner	7/9–20
193. Süsterhenn, Adolf (1905–1974)	Winfried Baumgart	6/189–199
194. Tenhumberg, Heinrich (1915–1969)	Wilhelm Damberg	9/135–150
195. Teusch, Christine (1888–1968)	J. Dominica Ballof	2/202–213
196. Thedieck, Franz (1900–1995)	Hans-Otto Kleinmann	11/247–263
197. Thyssen, Fritz (1873–1951)	Günter Buchstab	9/115–134
198. Trimborn, Karl (1854–1921)	Rudolf Morsey	1/81–93
199. Ulitzka, Carl (1873–1953)	Herbert Hupka	4/172–185

200.	Utz, Arthur F. (1908–2001)	Wolfgang Ockenfels	12/143–154
201.	Velden, Johannes Joseph van der (1891–1954)	Wolfgang Löhr	6/76–87
202.	Volk, Hermann Kardinal (1903–1988)	Peter Walter	12/101–113
203.	Weber, Heinrich (1888–1946)	Manfred Hermanns	10/91–112
204.	Weber, Helene (1881–1962)	Rudolf Morsey	3/223–234
205.	Weber, Wilhelm (1925–1983)	Anton Rauscher	12/87–98
206.	Welty, Eberhard (1902–1965)	Wolfgang Ockenfels	4/240–249
207.	Werthmann, Lorenz (1858–1921)	Hans-Josef Wollasch	4/79–91
208.	Wessel, Helene (1898–1969)	Elisabeth Friese	8/107–122
209.	Wienken, Heinrich (1883–1961)	Martin Höllen	5/176–189
210.	Windthorst, Ludwig (1812–1891)	Rudolf Morsey	3/62–74
211.	Wirmer, Josef (1901–1944)	Brigitte Kaff	8/27–40
212.	Wirth, Joseph (1879–1956)	Thomas A. Knapp	1/160–173
213.	Wohleb, Leo (1888–1955)	Paul-Ludwig Weinacht	7/81–96
214.	Wolker, Ludwig (1887–1955)	Barbara Schellenberger	5/134–146
215.	Wuermeling, Franz-Josef (1900–1986)	Jürgen Aretz	10/245–259
216.	Zillken, Elisabeth (1888–1980)	Hubert Mockenhaupt	6/214–230

Die Herausgeber

Jürgen Aretz, geb. 1946; Dr. phil.; Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Erfurt.

Rudolf Morsey, geb. 1927; Dr. phil., Dr. h. c., Universitätsprofessor em. für Neuere Geschichte, insbesondere für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Anton Rauscher, geb. 1928; Dr. theol., Dr. h. c. mult., Universitätsprofessor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.

Die Autoren

Prof. Dr. Jörg Althammer, Bochum
Dr. Jürgen Aretz, Erfurt
Prof. Dr. Winfried Becker, Passau
Dr. Günter Buchstab, St. Augustin
Dr. Renate Höpfinger, München
Dr. Karl-Joseph Hummel, Bonn
Dr. Gotthard Klein, Berlin
Dr. Stefan Marx, Berlin
Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Morsey, Neustadt an der Weinstraße
Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels, Trier
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Anton Rauscher, Mönchengladbach
Dr. Christiane Reuter-Boysen, München
Dr. Alois Rummel, Bonn
Dr. Birgit Sack, Dresden
Prof. Dr. Peter Walter, Freiburg